

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 277 ==

Die Repräsentativverfassung in Europa bis zum Durchbruch des Absolutismus

Von

Dr. Alexander Marcuse

==

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Die Regimentsverwaltung
in Europa bis zum Durchbruch
des Absolutismus

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhalt.

	Seite
Vorwort	5
Die Repräsentativverfassung in Europa bis zum Durchbruch des Absolutismus	7
A. Die Formenlehre der ständischen Repräsentativverfassung .	9
B. Vorbetrachtung zur Entwicklungsgeschichte der ständischen Repräsentativverfassung: das Problem des Feudalismus . .	33
C. Die Entwicklungsgeschichte der ständischen Repräsentativverfassung	73
D. Wesen und Bedeutung der ständischen Repräsentativverfassung	97
E. Die geschichtlichen Bedingungen der ständischen Repräsentativverfassung und ihrer Sonderformen	112
Anhang: Begriffsbestimmungen und Gesetze:	
A. Begriffsbestimmungen	131
B. Gesetze	134
Anmerkungen	138

Vorwort.

Die der Öffentlichkeit hiermit übergebene Abhandlung stellt einen Versuch dar, die Grundsätze bauender „nomothetischer“ Wissenschaft auf ein Problem der europäischen Verfassungsgeschichte anzuwenden, das in jüngster Zeit in der allgemeinen Geschichtsforschung starke Beachtung gefunden hat. Obgleich die Aufstellung geschichtlicher Gesetze eines der Hauptziele dieser Veröffentlichung gewesen ist, hoffe ich doch, daß auch diejenigen die Ergebnisse dieser Untersuchung werden annehmen können, die anderen wissenschaftstheoretischen Auffassungen zuneigen. Zu den Ergebnissen selbst und den Wegen, auf welchen sie erlangt wurden, bleibt hier kaum etwas zu bemerken. Von der Zusammenstellung eines Literatur- und Quellenverzeichnisses wurde nach anfänglichen Bedenken abgesehen, weil eine solche, um auch nur einigermaßen erschöpfend zu sein, nicht den Anhang eines Buches, sondern ein eigenes Buch hätte füllen müssen. Außerdem aber würde sie dem Kundigen doch nichts Neues bringen. Was beispielsweise der Report on the Dignity of a Peer oder der Modo de tener Cortes als Quelle für das hier untersuchte Problem bedeuten, bedarf keiner näheren Ausführungen. Schließlich ist auch der Kreis der Untersuchungen so weit gezogen worden, daß mir ein Zurückgehen auf die Quellen selbst schon aus sprachlichen Gründen nicht in allen Fällen möglich war. Das gilt vor allem für die hier vielfach herangezogenen außereuropäischen Verfassungsentwicklungen. Im übrigen kann aus den Anmerkungen der Kreis der benutzten Literatur und teilweise auch der Quellen ohne Schwierigkeit ersehen werden.

Ich fühle mich veranlaßt, besonderen Dank an dieser Stelle den Herren Professoren Kurt Breysig und Otto Hintze, Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, auszusprechen, ebenso Herrn Dr. Ebering, dessen besonderes Entgegenkommen mir die Drucklegung überhaupt erst ermöglicht hat. Was meine Arbeit, sowohl hinsichtlich der Ergebnisse wie der Verfahrensweise, den Untersuchungen Herrn Professor Hintzes zu dem Problem des Feudalismus und zur europäischen Repräsentativverfassung sowie seinen früheren wertvollen Arbeiten zur vergleichenden Verfassungsgeschichte zu verdanken hat, bedarf keiner besonderen Unterstreichung. Gerade weil ich in manchen Punkten zu anderen Ergebnissen gekommen bin und teilweise andere Schlüsse aus den Tatsachen glaubte ziehen zu müssen, ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis zu betonen, wie sehr ich mich den Hintzeschen Arbeiten verpflichtet fühle. Wer mit der Psychologie der Forschung vertraut ist, weiß, wie sehr viel mühevoller und wesentlicher es ist, die ersten Schritte zum Aufbau einer wissenschaftlichen Theorie zu tun, als diese Theorie dann an Hand des Erfahrungsmaterials zu prüfen und, wie es hier geschah, teilweise auch abzuändern und zu ergänzen.

Nicht minder bin ich Herrn Professor Kurt Breysig, der diese Untersuchung angeregt hat, zu Dank verpflichtet. In seinem wissenschaftlichen Unterricht empfing ich den entscheidenden Anstoß für Anlage und Richtung meiner Arbeiten, vor allem die Hinwendung zu den Aufgaben der allgemeinen und der vergleichenden Geschichtswissenschaft und die Vertrautheit mit deren Methoden. Wie sehr das tragende Begriffsgerüst meiner Arbeit, ohne das diese auf bloße unverarbeitete Materialsammlung beschränkt geblieben wäre, von der begriffsstarken Systematik der Breysigschen Forschung gebildet wurde und was meine Untersuchung in verfahrensmäßiger wie in tatsächlicher Hinsicht dem Beispiel und den Ergebnissen der vergleichend-geschichtswissenschaftlichen Forschungen Herrn Professor Breysigs zu verdanken hat, wird der aufmerksame Leser ohne Weiteres selbst ansehen können.

Berlin, im Januar 1935.

Alexander Marcuse.

Die Repräsentativverfassung in Europa bis zum Durchbruch des Absolutismus.

Überblickt man die Einzelentwicklungen der ständischen (d. h. der vorabsolutistischen) Repräsentativverfassung des Abendlandes, so ergibt sich das Bedürfnis nach zusammenfassender Betrachtung. Und da schließlich alle allgemeine Geschichtsforschung auf das alte Problem der Einmaligkeit oder Wiederholtheit geschichtlicher Verläufe hinauskommt, wird als eine der wesentlichsten Fragen das Problem zu lösen sein, ob die ständische Verfassung des Abendlandes, die sich unschwer als allgemein-europäische Erscheinung nachweisen läßt, sich auf die Einmaligkeit des neu-europäischen Geschichtsverlaufs beschränkt und von welchen Bedingungen ihre Ausbildung abhängig ist. Es ist mithin das Problem, das der Nestor der deutschen verfassungsgeschichtlichen Forschung als das der „weltgeschichtlichen Bedingungen der Repräsentativverfassung“ bezeichnet hat.

Eine biologische Geschichtsauffassung, die davon durchdrungen ist, daß alle geschichtlichen Erscheinungen gesellschaftliche Lebensäußerungen sind, wird auch den Staat und seine Geschichte unter dem Gesichtspunkt des Gruppenlebens erblicken. In der Geschichte des Lebens aber gelten jene beiden grundlegenden Gesetze, die, zwar nicht als erster, wohl aber am entschiedensten formuliert, Herbert Spencer ausgesprochen hat und die der biologischen Wissenschaft seitdem nicht mehr verlorengegangen sind. Diese Gesetze besagen bekanntlich, daß die einzelne Zelle oder Zellgruppe als Glied einer höheren Lebenseinheit, da sie zur Erhaltung ihres Lebens nicht

mehr ebenso vielseitig wie ein isoliertes Lebewesen funktionieren muß, unter dem differenzierenden Einfluß der Zellnachbarn wie der weiteren Außenwelt sich einseitig unter teilweiser Verkümmern anderer lebenswichtiger Funktionen entwickelt, für deren Ausfall dann Ersatz durch andere Zellen geschaffen wird. Diesem „Gesetz der physiologischen Arbeitsteilung“ oder Differentiation entspricht das „Gesetz der physiologischen Integration“, wonach der in einer Lebensgemeinschaft eine besondere Funktion übernehmende Teil in gleichem Maße in stärkere Abhängigkeit von den anderen Teilen und dem Ganzen gerät, damit an Selbständigkeit und unabhängiger Existenzfähigkeit verliert.

Diese Gesetze aber behalten ihre Gültigkeit in der Geschichte auch des Gruppenlebens. Es wäre eine allgemeine Verfassungsgeschichte sehr wohl denkbar, die von der Differenzierung als oberstem Ordnungsprinzip ausginge, wenngleich dieses Prinzip allzu allgemein und daher als einziges Ordnungsschema nicht ausreichend wäre. Alles staatliche Leben aber zentriert sich um das Problem der Differenzierung der staatlichen Funktionen, wie ja auch die Staatslehre seit alters her von Staatsorganen und ihren Funktionen spricht. Ist doch neuerdings von naturwissenschaftlicher Seite selbst eine rein biologische Staatslehre versucht worden.

Auch das Problem der ständischen Verfassung läßt sich unter dem Gesichtspunkt der Differentiation erfassen; Erweiterung und zugleich Differenzierung innerhalb der primitiven Spitze der Zentralverwaltung, der Curia regis, Differenzierung der staatlichen Aufgaben in solche der Zentral- und der Lokalverwaltung, Differenzierung vor allem innerhalb des sozialen Körpers, soziale Ständebildung, und Übergang der Aufgaben, die in der Urzeit den gesamten vollfreien wehrhaften Volksgenossen im staatlichen Verbande zugestanden haben, auf einen begrenzteren Kreis im Zusammenhang mit der Festigung der Staatsbildung und der Erweiterung des Staatsgebietes, Entstehung der Repräsentation in ihren verschiedenen Formen; mit einem Wort, soziale Arbeitsteilung, das alles sind Probleme, die mit der Geschichte der ständischen Verfassung unlösbar verknüpft sind.

A. *Die Formenlehre der ständischen Repräsentativverfassung.*

Summiert man die zahlreichen Sonderentwicklungen der ständischen Verfassung in den verschiedenen Ländern und Territorien des mittelalterlichen Europa, so ergibt sich gleichmäßig als Kerngeschehen derselbe Vorgang der Erweiterung (und dann der Differenzierung) der ursprünglichen primitiven Zentralverwaltungsbehörde (*Curia regis*) durch Inhaber lokaler Gewalten unter allmählichem Übergang von Befugnissen der Landesvertretung auf diese neue Körperschaft. Die Ausgliederung dieser erweiterten Ratskörperschaft aber vollzieht sich nicht gleichmäßig. Es seien hier zunächst die Hauptunterschiede herausgestellt, die sich für die beiden wichtigsten Typen der mittelalterlichen Repräsentativverfassung, das Zweikammersystem und das Dreikuriensystem, ergeben. Das Zweikammersystem bildet sich, aller lokaler Verschiedenheiten ungeachtet, in England und in Irland, wie in Ungarn, Polen und Rußland, deutlich in zwei getrennten Schichten aus, die den Keim für die spätere Differenzierung in Ober- und Unterhaus legen. Die *Curia regis* erweitert sich durch teils gelegentliche, teils ständige Hinzuziehung weiterer Vertreter der Lokalgewalten, praktisch also der Großgrundbesitzaristokratie einschließlich des hohen Klerus, zu einer neuen Körperschaft, dem *Magnum Consilium*, das neben den Befugnissen (einschließlich der oberstgerichtlichen) einer Zentralverwaltungsbehörde bereits Eigenschaften einer Landesvertretung anzunehmen beginnt.¹ In der Folge der Zeiten gliedert sich dieses *Magnum Consilium* eine weitere, nunmehr reine Vertreterkörperschaft des Kleinadels und gleichzeitig oder später auch der Städte an. Mit diesem Vertretungskörper verschmilzt das *Magnum Consilium* zu den das Land vertretenden Ständen, die aus persönlich teilnahmeberechtigten Pairs einerseits, aus Vertretern weiterer Bevölkerungskreise andererseits bestehen. Welche Bedeutung namentlich die Entstehung des Steuerbewilligungsrechtes, das aus der „dualistischen“, vertragsmäßigen Natur des mittelalterlichen Staates hervorgeht, für die Entwicklung der Befugnisse einer Landesvertretung gehabt hat, bleibe hier zunächst außer Betracht, da dies die allgemeine Entwicklungsmechanik des ständi-

schen Systems, nicht aber die spezielle seiner Sonderformen angeht.

Der Vorgang der Bildung des Zweikammersystems ist also im Kern der folgende: die primitive Spitze der Zentralverwaltung, die Curia regis, verstärkt sich durch Aufnahme hauptsächlich von Vertretern der Großgrundbesitzaristokratie. Denn da im mittelalterlichen Staate, auf dessen Struktur noch ausführlicher einzugehen sein wird, wesentliche öffentliche Rechte am Grund und Boden haften, stellt der Großgrundbesitz diejenige Schicht der Bevölkerung dar, deren Mitwirkung für die Durchführung staatlicher Akte nicht entbehrt werden kann und die zugleich die für intensivere Teilnahme am Staatsleben notwendige Unabhängigkeit besitzt.² An diese Bildung schließt sich, und zwar in einer zweiten von der ersten zeitlich getrennten Schicht, die Angliederung einer reinen Vertreterkörperschaft des Kleinadels und der Städte, die damit, durch Herausbildung und Betonung des Unterschiedes zwischen den persönlich aus eigenem Recht und den als beauftragten Vertretern Teilnahmeberechtigten, die Umbildung der dem Großadel (im sozial-wirtschaftlichen Sinn) entstammenden „Ratsaristokratie“ in einen Hochadel (im verfassungsrechtlichen Sinn), in eine Pairie, fördert.

Als typisch für das Zweikammersystem ist somit festzuhalten: 1. der Vorgang der Ständebildung vollzieht sich in zwei aufeinanderfolgenden, zeitlich getrennten Schichten; 2. die jüngere Bildung, das Unterhaus, beruht hinsichtlich der Zusammensetzung nicht mehr auf dem Virilprinzip, sondern auf der Repräsentation oder bringt sie wenigstens sehr bald zur Anwendung;³ 3. die soziale und die politische Ständebildung differieren insofern, als Groß- und Kleinadel getrennt werden und letzterer als niederer Adel mit den Städten in einer Vertretungskörperschaft zusammengefaßt wird, während der Geistlichkeit innerhalb des ständischen Systems eine Sondervertretung nicht zukommt.

Das Zweikammerparlament setzt sich somit aus zwei getrennten Körpern zusammen, von denen der eine aus Vertretern des niederen Adels und der Städte, oder da die mittelalterlichen Stadtverfassungen durchweg mehr oder weniger

oligarchisch-plutokratisch⁴ sind, aus den obersten Schichten der breiteren Land- und Stadtbevölkerung besteht, während der andere aus den zum Hochadel gewordenen persönlich Teilnahmeberechtigten zusammengesetzt wird. Für die Entstehung des Hochadels innerhalb des Zweikammersystems ist daher als wesentlich festzuhalten, daß die Zweikammer-Pairie auf gouvernementaler und nicht auf lehnsrechtlicher Grundlage beruht. Zu ihr gehört, wer auf Grund dauernder oder einmaliger Berufung, als Inhaber eines Amtes der Zentralverwaltung oder auf Grund eines besonderen landesherrlichen Auftrags, als Mitglied des königlichen Rates zum Erscheinen im Parlament sowohl verpflichtet wie zu persönlicher Teilnahme berechtigt ist. Mit anderen Worten: die Pairie des Zweikammersystems beruht auf der Amts- und Patentbaronie, nicht aber auf der Lehnsbaronie. Dies ist um so stärker zu betonen, als Hintze in seiner Typologie diesen Unterschied nicht beachtet hat, vielmehr die Kuriensysteme mit Hochadelsbildung (die hier auf der Lehnsbaronie beruht) mit den reinen Zweikammersystemen zusammenfaßt.

Dem Wesen des mittelalterlichen Staates entsprechend, der öffentliche Rechte an private bindet, besteht die Tendenz, die Pairs in der Hauptsache der großgrundbesitzenden Schicht zu entnehmen, sie praktisch zu einer Vertretung des Großgrundbesitzes zu machen. Aus dieser Bindung ergeben sich für die Bildung der Pairie folgende Entwicklungsregeln: 1. die Pairie hat die Tendenz, allmählich erblich zu werden, sei es *de jure* (England, Ungarn), sei es wenigstens *de facto* (der Reichsrat der nordischen Länder ist bei Kooptions- und Ausschließungsrecht weitgehend erblich geworden; in Schweden wurde diese Tendenz, aus dem Reichsrat einen reinen Hochadel zu bilden, durch die komplizierte Teilung des Ritterhauses noch verstärkt). 2. Es besteht bei der Bildung der Pairie die Tendenz, an frühere Bildungen, soweit solche vorhanden, anzuknüpfen; es sei hier an die ehemaligen russischen und polnischen Teilfürsten oder an den urzeitlichen ungarischen Geschlechtsadel erinnert.

Das Dreikuriensystem ist gleichfalls durch Erweiterung der *Curia Regis* entstanden. Vom Zweikammersystem unterscheidet es sich in folgendem: 1. die Stände sind getrennt vertreten, d. h.

die Geistlichkeit, im Zweikammersystem in Oberhaus und Unterhaus eingeschaltet, bildet ihre eigene Vertretung; 2. Groß- und Kleinadel sind nicht getrennt; d. h. dieser sozial-wirtschaftliche Unterschied wird in den reinen Dreikuriensystemen nicht zu dem verfassungsrechtlichen von Hochadel und niederem Adel erweitert.⁵ Daraus folgt wiederum, daß das Virilsystem für den Gesamtadel zur Anwendung kommt; allenfalls findet eine gewisse Auswahl durch eine bestimmte Berufungspraxis für die breitere Masse des Kleinadels statt, aber jedenfalls nicht in kleinen Territorien. Für die Bildung der Adelskurie wird auf die Repräsentation verzichtet, von den schwachen Ansätzen zu ihr abgesehen, die sich etwa in der Berufungspraxis für die frühen *Etats Généraux* zeigen; 3. die Repräsentation beschränkt sich vielmehr auf die geistlichen Körperschaften und auf den dritten Stand, auf diejenigen Elemente mithin, für die sie der Natur der Sache nach nicht entbehrt werden kann. Daraus folgt 4. im Gegensatz zum Zweikammersystem Trennung von Adel und Bürgertum; 5. die breite Masse der Landbevölkerung bleibt, von dem Sonderfall des bäuerlichen Vierkuriensystem abgesehen, ohne eigene Vertretungskörperschaft. Sie gilt im allgemeinen als durch ihre Grundherren repräsentiert, hat aber in einigen Fällen bei stärkerer Entfeudalisierung im Verlauf der Geschichte das Recht erhalten, gemeinsam mit dem Bürgertum den dritten Stand zu bilden. Im übrigen ist darauf zu verweisen, daß die Grenzen hier schwer zu ziehen sind, daß zahlreiche vertretungsberechtigte „Märkte“ und Flecken oder „villas“ und selbst Kleinstädte praktisch sich von einem Dorf kaum unterscheiden.

Die Beibehaltung des Virilsystems für den Gesamtadel und die Beschränkung der Repräsentation auf das unumgängliche notwendige Maß bei der Bildung des Dreikuriensystems ergibt für seine Geschichte die Entwicklungsregel, daß die Tendenz besteht, mit fortschreitender Anteilnahme und Bedeutung der Stände die ungelenten Dreikurienstände den Erfordernissen eines rationaler und intensiver werdenden Staatsbetriebes durch irgend eine Form der Repräsentation anzupassen. Im Normalfall geschah dies durch Ausbildung des Ausschußwesens, in dem die Gesamtstände durch Ausschüsse weitgehend vertreten wer-

den; in dem Sonderfall des großen Flächenstaates Frankreich wurde zunächst für die beiden ersten Stände das Prinzip der Wahl der General- durch die Provinzstände, schließlich aber, nach Beseitigung der letzten lehnsfürstlichen Sonderberechtigungen sogar das reine Wahlprinzip für alle drei Stände zur Anwendung gebracht.

Die ursprüngliche Bildung des Dreikuriensystems vollzieht sich nicht in zwei zeitlich getrennten Schichten, denen Ober- und Unterhaus des Zweikammersystems ihren Ursprung verdanken, sondern in einem Guß. Mit anderen Worten: das Dreikuriensystem schaltet kein *Magnum Consilium* zwischen *Curia regis* und Parlament, es erweitert die *Curia regis* sogleich zu Ständen (bzw. Notabeln); daraus folgt aber: 1. es gibt keine gouvernementale Ratsaristokratie, die zur Entstehung einer Pairie Anlaß geben könnte; 2. Die Beteiligung der Städte an der erweiterten *Curia regis*, die dann zur Ständeversammlung wird, erfolgt recht frühzeitig, jedenfalls bevor die gelegentliche Hinzuziehung berufener Angehöriger des Adels und Klerus bereits festere Formen angenommen und zur Bildung einer neuen Ratskörperschaft, des *Magnum Consilium*, geführt hat. So sind in typischen Kurienländern wie Aragon und Portugal die Städte von allem Anfang an auf den Cortes erschienen. Auch in Frankreich sind zu dem zur Bewilligung und zur Festsetzung von Steuern berufenen erweiterten Staatsrat, aus dem die *Etats Généraux* hervorgegangen sind, sehr frühzeitig Vertreter der Städte hinzugezogen worden;⁶ das gleiche gilt von den französischen Lehnsfürstentümern.

Nach diesem ersten Abschluß der Formenlehre der ständischen Repräsentativverfassung fassen wir noch einmal kurz die von Hintze entwickelte Formenlehre und Entwicklungstheorie zusammen, die als der erste und bisher einzige Versuch einer allgemeinen geschichtlichen Theorie der ständischen Verfassung angesehen werden muß. Diese Theorie gipfelt im wesentlichen in einer entwicklungsgeschichtlichen Umdeutung der festgestellten Typenunterschiede, wonach das Dreikuriensystem als entwicklungsjünger anzusehen ist und aus dem Zweikammersystem hervorgegangen sein soll. Die Entwicklung über den älteren Typ hinaus zum jüngeren erfolgt im wesentlichen nur in den-

jenigen Ländern, die, der auflösenden Wirkung des Feudalismus zunächst stärker ausgesetzt, in Kleinterritorien zersplittert wurden, dadurch aber das Gleichgewicht zwischen den zur Verfügung stehenden Herrschaftsmitteln und den staatlichen Aufgaben wieder herbeiführen konnten; es sind in der Hauptsache die Gebiete des ehemaligen Karolingerreiches, Frankreich und die deutschen Territorien, die diese Bedingungen erfüllen. Mit dieser grundlegenden Typisierung verkoppelt Hintze weitere morphologische Unterschiede. Die Kurienländer sind diejenigen eines intensiv-rationalen Staatsbetriebes mit bureaukratischer Zentralverwaltung, während die Zweikammerländer bei der älteren extensiven Betriebsweise der Selbstregierung in Kommunalverbänden beharren. In der Neuzeit ist aus der ständischen Verfassung des Dreikurientyps der klassische Absolutismus und späterhin die konstitutionelle Monarchie hervorgegangen, während die Zweikammerländer zum Parlamentarismus neigen.⁷

Gleichzeitig verbindet die Theorie des großen Forschers das Problem der ständischen Repräsentativverfassung mit dem des Feudalismus; während man aber bisher daran gewöhnt war, die ständische Verfassung als eine spätere modifizierte Form der feudalen anzusehen, hängen für Hintze Feudalismus und ständische Repräsentation nicht notwendig zusammen; es können nach der neuen Lehre auch nicht-feudale Staaten eine ständische Verfassung ausbilden, sofern sie, ebenso wie der Feudalismus, auf der Tatsache eines Privatkriegertums beruhen, das standesbildende Privilegien erzwingen konnte — Privilegienstaaten im Gegensatz zu Feudalstaaten nennt Hintze diese Länder —, ebenso wie Feudalverfassungen nicht notwendig zur ständischen Repräsentation führen müssen, dies geschah zum Beispiel nicht in Japan. Die beiden hier betrachteten Verfassungsentwicklungen kreuzen sich mithin, wie aus alledem hervorgeht, derart, daß die Privilegienstaaten Zweikammerversfassungen ausbilden, die feudalistischen Länder aber, sofern sie eine ständische Verfassung durchleben, über das Zweikammersystem hinaus zum Dreikurientyp gelangen. Auf die Theorie des Feudalismus, die für Hintze den Ausgangspunkt der Forschungen über die ständische Verfassung gebildet hat, kann hier

noch nicht eingegangen werden; vorwegnehmend sei jedoch gesagt, daß die Ausbildung des Feudalismus nach der Hintzeschen Regel nur dann eintritt, wenn der Übergang vom Stammes- zum Staatsleben auf dem Umwege über ein imperialistisches Großreich erfolgt. Dieser „verfrühte Imperialismus“, diese „imperialistische Kinderkrankheit“ ist an das Zustandekommen einer Kultursynthese und eines mit ihr verknüpften religiös-weltanschaulich fundierten Universalismus gebunden. In einem anderen Zusammenhang wird uns diese Theorie noch ausführlich zu beschäftigen haben.

Gegen das Kernstück der Hintzeschen Typologie, die entwicklungsgeschichtliche Umdeutung der Formenlehre und insbesondere gegen die behauptete Richtungseindeutigkeit der Typenabfolge lassen sich verschiedene Einwände allgemein-entwicklungsgeschichtlicher und morphologischer Natur erheben, die es nicht erlauben, die Hintzes Schema im wesentlichen entsprechende dänisch-schwedische Entwicklungsfolge zu einer allgemeingültigen zu erweitern. Denn wenn man, ebenso wie Hintze selbst,⁸ in der ständischen Verfassung die Vorform der modernen Repräsentativverfassung erblickt — und eine allgemeine Geschichtswissenschaft, d. h. eine Geschichtsforschung der langen Entwicklungsreihen wird nicht umhin können, es zu tun —, so darf man zweifelsohne nicht diejenigen Systeme als entwicklungsreifer ansprechen, die das Höchstmaß ständischer Machtentfaltung nicht erreicht haben, vielmehr im allgemeinen vom Absolutismus ziemlich mühelos absorbiert worden sind. Das gilt sowohl bei einem Vergleich England-Frankreich, der beiden Paradigmen der Hintzeschen Typologie, wie bei dem der beiden Länder des Höchstmaßes ständischer Machtentfaltung, des Zweikammerlandes England und des Kurienlandes Aragonien. Der Vergleich England-Frankreich, der im übrigen für die Hintzesche These wesentliche Stützen hergegeben zu haben scheint, läßt erkennen, daß die englischen Bildungen, was Zusammensetzung, Kompetenzen, Geschäftsgang betrifft, viel festere und umrissenere Gestalt angenommen haben, verglichen mit den lockeren ständischen Gebilden Frankreichs, deren Zusammensetzung und Geschäftsordnung zahlreichen Schwankungen unterworfen war und deren Tätigkeit von der mannigfacher

konkurrierender Gewalten gekreuzt wurde. In der Ausdrucksweise der Breysigschen Soziologie erscheinen die englischen Bildungen mehr als das Werk geprägter, die französischen als das gewachsener Ordnung. Die Rückschlüsse auf die Entwicklungsreife beider Typen liegen auf der Hand; denn üblicherweise geht die Entwicklung institutioneller Einrichtungen von der gewachsenen zur geprägten Ordnung, etwa von dem natürlich-gewachsenen urzeitlichen Häuptlingtum zum Altertums-königtum usf. Das aragonische Staatsrecht ist zwar zu ebenso bestimmten Formen wie das englische gelangt, es fehlt hier sogar die konkurrierende Gewalt, die dem englischen Parlament des Mittelalters in Gestalt der geistlichen Konvokationen gegenüberstand, die Entwicklung in der Neuzeit aber beseitigte auch in Aragon, anders als in England, Macht und Einfluß der Cortes.

Wichtiger aber als diese mehr deduktiven Erwägungen innerer Entwicklungswahrscheinlichkeiten sind die rein morphologischen. Da das Unterhaus des Zweikammersystems auf der Repräsentation beruht, während das Dreikuriensystem die Repräsentation nur für diejenigen Bestandteile des Landtags durchführt, die ihrer Natur nach nicht anders als durch Sachwalter vertreten sein können, für die wichtigsten Glieder des Landtages, für den Gesamtadel und den hohen Klerus, aber prinzipiell am Virilsystem festhält, führt die Hintzesche These zu der bedenklichen Annahme, daß die natürliche Entwicklung ausnahmslos von einem System der Arbeitsteilung (Repräsentation) zu dem weniger differenzierten, urwüchsigen Virilprinzip gegangen sei.

In dem Virilprinzip darf man zweifellos das gleiche massen-individualistisch-liberale Unabhängigkeits- und Selbständigkeitsstreben^o erblicken, das in der urzeitlichen zwerghaushaltlichen Demokratie aller freien wehrhaften Volksgenossen zum Ausdruck kommt. Wenn es auch, der Erweiterung des Staatsverbandes und der inzwischen erfolgten Differenzierung durch Ausbildung eines gesonderten Wehr- und Nährstandes entsprechend, im Vergleich zur Urzeit weniger massen- und mehr intensiv-individualistisch geworden ist, so sind dennoch die massenindividualistischen Elemente gegenüber dem stärker repräsentativen System unverkennbar. Bildet doch der im all-

gemeinen recht zahlreiche mittelalterliche Kleinadel — Gneists englische Verfassungsgeschichte spricht geradezu von einem „ritterlichen Mittelstand“ — ein breites Element mit unabhängiger, freier und würdiger Lebensführung und da die breite Masse der mittelalterlichen Landbevölkerung dumpfer und gedrückter Lebensführung nicht entwachsen war, kommt in dem Virilprinzip für den Gesamtadel unverkennbar ein stark massen-individualistisches Prinzip zur Geltung.

Demgegenüber bedeutet das repräsentative Prinzip für das Unterhaus zunächst Auslese und Sonderung, mithin Beschränkung des massenindividualistischen Prinzips zugunsten eines intensiven Individualismus, nicht einmal so sehr hinsichtlich der zu treffenden Auswahl wie vor allem dadurch, daß der Unterschied zwischen den aus eigenem Recht landtagsfähigen Pairs und den als Beauftragten am Landtag teilnehmenden Gliedern erst recht ausgeprägt wird. Da die Bestellung der Abgeordneten korporativ auf der Grundlage kommunaler Selbstregierungsverbände, oft sogar mit weitestgehender Bindung durch das imperative Mandat, erfolgt, kommen in der Repräsentation gegenüber dem extensiv-individualistischen Virilsystem sowohl intensiv-individualistische¹⁰ wie kollektivistische Tendenzen zum Ausdruck: die Virilteilnahme des Gesamtadels gemahnt eher an die urzeitlich-demokratischen Volksversammlungen urzeitlicher Zwergstaaten.

Vor allem aber ist darauf zu verweisen, daß die geschichtliche Erfahrung ganz allgemein den Übergang vom Viril- zum Repräsentativsystem bezeugt. Das gilt sowohl für diejenigen Zweikammersysteme, deren Unterhaus nicht von vornherein, wie das englische und das irische, auf diesem Prinzip beruht, sondern es erst allmählich zur Anwendung gebracht hat, wie für das Dreikuriensystem. In Ungarn und Polen kam die Repräsentation für den Kleinadel erst allmählich zur Geltung, dessen massenindividualistische Widerstände erst mit der Zeit überwunden werden konnten. Auch die Dreikuriensysteme sind im Verlaufe der Entwicklung, von Zwergterritorien abgesehen, dahin gelangt, sei es, wie in dem Flächenstaat Frankreich, vollständig, sei es, wie in der Regel, auf dem Umwege über das Ausschußwesen, das eine unvollkommenere Form der Repräsen-

tation darstellt, auf deren Formenlehre hier jedoch noch nicht eingegangen werden soll. Daran aber darf kein Zweifel gelassen werden: die Aufgabe des Virilsystems für den Gesamtadel bedeutet zwar eine Beeinträchtigung des Einzelnen, jedes freien Einzelnen einer bevorzugten, eigentlich allein staatsfähigen Schicht — man mag der alten, ja auch nur die Wehrhaften und Freien umfassenden urzeitlichen Volksversammlungen gedenken, wenn man von Virilreichstagen, etwa im mittelalterlichen Ungarn, oder noch viel später in Schweden, mit Tausenden von Teilnehmern hört —, zugleich aber doch auch eine technische Vervollkommenung der ständischen Institutionen, die erst durch sie ihrem Zweck entsprechend gestaltet und befähigt werden, regelmäßige Funktionen in einem großen Staatsverband zu übernehmen. So paßt sich denn auch diese Bewegung als Sonderfall dem großen Gesetz an, das als Grundgesetz die Geschichte alles menschlichen — und vielleicht auch manches außermenschlichen — Lebens, der Individuen wie der Gruppen, beherrscht: dem Gesetz allmählich zunehmender Verstandesschärfe auf Kosten des Gefühls und vor allem der Einbildungskraft.

Eine Reihe negativer Instanzen der Hintzeschen These geben die Dreikuriensysteme, die außerhalb des alten Karolingerreiches ausgebildet worden sind, in Spanien, Skandinavien und in Schottland. Das schottische Dreikuriensystem ist allerdings, soweit die autogene von den Entscheidungen in England unbeeinflusste Verfassungsentwicklung des Landes in Betracht kommt, schließlich von dem Absolutismus der Stuarts überwältigt worden, auf einem Wege, der in der Verfassungsgeschichte der Kurienländer nicht selten ist: die Krone bemächtigte sich des das Parlament vertretenden Ausschusses der Lords of the Articles. Im übrigen aber ist Hintzes Schema auf den schottischen Parlamentarismus nicht anwendbar: weder läßt sich eine Zweikammervorform des schottischen Dreikurientyps nachweisen, noch ist Schottland ein Land bürokratisch-zentralistischer Verwaltung — die alte schottische Ämterordnung war über die roheste Form einer Curia regis kaum hinaus — oder eines militäristischen Absolutismus; der Stuartesche Absolutismus blieb daher auch nur ephemer, da ihm der militärische Rückhalt fehlte, den diese Staatsform anderwärts ge-

funden hat. Keinesfalls aber läßt sich behaupten, daß das schottische Ständetum eine entwicklungsreifere Form als das englische darstelle oder daß das mittelalterliche Schottland ein Land intensiven und rationalen Staatsbetriebes sei.

Ebensowenig ist schließlich auch eine weitere von Hintze geforderte entwicklungsgeschichtliche Bedingung für den schottischen Dreikürentyp erfüllt: Schottland ist in Hintzes Sinn überhaupt kein Feudalstaat, sondern ein Privilegienstaat, denn der Übergang vom Stammes- zum Staatsleben hat sich hier nicht auf dem Umwege über ein feudalistisches Großreich vollzogen. Allerdings gilt diese Einschränkung nur im Rahmen der Hintzeschen Feudalismus-Theorie. Verzichtet man — und die Berechtigung dieses Verzichtes wird in Verfolg der Untersuchung noch ausführlich zu erhärten sein — auf die Hintzesche Feudalismus-Bedingung, so wird man nicht anstehen dürfen, auch Schottland zu den Feudalländern zu rechnen. Es gehört zu der gar nicht so kleinen Gruppe von Ländern, die, bei schwach ausgeprägten Altertumstendenzen¹¹ mangels genügenden Ausdehnungsraums, zum Mittelalter durch Feudalisierung der noch stark ausgeprägten Urzeitresiduen gelangt sind: der älteste schottische Adel kann seinen Ursprung auf jene Clan-Häuptlinge zurückführen, die in den Grafenstand erhoben und zu Vasallen der schottischen Krone wurden. Einen ähnlichen Übergang von der Urzeit zum Mittelalter durch ein nur schwach ausgeprägtes Altertum zeigt ein geradezu klassisches Feudalland, das in Hintzes Feudalismuslehre weitgehend herangezogen wird: Japan.

Auch Aragon und Portugal müssen gegen Hintze als negative Instanzen angeführt werden, weil einmal beide Länder die von Hintze verlangte Zweikammervorform nicht erkennen lassen,¹² Aragon außerdem der Hintzeschen Forderung eines intensiv-rationalen, bürokratisch-zentralistischen Staatsbetriebes während des Mittelalters in keiner Weise entspricht; gab es doch nicht einmal eine Gesamtstaatsverfassung der einzelnen Landschaften. Daß sich seit Ausgang des 16. Jahrhunderts der Absolutismus im Rahmen der gesamtspanischen Staatsbildung auch in Aragon durchgesetzt hat, läßt keine Folgerungen auf das mittelalterliche Staatsleben Aragoniens zu.

In Dänemark und Schweden schließlich ist zwar die von Hintze zur Regel erhobene Abfolge vom Kammer- zum Kurientyp tatsächlich eingetreten, aber anders als das alte karolingische Zentrum, ist keines der beiden Länder tieferdringenden auflösenden Wirkungen des Lehnswesens ausgesetzt gewesen; sie werden von Hintze auch nicht zu den Feudalstaaten, sondern zu den von ihm sogenannten Privilegienstaaten gerechnet.

Für die ehemaligen Karolingerländer glaubt Hintze frühe Zweikammervorformen in der Geschichte ihrer Ständebildung nachweisen zu können: das Pariser Parlament in Frankreich, das *consilium juratum* der deutschen Territorien sind seiner Annahme zufolge ihrem Ursprung nach ein *Magnum Consilium*. Was zunächst die Ausgliederung des Pariser Parlaments betrifft, so hat sich die Bürokratisierung der Verwaltung in Frankreich bemerkenswert früh vollzogen; die Differenzierung innerhalb der Zentralverwaltungsbehörde nach dem bekannten allgemein-europäischen Dreiteilungsschema: *conseil du roi*, *chambre des comptes*, oberstes Gericht, fällt daher noch in die Zeit vor der Ausbildung der Repräsentativverfassung. Diese Bürokratisierung und Festigung der Zentralverwaltung ist grundsätzlich von der zur Ständebildung führenden Erweiterung der *Curia regis* zu unterscheiden; sie beruht auf einer präziseren Verteilung der Funktionen und Kompetenzen innerhalb der Zentralverwaltung, während jener Vorgang der Erweiterung des ursprünglichen Zentralverwaltungsorgans zugleich mit einem Funktionenwechsel verbunden ist: aus der erweiterten Zentralverwaltungsbehörde wird eine Landesvertretung. In dem Parlament noch des 14. Jahrhunderts erblickt Hintze eine Behörde, die zugleich oberstes Gericht und Ratsversammlung ist. Das Entscheidende an dem Vorgang der Absonderung des Parlamentes aber ist vielmehr jene Differenzierung innerhalb der Zentralverwaltung, die die oberstgerichtlichen Befugnisse einer besonderen Körperschaft überträgt. Unter Philipp IV., dessen Kanzler Nogaret die *Etats Généraux* geschaffen hat, war die Dreiteilung der alten *Curia regis* bereits abgeschlossen und auch die Entfeudalisierung und Bürokratisierung der neuen Gerichtsbehörde weit fortgeschritten. Die beginnende Ständebildung durch Erweiterung der *Curia regis* hängt mit diesem

Vorgang nicht zusammen, sondern läuft rein zeitlich nebenher: wir wissen aus der Zeit von 1004 bis 1263 von 28 solcher erweiterten Staatsratstagungen im Reich oder in den Lehnsherrschaften und bereits 1141 sind Städte hierbei vertreten gewesen.

Damit soll jedoch nicht im mindesten behauptet werden, daß diese frühzeitige Verzweigung innerhalb der alten französischen Zentralverwaltung für die französische Ständegeschichte etwa belanglos gewesen sei, wenngleich der Hintzeschen Annahme einer ursprünglichen *Magnum-Consilium*-Bildung im Zusammenhang mit ihr nicht beigeplacet werden kann. Der Anteil der Stände an der gesetzgebenden Gewalt hat, wie in späterem Zusammenhang noch ausführlicher darzulegen sein wird, seinen Ursprung in zwei getrennten Wurzeln: in dem Steuerbewilligungsrecht in Verbindung mit dem Petitionsrecht und in der Funktion eines obersten Gerichtes, denn die Gesetzgebung des mittelalterlichen Staates besteht zu einem guten Teil nicht in der Rechtsschöpfung, sondern in der Feststellung bestehenden (positiven, oder natürlichen und göttlichen) Rechts. Steuerbewilligungs- und Petitionsrecht haben auch die französischen Stände geübt und ihr Einfluß auf die Gesetzgebung Frankreichs bis 1614 war durchaus nicht unbedeutend.¹³ Die frühzeitige Differenzierung der alten *Curia regis* jedoch, die 1302 bereits abgeschlossen war, so daß den Ständen oberstgerichtliche Befugnisse nicht mehr verblieben, brachte es mit sich, daß in den Parlamenten den *Etats Généraux* eine konkurrierende an der Gesetzgebung beteiligte Gewalt erstand. Das *droit d'enregistrement* und das *droit de remontrances*, in denen Hintze *Survivals* des ältesten zweikammerartigen Ständetums erblickt, sind auch im Rahmen der hier entwickelten Ansicht zwanglos zu erklären.¹⁴

In den deutschen Territorien ist das *consilium juratum*, das in einer Reihe von ihnen nachweisbar ist, nach Hintze gleichfalls als eine *Magnum-Consilium*-artige Zweikammervorform des Dreikurientyps zu deuten, eine Ansicht, die auf den ersten Blick recht bestechend ist, zumal Hintze darauf verweist, daß in Brandenburg noch im 15. Jahrhundert oft schwer zu unterscheiden ist, was Tagungen des *consilium juratum* und was *Herrentage* seien. Das *consilium juratum* hat ja seinem Ursprung nach

ebenso wie das Magnum Consilium Amtscharakter und beruht auf dem freien Ernennungsrecht des Landesherrn. Seinen Kernbestand haben die gewöhnlichen Hofbeamten gebildet und wenn allmählich die Tendenz sich durchsetzt, den geschworenen Rat seines Beamtencharakters zu entkleiden und zu einem vom Landesherrn berufenen Adelsausschuß umzubilden, wäre die Analogie mit dem Magnum Consilium vollkommen, gebe es nicht ein entscheidendes Gegenargument. Das Consilium juratum geht der Ständebildung nicht voraus, es schiebt sich vielmehr zwischen Stände und Regierung als Zwischeninstanz ein.¹⁵ Das bedeutet aber, daß diese Ratskörperschaft eine wesentliche andere Funktion als das Magnum Consilium zu erfüllen hatte, das die erste Stufe späterer Zweikammerstände darstellt. Man wird seine Bildung daher richtiger der Entwicklungsreihe zurechnen, die unter den Zielgedanken: Bureaukratisierung und Entfeudalisierung der Zentralverwaltungsstelle zu subsumieren ist, und das Consilium juratum daher nicht mit einem Magnum Consilium oder werdendem Oberhaus, sondern mit dem französischen Conseil du roi, dem englischen continual council vergleichen können. Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß der geschworene Rat im Laufe der Entwicklung seinen ursprünglichen Beamtencharakter wieder eingebüßt hat und zu einer Art von Adelsausschuß geworden ist; aus ihm gingen durch erneute Differenzierungen, wie sie die Zentralverwaltungsorgane im Verlauf der spätmittelalterlichen und neuzeitlichen Entwicklung noch mehrfach durchgemacht haben, die nun schon wirklich beamtenmäßigen engeren Zentralverwaltungskörper hervor, wobei der weitere Ratskörper allmählich an Bedeutung verliert und schließlich nur noch als leere Form erhalten bleibt.¹⁶ Der Rat war, auch das spricht gegen seinen Ursprung als Magnum Consilium, nach Spangenberg's Worten „ein Organ der Verwaltung, nicht ein Glied der Verfassung“, vermittels dessen die Stände verfassungsmäßigen Einfluß auf die Landesregierung erlangt hätten.¹⁷

In der Zusammensetzung des geschworenen Rats überwog bis in die Neuzeit hinein der ministerialische Ritteradel. Nur in den geistlichen Fürstentümern wurde das freie Ernennungsrecht, und zwar schon recht früh, zu Beginn des 14. Jahrhunderts, ge-

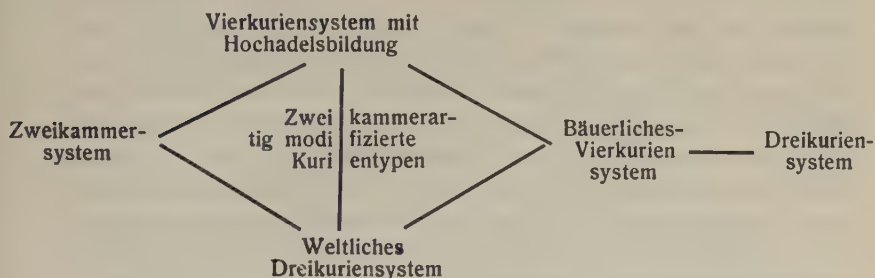
wohnheitsrechtlich oder auch durch Privileg, durch ständische Ansprüche begrenzt, durch Ansprüche, an denen nicht nur der Adel, sondern auch das Bürgertum teil hatte. Das Consilium juratum der geistlichen Territorien unterscheidet sich daher von vornherein von einem Magnum Consilium; ihm wohnt die Tendenz zu Dreikurienständen, nicht die eines werdenden Oberhauses, inne.

Eine Zweikammervorform in den wichtigsten Territorien des Dreikuriengebietes läßt sich somit nicht feststellen und die Entwicklung vom Zweikammer- zum Kurientyp, die sich auf Skandinavien beschränkt, ist nicht der reguläre Vorgang; doch könnte man in Erwägung namentlich dessen, was über die Repräsentation überhaupt und über den Repräsentativcharakter der beiden Systeme ständischer Vertretung ausgeführt worden war, die Frage stellen, ob nicht vielmehr die Entwicklung vom Kurien- zum Zweikammersystem als möglich, oder selbst als regelmäßig, anzusehen sei. Denn man wird zunächst geneigt sein, die Hochadelsbildung, die sich innerhalb mancher Kurienländer findet und in der Hintze ein Survival eines früheren Zweikammerzustandes erblicken will, als Vorgang der Differenzierung zu betrachten, aus dem, da die Trennung von hohen und niederen Adel eines der Hauptkennzeichen des Zweikammersystems ist, aus einem Kurientyp ein Zweikammertyp hervorgehen könnte. Es sei hier gleich vorweggenommen, daß diese Behauptung zu weit gehen würde, daß die Typologie der Formen ständischer Vertretung grundsätzlich eine morphologische und keine genetische Reihe darstellt und daß der Übergang von einer Form zur anderen nicht die Regel ist, sondern nur unter Sonderbedingungen eintritt. Ehe dies jedoch näher ausgeführt werden kann, muß zunächst die anfangs entwickelte Formenlehre um die zwischen dem Dreikurien- und dem Zweikammersystem stehenden Formen ergänzt werden. Es handelt sich hierbei um Vierkuriensysteme, die entweder durch Doppelung der Adelsvertretung (Vierkuriensystem mit Hochadelsbildung) oder durch Bildung einer eigenen Kurie für die nichtadlige Landbevölkerung, mithin durch Doppelung der Vertretung für die erwerbenden Stände (bäuerliches Vierkuriensystem) bedingt sind.

Dem reinen Dreikuriensystem, von dem es nur eine Sonderform darstellt, steht das bauerliche Vierkuriensystem (Schweden, Dänemark, Tirol) am nächsten. Von dem reinen Dreikuriensystem unterscheidet es sich nur insofern, als durch die Doppelung der erwerbenden Stände eine gewisse Minderung des Gewichtes der Oberstände eintritt, da Adel und Geistlichkeit die beiden anderen Stände nicht überstimmen können. Der schwedische Adel erhob zwar stets den Anspruch, von den drei anderen Ständen als Stand *kat exochen* nicht überstimmt werden zu können, hat sich jedoch durch nachgiebige Haltung im Ernstfall stets bemüht, diese umstrittene Frage des ständischen Rechts nicht austragen zu lassen, um kein gefährliches Präzedens zu schaffen. Im übrigen darf jedoch nicht verkannt werden, daß — von dem Zwergterritorium Tirol angesehen, dessen Bauern vollberechtigte Glieder des Landtages waren — die Landbevölkerung im allgemeinen nur ein Bestandteil minderen Rechts und eher ein Anhängsel des dritten Kurie ist. In Dänemark haben sowohl Drei- wie Vierkurienreichstage, d. h. Reichstage mit und ohne Bauern, stattgefunden. In Schweden, dessen Ständetum ja kräftiger als das dänische entwickelt war, blieben zwar die Bauern ein regelmäßiger Bestandteil der Reichstage; dafür sind jedoch, mit konkurrierender Gewalt, an Stelle des Vierkurienreichstags noch im 17. Jahrhundert bisweilen Notabelnversammlungen der drei ersten Stände einberufen worden. Im Reichstag selbst waren die Bauern, wenigstens in der Regel, vom „Geheimen Ausschuß“ ferngehalten, der für Fragen der Außenpolitik eingesetzt wurde, häufig jedoch auch wichtige innenpolitische Entscheidungen vorbereitet hat. Schließlich war auch, wie zahlreiche Reichstagsverhandlungen, Beschwerden, Anweisungen der Regierung an die Lokalbehörden beweisen, die Möglichkeit der Beeinflussung der Bauernwahlen recht groß und die Regierung hat denn auch verschiedentlich von ihr Gebrauch gemacht.

Die zweite Form des Vierkuriensystems ist durch Doppelung der Adelsvertretung gewöhnlich unter gleichzeitiger mehr oder weniger vollständiger Durchführung des Repräsentationsprinzips für den Kleinadel bedingt. Dieser Vierkurientyp (mit der Sonderform des weltlichen Dreikuriensystems beim Fehlen

einer gesonderten Vertretung der Geistlichkeit) zeichnet sich also durch Hochadelsbildung innerhalb des Kuriensystems aus; er kommt dem Zweikammersystem insofern nahe, als auch hier einer Gruppe persönlich Teilnahmeberechtigter (Hochadel und Prälaten) Vertreter (in den beiden unteren Kurien) der anderen landtagsfähigen Elemente gegenüberstehen. Die morphologische Reihe der Ständebildungen veranschauliche folgendes Schema:



Wollte man die Differenzierung in hohen und niederen Adel innerhalb des Kuriensystems als eine Überlagerung des Dreikurientyps durch Zweikammertendenzen ansehen, so muß dem entgegnet werden, daß dies nur in Ausnahmefällen zutrifft. In der Regel reicht diese Differenzierung soweit zurück, daß sie für die Sonderform der später entstehenden Ständevertretung entscheidend wurde, nicht aber erst innerhalb des Ständesystems eingetreten ist und ein reines Dreikuriensystem in ein Hochadelsvierkuriensystem umgewandelt hat. Das gilt zum Beispiel für die aragonischen Cortes, in deren doppelter Adelsvertretung Hintze ein Rudiment früherer Zweikammerbildungen erkennen will, während sie, wer den Gedanken der Differenzierung überspitzen wollte, für eine Abwandlung des reinen Dreikurientyps in einen zweikammerartig modifizierten durch Differenzierung halten könnte. Beides wäre gleich verfehlt. Auch die aragonischen Cortes sind ohne die Zwischenstufe des Magnum Consilium entstanden. Ihre Geschichte, die, wie auf der iberischen Halbinsel überhaupt, sehr weit zurückreicht und die des englischen Parlaments fast um ein Jahrhundert überholt, berichtet, daß die Städte auf ihnen von Anfang an (1162) ver-

treten waren. Da zudem die Trennung in hohen und niederen Adel bis in die Zeit der Eroberung ihre Wurzeln hat, ergab sich als die für Aragon „natürliche“ Form der Ständebildung zunächst das weltliche Dreikuriensystem, später als die Geistlichkeit zahlenmäßig stark genug geworden war, um eine eigene Vertretung zu erhalten, das Vierkuriensystem (seit 1301). Hierbei ist auch daran zu erinnern, daß in den Nebenländern der aragonischen Krone Katalonien und Valencia reine Dreikuriensysteme ohne Hochadlesbildung bestanden haben und daß die aragonische Ricahombria, da auch für den niederen Adel am Virilprinzip festgehalten wurde, nur mit Vorbehalt als eine Pairie, mithin als eine Hochadelsbildung im Sinne der hier verfolgten Untersuchung betrachtet werden darf. Das aragonische Vierkuriensystem nähert sich daher stärker als sonst derartige Systeme dem reinen Dreikurientyp und somit läßt die aragonische Verfassungsgeschichte ebenso wie die Hintzesche Typologie — die für das Kurienland Aragon eine zentralistisch-bureaucratische Verwaltung erfordern würde — auch die Hintzesche Genetik in Stich.

Ebenso hat sich in Böhmen ein weltliches Dreikuriensystem nicht erst allmählich durch Ausgliederung eines Hochadels ausgebildet, sondern die bestehende Differenzierung innerhalb des Adels hat zur Bildung eines solchen Systems geführt.¹⁸ Das gleiche gilt von den entsprechenden Systemen in den deutschen Territorien. Alle diese Bildungen unterscheiden sich von den Zweikammersystemen, denen sie immerhin näher stehen als die reinen Kurientypen, vor allem hinsichtlich des Ursprungs ihres Hochadels, der nicht von der Amts- und Patentbaronie, sondern von einer lehnsrechtlichen ausgeht und der daher auch von vornherein erblich ist, während die Pairie des Zweikammerstems zunächst nur die Tendenz hat, erblich zu werden. Denn während die Zweikammerpairie auf gouvernementaler Grundlage, nämlich auf der Vorzugsstellung beruht, die Vertreter der großgrundbesitzenden Schicht als dauernde und schließlich erbliche Mitglieder des königlichen Rates allmählich erwerben, bildet in den hier betrachteten Fällen eine auf Grund ihrer Stellung im Lehnsverband bevorrechtigte Schicht den Hochadel. Diese pairsartig bevorzugte Adelsgruppe kann daher sogar aus

Lehnsherrschaften bestehen; so im Falle des (bundesstaatlich organisierten) schlesischen Generallandtags, dessen erste Kurie von den Fürsten der schlesischen Territorien gebildet wurde, während die zweite aus Vertretern der Ritterschaft, die dritte aus denen einiger Städte zusammengesetzt wurde. In anderen Fällen ist es die Gruppe des vasallitischen Altadels (später verstärkt durch die höchstitulierten Schichten des Briefadels), die Angehöriger ehemaliger Dynastengeschlechter (im ostdeutschen Kolonialland) oder die Oberschicht der Ministerialien, die den Kern der Hochadelbildung abgibt. Für die Entwicklungsgeschichte des Kurien-Hochadels gilt ebenso wie im Zweikammersystem die Regel, daß die Tendenz besteht, bei der verfassungsrechtlichen Fixierung der ursprünglich nur sozial-wirtschaftlichen Trennung in Groß- und Kleinadel an ältere Bildungen, soweit solche vorhanden, anzuknüpfen. Was immer es mit dem sagenhaften christlichen Reiche Sobrarbe auf sich haben mag, von dessen 12 ebenso sagenhaften Ratgebern die ältesten Geschlechter der aragonischen Ricoshombres abzustammen sich rühmten, daß die Ricahombria ihrem Personalbestand nach zu einem guten Teil Uradel der Eroberer ist (Ricahombria de naturaleza), wird man kaum bezweifeln dürfen. Ebenso wird man innerhalb des böhmischen Herrenstandes die Nachkommen der altslavischen Herzogsgeschlechter zu suchen haben, soweit diese nicht bei der Bildung des přemyslidischen Staates ausgerottet wurden oder später ausgestorben sind. Den Ausgangspunkt für die Kurie der Grafen und Herren mancher deutscher Territorien bildeten die geringen Reste vasallitischen Altadels oder reichsunmittelbar gebliebenen Adels dann, wenn es ihnen gelang, ihren zahlenmäßig geringen Bestand durch weitere Elemente zu verstärken, sei es durch die obersten Schichten der Ministerialität, sei es — daher die Häufigkeit dieser Bildung im ostdeutschen Kolonialgebiete¹⁹ — durch Aufnahme der im Kolonialland eingegliederten slavischen Dynasten, denen ein gewisses Maß halb-lehnsherrschaftlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit verblieben war. In die Kurie der Grafen und Herren, sofern eine solche bestand, traten später nach Entstehung des Briefadels auch die mit dem Grafen- und Freiherrntitel Ausgezeichneten ein.

Mit Nachdruck ist hier darauf zu verweisen, daß ein Stand der Grafen und Herren noch nicht unbedingt die Konstituierung einer eigenen Kurie, mithin die Bildung eines Hochadels innerhalb der ständischen Verfassung, zu bedeuten braucht. Der Unterschied von Herrenstand und Herrenkurie ist in der Literatur nicht immer genügend beachtet worden. Luschin von Ebengreuth hält es in seinem bekannten Handbuch der österreichischen Reichsgeschichte²⁰ nicht für notwendig, auf diesen gerade für Österreich wichtigen Unterschied zu verweisen und Below spricht in dem genannten Aufsatz von zwei Adelskurien in den deutsch-österreichischen Territorien, was unzutreffend ist. In Wirklichkeit sind die Landtage der Steiermark, Kärntens, Krains usw. Dreikurienbildungen, nur daß hier der Adel in zwei Schichten nacheinander landtagfähig geworden ist. Es nahm zunächst neben den Resten des alten vasallitischen Adels nur die Oberschicht der Ministerialen, die sogen. „Ministeriales“ oder „ministeriales majores“, am Landtage teil, d. h. diejenigen Ministerialen, die sowohl aktive wie passive Lehnfähigkeit besaßen. Die nur passiv Lehnfähigen, die sogen. „milites“ oder „Einschildritter“, haben erst später durch Ritterbündnisse zunächst gleichen Gerichtsstand mit ihren Herren, dann auch die Landtagfähigkeit erkämpft, und zwar waren sie ebenso wie diese viritim und in der gleichen Kurie vertreten, so daß dem Herrenstand auch hier nur gewisse Ehrenvorrechte, aber keine verfassungsmäßigen Vorrechte zukamen.²¹ Die gleiche Entwicklung, nur vollständiger, da auch jede bloße Andeutung eines Herrenstandes fehlt, vollzog sich in Bayern. Die österreichische Entwicklung erscheint bedeutungsvoll als negative Instanz der Hintzeschen Theorie, da auch hier die Andeutung eines gesonderten Herrenstandes nicht als Survival eines älteren Zweikammerzustandes gedeutet werden darf, sondern mit der geschilderten lehnsrechtlichen Differenzierung innerhalb des Adels zusammenhängt. Es bleibt dabei, daß im Prinzip die Form, die das ständische System annimmt, nur davon abhängt, ob die Erweiterung der Curia regis zu Ständen auf dem Wege der Zwischenschaltung eines auf der Amts- und Patentbaronie beruhenden Magnum Consilium oder ohne diese Zwischenbildung erfolgt ist. Die „Typologie der ständischen Verfassun-

gen des Abendlandes" ergibt eine morphologische und keine genetische Reihe.

Damit soll allerdings nicht geleugnet werden, daß neben dieser ursprünglichen Differenzierung nach den bei Entstehung der ständischen Verfassungen gegebenen Bedingungen auch der Übergang aus der einen in die andere Form möglich ist, und zwar nicht nur, wie in Skandinavien, vom Zweikammer- zum Drei- bzw. Vierkuriensystem, sondern auch in umgekehrter Richtung. Ja es ist dies sogar die häufigere Form der Abwandlung, während die noch zu erörternde skandinavische Entwicklung auf ganz besonderen Bedingungen beruht, die sich anderwärts nicht wiederholt haben. Für den Übergang vom Dreikurien- zum Zweikammersystem gibt es wiederum zwei verschiedene Möglichkeiten mit verschiedenen Ergebnissen, den Weg der Kurienvereinheitlichung und den Weg der Kurienspaltung.

Ohne weiteres ist ersichtlich, daß wenn aus irgendwelchen Sondergründen, zum Beispiel starker zahlenmäßiger Verringerung der Geistlichkeit im Zusammenhang mit der Reformation, eine Kurie innerhalb des Dreikuriensystems wegfällt, Bildungen entstehen, die rein äußerlich dem Zweikammersystem nahe kommen. So waren in Brandenburg seit Mitte des 16. Jahrhunderts die drei Oberstände zu einer einzigen Kurie verschmolzen.²² Bereits zuvor hatten die Herren in Anbetracht ihrer geringen Zahl keine selbständige Kurie gebildet, sondern waren gemeinsam mit den Prälaten in einer Kurie zusammengefaßt. Das gleiche System bestand von vornherein in der Oberlausitz: auch hier stand einem „Oberhaus“, das für einen Teil des Kleinadels aus Vertretern gebildet wurde, ein rein städtisches „Unterhaus“ gegenüber. Man sieht sogleich, daß diese Bildungen ebenso wie das bäuerliche Vierkuriensystem eine gewisse Minderung des Gewichts der Oberstände mit sich bringen: die Städte können in keinem Falle von den anderen Ständen überstimmt werden. Einem Versuch des Adels, nach dem Vorbild des Niederlausitzer Vierkuriensystems den kombinierten Oberständen drei Stimmen zuzubilligen, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts unternommen wurde, sind die in einer Landfriedensvereinigung, dem Bund der Sechsstädte zusammengefaßten landtagsfähigen Elemente des Bürgertums kräftig entgegengetreten.

In Brandenburg hatte bisher der Modus gegolten, daß zwei Kurien — praktisch natürlich meist die ersten beiden — die dritte überstimmen konnten und daher bedeutete die Kurienvereinheitlichung geradezu eine Vermehrung der landständischen Bedeutung des Bürgertums. Der Versuch von 1602, einen Beschluß der Oberstände mit Zustimmung des Landesherrn gegen den Widerspruch der Städte zum Gesetz zu erheben, blieb erfolglos.

Dennoch wird man diese kurienvereinheitlichenden Zweikammersysteme von den echten Zweikammerbildungen wohl unterscheiden müssen; am besten könnte man sie als „Zweikuriensysteme“ bezeichnen. Ihre wesentlichste Eigentümlichkeit ist die, daß anders als in den echten Zweikammersystemen hoher und niederer Adel nicht getrennt werden, sondern dem geistlich-adligen „Oberhaus“ ein rein städtisches „Unterhaus“ gegenübersteht und daß ihr Oberhaus nur zu einem Teil aus persönlich teilnahmeberechtigte Pairs (den Herren und einem Teil des Kleinadels), zum anderen Teil aus Vertretern des Kleinadels besteht.

Die zweite Möglichkeit, die hier besteht, ist die der allmählichen Ausbildung der Pairie innerhalb des Dreikuriensystems und der damit verbundenen Kurienspaltung. Auf diese Weise können aus einem Dreikurientyp Hochadels-Vierkuriensysteme und schließlich Zweikammersysteme entstehen. Ein Vorgang, den man kaum anders als die Überlagerung des Dreikurientyps durch Zweikammertendenzen bezeichnen kann und der sich eigenartigerweise in zwei voneinander gänzlich unabhängigen und unbeeinflussten Gebieten wiederholt hat, in Schottland wie in Pommern.

Das schottische Dreikuriensystem beruhte auf dem Virilprinzip für den Gesamtadel, eine Verpflichtung, die von dem einflußlosen Kleinadel, wie so häufig im Mittelalter, mehr als Last denn als Recht empfunden wurde und der er sich mit Erfolg weitgehend zu entziehen trachtete. Diese Parlamentsunlust veranlaßte den Reformkönig Jakob I. zu einer Umgestaltung der Parlamentsverfassung nach englischem Vorbild, mit der er jedoch im wesentlichen gescheitert ist. Es gelang ihm zwar die Schaffung einer Pairie nach englischem Muster; es war dies die Patentbaronie der sogen. Lords of Parliament, die auf Grund

ihrer Würde persönliche Summons erhielten und zum Erscheinen verpflichtet waren. Hiermit war Jakob I. erfolgreich, dagegen mißlang die Reform von 1427 hinsichtlich der geplanten Schaffung eines Unterhauses, in dem die von dem Kleinadel zu wählenden Grafschaftsvertreter gemeinsam mit den städtischen Abgeordneten sitzen sollten. Es haben, da das für eine wirkliche Repräsentation des Kleinadels unentbehrliche System kommunaler Selbstregierungsverbände fehlte — auf die schottische Verwaltungsordnung und ihre Bedeutung für eine erschöpfende Theorie des Feudalstaates und der Repräsentativverfassung wird noch ausführlich einzugehen sein —, auch nach 1427 keine Grafschaftswahlen stattgefunden. Es blieb trotz der neuen Pairie bei dem alten Dreikuriensystem mit der grundsätzlichen Verpflichtung zur Teilnahme für den Gesamtadel — die allerdings, unbeschadet der Berechtigung zum Erscheinen im Parlament, 1457 zensurmäßig begrenzt wurde — und der tatsächlichen, wenn auch ungesetzlichen, weitgehenden Absentierung des Kleinadels.

Einen Wandel brachte hier erst die Reformation und die lebhaftere religiöse und kirchenpolitische Erregung in Schottland. Das Parlament, das bisher nur wenig bedeutet hatte — Schottlands Barone zogen es vor, ihre Kämpfe untereinander und mit der Krone durch die Waffen statt auf parlamentarischem Boden auszutragen —, wurde jetzt zum Sprachrohr der öffentlichen Meinung und die Lairds entsannen sich nunmehr ihrer Parlamentsfähigkeit als eines Rechtes. Die County Franchise Act von 1587 organisierte schließlich die Teilnahme des Kleinadels nach englischem Vorbild, was durch die inzwischen erfolgte allmähliche Festigung der Grafschaftsverfassung möglich geworden war. Auch dann allerdings verblieb es noch bei dem alten Dreikurientyp und von mehr als von einer Überlagerung des Dreikuriensystems durch zweikammerartige Tendenzen kann nicht die Rede sein. Die commissioners of the shires bildeten zwar eine besondere Gruppe, aber gemeinsam mit den Lords of Parliament nur einen Stand und noch der Covenant von 1638 war nach dem Vorbild des schottischen Parlaments in drei, bzw. vier Tafeln organisiert. Die spätere schottische Parlamentsgeschichte muß hier außer Betracht bleiben, da sie, bei engerer Verbindung mit England, nicht mehr autogen verlaufen ist.

Die gleiche Entwicklungsrichtung, die hier als Überlagerung des Dreikuriensystems durch Zweikammertendenzen bezeichnet wurde, ist in Pommern festzustellen, nur daß dort die Verwaltungsordnung des Staates eine andere als in Schottland war — es ist die übliche bureaukratisch-zentralistische Verwaltung der deutschen Territorien und der meisten Kurienländer — und daß keine so weitgehende Parlamentsunlust des Kleinadels festzustellen ist, wenn auch häufige an sich ungesetzliche Absentierungen nicht fehlen. Im ganzen aber lag, anders als in Schottland, das parlamentarische Schwergewicht, wie üblich in den deutschen Territorien, beim Gesamtadel und den Städten. Aus der Masse des ritterschaftlichen Kleinadels nun sucht sich allmählich eine Pairie auszusondern, die der sogen. Schloßgesessenen, eine Bezeichnung, die für eine geschlossene Gruppe erstmals 1539 in Anwendung kommt. Die Schloßgesessenheit hatte, da seit der erweiterten Lehnsfähigkeit der Ritter auch Verleihungen von Burgen ohne das der Burg beigelegene Land üblich geworden waren, keine größere öffentlich-rechtliche Bedeutung mehr; es waren im wesentlichen nur Ehrenvorrechte, die mit ihr verknüpft waren.²³ Die Schloßgesessenen erhielten zu den Landtagen persönliche Ladungen und waren daher zum Erscheinen verpflichtet, während für den kollektiv geladenen Kleinadel ein unvollständiges Vertretungssystem in Geltung war; es stand der Ritterschaft frei, ob sie *viritim* erscheinen oder sich ämter- und geschlechterweise vertreten lassen wollte. Zu einer endgültigen Aufspaltung der Adelskurie, mithin zur Aufspaltung des Dreikuriensystems in ein zweikammerartiges Vierkuriensystem — wobei die weitgehende Interessenverbindung und das häufige einträchtige Zusammenwirken von Rittern und Städten die schließliche Bildung eines reinen Zweikammersystems als nicht ausgeschlossen erscheinen ließen — ist es nicht gekommen; es bleibt auch hier bei der Überlagerung durch bloße zweikammerartige Tendenzen auf dem Wege der Kurienspaltung. Der Grund für diese Beschränkung ist unschwer zu erkennen: die Schloßgesessenen waren zahlenmäßig zu schwach, um sich zu einer vollen Pairie zu entwickeln.²⁴

Als wesentliches Ergebnis müssen wir festhalten, daß wie man es von vornherein erwarten durfte, die Pairie in den abge-

leiteten Zweikammersystemen, seien es kurienvereinheitlichende oder kurienspaltende, ebenso wie in den Hochadels-Vierkuriensbildungen und anders als in den reinen Zweikammersystemen auf der lehnsrechtlichen Baronie und nicht auf der Amts- und Patentbaronie beruht. Daß die Patentbaronie der schottischen Lords of Parliament hiervon eine Ausnahme macht, tut der Gültigkeit dieser Regel keinen Abbruch; denn die schottische Pairie ist nach englischem Vorbild übertragen worden, nicht aber autogen entstanden.

In Skandinavien ist die Entwicklung allerdings vom Zweikammer- zum Kurientyp gegangen. Der Grund hierfür ist uns schwer zu finden. Die Ergänzung des reichsrätlichen Magnum Consilium zu Vollständen²⁵ vollzieht sich hier erst zu Beginn der Neuzeit. Da nun im Zusammenhang mit der Reformation die Prälaten als ex-officio-Mitglieder des Reichsrates ausschieden, verblieben nicht genug weltliche „Pairs“, um einen eigenen Hochadel zu begründen und da zugleich die neue reformierte Geistlichkeit nicht ohne eigene Vertretung bleiben sollte, ergibt sich notwendigerweise anstatt der Bildung eines Unterhauses der Übergang zu einem Kurientyp der ständischen Vertretung, in der die ältere Zweikammer-Frühform nur noch in Survivals fortwirkt; denn der ursprüngliche Paircharakter des Reichsrates ist im ständischen Parlamentarismus Skandinaviens nie mehr völlig beseitigt worden.

B. *Vorbetrachtung zur Entwicklungsgeschichte der ständischen Repräsentativverfassung: das Problem des Feudalismus.*

Die ständische Verfassung kann nicht als allgemeines notwendiges modifiziertes Endstadium der feudalen angesehen werden. Das gilt zwar im wesentlichen für Europa, es war jedoch nicht der Fall in Japan, dessen Feudalismus repräsentative Formen nie angenommen hat. Umgekehrt gibt es Staaten mit Repräsentativverfassung ohne die westeuropäischen Lehnformen; es sind dies die von Hintze sogenannten Privilegienstaaten Nord- und Osteuropas. Es erscheint naheliegend, das Lehnswesen dieser Form als die rechtliche Ausdrucksform des

als Feudalismus zu bezeichnenden gesellschaftlichen Zustandes zu betrachten; dann dürfen die lehnslosen Staaten Osteuropas nicht zu den Feudalstaaten gerechnet werden. Es mag aber ebenso gut möglich sein, eine Erweiterung des Begriffs Lehnswesen zu finden, die es gestattet, den Kreis der Feudalstaaten zu erweitern, ohne auf die Verbindung von Lehnswesen und Feudalismus zu verzichten.

Man wird zunächst geneigt sein, das Lehnswesen nach westeuropäischem, fränkischem Vorbild durch die Verbindung eines sachenrechtlichen und eines personenrechtlichen Moments, die Verbindung von Benefizialwesen und Vasallität, zu definieren. Diese Definition, die außerhalb Westeuropas nur noch in Japan erfüllt worden ist, erweist sich jedoch für die Zwecke der allgemeinen vergleichenden Verfassungsgeschichte als zu eng. So hat sich Hintze genötigt gesehen, im Rahmen seiner Feudalismus-Theorie durch ein Verfahren, das der Logik als „widerspruchsfreie Erweiterung“ wohl bekannt und namentlich in der Naturwissenschaft (einschließlich der Mathematik) mit Erfolg angewandt worden ist, auf diese Verknüpfung von Benefizialwesen und Vasallität zu verzichten und Bildungen, denen das personenrechtliche, vasallitische Moment mangelt, noch als Lehnswesen zu bezeichnen. Gehen wir wieder von der abendländischen Verfassungsentwicklung aus, so ist dem vasallitischen Lehnrecht das ministerialische Dienstrecht gefolgt und dieses ist unter dem Vorbild der älteren Bildung dem ursprünglichen Lehnrecht immer mehr angeglichen worden: aus dem Hofrecht wurde, hauptsächlich durch erweiterte Lehnfähigkeit der Ritter, Lehnrecht. Nun ist aber diese lehnsrechtliche Umbildung des Dienstrechtes auch ohne ältere vasallitische Vorbilder möglich, dann nämlich, wenn es den Ministerialen gelingt, korporativ standeserhöhende Privilegien durchzusetzen; das geschah in den osteuropäischen Ländern, die Hintze als Privilegienstaaten den eigentlichen Feudalstaaten gegenüberstellt. Diese Staaten, es sind vornehmlich Ungarn, Polen und Schweden, haben zwar im juristisch-technischen Sinne keine Lehnverfassung, wohl aber Verfassungszustände ausgebildet, die den westeuropäischen im Kern der Sache gleichen. Denn was Hintze als einen der Hauptunterschiede zwischen Privile-

gien- und Feudalstaaten bezeichnet, daß sich die Differenzierung in hohen und niederen Adel in ihnen nur in dem Unterschied der Besitzgröße und in der Hierarchie der Titel und Würden zum Ausdruck bringe, kann in keinem Falle zugegeben werden. Das gilt weder für Ungarn und Polen, deren Hochadel eine echte Pairie wie der aller Zweikammerbildungen ist, noch für Schweden. In Schweden wurde zwar durch die Überlagerung der zweikammerartigen Frühständebildung durch das spätere Vierkuriensystem die alte Hochadelsbildung verwischt, aber während der ganzen Reichsratsperiode (bis 1682) nicht völlig ausgelöscht. Der ursprüngliche Pairscharakter des schwedischen Reichsrats, der in seinen Anfängen ein *Magnum Consilium* ist, kommt auch späterhin noch dadurch zum Ausdruck, daß während der Gesamttadel zwar *viritim* auf den Reichstagen erscheint, aber nur geschlechterweise abstimmt, die Reichsräte, innerhalb der Adelskurie und von ihr ungetrennt, *viritim* Sitz und Stimme haben. Auch die komplizierte Dreiklassenteilung des schwedischen Ritterhauses bedeutete praktisch eine Verstärkung des reichsrätlichen Hochadels durch die titulierten und die ehemals reichsrätlichen Familien. Das Ritterhaus hat stets daran festgehalten, daß die Unterschiede des Ranges innerhalb des Adels denen des Titels voranzugehen hätten und der Titel eines Reichsrats wurde dem reinen Adelstitel, selbst dem höchsten, vorgezogen.

Der Lehnskontrakt ist ein Statuskontrakt, eine Synthese zwischen Status- und Kontraktsverhältnis und zwar ein auf ein bestimmtes typisches Statusverhältnis gerichteter Kontrakt.¹ Dieses Statusverhältnis ist das einer (standeserhöhenden?) sozialen Arbeitsteilung und seine wirtschaftliche Grundlage ist Renteneinkommen aus mit politischen Rechten ausgestattetem Grundbesitz, da Großgrundbesitz die einzige Form der Kapitalbildung in einer naturalwirtschaftlichen Gesellschaft ist. Durch diese widerspruchsfreie Erweiterung des ursprünglichen Begriffs „Lehnswesen“ ist, zunächst rein formal, die Möglichkeit der Einbeziehung der von Hintze sogen. Privilegienstaaten in den Kreis der Feudalstaaten gegeben. Wird der Begriff des Lehnswesens derart erweitert, so können wir als Entwicklungsregel festhalten, daß das ministerialische Dienstrecht die Ten-

denz hat, in Lehnrecht überzugehen, wobei Lehnrecht hier in dem erläuterten weiteren Sinne des Privilegienrechts verstanden wird. Für die Zwecke der vergleichenden Verfassungsgeschichte kommt jedoch eher das Feudalismusproblem, das den weiteren Begriff umfaßt, als das mehr juridische Problem des Lehnswesens in Betracht.

Hintze definiert den Feudalismus als ein System persönlicher Herrschaftsmittel zur Regierung eines großen Reiches im Zustande vorherrschender Naturalwirtschaft und unentwickelten Verkehrs beim Mangel rationaler anstaltlicher Einrichtungen,³ wobei sogleich bemerkt sei, daß das wichtigste dieser persönlichen Herrschaftsmittel eben das Lehnrecht bzw. ein ihm entsprechendes ministerialisches Dienstrecht ist. Hintze unterscheidet zugleich drei Bedingungen des Feudalismus bzw. drei Faktoren, in denen er sich auswirkt, und deren gemeinsames Vorkommen allein als Feudalismus bezeichnet werden darf; es sind dies: militärisch ein auf Privatvertrag beruhendes bevorrechtigtes Berufskriegertum und politisch die lokale Herrensstellung dieses Berufskriegertums, ökonomisch-sozial die grundherrlich-bäuerliche Wirtschaftsweise, die diesem Berufskriegertum ein arbeitsloses Renteneinkommen gewährt.⁴ Die Voraussetzungen für den Feudalismus erblickt Hintze mit Recht bereits in dem ausgehenden Altertumsstaat des spätfränkischen Reichs.⁵ Es sind dies: 1. ein Partikularismus, der nicht gleich planmäßiger Dezentralisation, sondern gleich unvollständiger Integration ist; genauer wäre zu sagen, ein Partikularismus, der nicht gleich planmäßiger, bewußter, geprägter Dezentralisation, sondern aus unvollständiger Integration hervorgegangene, mithin gewachsene Dezentralisation (Desintegration) ist. 2. Überwiegen der persönlichen über die anstaltlichen Momente in der Ausübung der Herrschaft.⁶ Hieraus folgt die Verdinglichung der Herrschaft (an Stelle ihrer Versachlichung), die eine der wesentlichsten Eigentümlichkeiten des Feudalismus ist, die Teilung der Staatsgewalt, nicht nach ihren Funktionen, sondern nach ihren Objekten, nach Land und Leuten. Das ist vielleicht das fruchtbarste Ergebnis der für die allgemeine Verfassungsgeschichte so überaus wertvollen Untersuchungen des großen Forschers: die Grundtendenz des Feudalismus ist die Neigung

zu einer neuen Staatenbildung auf schmalerer Basis mit intensiverem Betrieb.⁷

Feudalistische Bildungen waren daher von vornherein unmöglich in den alteuropäischen Stadtstaaten. Das Schutzverhältnis etwa der römischen Clientel ist der neueuropäischen Kommendation wesensverwandt, aber die Rechtsformen des alteuropäischen Mittelalters waren völlig andere. Mittelalter muß nicht unbedingt feudales Mittelalter sein. Für das Problem der ständischen Verfassung wird auch die alteuropäische Geschichte heranzuziehen sein, denn wenngleich die Munizipalstaaten des griechischen und römischen Mittelalters Repräsentativverfassungen nicht ausbilden konnten, so erhebt sich doch die Frage, warum dies im attischen Seereich und im späteren römischen Reich nicht geschehen ist. Für das Feudalismus-Problem aber kann die alteuropäische Geschichte von vornherein außer Betracht bleiben.

Anders steht es mit denjenigen Staaten, die zwar große Flächenreiche ausgebildet haben, in denen also die Voraussetzungen für den Feudalismus gegeben waren, ohne daß jedoch die Entwicklung zu ihm eingetreten ist. In Indien ist es dreimal zu Großreichsbildungen gekommen: das Reich der Maurya-Dynastie, deren bekanntester Vertreter Açoka ist, ist erst 73 v. Chr. endgültig zerfallen, das Guptareich hat nach vorübergehender Auflösung von der Mitte des 4. bis zur Mitte des 7. nachchristlichen Jahrhunderts geblüht, das Reich der Moguln befand sich bereits in vollem Zerfall, als es von den Europäern überrannt wurde. Ansätze zum Feudalismus zeigen mindestens die beiden letztgenannten Reiche, wenn sie auch zur Entfaltung nicht gekommen sind. Das Mahabharata, dessen Redaktion in die Zeit der Gupta verlegt wird, läßt uns Einblicke in feudalis- musartige Zustände tun, so wenn es der zahlreichen lehnsfürstlichen Vasallen gedenkt, die die beiden feindlichen Zweige des Kuru-Stammes für die Entscheidungsschlacht aufgeboten haben.⁸ Ansätze zum Feudalismus gab es auch im mohamedanischen Indien. Es hatte sich hier bereits das System der Steuerpacht, verbunden mit der Übertragung grundherrlicher Gewalt durchgesetzt, das für den gesamten Islamfeudalismus kennzeichnend ist. Im ganzen bot das Indien der Moguln zur Zeit Clives und

der East-Indian-Company ein verwirrendes Bild von ganzer, halber, kaum mehr bestehender Abhängigkeit zahlreicher Kleinstaaten von dem Großmogul zu Delhi, das lebhaft an die Auflösung des Karolingerreiches gemahnt, zur eigentlichen feudalistischen Entwicklung aber ist es nicht mehr gekommen.

Dagegen muß einer anderen Bildung gedacht werden, die eine völlige Singularität darstellt, des indischen Kastenwesens, das, nach Hintzes Worten, vikariierend für den Feudalismus eintritt⁹ und das seine Blütezeit in dem zweiten der indischen Großreiche gehabt hat, obwohl es sowohl vor- wie nachher von Bedeutung gewesen ist. Es handelt sich hier um eine soziale Arbeitsteilung, die von der feudalistischen wie von jeder anderen sich durch die Verbindung erblicher Berufsspezialisierung mit magisch-rituellen Vorschriften¹⁰ grundlegend unterscheidet. Der Ansatz zu normaler Ständebildung, der in der ältesten Kastenbildung zum Ausdruck kommt (Nähr-, Wehr- und Lehrstand; die vierte Kaste ist die der unterworfenen Dravida), ist durch die komplizierten Misch- und Zwischengebilde verwischt und zu jenem sonderbaren sozialen System geworden, das für Indien noch heute bezeichnend ist. Anscheinend haben die Arier die Blutmischung mit den dunkelfarbigem Dravida¹¹ durch tabuistische Vorschriften zu verhindern gesucht, wenn auch nicht immer mit Erfolg. Die Blutmischung ist dann doch eingetreten, das tabuistisch-rituelle System blieb jedoch grundsätzlich aufrecht erhalten und das ergab das Kastensystem. Eine Repräsentativverfassung war unter diesen Umständen gar nicht möglich, der Feudalismus aber wird von diesem System nicht eigentlich ausgeschlossen; wenn auch die Ständebildung hier auf anderen Grundlagen beruht, so war eine Verbindung der drei Faktoren des Feudalismus auch auf dieser Grundlage durchaus möglich und hätte sich der Neigung zu neuer Staatenbildung sehr gut eingefügt. Es ist wohl kaum zuviel behauptet, wenn man annimmt, daß Indien ein vollfeudalistisches Mittelalter durchlebt hätte, wäre das aus der Auflösung des Gupta-Reiches hervorgegangene Staatenmosaik nicht durch die indoskythische Invasion, die Weißen Hunnen und die Moguln zerstört und Reich des Großmogul nicht von Europa erobert worden

Dagegen sind die Altertumsstaaten Ägypten und China über Ansätze zum Feudalismus nicht hinausgekommen; die Vorstöße zum Feudalismus, die Breysig als „vorgetäuschte Mittelalter“ bezeichnet hat, sind von den Tendenzen des Altertumsstaats immer wieder überwunden worden. Gewiß, die Voraussetzungen für den Feudalismus, der aus unvollständiger Integration hervorgegangene Partikularismus, das Überwiegen persönlicher Herrschaftsmittel und die daraus folgende Neigung zur Verdinglichung der Herrschaft waren auch hier gegeben, aber doch mit einem gewichtigen Unterschied. Die Lebensnotwendigkeiten dieser Gebiete alter Stromkulturen, vor allem die Notwendigkeit planmäßig organisierter Massennarbeit zur Stromregulierung und verwandten Aufgaben haben noch auf naturalwirtschaftlicher Basis eine vergleichsweise frühe bürokratische Staatsverwaltung entstehen lassen. Diese hat aber ihrerseits die Entstehung eines Privatkriegertums mit standesbildender Wirkung gehemmt.¹² Daher ist es auch nicht zu jener Verbindung der drei Faktoren gekommen, die allein als Feudalismus in vollem Sinne des Wortes angesprochen werden darf. Die Ansätze zur Zersplitterung in Kleinstaaten sind durch die neu heraufkommende Altertumsmonarchie stets wieder von neuem überwunden worden. In China hat es weder Dienstadel noch höriges Bauerntum gegeben, in Ägypten ist die Grundhörigkeit der Bauern (ebenso wie in Indien) zwar üblich, aber sie reicht weit in den Altertumsstaat hinein und steht außer Zusammenhang mit den Ansätzen zur Kleinstaatbildung. Die gleichen geohistorischen Zusammenhänge, die die Länder alter Stromkulturen so außerordentlich früh zu altertumsmäßiger Staatsbildung kommen ließen, haben in der Folge der Zeit ebenso sehr zur Verlangsamung, ja fast zum Stillstand der Entwicklung auf dieser Stufe beigetragen. Es sind gewissermaßen prädestinierte Altertumsstaaten; die Absonderungstendenzen, die anderwärts das Mittelalter heraufgeführt haben, sind hier nur in der stark abgeschwächten Form des vorgetäuschten Mittelalters zum Durchbruch gekommen.

Der normale Verlauf aber ist zweifellos der, daß altertumsmäßige Flächenstaaten auf dem Wege neuer Staatenbildung auf schmalere Basis zum Mittelalter, und zwar zu einem feudalisti-

schen Mittelalter übergehen. Es ist dies eine Folge der über-
spannten Machtinstinkte, die die Staatsbildung des Altertums
zu begleiten pflegen¹³ und die zu einer Überexpansion, d. h. zu
einer Zusammenballung von Gebiet führen, dessen Beherrschung
und Verwaltung die zur Verfügung stehenden überwiegend per-
sönlichen Herrschaftsmittel nicht gewachsen sind. Das Feuda-
lismus-Problem steht also auch in Zusammenhang mit dem
Übergang zu festerer Staatsbildung. Die Selbsthaftwerdung, die
den Übergang von lockerer Stammes- zu fester Staatsverfassung
zu begleiten pflegt, schafft eigentlich erst die Voraussetzung für
die soziale Arbeitsteilung im großen; es trennt sich jetzt von der
Masse der nur mehr oder wenigstens überwiegend rein erwerbs-
tätigen Bevölkerung ein gesonderter Beamten- und was für den
frühen Staat das wichtigste ist, Kriegerstand. Seine Umbildung
in einen erblichen Herrenstand wird durch zwei Momente ge-
fördert: dem naturalwirtschaftlichen Altertumsstaat steht im
wesentlichen nur die Übertragung von Grund und Boden für die
Konzentration staatlicher Machtmittel zur Verfügung und da
andererseits mit der Selbsthaftwerdung an die Stelle des Sippen-
eigentums an Immobilien das Sondereigentum zunächst der
Hausgemeinschaften, dann das volle Privateigentum tritt,¹⁴ be-
steht die Tendenz, den staatlich als Beamtenbesoldung ver-
liehenen Grundbesitz in erblichen Besitz oder selbst Eigentum
zu verwandeln und mit dem eigenen Grundeigentum zu ver-
schmelzen, mit anderen Worten: es besteht die Tendenz, die
öffentlichen Rechte zu Annexen des agrarischen Besitzrechtes
zu gestalten, das ist das, was Hintze mit anderer Bezeichnung
die Verdinglichung der Herrschaft genannt hat.

Über den zunächst entwickelten Begriff des Feudalismus
ist Hintze jedoch hinausgegangen. Die Feudalismus-Regel, die
in der berühmten Akademie-Abhandlung über Wesen und Ver-
breitung des Feudalismus ausführlich entwickelt wird, bindet
die Ausbildung des Feudalismus an die Voraussetzung, daß der
Übergang von der lockeren Stammesverfassung zu festerer
Staats- und Gesellschaftsordnung und zur Selbsthaftigkeit nicht,
wie es meist geschieht, unmittelbar erfolgt, sondern durch eine
weltgeschichtliche Konstellation — in der Sprache der Mill-
schen Logik dürfen wir sagen, durch eine Collocation — bedingt,

auf dem Umwege über ein imperialistisches Großreich. Dieser verfrühte Imperialismus, den Hintze auch als imperialistische Kinderkrankheit bezeichnet, beruht ideologisch auf einem religiös-weltanschaulichen Universalismus und dieser wiederum ist das Ergebnis einer Kultursynthese. Somit ergibt sich Hintzes historische Feudalismus-Regel: eine Feudalverfassung kann nur entstehen, wenn der normale Übergang von Stamm zum Staat durch die Folgen einer Kultursynthese (verfrühter Imperialismus, weltanschaulicher Universalismus) abgelenkt wird. Die Kultursynthese ist mithin die *causa movens*, Imperialismus und Universalismus sind die Symptome des von der normalen Staatsentwicklung abweichenden feudalistischen Zwischenstadiums.

Unter verfrühtem Imperialismus wäre man zunächst geneigt, alle jene Staatsbildungen zu verstehen, deren Expansion in einem Mißverhältnis zu den tatsächlich verfügbaren Herrschaftsmitteln steht. Das träfe für alle Altertumsstaaten zu, die sich zu größeren Flächenstaaten entwickeln konnten. Hintze begrenzt jedoch den Begriff enger und schärfer auf die Tendenz zu einem universalistischen Weltreich,¹⁶ daher die Bindung an die Begriffe der Kultursynthese und des weltanschaulichen Universalismus. Im wesentlichen kommt es daher auf den Begriff der Kultursynthese an.

Die empirische Basis der Feudalismus-Regel hat zweifellos die karolingische Reichsbildung abgegeben; des weiteren rechnet Hintze zu den Feudalstaaten Araber und Osmanen, Rußland und Japan. Die Voraussetzung der Kultursynthese ist in allen diesen Fällen gegeben: Rußland beruht auf dem Kontakt der Germano-Slaven Osteuropas mit der byzantinisch-christlichen Kultur. Die Araber haben die persisch-sassanidische Kultur in sich aufgenommen, in der wiederum hellenistisch-antike Beeinflussungen fortgewirkt haben, die Osmanen unterlagen arabischem Einfluß und in Japan hat mit der Taikwa-Reform ein breiter Einstrom chinesischen Geistes und chinesischer Institutionen stattgefunden.

Anders steht es mit dem Begriff des verfrühten Imperialismus. Von Weltreichbildung im streng universalistischen Sinn kann ja überhaupt nicht die Rede sein; fassen wir daher den Begriff weniger scharf im Sinne einer Überexpansion mit mög-

lichst universalistischer Tendenz,¹⁶ so ist er für Westeuropa und die Islamstaaten zwar gegeben, aber jedenfalls nicht mehr für Rußland und Japan. In Japan darf für die in Betracht kommende Zeitspanne (bis 1867) von Imperialismus überhaupt nicht die Rede sein; selbst die Bemühungen um Korea, die ja nur eine bescheidene Expansionstendenz darstellen, beginnen spät und erst zu einer Zeit, in der sich der reine Feudalismus bereits seinem Ende nähert und der spätere absolutistische Polizeistaat der Tokugawa allmählich heraufkommt. Hintze spricht daher von einer mehr passiven Einstellung auf die imperialistische Staatsidee in Japan, die in einer umfassenden Kulturrezeption bestanden habe,¹⁷ aber das besagt in klarem Deutsch doch offenbar nichts Anderes als daß die Erscheinung „Imperialismus“ in Japan eben nicht gegeben war. Als russischen Feudalismus bezeichnet die Forschung gemeinhin die Zeit der Teilfürsten, die mit dem westeuropäischen Mittelalter mannigfache Berührungen aufweist. Dann darf von Imperialismus nicht gesprochen werden. Hintze bezieht den Begriff „Feudalismus“ innerhalb der russischen Geschichte auf die Periode der Moskauer Großfürsten, etwa von den späten Ruriks bis zu Peter dem Großen; die Berechtigung dieser Abweichung möge hier auf sich beruhen; von einem verfrühten Imperialismus wird man aber auch dann nicht sprechen dürfen, sofern man darunter eine Überexpansion versteht, d. h. eine Expansion über die Grenzen des auf die Dauer behaupteten Staatsgebietes hinaus.

Ebenso ist der Begriff der Kultursynthese denkbar weit gespannt. Hintze versteht hierunter eigentlich jede stärkere kulturelle Beeinflussung, sei es, wie in dem Falle der weitgreifenden und tiefdringenden Synthese germanischer und antik-christlicher Kultur, das durch die Einmaligkeit der weltgeschichtlichen Konstellation gegebene Eindringen und Fortgetragenwerden der Kulturschöpfungen und teilweise auch des Kulturgeistes einer abgestorbenen Geschichteinheit durch die mit ihr in Berührung gekommenen jungen Völker eines neuen geschichtlichen Weltalters, sei es das Eindringen von Kulturgütern lebender entwicklungsreiferer Völker in das soziale Gefüge entwicklungsjüngerer; diese Exosmosen (in Lamprechtscher Terminologie) waren der Fall Rußlands, der Islamstaaten und Japans.

Werden die entscheidenden Begriffe der Kultursynthese und des verfrühten Imperialismus aber so weit gespannt — und hiergegen ist grundsätzlich nicht das Geringste einzuwenden, da der zu findende Allgemeinbegriff „Feudalismus“ sich nicht auf Westeuropa beschränken darf, sondern dem Fällereichtum des geschichtlichen Lebens gerecht werden muß —, so ergibt sich, daß die Feudalismus-Regel den von Hintze erfaßten Geschichtseinheiten nicht völlig entspricht. Einerseits war in Japan — das, da es von allen Ländern das dem westeuropäischen am stärksten gleichende (vasallitisch-benefiziales) Lehnrecht ausgebildet hat, in jedem Falle von jeder Theorie zu den Feudalstaaten gerechnet werden muß — von den Bedingungen der Hintzeschen Regel die des Imperialismus tatsächlich nicht gegeben. Bei den von Hintze sogen. Privilegienstaaten Ungarn, Polen, Schweden war in allen Fällen die Bedingung der Kultursynthese (Berührung mit den christlichen und kulturüberlegenen Völkern Mittel- und Westeuropas) erfüllt, die des Imperialismus in dem allein in Betracht zu ziehenden abgeschwächten Sinn mindestens in Polen, das an Weiträumigkeit dem Heiligen römischen Reich etwa entsprach und die Vormacht des Ostens darstellte, und in Ungarn, dessen Kampf mit Byzantinern und Venezianern um die Vormacht auf dem Balkan noch der Habsburger Doppelmonarchie als unheilvolle Erbschaft verblieben ist.

Den Feudalstaaten stellt Hintze, das ist bereits mehrfach erwähnt worden, die Privilegienstaaten gegenüber, in denen sich die alte Stammesverfassung stärker als in den Staaten imperialistischer Großreichbildung erhalten habe und die er daher auch als Stammesstaaten bezeichnet. Hierher gehöre außer der genannten Gruppe auch das angelsächsische England. Daher fällt schwer ins Gewicht, daß auch der angelsächsische Stammesstaat, obwohl im Vergleich mit den west- und außereuropäischen Flächenstaaten Ausdehnung des Gebietes und verfügbare Herrschaftsmittel eher in Einklang zu bringen waren, deutliche Ansätze zur Ausbildung einer Feudalverfassung zeigt, was von Hintze selbst ausführlich belegt wird.¹⁸ Diese Ansätze waren zur Zeit der normannischen Eroberung noch nicht vollkommen zur Entfaltung gekommen, aber es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß dies im ungestörten autogenen Werdegang nicht

schließlich doch geschehen wäre. Die normanno-englische Entwicklung kann als das Ergebnis einer Durchkreuzung autogener Entwicklungsreihen hier außer Betracht bleiben, sie wird uns jedoch in späterem Zusammenhang zu beschäftigen haben.

Für Ungarn und Polen ist nach der Hintzeschen Annahme entscheidend, daß der Adel hier gleichbedeutend mit Adelsnation sei, also nicht so sehr auf sozialer Arbeitsteilung wie auf der Blutsgemeinschaft des herrschenden Volkstums beruhe. Diese Auffassung scheint in der ungarischen Verfassungsentwicklung eine Stütze zu finden, denn von der ungarischen Forschung wird allgemein angenommen, daß im großen ganzen im mittelalterlichen Ungarn der Adlige Magyare, der Bauer Slave oder Walache, der Städter Deutscher war. Für Polen hat Piekosiński in der sogen. Überschlüttungstheorie Entsprechendes behauptet, die allerdings, da sie sich nur auf eine vage etymologische Ableitung des Wortes „Szlachta“ stützen kann, heute allgemein aufgegeben ist.¹⁹ Aber für Ungarn ist die Überschlüttungstheorie nie bestritten worden. Die Formenlehre des in die Geschlechterverfassung zurückreichenden Uradels muß drei Fälle unterscheiden: der Adel kann dem Personalbestand nach auf die Angehörigen eines Herrenstamms zurückgehen, der sich andere Völker oder Stämme unterworfen hat (Überschlüttungsadel; Ungarn, nach der Überschlüttungstheorie auch Polen); er kann die Häuptlinge der Einzelgeschlechter umfassen (Häuptlingsadel; das ist der Fall der feudalisierten schottischen Clanhäuptlinge; das gilt von einem Teil der böhmischen, polnischen und ungarischen Magnaten) und schließlich kann auch das Geschlecht des Staatsoberhauptes der neuen Altertumsmonarchie korporativ, gewissermaßen als Meinungsadel, Adelsrang erhalten (Königsadel; hierher gehört die taziteische „stirps regia“ und auch der japanische Adel; doch zeigt Japan eine Mischung der Typen des Häuptlings- und des Königsadels insofern, als die Häuptlinge vielfach durch wirkliche oder fingierte Blutsverwandtschaft Angehörige des kaiserlichen Geschlechtes waren).

Trotz alledem wird man der Hintzeschen Auffassung betreffs der Adelsnation nicht beipflichten dürfen. Entscheidend war auch in den sogen. Stammesstaaten nicht die Gliederung

der Geschlechterverfassung, sondern hier wie anderwärts die soziale Arbeitsteilung. Wäre selbst — woran natürlich nicht gedacht werden darf — das gesamte Magyarentum im ungarischen Adel aufgegangen, alle nichtmagyarischen Elemente ausnahmslos von ihm ausgeschlossen geblieben; der ungarische Adlige war adlig, nicht weil er „nemes“, sondern weil er „serviens regis“ war. Der geschlechtermäßige Uradel ist denn auch nach der Umbildung in einen Dienstadel durch die Spitzen der ursprünglich nichtadligen königlichen Ministerialen vermehrt worden. Auch hier wurde das Dienstverhältnis entscheidend: es ist die gleiche Synthese von Status- und Kontraktverhältnis mit standeserhöhender Wirkung, die Hintze für das westeuropäische und japanische Lehnswesen bezeichnend erscheint. Das gleiche gilt von Rußland und Polen: der Adel bildet sich allemal aus dem Krieger- und Beamtentum, das Immunitäten und andere standesbildenden Privilegien erhält (daher Privilegienstaaten).

Es sollen jedoch nicht im mindesten die Unterschiede geleugnet werden, die sich zwischen der Gruppe der ost- und der westeuropäischen Staaten ergeben, nur würden wir es nach der obigen Erwägung vorziehen, nicht den Feudalstaaten Privilegienstaaten gegenüberzustellen, sondern für beide Gruppen Begriffe zu finden, die dem Oberbegriff „Feudalstaat“ subkoordiniert sind: wir unterscheiden daher von den westeuropäischen vasallitischen Feudalstaaten die osteuropäische Gruppe als die der ministerialischen Feudalstaaten oder feudalen Privilegienstaaten. Denn das scheint das Entscheidende zu sein: Osteuropa kennt keine Subinfeudationen, die im Westen nur in England, dort aber im Zuge einer ganz anderen Entwicklung, verschwunden sind. Der ungarische und der polnische Adel wurde in seiner Gesamtheit zu Kronvasallen, in der Sprache des älteren englischen Staatsrechts zu tenentes in capite. Von den beiden Elementen des westeuropäischen Lehnswesens kennt Ungarn zwar das Benefizialwesen — das Donationsystem, das gleichfalls vielfach adelsbildende Wirkung gehabt hat —, nicht aber die Vasallität,²⁰ während Polen und Rußland zwar schwache Ansätze zur Vasallität, aber kein Benefizialwesen ausgebildet haben. Die Vasallität findet sich

hier in der bereits früh vorhandenen, aber auch früh wieder verschwundenen bzw. umgebildeten fürstlichen Gefolgschaft, der Družina, während an die Stelle des Benefizialwesens ein rein ministerialesches Dienstrecht tritt. Die Adelsbildung, die sich in Westeuropa in zwei Stufen, der älteren vasallitischen und der jüngeren ministerialischen, vollzogen hat, kennt hier nur die ministerialische Stufe,²¹ daher das Fehlen der Subinfeudationen. Das berechtigt aber noch nicht, diese Gruppe den Feudalstaaten entgegenzusetzen; erblickt doch Hintze selbst das Wesen des Feudalismus in dem Bestehen eines Privatkriegertums, das in seiner Gesamtheit standesbildende Privilegien durchsetzen kann,²² und gerade dies ist der Fall der sogen. Privilegienstaaten. Ebenso wie im Westen der Unterschied von Feudum und Allod zwar nicht verlorengegangen ist, aber mit der Erbllichkeit der Lehen praktisch weitgehend an Bedeutung eingebüßt hat, vollzieht sich in Ungarn bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts eine Vereinheitlichung der Besitzverfassung, wurde in Polen mit dem Kaschauer Privileg 1374 aus dem Dienstgut privilegiertes freies Erbeigentum, also feudalrechtlich gesprochen Allod, während in Rußland die Tendenz dahin ging, den Unterschied zwischen freiem Erbeigentum (Votčina, „Allod“) und Dienstgut (Poměstie) immer mehr zu verwischen und aus dem Dienstrecht eine Dienstpflicht zu machen. Mit dem Erbllichwerden des Dienstgutes (dessen Erbllichkeit im 16. Jahrhundert bereits anerkannt ist) und der Festsetzung eines einheitlichen Maßes von Leistungen gemeinsam für Dienst- und Erbgut durch Ivan IV. war die Besitzverfassung praktisch vereinheitlicht. Peter III. hob 1762 die Dienstverpflichtung auf und verwandelte alles Land in Alloidien. Der Adel war jetzt eine wirtschaftlich-sozial privilegierte Klasse von Gutsbesitzern geworden.

Für die Begründung des Unterschiedes von Feudal- und Privilegien- oder Stammesstaaten führt Hintze u. a. auch die ungarische Avitizitäts- und Banderiatsverfassung an, durch die zwar in der Anjouzeit nach westeuropäischem Vorbild eine Angleichung an den Feudalismus herbeigeführt, das Wesen der alten stammstaatlichen Verfassung aber nicht verwischt worden sei. Es handle sich mehr um einen äußerliche Angleichung an den Feudalismus durch bewußte Übertragung westlicher Vor-

bilder.²³ Nun wird man allerdings die Annahme der bewußten Übertragung schwer widerlegen können, denn es kann nicht unter Beweis gestellt werden, daß die Avitizitätsverfassung auch in einem von Westeuropa völlig abgeschlossenen Ungarn autogen ausgebildet worden wäre. Es gibt jedoch einige Erwägungen, die die Annahme bewußter Übertragung unwahrscheinlich machen. Volle fünfhundert Jahre bis 1848 hat die Agrarverfassung der Anjouzeit sich in Ungarn erhalten und es ist eine alte Erfahrung, daß die Übertragung fremder Rechtsformen ohne tiefere Wirkung zu bleiben pflegt, wenn die sozialen Voraussetzungen für sie nicht gegeben sind. So hat sich in Polen und in Böhmen das Recht der ländlichen Siedler — anders als das der städtischen, da diese meist oder vielfach die Städte erst gegründet haben — auf die Dauer gegenüber dem schlechteren Recht der heimischen Bauern nicht halten können. Die gesamte Sozialgeschichte Irlands im Mittelalter ist ein einziger Beweis für diese Regel. Die Übertragung des common law, der Grafschafts- und der Gerichtsverfassung ist schließlich mißlungen. Sie scheiterte an dem Fehlen breiter gemeinfreier Schichten, da England die grüne Insel erobert, aber nicht kolonisiert hatte. Die Folge war eine Rehibernisierung des Bauernrechtes, die Abwanderung der dünnen englischen ländlichen Siedlerbevölkerung und schließlich die weitgehende Refeudalisierung und Rehibernisierung Irlands.

Vor allem aber bringt die Avitizität nur eine Entwicklung im ungarischen Bodenrecht zum Abschluß, die sich über Jahrhunderte erstreckt, sie ist mithin gar keine Übertragung völlig neuer Rechtsformen. Das Privateigentum an Grund und Boden, dessen wirtschaftliche Grundlagen bereits geschildert sind, beruht rechtlich in Ungarn auf königlicher Rechtssetzung; es erhielten sich jedoch gewohnheitsrechtlich zahlreiche sippenrechtliche Beschränkungen der freien Veräußerlichkeit und Vererblichkeit, wobei ein Unterschied zwischen dem bei der Landnahme unter die acht Horden und von diesen unter die Geschlechter verteilten Niederlassungsland und dem königlichen Schenkungsland gemacht wurde. Das Ergebnis der Verfassungs- und Freiheitskämpfe des 13. Jahrhunderts, deren Tendenz teils standesbildend-korporativ, teils massenindividualistisch ist, war

schließlich ein Rechtszustand, der das Privateigentum mit linearer Erbfolge im Mannesstamm und Testierfreiheit beim Fehlen direkter männlicher Erben anerkannte, im Intestatfall jedoch das Sippenerbrecht substituierte. Der zunächst noch festgehaltene Unterschied zwischen dem aus ehemaligem Niederlassungsland hervorgegangenen Privateigentum und königlichem Schenkungsland kam Ende des Jahrhunderts in Fortfall. Die grundsätzlich anerkannte freie Veräußerlichkeit und Testierfreiheit wurden jedoch nach wie vor gewohnheitsrechtlich durch sippenrechtliche Ansprüche stark beschränkt.²⁴

Die unter dem Namen des Avitizitätsgesetzes bekannte Bestätigung der Goldenen Bulle (1351) vereinheitlichte die agrarische Besitzverfassung vollständig. Sie hob die Freiheit der Veräußerlichkeit auf und band den Boden fideikommissarisch. Mangels direkter männlicher Erben wurden die Seitenverwandten des Geschlechtes als erbberechtigt anerkannt, wobei dessen abgeteilte Linien ein wechselseitiges Erbrecht haben. Beim Fehlen jeglicher Erbberechtigter fällt das Eigentum an die Krone. Hand in Hand mit der erbrechtlichen Gesetzgebung ging eine Regelung der grundherrlichen Verhältnisse und der militärischen sowie fiskalischen Lasten.

Wichtiger aber als dieser Abschluß der erbrechtlichen Entwicklung des 13. Jahrhunderts ist die Avitizität für die hier verfolgte Frage durch ihre Regelung der grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. In deren Gestaltung erblickt Hintze einen wesentlichen Unterschied zwischen Feudal- und Privilegienstaaten; er verweist auf die Bauernfreiheit des Nordens, auf die Leibeigenschaft des Ostens, die über das übliche feudalistische Maß der Bauern-Abhängigkeit hinausgegangen sei. Demgegenüber muß betont werden, daß die Leibeigenschaft in dem Feudalland Böhmen (dessen Feudalismus allerdings deutschen Ursprungs ist) sehr viel drückender gewesen ist, während sie in Ungarn verhältnismäßig milde Formen annahm. Die Bauern haben, wie das Tripartitum feststellt, vermögens- und familienrechtlich selbständige Persönlichkeit;²⁵ die Schollenfesselung ist nur vorübergehend in Geltung gewesen; das Aufsichtsrecht der Komitatsbehörden beugte wenigstens den größten Mißbräuchen der grundherrlichen Gerichtsbarkeit vor und schließlich wurde —

ein anderwärts unerhörter Vorgang! — im 17. Jahrhundert sogar den Leibeigenen Glaubensfreiheit gewährt.

Gewiß hat die Bauernuntertänigkeit im Osten sehr viel härtere Formen als im Westen angenommen. Die Schollenfesselung ist jedoch hier durch Sonderbedingungen in ihren Formen bestimmt worden; sie hängt mit der Mongolengefahr und mit siedlungspolitischen Notwendigkeiten zusammen, nämlich mit den Bemühungen, die Landbevölkerung nach Beseitigung der Tatarengefahr wieder an die Selbsttätigkeit zu gewöhnen und die Arbeitsbedingungen der Grundherrschaft, auch aus fiskalisch-militärischen Gründen — der Feudalstaat beruht ja auf arbeitslosem Renteneinkommen der staatstragenden Schicht —, einheitlicher zu gestalten. Denn die Freizügigkeit hatte in dem zugleich dünnbesiedelten und weiträumigen Osten eine gute Waffe in der Hand der untertänigen Landbevölkerung bedeutet. Die ungarische Gesetzgebung von 1351 setzte die bäuerlichen Lasten unterschiedlos — Sonderabmachungen blieben ohne Gültigkeit — auf ein Neuntel des Ertrages fest und diese Angleichung der bisher noch recht verschiedenen Hofrechte steht deutlich erkennbar in Zusammenhang mit dem zunehmenden Übergang von der Viehwirtschaft zum Ackerbau und dem Übergang zur Gutswirtschaft, die auch in Rußland und Polen dominiert. Unter den Anjou ist Ungarn das Getreide- und Weinland geworden, das es noch heute ist.

In Polen erscheint die Schollenfesselung des Bauern bereits in der Gesetzgebung des an sich bauernfreundlichen Kasimir des Großen als Regel. Der freie Zug wird nur im Falle der Gewalttätigkeit des Grundherrn gegen den Hörigen oder seine Familie (oder wenn der Grundherr dem Kirchenbann verfällt) und in jedem Falle nur nach vorheriger Erfüllung aller noch laufenden Verpflichtungen gewährt. Auch in Rußland reicht die Konzentration des Großgrundbesitzes auf Kosten der freien Bauern in ihren Anfängen zwar bis ins 11. Jahrhundert zurück, die Schollenfesselung wurde jedoch auch hier erst nach Beseitigung der Mongolengefahr im Zusammenhang mit der Kolonisation des Nordostens, und zwar zunächst nur in Sonderprivilegien für geistliche und weltliche Grundherren, nicht aber generell eingeführt. Erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts wird die Frei-

zügigkeit allgemein beschränkt und ihre Beseitigung unter Boris Godunov 1607 scheint ursprünglich als vorübergehende Maßnahme geplant worden zu sein.²⁶

Wir sehen also; auch in der Gruppe der osteuropäischen Staaten hat sich der Feudalismus auf dem für Flächenstaaten üblichen Wege entwickelt: die im Altertum entstandene Krieger- und Beamtenschicht wird mit Grundbesitz und arbeitslosem Renteneinkommen ausgestattet und dadurch allmählich zu einem privilegierten erblichen Stand lokaler Machthaber mit öffentlichen Rechten. Diese Entwicklung ist, wie wir gesehen haben, unabhängig davon, ob sich starke Residuen urzeitlicher Zustände aus der Altertumsmonarchie in das Mittelalter herübergerettet haben. Während zu starke Altertumstendenzen infolge zu weit fortgeschrittener Bürokratisierung die Verdinglichung der Herrschaft und damit die Voraussetzung für den Feudalismus nicht eintreten lassen (vorgetäuschte Mittelalter), kann sich bei schwach ausgeprägten Altertumstendenzen mit zahlreichen Urzeit-Survivals der Feudalismus auf dem Wege von deren Feudalisierung entwickeln: das geschah in Schottland und in Japan.

Die Vermittelalterlichung der nicht eben starken schottischen Altertumsmonarchie — dem von Kenneth Mac Alpin um die Mitte des neunten Jahrhunderts durch Zusammenfassung der skotischen und piktischen Stämme geschaffene Einheitsstaat standen ja von vornherein keine großen Expansionsmöglichkeiten zur Verfügung — läßt den Vorgang, auf den es hier ankommt, nicht mit Deutlichkeit erkennen, denn das Lehnswesen ist hier unter dem Einfluß des Beispiels im Süden übertragen worden. Zudem ist die mittelalterliche Geschichte Schottlands mangels genügender Quellen noch immer nicht lückenlos erforscht. Die urzeitlich-patriarchalische Clan-Verfassung hat sich in zahlreichen Survivals jahrhundertlang, fast bis zur Gegenwart²⁷ gehalten. Man wäre daher durchaus geneigt, der älteren Forschung beizupflichten, die dem Fortbestand der Clanverfassung während des Mittelalters größte Bedeutung zuschreibt.²⁸ Heute wird allerdings allgemein angenommen, daß sich die Clanverfassung während des Mittelalters nur noch in Resten im Hochland erhalten habe.²⁹ Der Kern des Vorganges,

auf den es in diesem Zusammenhang ankommt, ist jedenfalls noch deutlich erkennbar: es ist die Feudalisierung der Clanhäupter im 11. und 12. Jahrhundert, auf die hier bereits verwiesen worden ist, und ein Gleiches geschah mit den Häuptlingen Irlands, den sogen. „reguli“, die Vasallen der englischen Krone wurden.

Dasjenige Land, das diesen Vorgang in geradezu klassischer Form zeigt, ist jedoch Japan.³⁰ Das Privateigentum am Boden geht auch hier wirtschaftlich auf den vordringenden Ackerbau (Reisbau) zurück, der die ältere Fischerei als Haupternährungsquelle immer mehr verdrängt; rechtlich ist es ein Erzeugnis der Altertumsmonarchie, die das Privateigentum aus eigener Machtvollkommenheit auf Grund des von ihr beanspruchten Obereigentums an Grund und Boden verleiht. Die Taikwa-Gesetzgebung beseitigte politisch die Selbstregierung der Geschlechter, in der Agrarverfassung führte sie nach chinesischem Vorbild das Kubun-den-System ein. Das Land (Kubunden: Kopfteilsland) wurde alle sechs Jahre unter die Hausgemeinschaften verteilt, wobei je 8 Familien gemeinschaftlich ein neuntes Feld für die öffentlichen Abgaben bestellten. Dazu traten noch Abgaben vom eigenen Ertrag und geringe Frondienste, diese steuerartigen Gesamtleistungen waren insgesamt nicht erheblich. Aus dieser Agrarverfassung entwickelt etwa seit der Mitte des 10. Jahrhunderts rasch eine Feudalverfassung: sie hat ihren Ursprung in den verschiedenen Kategorien privilegierten Landes, die außerhalb des Kubun-den-Landes als Rang- und Verdienstland vergeben wurden. Auch sind die aus privater Initiative hervorgegangenen Rodungen privilegiert und schließlich Privatbesitz geworden, während die kaiserlichen Statthalter die zunächst verpachteten öffentlichen Rodungen an sich zogen. Durch Verleihungen, Schenkungen und Komendationen entstehen nach dem Muster der kaiserlichen Domänen und der Tempel- und Kirchengüter³¹ Immunitäten beider Formen.³² Dieses privilegierte Land (sho-yen) macht im 12. Jahrhundert bereits $\frac{9}{10}$ des gesamten Grund und Bodens aus und das der direkten Verwaltung der Statthalter unterstehende Land (Kokuga) ist schließlich den gleichen Weg gegangen. Aus den Statthalterbezirken wurden Lehnsherrstentümer: das ist der Ursprung der Daimyate.

Das japanische Lehnswesen enthält wie das westeuropäische ein sachen- und ein personenrechtliches Element. Des Benefizialwesens ist soeben gedacht worden, die japanische Vasallität beruht wie die europäische auf einem Statuskontrakt mit standeserhöhender Wirkung, nur ist dieser Status nicht, wie Hintze betont, wie in Westeuropa der freiwilliger Gefolgschaft, sondern das Verhältnis eines jüngeren Bruders oder Sohnes in dem Geschlecht, als dessen Haupt der Lehnsherr gilt.³³ Sind doch die Samurai, die aus den unfreien, aber blutsverwandten oder als blutsverwandt geltenden Klienten der alten Uji-Verfassung hervorgegangen sind, durch gemeinsamen Ahnenkult mit ihrem Herrn verbunden. Subinfeudationen, die Entstehung eines Berufskriegertums aus den ursprünglich unfreien Gefolgsleuten, die zunächst Reisrenten, später Land angewiesen erhielten, vollenden das Bild der japanischen Feudalpyramide: an der Spitze der Kaiser bzw. der als von ihm belehnt geltende Shogun, der zugleich das Haupt der vom Kaiser belehnten Daimyos ist, die vielfach jedoch Vasallen des Shogun sind, zuunterst ein unfreier höriger Bauernstand mit drückenden Lasten, dazwischen der breite ritterliche Mittelstand der Samurai. Hat also Japan, das ein vollfeudalistischer Staat ist, den stammstaatlichen Charakter so weitgehend bewahrt, so liegt kein Grund mehr vor, Feudal- und Stammstaaten als ausschließende Begriffe zu betrachten.³⁴

Der Vollständigkeit halber sei noch einer weiteren Möglichkeit der Feudalisierung gedacht: es ist dies der in der Geschichte der Menschheit ganz singuläre Vorgang der spät-römisch-byzantinischen Wiedervermittelalterlichung, die Rückkehr eines neustzeitlichen Volkes zu einem Mittelalter, das, im Gegensatz zu seinem ersten, munizipalstaatlichen Mittelalter, feudalistisch war. Der Untergang des römischen Reichs möge hier auf sich beruhen,³⁵ es kommt hier einzig und allein auf das neue Mittelalter an. Aus dem System der Bauernlegionäre ist, seit Alexander Severus, das der Fahnlehen (providementum, byzantinisch *πρόνοια, στρατιωτικὸν κτήμα*) hervorgegangen, die sich zu förmlichen Grundherrschaften (*saltus, οὐσίαι*) entwickelt haben. Hintzes Behauptung, daß dieser Institution die ständebildende, adelnde Wirkung ermangelt habe, kann nur für

ihre Anfänge zugegeben werden: in Byzanz ist aus ihr neuer Adel hervorgegangen und gleicher Art war der Ursprung des Adels bei den Südslaven und in den Islamstaaten.³⁶

Der rationalen, institutionellen Verwaltung des späten cäsaristisch-imperialistischen Kaisertums, dessen Formen erhalten geblieben sind, ist durch den Feudalismus der Boden entzogen worden. Die Angeloi und Kantakuzenoi, die Palaiologoi und Dukas sind zu Grund- und Feudalherrn geworden. Die erstrebte Wiedervereinigung ziviler und militärischer Verwaltung hat die Revolution von 1057 hervorgerufen und von da an schreitet die Feudalisierung in Byzanz unaufhörlich fort: als die Lateiner auf griechischem Boden ihre Reiche errichteten, fanden sie kaum etwas neu zu ordnen. Der Widerstandskraft und Lebensfähigkeit von Byzanz ist durch den Feudalismus starker Abbruch getan worden: die hörigen Kleinbesitzer Anatoliens haben den vordringenden Osmanen, die ihnen freien Besitz brachten, sich nicht entgegengesetzt.³⁷

Die byzantinischen Großgrundbesitzer wurden Feudalherren; die Auflösung des Reichsbodens in territoriale Fürstentümer ist zwar nicht erfolgt, da die neustzeitlichen imperialistischen Organisationsformen, die erhalten blieben, noch zu stark waren; immerhin bahnte sich derartiges an. Sonst aber ist, mit der noch zu erörternden Ausnahme Ungarns, dies der normale Weg des Feudalismus in allen flächengroßen Staaten;³⁸ im Westen sind Frankreich und Deutschland, im europäischen Osten Polen und Rußland, im Orient die Staaten der vorge-täuschten Mittelalter, die arabischen und osmanischen Staatsgründungen und Japan mehr oder weniger weitgehend in Lehnsfürstentümer aufgelöst worden. Hier kann im vollen Sinne des Wortes von einer neuen Staatsbildung auf schmalerer Basis die Rede sein: wir bezeichnen die dieser Flächenstaatsregel folgenden Staatengebilde als vollfeudalistisch, während der abgeschwächte Feudalismus flächenkleinerer Bildungen, in denen von territorialstaatlicher Auflösung nicht die Rede sein kann, die Mitte zwischen den Mittelaltern munizipaler Staaten und den vollfeudalistischen Mittelaltern der Großstaaten hält.

Der Unterschied von Vollfeudalismus und abgeschwächtem Feudalismus fällt im wesentlichen mit der verwaltungsgeschicht-

lichen Typologie Hintzes in Staaten zentralistisch-bureaukratischer Verwaltung und solche der Selbstregierung in Kommunalverbänden zusammen, ein Zusammenhang, der ohne weiteres begreiflich ist, da sich eine zentralistisch-bureaukratische Verwaltung bei den beschränkten Herrschaftsmitteln des mittelalterlichen Staates zunächst nur auf kleinem Gebiet durchsetzen konnte. So haben Polen und Rußland, in denen die Teilstaatenzeit vergleichsweise rasch überwunden worden ist, eine solche zentralistische Verwaltung nicht mehr ausbilden können und sind als Einheitsstaaten zu dem System der Kommunalverbände übergegangen.³⁹ Zu den zentralistisch-bureaukratischen Ländern gehören — davon war bereits im vorigen Abschnitt die Rede — die meisten Länder des Kurientyps, die deutschen Territorien, Frankreich, Portugal, das späte Dänemark und Schweden. Kommunale Selbstregierungsverbände haben außer England, dessen Grafschaftsverfassung das Vorbild aller Selbstverwaltung ist und bleiben wird, nach der Teilstaatenzeit Polen und Rußland, ferner Böhmen und Ungarn ausgebildet. Cum grano salis gehört zu dieser Gruppe auch Aragonien. Die Kleingebiete Aragon, Katalonien und Valencia, die verwaltungs- und verfassungsmäßig ihr Eigenleben führen, treten hier an die Stelle der Kommunalverbände; eine Gesamtstaatsverfassung ist in Aragon ebensowenig wie in Böhmen zustandegekommen.

Voraussetzung für die vollfeudalistische territoriale Zersplitterung ist die Weiträumigkeit der betreffenden Staaten. Die spanischen Teilstaaten etwa konnten keiner Auflösung in Lehnsherrstentümer mehr erliegen. In Schweden hat es an Ansätzen zur Auflösung in Lehnsherrstentümer (Jarltümer) nicht gefehlt, aber man darf nicht außer Acht lassen, daß das mittelalterliche Schweden engräumiger als das heutige war. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts verlief die Grenze sehr viel weiter nördlich und östlich als das heute der Fall ist, denn Halland, Schonen und Blekingen waren dänisches, Jämtland und Herjedalen norwegisches Gebiet. Mit der Ausdehnung zunächst nach den finnisch-baltischen Gebieten ist es zu neuen Ansätzen territorialer Neustaatbildung gekommen: noch Gustav Wasas Apanagesystem läßt das deutlich erkennen. In Norwegen kam es während des ganzen Mittelalters (im Sinne der Zeitrechnung)

zu Kämpfen innerhalb der Königsfamilie um Teilreiche. Diese Jahrhunderte lang andauernden Kämpfe haben den norwegischen Adel aufgerieben, Bauern und Krone im Verein haben ihn überhaupt nicht recht aufkommen lassen. Das Ergebnis der bewahrten alten Bauerndemokratie war einerseits zwar die Erhaltung eines gesunden unbeeinträchtigten selbstbewußten Bauerntums und eines kräftigen provinzialen Eigenlebens, andererseits aber war die Folge der Ausschaltung des Adels (als des in entwicklungsfrühen Zeiten und noch bis in die Neuzeit führenden politischen Standes) der Verlust der staatlichen Selbständigkeit, der bis zum 19. Jahrhundert anscheinend ohne Widerwillen vom norwegischen Volke ertragen worden ist.

Der intensiv-rationale Staatsbetrieb, der sich aus der auflösenden Wirkung des Vollfeudalismus und der dadurch bedingten Beschränkung des Gebietes ergibt, hat Hintze Anlaß gegeben, den im allgemeinen mit ihm verbundenen Dreikurientyp als die entwicklungsreifere Form der Repräsentativverfassung anzusehen, in einem, wie es scheint, ungerechtfertigten Schluß von der Verwaltungsorganisation auf den gesamten Staatstyp.

Sozialpsychologisch gesehen, zentriert sich alles geschichtliche Leben um Individualismus und Kollektivismus als die beiden Pole seelischen Verhaltens; es kann jedoch nur jeweils von dem Überwiegen der einen oder der anderen Tendenz, nicht aber von ihrer Ausschließlichkeit die Rede sein. Für das Mittelalter gilt allgemein das Überwiegen der korporativ-kollektivistischen Tendenz, aber an Auswirkungen des Individualismus hat es nicht völlig gefehlt. Ist doch das Mittelalter die Zeit, in der nahezu jedem Adligen ein weitgehendes Maß von Unabhängigkeit und selbständiger Lebensführung gesichert war. Die breiteren Schichten des mittelalterlichen Kleinadels stellen daher eher einen Mittelstand als Adel im soziologischen Sinne einer exklusiven dünnen Oberschicht dar.

Dieser Individualismus der Selbstgenugsamkeit und Unabhängigkeit des freien Mannes ist jedoch, wie uns der Begründer der sozialpsychologischen Geschichtsauffassung gelehrt hat, nur vergleichsweise Individualismus; denn er ist wohl der Ausdruck von Unabhängigkeits- und Sonderungsgeist, aber kein Individua-

lismus geistig-seelisch differenzierter Persönlichkeiten.⁴⁰ Die Lebensform, die hier als erstrebenswertes Ziel vorschwebt, ist zwar die persönlicher Ungebundenheit und Unabhängigkeit von äußeren gesetzlichen oder inneren sittlichen Mächten; sie geht aber ihren Gehalten nach einheitlich auf undifferenzierte, massenmäßige, primitive Lebensgenüsse. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Form der Verwaltung, die Hintze als die der Selbstregierung in Kommunalverbänden bezeichnet, da sie die individualistischen Absonderungstendenzen abschwächt, ohne der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Person — soweit es die unter mittelalterlichen Lebensverhältnissen für derartiges überhaupt in Betracht kommenden Volkskreise angeht — Abbruch zu tun, den roh-individualistischen lehnsfürstlichen Unabhängigkeitstendenzen innerlich überlegen. Die durch den kleineren Gebietsumfang der Lehnsfürstentümer ermöglichte Zentralisierung und Rationalisierung der Verwaltung ist daher kein Ausdruck überlegener Lebensformen, sondern nur das Ergebnis der gleichen seelischen Entwicklung, die in dem einen Falle zur Organisation kommunaler Verbände, in dem anderen, in dem primitiv-individualistischem Unabhängigkeitsdrang, durch geographische Gegebenheiten begünstigt, weitergehende Auflösung gelungen ist, zur Rationalisierung der Verwaltung geführt hat. Beide Fälle können auf das Grundgesetz zunehmender Verstandesmäßigkeit zurückgeführt werden.

Die verwaltungsgeschichtliche Typologie Hintze ist also auf das Wirken äußerer Gegebenheiten, nicht auf innere Wesensunterschiede zurückzuführen; sie muß jedoch noch durch eine dritte Gruppe ergänzt werden, die in der Tat eine entwicklungsrohre, primitivere Form darstellt: das ist die Gruppe roh-vasallitischen Unabhängigkeitsdrangs, zu der außer Kastilien und Schottland mit Vorbehalt — wenn der Nachdruck nicht gerade auf den Begriff „vasallitisch“ gelegt wird — auch das mittelalterliche Skandinavien gehört.

Die schottische Verwaltungsorganisation ist, davon war bereits die Rede, nicht der von Hintze für die Länder des Dreikurientyps geforderte bureaukratische Zentralismus, ebenso wenig aber auch Dezentralisation in kommunalen Selbstregierungsverbänden im Sinne etwa Englands. Schottlands Dezen-

tralisation ist nicht die organisierter Selbstverwaltung, sondern die primitiver, vasallitischer Unabhängigkeit. Jeder Großgrundbesitzer ist ein König im kleinen, soweit sein Besitz und die Macht der Waffen seiner Hintersassen reichen; er besitzt auf seinem Grund und Boden, durch den Staat und seine Gesetze ungehemmt, tatsächlich *summa legibusque soluta potestas*. Das gleiche wie von Schottland gilt von dem mittelalterlichen Kastilien, das gibt der Geschichte dieser beiden Länder jenen balladesken Charakter, der sie für den Freund bunter, lebendiger, blutvoller Geschichtsbilder von jeher so anziehend gemacht hat. Kein größerer Unterschied ist denkbar, als der zwischen dem mittelalterlichen Kastilien und dem ihm zeitgenössischen Aragon.

Diese dritte Form der Verwaltungsorganisation ist, um auf das Problem der Repräsentativverfassung einzulenken, da ihr Wesen gerade persönliche Unabhängigkeit gegenüber allen abstrakten Gewalten bedeutet, nur mit einem Scheinparlamentarismus vereinbar, in dem das Parlament leere Form ist, praktisch aber nichts bedeutet. Wohl das gefügigste in der gesamten europäischen Verfassungsgeschichte ist das schottische Parlament gewesen. Bis zur Epoche der Religionskriege, in der das Parlament allerdings zum Träger der öffentlichen Meinung wird, ist kein Fall parlamentarischer Opposition bekannt geworden. Der Staat war machtlos, seinen Geboten Nachachtung zu erzwingen.⁴¹ Unzählig oft sind Parlamentsbeschlüsse wieder und wieder erneuert worden, weil ihre Wirksamkeit nicht zu erreichen war. Selbst ein großer König wie Jakob I. vermochte die geplante Parlamentsreform gegenüber dem Widerstand des schottischen Adels zu einem gewichtigen Teil nicht durchzuführen. Die großen Vasallen, die Argyle und die Douglas, die Rothesay und die Albany und wie sie alle heißen mögen, waren nicht gewillt, ihren Willen dem der Krone unterzuordnen, ja sie waren, was sehr viel mehr besagt, auch nicht gewillt, ihre Meinungsverschiedenheiten mit der Krone und untereinander auf parlamentarischem Boden innerhalb der Grenzen des Gesetzes auszutragen, sie zogen den Kampf mit den Waffen in der Hand vor. Das Parlament war daher praktisch bedeutungslos, da jeder, ohne seiner Beschlüsse zu achten, tat was ihm beliebte.

Es folgte der Führung des Großadels, der, da er allein waffenmächtig, auch allein die Geschichte des Landes bestimmte. So hat es sich z. B. in den Vormundschafskämpfen der Herzöge von Rothesay und Albany (seit 1399) widerstandslos der jeweils an der Macht befindlichen Partei angeschlossen. Es blieb, von der Epoche der Religionskämpfe abgesehen, deren Erregung das gesamte Land erfaßt und den Einfluß von Lairds und Städten vorübergehend gesteigert hatte, für das Staatsleben praktisch bedeutungslos. Die Commissioners of the shires wurden zu einflußlosen, abhängigen Anhängseln des Hochadels. Wäre es nur auf Schottland und Irland angekommen, die Stuarts hätten ihre absolutistischen Ziele leicht durchsetzen können, denn schließlich hatte die Stunde für die Staatsführung nur durch die Waffen der großen Vasallen auch in Schottland geschlagen. Indem die Krone sich, wenigstens der Sache, wenn auch nicht der Form nach, des Ausschusses der Lords of the Articles bemächtigte, konzentrierte sie bei sich die gesetzgebende Gewalt, die in Irland, nach Beendigung der Rosenwirren, durch die Poyningsche Gesetzgebung (seit 1495) dem Londoner Privy Council zustand.⁴² England, nicht Schottland oder Irland, hat über die künftige Verfassungsform Großbritanniens entschieden.

Kastilien verfiel nach dem Tode von Alfons X. (1284) in gut ein Jahrhundert lang andauernde Thronkämpfe und Bürgerkriege in denen sich der roh-individualistische Unabhängigkeitsdrang des Großadels austobte. Das hat seine Bedeutung auch für die Organisation und die Entwicklung der Cortes gehabt. An den kastilischen und leonesischen Cortes sind, wie in ganz Iberien, die Städte außerordentlich frühzeitig, eigentlich von Anfang an, beteiligt worden; es besteht mithin die Tendenz zum Dreikuriensystem. Dies kam in Kastilien jedoch nicht zur Ausbildung. Da weder Adel noch Geistlichkeit — eine Folge des Roh-Individualismus — als Stand zur Teilnahme an den Cortes organisiert werden konnten, bildet sich eine Form aus, die man als unvollständiges, verkümmertes Zweikammersystem bezeichnen könnte, als ein Zweikammersystem, dem wesentliche Merkmale dieser Form ständischer Repräsentation nicht zukommen, das sich in Sonderheit durch Fehlen einer Magnum-

Consilium-Vorstufe und daher auch eines Oberhauses und durch die Nichtverbindung Kleinadel-Städte auszeichnet. Dem Unterhaus der Städte, die in Landfriedenseinungen (Hermandades) als gewillkürten Einungen zusammengefaßt waren,⁴³ stand ein Magnum-Consilium-artiges unvollkommenes Oberhaus gegenüber, bestehend aus dem königlichen Rat und gelegentlich berufenen einzelnen Mitgliedern des Hochadels und des Klerus.⁴⁴ Die Macht der Cortes war vorübergehend während der Thronwirren recht groß, konnte aber, da der Rückhalt an dem eigentlich politischen Stand, dem Adel, fehlte, auf die Dauer nicht behauptet werden. Die kleinen Städte, die, wie stets im Mittelalter, die Pflicht zur Teilnahme an den kostspieligen und umständlichen Tagungen mehr als Last denn als Recht empfanden, waren es wohl zufrieden, daß unter dem Connetable Alvaro de Luna im 15. Jahrhundert die Zahl der Cortesstädte stark verengert wurde (auf 17). Die Prokuratoren, nicht gewählt, sondern von den der Beeinflussung durch die Regierung stark unterliegenden Selbstverwaltungsorganen ernannt, konnten durch Bedrohungen und Bestechungen der Krone leicht gefügig gemacht werden; ja, dies wurde allmählich geradezu die Regel, während in Aragon sowohl wie in Portugal die oberen Stände die Cortes wirksam vor derartigen Beeinflussungen zu schützen wußten.

Der gleiche Kontrast von massenindividualistisch gemäßigttem und roh-vasallitischem Individualismus, den die Gegenüberstellung England-Schottland zeigt, wiederholt sich auf spanischem Boden bei dem Vergleich des mittelalterlichen Aragoniens und des mittelalterlichen Kastiliens. Der Grund ist uns schwer zu finden. Aragon hat sich verhältnismäßig früh gegen die Mauren abgegrenzt, konnte sich in sich konsolidieren und selbst zu außenpolitischen Aktionen im Mittelmeer schreiten, auch Portugal hat bereits vergleichsweise früh seine Grenzen gefestigt und ist dann zu überseeischer Expansion geschritten; in Kastilien jedoch wurde während des ganzen Mittelalters, man kann sagen, bis 1492, um jeden Fußbreit Boden mit dem glaubensfremden Feinde gerungen. Dies bewirkte, daß der kastilische Adel, ebenso wie die schottischen Barone, sich einen rohen ungebändigten Individualismus bewahrte, der sich in

zahlreichen Bürgerkriegen und Fehden austobte, und nicht zu verfassungsmäßig geregelter Teilnahme am Staatsleben gelangte.

Der mittelalterliche Individualismus ist im allgemeinen roh und undifferenziert, es gibt jedoch unter Sonderbedingungen auch Ausnahmebildungen eines mehr modernen massenindividualistisch gemäßigten Individualismus, und zwar in England, Aragon und Ungarn. Zur Ergänzung dieser Formenlehre des mittelalterlichen Ausnahmeindividualismus muß auch Polen herangezogen werden, dessen Individualismus zwar roh und undifferenziert geblieben ist, aber, ohne an Intensität einzubüßen, extensiv geworden ist.

Für den gesunden Ausgleich von Massenindividualismus, intensivem Individualismus und korporativ-kollektivistischen Tendenzen in England ist kennzeichnend, daß hier der Adel in Verfassungskämpfen der Krone Freiheitsrechte abgerungen hat, die nicht nur ihm als Stand, sondern der Gesamtheit der freien Volksgenossen zugute gekommen sind. Der berühmte Artikel 39 der Magna Charta ist das Vorbild noch aller späteren naturrechtlich gedachten Grundrechte geworden. Das englische Common Law in seinem Kampf gegen Feudalismus und kanonisches Recht ist nichts Anderes als der Ausdruck dieses gemäßigten Massenindividualismus, dessen Formel — ganz unmitttelalterlich gedacht! — lauten müßte: Freiheitsrechte des Volkes, nicht der Stände.

Die Entfeudalisierung Englands schon im Mittelalter gibt der englischen Verfassungsgeschichte von Anfang an ihr charakteristisches Sondergepräge; sie läßt sich in einem Schlagwort fassen, das zugleich die englische Agrargeschichte von der aller anderen mittelalterlichen Länder grundsätzlich unterscheidet: freier Boden. Entfeudalisierung des Grund und Bodens, Entfeudalisierung der Verwaltung und Gerichtsverfassung und Entfeudalisierung der Heeresverfassung ist der Sinn des Common Law. Das bedeutet schließlich nichts anderes, als daß die Bindung öffentlicher Rechte an agrarische Besitzrechte, in der wir das Wesen des Feudalismus erkannt haben, weitgehend gelockert war. Sämtliche drei zu fordernden Bedingungen der Feudalverfassung sind in England nur sehr unvollkommen erfüllt. Die freie Veräußerlichkeit der Lehen und die Unter-

bindung der Subinfeudationen hat die englische Gentry geschaffen, die durch Verschmelzung von Kleinadel und höherem Bürgertum sich von der politisch führenden Schicht aller anderen Länder, etwa dem ihr in vielem gleichenden ungarischen Komitatsadel, grundlegend unterscheidet, und die im englischen Unterhaus ihren vollkommensten Ausdruck gefunden hat. Gewiß, die Verbindung von Kleinadel und Bürgertum im Unterhaus ist den Zweikammersystemen ganz allgemein eigentümlich, aber sie ist nirgends so weit gediehen und so konsequent durchgeführt worden, wie in England. Die polnischen Städte waren nur unregelmäßige und uninteressierte Bestandteile des Reichstages; sie zogen Sonder-Steuerverhandlungen mit der Krone auf Grund ihrer Privilegien vor. Die Zahl der ungarischen Freistädte war gering (anfangs 8, später 15), es verhielten sich Grafschaften zu Städten in Ungarn etwa wie 3 : 1, in England dagegen wie 1 : 3. Wenn das auch noch nicht allzu viel besagen will in einem mittelalterlichen Parlament, von dem es mit Recht heißen durfte: man muß die Stimmen wägen und nicht zählen, so ist doch bezeichnend, daß der ungarische Adel die gleichberechtigte Mitwirkung der Städte nicht ohne weiteres hinzunehmen gewillt war und als die Zahl der reichstagsfähigen Städte stieg, ihre Beschränkung auf ein Kuriatvotum durchsetzte.⁴⁵

Vor allem aber, der soziale Ausgleich ging in England so weit, daß er, was völlig einzigartig dasteht, die personelle Zusammensetzung des Parlaments weitgehend vereinheitlichte. Seit dem „Model Parliament“ von 1295 tauchen in den Returns immer wieder dieselben Familiennamen gleichzeitig unter den Grafschaftsrittern und unter den Städteabgeordneten auf; es sind selbst Fälle nachzuweisen, in denen ein und derselbe Mann bisweilen die Grafschaft, bisweilen die Stadt vertritt. Das gleiche gilt von der Verbindung zwischen Ober- und Unterhaus. Die Lancaster, die Neville und andere Glieder des Großadels haben es, und zwar gleichfalls von Beginn der Institution an, nicht verschmäht, als Grafschaftsritter gelegentlich ins Unterhaus entsandt zu werden. Solange der Personenkreis des Oberhauses noch nicht fest umgrenzt war, sind selbst Mitglieder des Großadels, die nicht regelmäßig ins Oberhaus berufen zu wer-

den pflegten, gelegentlich als Grafschaftsritter erschienen. Daß Paissöhne häufig Abgeordnete waren, ist ja bekannt.⁴⁶

Für die englische Sonderentwicklung wird man die doppelte Eroberung verantwortlich machen dürfen. Das Erblichwerden der Ämter hat die Eroberer-Monarchie von vornherein verhindern können; das verlieh dem englischen Adel jenen personalistischen Charakter,⁴⁷ der noch heute in der Beschränkung des Titels auf seinen jeweiligen Träger zum Ausdruck kommt und, nach einem treffenden Wort Macaulays, England zu der aristokratischsten Demokratie und der demokratischsten Aristokratie der Welt gemacht hat. Unterscheidet das Domesday Book und selbst noch die Magna Charta *tenentes in capite* und *subtenentes*, so ist doch tatsächlich bereits mit der Inpflichtnahme auch der Aftervasallen der erste Schritt auf jener Bahn getan, die mit der Unterbindung der Subinfeudationen durch die Gesetzgebung Eduards I. ihr folgerichtiges Ziel erreicht hat. Der Erfolg war etwas ganz Außerordentliches, dem Geist des Mittelalters sonst Fremdes: an den kommunalen Selbstregierungsverbänden nimmt nicht, wie sonst ganz allgemein, nur der Adel teil, sondern das County Court, das u. a. auch die Parlamentswahlen vollzieht, wird von den „*milites et libere tenentes*“ gemeinsam gebildet, ebenso wie nicht nur die königlichen Städte, sondern auch die wenigen Mediatsstädte parlamentsfähig gewesen sind. Das Parlament kennt daher — von wenigen früheren Sonderfällen abgesehen — auch nicht die Steuerbewilligung nach Gruppen, wie sie sonst nicht selten ist, sondern nur die Bewilligung für das ganze Land.⁴⁸

Auf die Entfeudalisierung der Heeresverfassung und der Rechtspflege sei hier nicht weiter eingegangen, auch sie vollzog sich durch Geltendmachung der königlichen Rechte und muß daher gleichfalls auf die normannische Eroberung zurückgeführt werden.⁴⁹ So ergab sich denn das Eigenartige, daß der Vorstoß des Hochadels gegen die frühen absolutistischen Tendenzen in der Revolution der Lancaster und später in den Rosenkriegen gleichzeitig die Macht des Unterhauses verstärkt hat, dessen Anteil an Steuerbewilligung und Gesetzgebung zwar schon vorher in Geltung war, durch das System des Lancastrian Constitutionalism aber erst recht bekräftigt worden ist.

Dem gemäßigten Massenindividualismus waren in Aragon von vornherein engere Grenzen gezogen. Der staatlichen Rechtspflege war, gerade im Namen der Freiheitsrechte, die Möglichkeit entzogen, die Vasallen selbst vor offenbarem Mißbrauch der Gerichtsherrlichkeit zu schützen⁵⁰ und der grundherrlichen Gewalt waren vollends keine Schranken gesetzt. Es fehlt die breite gemeinfreie Schicht, die in England dem System des Common Law erst den rechten Sinn gegeben hat; die Lage der bäuerlichen Bevölkerung war hart und diese über Gebühr belastet; ihre unterste Schicht, die villani de parada, geradezu versklavt.

Von einer Durchbrechung des Lehnsnexus und einer Entfeudalisierung kann in Aragon keineswegs die Rede sein — hierin bleibt England nach wie vor einzig dastehend — doch macht sich auch hier ein gewisser massenindividualistischer Ausgleich oberhalb der bäuerlichen Bevölkerung geltend. Auf den Cortes standen Adel, Städte und städteartige Gemeinden einträchtig nebeneinander. Doch ist die Gleichberechtigung der Städte vor allem eine Folge siedlungspolitischer Notwendigkeiten, die ja auch in der ganz Iberien eigentümlichen Rechtsform der Behetria zum Ausdruck kommen. Um Städte im neu eroberten oder noch von den Mauren bedrohten Gebiet zu halten, mußten der oberen Schicht der Stadtbevölkerung, oft sogar auch weiteren Schichten — man nahm selbst Verbrecher, die sich neu ansiedeln wollten, nicht aus — adlige Rechte, sogen. Infanzonias gewährt werden. Weitgehende Selbstverwaltungsrechte der Städte waren die natürliche Folge, aber es ist dies weniger ein sozialer Ausgleich im eigentlichen Sinn, als eine Angleichung des oberen Bürgertums an den Adel. Ein städtisches Privileg wie das des „*tortum per tortum*“, der eigenen Rechtshilfe im ganzen Land, hat mehr adlig-rittermäßiges als bürgerlich-erwerbsfreudiges Gepräge. Es ist bezeichnend, daß in England der Kaufmann durch die Gesetzgebung Eduards I. vielmehr von der Verpflichtung zum gerichtlichen Zweikampf befreit wurde.

Der aragonische Massenindividualismus hat seinen Ursprung in den Sondergegebenheiten des Landes. Der Ausgleich zwischen königlicher und ständisch-adliger Macht, der England

und die anderen normannischen Erobererstaaten auszeichnet, hat auch in den spanischen Erobererstaaten stattgefunden; hierin unterscheidet sich z. B. nachdrücklich Kastilien von Schottland. Daß jedoch das Land in stetem Kampfe mit den Mauren zunächst Schritt für Schritt erobert werden mußte, hat in Spanien, anders als in England, in jedem Grundbesitzer ein starkes Maß von Unabhängigkeitsgefühl, selbst auf Kosten des Staatsgefühls, aufkommen lassen, und daß sich die Eroberung in Aragonien zwar nicht schlagartig wie England, aber doch immerhin schneller und mit rascherer Konsolidierung als in Kastilien vollzog, genügte, um den Roh-Individualismus, wie er sich in Kastilien zeigt, massenindividualistisch abzuschwächen. Aber es war doch ein sehr anderer Massenindividualismus als in England, zwar hier wie dort auf Wahrung der Grundrechte der freien Persönlichkeit gerichtet — hierin ist Aragon England womöglich noch überlegen —; er erfaßte im Süden jedoch andere enger und standesmäßiger begrenzte Teile der Bevölkerung und war daher von anderer Bedeutung auch für das Staatsganze, mit einem Wort: er hielt sich im Rahmen der Feudalverfassung.

Die weitgehende Übereinstimmung der englischen und der aragonischen Verfassungsentwicklung könnte die Vermutung nahe legen, als hätte Aragon ohne die Union mit Kastilien — die den Verfall der aragonischen Cortes zweifellos beschleunigt hat — ebenso wie England in ununterbrochenem, autogenem Werdegang vom mittelalterlich-ständischen zum konstitutionell-liberalen und schließlich parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaat übergehen können. Für die festländischen Verfassungen der neuesten Zeit hätte die aragonische Verfassung dann das werden können, was im 19. Jahrhundert der unter naturrechtlicher Beeinflussung nach englischem Vorbild neu geschaffene französische Parlamentarismus wurde: das Vorbild aller in die gleiche Richtung weisenden Bewegungen. Aber abgesehen von den zahlreichen methodischen und erkenntnistheoretischen Bedenken, die man gegen eine solche Konjekturegeschichte erheben könnte, wird man auch aus sachlichen Gründen diese Vermutung zurückweisen müssen. Denn man darf nicht darüber hinwegsehen, daß dem ausgleichenden, überstän-

dischen, staatsbürgerlichen Massenindividualismus, anders als in England, in Aragon vergleichsweise enge Schranken gesetzt waren.

Ein Vergleich der drei Verfassungsentwicklungen Englands, Aragons und Ungarns läßt erkennen, daß einzig und allein in England jene Kontinuität des Verfassungslebens vom ständischen bis zum modernen Parlamentarismus gegeben war, während selbst Ungarn, das heute noch mit Stolz auf seine alte Verfassung zurückblickt, die Unterbrechung der Verfassungskontinuität durch den Absolutismus nicht hat verhindern können. In England hat es an absolutistischen Tendenzen ja gleichfalls nicht gefehlt. Die vergleichende Verfassungsgeschichte hat längst die entwicklungsgeschichtliche Parallele zwischen den Rosenkriegen in England und den Religionskriegen in Frankreich überzeugend dargetan,⁵¹ so daß schon eine lockere Analogie die Gleichsetzung der Tudor-Periode mit dem französischen Absolutismus nahelegt. Aber die zahlreichen Abweichungen, die sich bei diesem Vergleich herausstellen, sind für die Sonderheit der englischen Entwicklung bezeichnend. Gewiß, das Parlament, das im Mittelalter alljährlich getagt hatte, wurde unter den Tudors nicht allzu oft berufen und in dieser, wenn auch völlig gesetzlichen, Zurückdrängung des Parlaments kommt die Wendung kennzeichnend zum Ausdruck. Das ist aber auch so ziemlich alles, was sich in dieser Richtung sagen läßt. Die parlamentarischen Rechte wurden in der Praxis beeinträchtigt, nicht unterbunden und selbst Heinrich VIII. bekannte sich zu dem Satz des „king in parliament“.⁵² Es ist bezeichnend, daß die englische Krone stets Wert darauf gelegt hat, die vielfachen Wendungen der Religionspolitik in Übereinstimmung mit dem Parlament zu tun und durch Parlamentsbeschlüsse sanktionieren zu lassen. Und man wende auch nicht etwa ein, daß eben hierin der gesteigerte Einfluß der Krone zur Geltung kam, daß selbst in diesen Gewissensfragen das Parlament sich widerstandslos der königlichen Willkür hätte beugen müssen. Die überzeugungsvollen und klaren Darlegungen Macaulays können keinen Zweifel daran lassen, daß England, lange an verfassungsrechtliche und dogmatische Kämpfe mit der Kurie gewöhnt, sich in der vorpuritanischen

Zeit, was die überwiegende Masse der Bevölkerung betraf, zu einem der konfessionellen Spaltung gegenüber indifferenten Christentum bekannte.⁵³ An dem Fehlen all der Stützen, auf die der festländische Absolutismus allenthalben zur Verfügung hatte, fand denn auch die Macht der Tudors ihre Grenze.

Gewiß, es gibt einen Gesichtspunkt, unter dem der Kampf der Stuarts mit dem Parlament als weniger abenteuerlich und von vornherein hoffnungslos erscheinen konnte, und kein Geringerer als Leopold von Ranke hat ihn in der „Englischen Geschichte“ hervorgehoben. Dem König der drei Reiche, der rings um sich die absoluten Herrscher Europas am Werke sah, mochte es scheinen, als sei auch ihm die Aufgabe gestellt, über die Sonderrechte seiner drei Landschaften und deren Parlamente hinweg einen monarchischen Einheitsstaat aufzubauen. Aber eine aufmerksame Betrachtung der Tudor-Epoche läßt doch erkennen, daß die Zeit für den Absolutismus, der nun unter dem Einfluß des zeitgenössischen Europa sich regte, im England der Stuarts bereits vorüber war und derselbe Ranke, der Karl I. weitgehend gerecht zu werden sich bemüht, hat denn auch dem König von Bayern auf Befragen in den an die „Vorträge“ anknüpfenden Gesprächen deutlich und unumwunden geantwortet, daß auch das Ziel falsch gewesen sei, das dieser Herrscher sich gesteckt habe.⁵⁴

Der Habsburger Absolutismus ist in Ungarn nicht restlos zum Ziele gelangt; immerhin ist seine parlamentslose Gesetzgebung tatkräftig für die bäuerliche Bevölkerung eingetreten und seine Tätigkeit hat doch genügt, in der ungarischen Verfassungsentwicklung eine Lücke in der Parlamentsgeschichte entstehen zu lassen. Für Spanien hat es ein mißliches Geschick gefügt, daß die im Zuge der gesamtspanischen Entwicklung unvermeidliche Union von Kastilien und nicht von Aragon getragen wurde. Den Einheitsstaat haben hier erst die Bourbonen geschaffen und ihre, wenn auch recht gemäßigte, Reformtätigkeit — die, bezeichnend genug, ausnahmslos von Aragonesen getragen wurde — ist dem unter der bigotten Mißwirtschaft der Habsburger maßlos heruntergewirtschafteten Lande gleichmäßig zugute gekommen. Für die vergleichende Verfassungsgeschichte aber ergibt sich, was äußerst wichtig ist, daß einzig in England,

dem Lande des sozialen überständischen Ausgleichs, die ständische Verfassung dem Ansturm des Absolutismus widerstehen und ohne Unterbrechung der Entwicklung in moderne Formen überführt werden konnte. Allenthalben sonst aber hatte der Absolutismus die Aufgabe zu erfüllen, soziale, wirtschaftliche und verwaltungstechnische Reformen durchzuführen, zu denen ständischer Sondergeist und Egoismus sich unfähig gezeigt hatte. Hier mußte die Repräsentativverfassung auf neuen, naturrechtlichen Grundlagen ohne Anknüpfung an das mittelalterliche Ständetum in Verfassungskämpfen erneuert werden. Im Zusammenhang mit der Geschichte des Absolutismus hat Hegel das bekannte Wort von der mit Privatinteressen verwechselten Freiheit ausgesprochen.

Nach dieser Abschweifung seien nur noch die wichtigsten Äußerungen des aragonischen Massenindividualismus ins Gedächtnis zurückgerufen. Abweichend von dem in Hochadels-Kuriensystemen sonst üblichen Brauch hat der Kleinadel auf das Recht zur persönlichen Teilnahme an den Cortes nicht verzichten wollen, so daß nur bedingt von einer Pairie der Ricos-hombres die Rede sein kann. Vor allem aber herrschte auf den aragonischen Cortes das liberum Veto, von den Rechtsgeschäften abgesehen, unbeschränkt; denn jeder Teilnehmer war berechtigt, sowohl zu den Einzelfragen, die zur Erörterung standen, wie ganz allgemein, und ohne jede Angabe von Gründen, seinen Dissens zu Protokoll zu geben, womit die Weiterverhandlung in der betreffenden Kurie stockte. Und man muß zugleich daran erinnern, daß auch ungerufen — Berufung verpflichtet zum Erscheinen — jeder Adlige, im brazo de nobles sowohl wie in dem der caballeros y hijos d'algo, das Recht zur Teilnahme an den Cortes hatte.⁵⁵ Es wird immer die gerechte Bewunderung der vergleichenden Verfassungsgeschichte erregen müssen, daß der aragonische Staatsgeist dieser Belastung, die in Polen den Anfang der Anarchie bedeutet, jahrhundertlang standgehalten hat. Die Cortes haben große gesetzgebenden Arbeiten verabschiedet, die für den Staat unentbehrlichen Mittel wurden zwar nicht der Bewilligung entzogen, aber praktisch weitgehend ständig (ordentliche und außerordentliche Servicios) und es haben in drängenden Fällen, aber auch nur dann, die Cortes

es über sich vermocht, ihre Befugnisse Ausschüssen mit unbegrenzten Vollmachten zu übertragen.⁵⁶ Bezeichnenderweise fällt denn auch das Ende der Macht und Bedeutung der aragonischen Stände zeitlich mit der Beseitigung ihres Rechtes des *Dissentimento* zusammen; denn 1592 wurde sowohl das Mehrheitsprinzip eingeführt, wie das Amt des *Justicia mayor* aufgehoben, das praktisch eine Art von ständischem Vicekönigtum geworden war.

Seinen kennzeichnendsten Ausdruck hat der massenindividualistisch gemilderte Individualismus des mittelalterlichen Aragoniens in jenem unvergleichlichen System der Freiheitsrechte gefunden, das das aragonische Staatsrecht mit wunderbarer Folgerichtigkeit und Begriffsschärfe ausgebildet hat. Hierher gehört die gegenseitige Eidesleistung von König und Cortes vor der Thronbesteigung, vor allem aber der Ausbau der Stellung des Oberrichters zu einem ständischen Vicekönigtum: der *Justicia mayor*, vom König, und zwar auf Grund gesetzlicher Vorschrift, nur aus dem Kleinadel ernannt, ist den Cortes verantwortlich. Er ist die gegebene Instanz für Klagen, die Freiheitsrechte betreffend, und für personen- oder sachenrechtliche Klagen gegen den König, in denen dieser es bei dem Urteil des *Justicia* bewenden lassen muß, während der Kläger an den König rekurrieren kann, der, da er in eigener Sache nicht Recht sprechen kann, an einen Spezialrichter delegiert. Durch die Doppelung des höchsten Richteramtes,⁵⁷ durch die doppelte Verantwortlichkeit des *Justicia*, sowohl gegenüber den Cortes wie gegenüber einer eigens zu diesem Zweck gebildeten Behörde, den *Inquisidores*, ist für die Wahrung der Freiheitsrechte größtmögliche Sorge getragen.

Vor allem aber waren die Cortes selbst für die Wahrung der Freiheitsrechte zuständig. Alle diese Rechte betreffenden Klagen konnten von jedem freien Mann nach Wahl vor den *Justicia* oder vor das Forum der Cortes gebracht werden und es wurde in diesem Falle dem Unbemittelten sogar das Armenrecht gewährt. Für die Rechtsfragen (*causas de greuges*) war in weiser Beschränkung das *liberum Veto* ausgeschlossen; auch konnte die Tagung nicht geschlossen werden, ehe die Rechtsangelegenheiten, mit denen die Cortes befaßt wurden, erledigt

waren. Schließlich ist auch noch des intercomitales Ausschusses des Cortes, der Diputacion, zu gedenken, welche, mit der den Cortes zustehenden Erhebung und Verwaltung der Steuern befaßt, zugleich als Überwachungsausschuß fungiert und, durch Vorbereitung der notwendigen legislativen oder jurisdiktionellen Maßnahmen, gegebenenfalls die Rechte der Landesvertretung wahrt (aber nicht wahrnimmt). Auch ein Prozeßrecht, das kein öffentliches Anklagerecht (der Krone, des Staates oder des örtlichen Gerichtsherrn) kennt, sowie Öffentlichkeit der vor staatlichen Gerichten geführten Kriminalprozesse vorschreibt, legt von diesem individualistischen Geiste Zeugnis ab. Es gelang daher den Aragonesen, selbst noch im 16. Jahrhundert vorübergehend die Abschaffung der verhaßten Inquisition in ihrem Land zu erreichen.

In Ungarn hatte es zunächst den Anschein, als würde das Land sich in territoriale Kleinstaaten auflösen; es war das Ergebnis der Stände- und Verfassungskämpfe des 13. Jahrhunderts, daß die Entstehung einer lehnsfürstlichen Oligarchie vermieden wurde und die Dezentralisation hier die in flächengroßen Staaten sonst nicht übliche Form der kommunalen Selbstregierungsverbände annahm. Sozialpsychologisch aber heißt das nichts anderes, als daß hier ein extensiver Individualismus im Werke war, der den intensiv-individualistischen lehnsfürstlichen Tendenzen erfolgreich Paroli zu bieten vermocht hatte.

Der Unterschied der englischen und der ungarischen Agrarverfassung kann nicht treffender als durch das Schlagwort: Freier Boden — gebundener Boden ausgedrückt werden. Dort Unterbindung der Subinfeudationen durch freie Veräußerlichkeit der Lehen, hier durch fideikommissarische Bindung des Bodens in der Avitizität. Ebenso wenig wie von einer Entfeudalisierung der Agrarverfassung darf in Ungarn von einer Entfeudalisierung des Gerichtswesens die Rede sein; die grundherrliche Gerichtsbarkeit ist ganz und gebe; ja es gibt in Ungarn sogar wie in Westeuropa *seigneurs hauts justiciers*.⁵⁸

An Freiheitsrechten hat es in Ungarn ebenso wenig wie in England und Aragon gefehlt. Ungarns Magna Charta, die Goldene Bulle von 1222 sichert (Art. 2) dem Kleinadel Freiheit vor

willkürlichem Verhaft und zu den adligen Grundrechten zählt Werböczy nicht nur dieses Recht, sondern selbst das *jus resistendi*,⁵⁹ das anderwärts nicht von Dauer gewesen ist. Blieben diese Grundrechte, anders als in England, auch auf den Adel beschränkt und die breite Masse der ländlichen Bevölkerung von ihnen ausgeschlossen, so ist doch daran zu erinnern, daß der Adel hier eine breite Schicht darstellt und im sozialen Sinn dahin nur bedingt als Aristokratie angesehen werden darf. Umfaßt er doch — das wurde bereits erwähnt — im wesentlichen die Angehörigen der alten magyarischen Nation, die Nachkommen der mit Árpád ins Land gekommenen Geschlechter, d. h. der Gesamtheit der Vollfreien des demokratisch-kommunistischen Urstaats zur Zeit der Landnahme. Hierin wird man auch die Begründung für die von der im neuuropäischen Mittelalter üblichen Form des Individualismus abweichende Form massenindividualistischer Prägung suchen müssen. Daß der ungarische Adel seinem Ursprung nach Überschüttungsadel war,⁶⁰ daß ein Erobererstamm über andere Völker die Herrschaft errungen hatte, bachte es mit sich, daß innerhalb dieses Erobererstamms die alte demokratische Gleichheit weitgehend erhalten blieb, daß die unter dem Antrieb des zugleich intensiven und undifferenzierten Individualismus der lokalen Gewalthaber in großen Flächenstaaten allgemein übliche lehnsfürstliche Zersplitterung ausblieb und zu der sowohl extensiv-individualistisch wie korporativ-kollektivistisch bestimmten verwaltungsmäßigen Dezentralisation in kommunalen Selbstregierungsverbänden abgemildert wurde.

Vergleicht man die dezentralistische Selbstverwaltung Englands mit der der Flächenstaaten Ungarn und Polen, so ergibt sich eine fortschreitende Reihe zunehmender Entzentralisierung. In Ungarn haben die Komitate bereits in ihren eigenen Angelegenheiten *jus statuendi*, den *congregationes comitatus* steht außerdem sehr im Unterschied zu den englischen County Courts, die schon früh auf Bagatellsachen beschränkt wurden, die gesamte nichtgrundherrliche und nichtstädtische Rechtspflege zu. Immerhin ist dem Komitatsadel der unter Ludwig II. prätendierte Reichstagscharakter seiner Versammlungen mit Nachdruck und Erfolg bestritten worden und das *jus statuendi*

stand den Komitatsversammlungen nur in subsidium der staatlichen Gesetzgebung zu. In Polen aber hat sich das Schwergewicht bereits völlig in die Landschaften und ihre Landtage verlegt, die sejmikis, zugleich intercomitiale, sogen. Relationslandtage, sind der Mittelpunkt der politischen Tätigkeit des polnischen Adels und ihnen gegenüber hat der Generallandtag, der Sejm walny, immer mehr an Bedeutung eingebüßt. Aus der weitgehenden Autonomie, die den ungarischen und erst recht den polnischen Kommunalverbänden zustand, ergibt sich für das Unterhaus dieser beiden Länder, im Gegensatz zu England, das imperative Mandat, das anders als es sonst, soweit derartige vorkommt, üblich ist, in striktester Form gehandhabt wird: gegebenenfalls müssen die Abgeordneten neue Instruktionen ihrer Konstituenten einholen.

Wir sehen, der Massenindividualismus, der in England der Gesamtheit der Vollfreien zugute kommt, der in Aragon die Gesamtheit der staatstragenden Schicht erfaßt hat und in dem bewunderungswürdigen System der Freiheitsrechte zum Ausdruck kommt, aber bereits breite Bevölkerungskreise ausschließt, beschränkt sich in Ungarn auf die Masse der herrschenden Erboberernation. Immerhin haben auch die Unterworfenen insofern von ihm Nutzen gezogen, als die Lage der bäuerlichen Bevölkerung, verglichen mit der im übrigen Osteuropa, dessen Sonderbedingungen bereits erörtert worden sind, weniger hart war. Zur Vervollständigung dieser Formenlehre des mittelalterlichen Individualismus ist jedoch noch Polens zu gedenken, das das sonderbare Schauspiel eines zugleich intensiven und extensiven Individualismus bietet. Weitgehende Freiheitsrechte, Schutz gegen willkürlichen Verhaft und andere sind auch in Polen nicht unbekannt geblieben, aber sie blieben völlig auf den Adel beschränkt, der auch hier — die polnische Bettelszlachta ist ja sprichwörtlich geworden — eine breite Schicht, möglicherweise gleichfalls einen Überschüttungsadel, darstellt. Der Schutz der ländlichen nichtadligen Bevölkerung gegenüber grundherrlicher Willkür, der in Ungarn nicht verabsäumt worden ist, fehlt in Polen völlig.

Die lehnsfürstliche Zersplitterung des frühen Polen ist später wieder überwunden und zu einem massenindividualistischen

Dezentralismus abgeschwächt worden; das Entscheidende ist jedoch, daß hier der Individualismus anarchische Formen angenommen hat. Eine weitgehende Dezentralisation, die das Schwergewicht des Staatslebens in die Landschaften verlegt, ein Parlament, das, völlig in der Hand des einen privilegierten Standes, die Staatsführung nahezu ausschließlich bei sich konzentriert, zugleich aber unfähig ist, diese Macht gegenüber den sich selbst überlassenen Landschaften sowie gegenüber übermächtig gewordenen Gliedern des Adels auszuüben,⁶¹ kennzeichnen das Bild der polnischen Verfassungsgeschichte, das durch die gesetzliche Sanktionierung der Anarchie vollendet wird. Der Belastungsprobe, die der aragonische Staatsgeist erfolgreich überstanden hat, war der zugleich roh-intensiv wie extensiv-individualistische polnische Adel nicht gewachsen; die Einführung des liberum Veto (1652) bedeutet das Ende gesetzlicher Regierung und inauguriert die Periode der Konföderationen und Faktionenkämpfe, die zu der Katastrophe von 1795 geführt hat. Über die Ursache dieser eigenartigen Sonderform eines zugleich intensiven und extensiven roh-undifferenzierten Individualismus kann, da jede Vergleichsmöglichkeit fehlt, mehr als eine hypothetische Vermutung nicht geäußert werden. Zunächst einmal war das Mißverhältnis zwischen Ausdehnung des Staatsgebietes — das alte polnische Reich entsprach an Umfang etwa dem römisch-deutschen Kaisertum — und verfügbaren Herrschaftsmitteln in dem zivilisatorisch rückständigen Osten besonders kraß. Ein starker intensiver Individualismus — auch wenn die lehnsfürstliche Zersplitterung wieder überwunden werden konnte — war die unausbleibliche Folge. Daß der Individualismus des polnischen Adels zugleich extensiv blieb, würde stark für die Annahme sprechen, daß auch er Überschüttungsadel gewesen ist, eine Annahme, die jedoch, das sei nochmals nachdrücklich betont, zwar nicht widerlegt, aber ebensovienig durch geschichtlich-empirische Tatsachen von Gewicht erhärtet ist. Man kann jedoch für die Extensität des polnischen Individualismus noch weitere Gründe anführen und auf die Überschüttungshypothese in diesem Zusammenhand verzichten; das Mißverhältnis zwischen Gebietsausdehnung und Herrschaftsmitteln blieb selbst noch in den Landschaften groß genug.

Schließlich ist auch der Verbindung mit dem rohen, unentwickelten und zivilisatorisch gänzlich rückständigen Litauen und der unglücklichen geopolitischen Lage zu gedenken. Die langanhaltende Bedrohung durch die Tataren, der Polen zwar weniger nachhaltig als Rußland, aber immerhin stärker als Ungarn ausgesetzt war, und durch die Türken ist hinzugekommen. Diese unharmonische Mischung von intensivem und extensivem Individualismus nähert die verwaltungsmäßige Organisation Polens, das zu der Gruppe der Selbstregierungsverbände zu rechnen wäre, der dritten schottisch-kastilischen Gruppe stark an; nur daß dieser anarchistische Unabhängigkeitsgeist in einem so weiträumigen Gebiet sehr viel unheilvollere Folgen haben mußte.

C. Die Entwicklungsgeschichte der ständischen Repräsentativverfassung.

Legt man den erweiterten Begriff des Feudalismus zugrunde, der davon ausgeht, daß für diese Verfassungsform die Teilung der Staatsgewalt nicht nach Funktionen, sondern nach ihrem Objekt, nach Land und Leuten, zwischen der Krone und einem auf Grund standesbildender Privilegien zu einem erblichen Herrenstand gewordenen Privat-Krieger- und Beamtentum wesentlich ist, so kann man in der Tat nicht mehr behaupten, daß es ständische Verfassungen gebe, die aus nicht-feudalen Vorformen erwachsen seien. Damit entfallen alle jene Kombinationen, die Hintze an das Vorkommen repräsentativer Verfassungen in Ost- und Nordeuropa geknüpft hat. Die Typologie: vasallitische-ministerialische Feudalstaats oder feudale Privilegienstaaten, die wir an die Stelle der Hintzeschen Formenlehre: Feudalstaaten-Privilegienstaaten gesetzt haben, ist ohne Einfluß für die Möglichkeit der Ausbildung einer Repräsentativverfassung überhaupt; dagegen möge vorerst noch offen bleiben, ob etwa irgendwelche Zusammenhänge zwischen dieser Feudalismus-Typologie und der Formenlehre der ständischen Repräsentativverfassung bestehen.

Unbestritten jedoch bleibt, daß die ständische Verfassung nicht notwendigerweise das Endstadium der feudalen darstellt.

Japan, das im Sinne der im vorigen Abschnitt entwickelten Typologie sowohl ein vasallitisch-feudaler wie ein vollfeudalistischer Staat ist, hat den Weg „vom Lehnsstaat zum Ständestaat“ nicht beschritten und dieser Vorgang ist entscheidend, da nicht etwa der Einwand erhoben werden darf, es sei dem japanischen Volk nur nicht genügend Zeit verblieben, diesen Abschnitt seiner Entwicklungsgeschichte von europäischer Beeinflussung ungestört zu durchleben. Der Feudalstaat ist hier autogen ohne jede ständische Zwischenform in einen absolutistischen Polizeistaat übergegangen, der volle drittehalb Jahrhunderte durchleben konnte, ehe die europäische Expansion auch Japan in ihren Wirkungskreis einbezogen hat. Im Zusammenhang der Frage nach den Bedingungen der Repräsentativverfassung wird daher auf die Geschichte Japans in der Tokugawa-Zeit noch ausführlicher einzugehen sein.

Die feudale Verfassung ist durch die Bindung öffentlicher Rechte an agrarische Besitzrechte gekennzeichnet, das trifft auch noch für die ständische Verfassung zu, die ja nur eine Modifikation der feudalen ist; der öffentlich-rechtliche Gedanke jedoch tritt in ihr stärker als im reinen Feudalismus hervor; denn das ist der Sinn der Repräsentation. Man muß daher Hintze beipflichten, der in der mittelalterlichen ständischen Verfassung die Keime der Rechtsstaatidee und die ersten Ansätze subjektiver öffentlicher Rechte erblickt.¹ Auch das, was man gemeinhin den Dualismus des Ständestaates zu nennen pflegt, hängt mit der feudalistischen Wurzel der europäischen Repräsentativverfassungen zusammen. Die Verdinglichung der Herrschaft ergibt die vertragsmäßige Struktur des gesamten Staatsgefüges und bringt es mit sich, daß zwischen dem Staatsoberhaupt und den Trägern der lokalen Gewalten das Ausmaß gegenseitiger Leistungen und Pflichten vereinbart werden muß.

Da nun die Krone mit den Trägern der Lokalgewalten fortwährend paktieren muß, werden aus den lokalen Gewalthabern, die auf Grund ihrer dem Lehnsherrn geschuldeten Treue zu Rat und Tat und damit zur Führung der allgemeinen Staatsgeschäfte berufen werden, Repräsentanten des Landes, wird die Zentralverwaltungsbehörde zur Landesvertretung.

Von den fünf grundlegenden parlamentarischen Rechten, nämlich dem Petitions- und Beschwerderecht, dem Recht der Steuerbewilligung, der der Anteilnahme an der Gesetzgebung, an der Rechtspflege und an den allgemeinen Staatsangelegenheiten, ist die Teilnahme an der Rechtspflege ihrem Wesen nach nicht notwendig mit dem Aufgabenkreis einer Landesvertretung verbunden, wenn ihm allerdings auch nicht fremd. Ohne weiteres vereinbar ist sie jedoch mit dem Wesen einer Zentralverwaltungsbehörde. Die Stellung eines obersten Gerichtes haben, auch als der ursprüngliche Charakter einer erweiterten Curia regis längst verlorengegangen war, die ständischen Körperschaften des Mittelalters stets innegehabt, wir erinnern an das englische Oberhaus, das noch heute als Gerichtshof fungiert, an den ungarischen Reichstag, vor dessen Forum die Prozesse wegen Felonie gehören, an die aragonischen Cortes, den nordischen Reichsrat usf. Eine Ausnahme bilden hier nur die französischen Etats Généraux. Es ist dies eine Folge der außergewöhnlich frühzeitigen Entfeudalisierung und Bürokratisierung der Curia regis, die in Frankreich eingetreten ist. Die allgemein übliche Dreiteilung der Zentralverwaltungsbehörde: Kollegium für die allgemeine Staatsverwaltung, oberstes Gericht, Rechenkammer hat hier so früh eingesetzt, daß der erweiterten Curia regis, als sie zu Generalständen wurde, nur noch die Aufgaben der allgemeinen Staatsverwaltung verblieben waren, nicht aber mehr die Rechtspflege. Das hat für die Entwicklung der französischen Stände wichtige Folgen gehabt.

Das heute als parlamentarisches Recht kat'exochen betrachtete Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung steht mit der Teilnahme an der Rechtspflege in engem Zusammenhang. Die rechtschaffende Tätigkeit der Gerichte, namentlich der höchsten Instanzen, hat selbst der auf der Ideologie der Gewaltentrennung beruhende liberale Rechtsstaat weder beseitigen können noch wollen; sie ist dem mittelalterlichen Menschen um so natürlicher, als der Gedanke willkürlicher Rechtsschöpfung ihm an sich fremd ist. Ihm, der, wenn auch ganz äußerlich, in christlichen Vorstellungen erzogen ist, ist der Gedanke natürlichen (göttlichen und vernünftigen) Rechtes völlig angemessen und wie der Satz des Ulpian „*princeps legibus solutus*

est“ natürlich den Gesetzgeber nicht von Treu und Glauben entbinden will, sondern nur den römischen Kaiser von lästigen rechtlichen Beschränkungen befreit, muß auch die mittelalterliche Gesetzgebung „richtiges Recht“, nicht willkürliche Rechtssetzung zum Inhalt haben. Die Bindung des Gesetzgebers an Treu und Glauben nimmt im mittelalterlichen Staat mit Vorliebe die Form der Rechtsfeststellung an, so daß man zu öfterst, in gutem Glauben oder auch in naiver Fälschung, neue Rechtsätze in die Form der Wiederherstellung alten Rechtes kleidet. Unter diesen Umständen aber muß der Tätigkeit der höchsten Gerichte ein ganz besonderer Anteil an der normalen Gesetzgebungsmaschinerie zukommen.

Die Teilnahme an der Rechtspflege bedingt noch keinen Übergang vom Behörden- zum Vertretungscharakter, aber die Teilnahme der Stände an der Gesetzgebung hat sich noch aus einer zweiten Wurzel entwickelt: das Steuerbewilligungsrecht in Verbindung mit dem Petitions- und Beschwerderecht ist für die Entwicklung der gesetzgebenden Gewalt von größter Bedeutung gewesen. Steuerbewilligungs- und Beschwerderecht aber kommen den Ständen als einer landesvertretenden Körperschaft zu und damit hat sich jener Vorgang vollzogen, der für die Entstehung des repräsentativen Staatsprinzips wesentlich ist und worin die Einzigartigkeit des neuuropäischen Geschichtsverlaufs gegenüber dem alteuropäischen schlagend zum Ausdruck kommt: es entsteht der Gedanke, daß das Land bei der Abfassung der es regierenden Gesetze repräsentiert sein müsse, während z. B. das großartige System des römischen Rechtes im wesentlichen durch gesetzgebende Tätigkeit des mit Amtsgewalt ausgestatteten Prätors, wenn auch in enger Fühlungnahme mit der Rechtswissenschaft, entstanden ist.

Die Teilnahme an der Gesetzgebung hat den Ständen nie und nirgend bestritten werden können, wenngleich im allgemeinen kein Unterschied zwischen den unter ihrer Mitwirkung erlassenen Gesetzen und anderen Begründungsformen besteht. Nur in England und in Ungarn war der Erlaß neuer oder die Abänderung alter Gesetze an die Mitwirkung des Parlaments gebunden und der Unterschied zwischen Gesetz und Verordnung in Theorie und Praxis dabei hinreichend genau festgelegt.

Die aragonischen Cortes mit ihrer außerordentlichen Machtfülle konnten in ihren Willensäußerungen nicht gut übergangen werden, namentlich ihre richterliche Tätigkeit hat ihnen Anlaß zu legislatorischen Akten gegeben. Die großen aragonischen Rechtskodifikationen gehen auf ihre Initiative zurück.

Im allgemeinen aber waren die staatsrechtlichen Formen, dem Geiste des Mittelalters gemäß, weniger fest umrissen. Wenn jedoch auch kein festes und ausschließliches Recht der Stände auf Teilnahme an der Gesetzgebung bestand, ihre Willensäußerungen, einmal eingeholt, konnten nicht gut umgangen werden. Auch ohne festere Normierung des Gesetzgebungsrechtes ist der Einfluß der Stände auf die staatliche Gesetzgebung nicht gering gewesen,² wenn es auch der Staatsführung zumeist überlassen war, wie weit sie von ständischer Mitwirkung Gebrauch machen wollte. In ganz folgerichtig ausgebildeten Fällen des ständischen Dualismus gab es für das Gebiet der inneren Verwaltung nebeneinander zwei Rechtsquellen: den Willen des Landesherrn, der der ständischen Mitwirkung nicht bedurfte, und die auf Grund der ständischen Autonomie erlassenen Verordnungen, die der landesherrlichen Bestätigung nicht unterworfen waren.

Ebensowenig wie die Mitwirkung der Stände an der Gesetzgebung im allgemeinen rechtlich gebunden war, kam ihnen — von Sonderfällen abgesehen — ein ausschließliches Recht auf diese Mitwirkung zu. Im allgemeinen steht es der Krone frei, statt der Stände, deren Zusammensetzung bestimmten Regeln unterworfen ist, durch Auswahl nach eigenem Ermessen Notabeln zu berufen, deren Befugnisse von denen der Stände wenig oder gar nicht abweichen. Notabeln an Stelle von Ständen sind in Frankreich, auch in den Provinzen, in Dänemark, in Schweden (noch im 17. Jahrhundert), in Schottland zusammengetreten.³ Mit den Generalständen konkurrierende Körperschaften waren auch die provinziellen Stände, sofern ihre Befugnisse, nur örtlich beschränkt, denen der Generalstände gleichkamen: denn in Sonderverhandlungen mit Lokalversammlungen, wie sie vielerorts wenigstens gelegentlich in Übung waren, gab es leichtere Möglichkeiten der Beeinflussung durch persönliche Einwirkung.⁴ Nicht hierher gehören jedoch solche Provinzial-

versammlungen, deren Zuständigkeit fest geregelt und der der Generalstände untergeordnet war, wie es für die ungarischen Komitatsversammlungen, die böhmischen Kreistage u. a. gilt.

Unter Umständen besaßen schließlich auch Körperschaften oder Glieder der nichtadligen Stände, also des Klerus und der Städte, konkurrierende Gewalt. England, das neben dem Parlament weder Notabelnversammlungen noch Provinzialstände kennt, besaß solche doch in den Konvokationen der beiden Erzdiözesen, deren Gesetzgebungsrecht in allen die Kirche betreffenden Fragen während des ganzen Mittelalters unbestritten geblieben ist, was bei dem weiten Umfang, den das Mittelalter dem kirchlichen Rechtsgebiet einräumte, nicht wenig besagen will.

Sonderverhandlungen mit Städte-Einungen sind in Polen, Böhmen, Deutschland nichts Seltenes. Auch in England hat es zu Beginn der Parlamentsgeschichte Ansätze in dieser Richtung gegeben: unter Eduard I. haben bisweilen Sonderverhandlungen mit Vertretern der Kaufmannschaft über die zunächst nicht der Bewilligung unterliegenden, sondern der polizeilichen Gewalt des Königs als *arbiter of commerce* unterworfenen indirekten Steuern und Zölle stattgefunden. Aber diese gelegentliche Heranziehung „wirtschaftlicher Experten“ hat das System der normalen Steuerbewilligung für das ganze Land durch alle Stände gemeinsam nicht durchbrochen; allmählich wurden auch die indirekten Steuern der Bewilligung durch das Parlament unterworfen und Zölle und Verbrauchssteuern zu einem allgemeinen Tarif, dem Tonnen- und Pfundgeld, verschmolzen. Weitestgehende gesetzgebende Gewalt auf wirtschafts- und handelspolitischem Gebiet (einschließlich des gesamten Außenhandels) besaßen die schottischen Städte, deren Parlamentsfähigkeit auf der Zugehörigkeit zu einer eigenen Korporation, der *Convention of the Royal Burghs*, beruhte.

Ohne konkurrierende Gewalt — denn während des Mittelalters muß die englische Convocation als eine solche betrachtet werden — steht in großen Ländern nur der ungarische Reichstag da. Die *congregationes comitatus* waren dem Reichstag untergeordnet und eigene Landtage bestanden nur in den Nebenländern Kroatien, Slavonien und Dalmatien, später auch

in Siebenbürgen. Im allgemeinen entspricht der Formenreichtum der Organisationen dem gewachsenen Leben des Mittelalters und hat eine rege Teilnahme der Stände an der Gesetzgebung praktisch nicht gehindert. Nur in Kleingebieten wie Portugal, Kastilien, den Ländern der aragonischen Krone versteht sich das Fehlen konkurrierender Körperschaften von selbst, aber schon in deutschen Territorien gehen Landtage, Ausschußtage, Deputiertentage und derartige Bildungen vielfach durcheinander.

Der Zusammenhang des Gesetzgebungsrechts der Stände mit ihrem Beschwerderecht äußert sich auch in dem imperativen Mandat, der mehr oder weniger weitgehenden Instruierung der Abgeordneten durch ihre Wähler, eine Einrichtung, die sich in der ständischen Verfassung recht häufig findet. Das englische Parlament kennt das imperative Mandat im Gegensatz zu dem Unterhaus der Convocation überhaupt nicht; da aber die vorherige Ankündigung der Tagesordnung des Parlaments bei den Wahlausschreiben gesetzlich festgelegt war, war eine gegenseitige Fühlungnahme der Wähler vor der Wahl oder auch noch des Gewählten mit seinen Wählern nach der Wahl durchaus möglich. Im allgemeinen darf man sich das imperative Mandat überhaupt nicht als strikte Bindung des Abgeordneten an seine Instruktionen vorstellen — dies gilt nur für Ungarn und Polen, worin nicht nur die durch die Weiträumigkeit des Landes bedingte weitgehende Autonomie der Landschaften zum Ausdruck kommt, sondern auch noch das alte massenindividualistische Virilprinzip für den Gesamtadel nachwirkt —, es handelt sich mehr um die Erteilung allgemeiner Richtlinien, der im modernen Parlamentarismus die wenigstens moralisch im allgemeinen anerkannte Bindung des Abgeordneten an das Programm der Partei, zu der er sich bekennt, entspricht.

Die Verbindung von Beschwerderecht und imperativem Mandat zeigt deutlich die französische Ständegeschichte. Zu Beginn der Institution ist für den dritten Stand selbst in strikter Form das imperative Mandat versucht worden,⁵ jedoch ohne Erfolg, da der Gegenstand der Tagungen in den Wahlausschreiben nur gelegentlich bekanntgegeben wurde. Erst mit der allgemeinen Durchsetzung des Wahlprinzips im Verlaufe des 15.

Jahrhunderts entwickelte sich hier das imperative Mandat im Zusammenhang mit den Cahiers de doléances, die den Abgeordneten für die Tagungen mitgegeben wurden. Das Recht, an der Abfassung dieser Cahiers mitzuwirken, das im neuzeitlichen Frankreich recht großzügig gehandhabt wurde, war für die breite Masse der Bevölkerung wichtiger als das eigentliche Wahlrecht. In Kastilien ist das imperative Mandat der Abgeordneten im Anschluß an die Cuadernos erst unter Isabella, d. h. also von dem aufkommenden absoluten Staat, in den Wahlausschreiben ausdrücklich ausgeschlossen worden.

Eine eigentümliche Form hat das imperative Mandat in Schottland angenommen; hier steht es in Zusammenhang mit der konkurrierenden gesetzgebenden Gewalt der Städte. Aus naheliegenden Gründen waren es zumeist dieselben Personen, die ihre Stadt sowohl im Parlament wie in der Convention of the Royal Burghs vertraten. Die Convention ist daher praktisch eine Sondertagung des dritten Standes im Parlament. Ihr stand das Recht zu, die Tätigkeit der Burgesses im Parlament zu kontrollieren und zu instruieren. Die Richtlinien ihrer Politik werden den städtischen Abgeordneten mithin nicht von ihren Wählern, wie sonst allgemein üblich, sondern von der Gesamtvertretung des dritten Standes vorgezeichnet, so daß man für diese Form des „imperativen Mandats“ aus den Institutionen des modernen Parlamentarismus den Fraktionszwang heranzuziehen geneigt wäre. Im 16. Jahrhundert wird das imperative Mandat gesetzlich geregelt; seitdem kann kein einzelner städtischer Abgeordneter und kein einziges Burgh — denn die Stadt als solche ist in Schottland Stimmeneinheit, ungeachtet der Zahl ihrer Vertreter — einen Antrag im Parlament stellen, ohne zuvor einen Beschluß der Convention herbeigeführt zu haben. In Deutschland, und zwar im Reich wie in einzelnen Territorien, haben die Städte bisweilen auf das „Hintersichbringen“, also auf das imperative Mandat in striktester Form, gehalten, diesen Anspruch aber, der von der Regierung begreiflicherweise bekämpft wurde, häufig genug nicht durchsetzen können. In Skandinavien, dessen Städte ebenso wie die englischen keine allzu weitgehenden Sonderrechte genossen, ist das imperative Mandat nie heimisch geworden.⁶

Das Beschwerderecht der Stände sicherte ihnen Anteil an der Gesetzgebung; es bot einen vollen Ersatz für das den Ständen bisweilen nicht zustehende Initiativrecht. Dies Recht blieb z. B. den französischen *Etats Généraux* vorenthalten; entschloß sich jedoch die französische Krone — dies hing im wesentlichen vom Geldbedarf ab — ihre Stände einzuberufen, so hatte sie praktisch die Tagesordnung nicht mehr in der Hand und konnte den Gang der Verhandlungen nicht von vornherein übersehen. Den schwachen kastilischen *Cortes* konnte der *Modus* aufgedrängt werden, ihre Beschwerden erst nach geschehener Bewilligung zu erledigen und damit war tatsächlich auch ihr Bewilligungsrecht entwertet. Die parlamentarische Gesetzgebung des Mittelalters vollzieht sich allgemein überwiegend in der Form parlamentarischer Beschwerden: die *Petitionen*, denen die Krone ihr *Placet* erteilt, werden damit Gesetz. Da aber natürlich der Landesherr in seinen Vorschlägen nicht auf Steuerforderungen beschränkt ist, entsteht das Gesetz auch auf Grund landesherrlicher Propositionen, denen die Stände ihre Zustimmung erteilt haben.

Der Angelpunkt, um den sich das Ständewesen dreht, ist nach einem bekannten Worte Rankes das Recht der Steuerbewilligung; nur mit seiner Hilfe haben die ständischen Körperschaften ihre weitestgehenden Ansprüche durchsetzen können, um die Durchsetzung ständiger Steuern wurden die entscheidenden Kämpfe des Absolutismus geführt. Daß die spanische Krone, auf die reichen Hilfsmittel der Kolonien gestützt, von den Bewilligungen ihrer Stände weitgehend unabhängig wurde, hat ihr die Unterwerfung der selbstbewußten aragonischen *Cortes* zumindestens erleichtert und in England wurde — wir verweisen hier nur auf den berühmten Hampden-Prozeß — ja gerade um das Recht der Besteuerung hartnäckig gekämpft. Der französische König vermochte seine Stände im Zusammenhang mit der Liquidierung des Hundertjährigen Krieges zu einer freiwilligen Beschränkung ihres Bewilligungsrechtes zu bewegen; das durch den Krieg zerrüttete und verarmte Land bewilligte Karl VII. sowohl eine ständige von den Ständen unabhängige Einnahme wie die Errichtung einer stehenden Truppe, der sogen. *Ordonnanzkompagnien*, zu deren Besoldung der Ertrag

der neugeregelten Taille eben bestimmt war. Das Gesetz von 1439 eröffnet daher eine neue Epoche in der Geschichte der *Etats Généraux*. Wenn sie in der Gesetzgebung bis 1614 auch noch Ersprößliches geleistet haben, die große Bedeutung, die sie, wenigstens vorübergehend, während des Hundertjährigen Krieges sich erobern konnten, haben sie nie mehr erlangt. Hierzu trug auch die Beseitigung der letzten lehnsfürstlichen Sonderberechtigungen bei, mit der wiederum die allgemeine Durchsetzung des Wahlprinzips und die wirksamere Organisierung des Beschwerderechts durch die *Cahiers de doléances* zusammenhängt.

Der Vertretungscharakter der Stände kommt in dem Steuerbewilligungsrecht am deutlichsten zum Ausdruck; hierin vollzieht sich der Übergang von der Zentralverwaltungsbehörde zur Landesvertretung. Dieser entwickelt sich aus dem personalistischen Charakter des mittelalterlichen Staates: das Angewiesensein auf persönliche Herrschaftsmittel zwingt den Staat zu fortgesetztem Paktieren mit den lokalen Gewalthabern: nicht nur, daß Leistungen und Pflichten gegenseitig fortwährend ausgehandelt werden müssen, die Zentralgewalt kann des guten Willens der lokalen Herren nicht entbehren, von deren Bereitwilligkeit der Erfolg getroffener Maßnahmen weitgehend abhängt.

Die *Curia regis* ist ihrem Ursprung und ihrer Absicht nach ein — wenn auch roher — Beamtenkörper, ein Beamtenkörper allerdings im Sinne des Feudalismus: der Lehnsherr kann seinen Vasallen Hof gebieten, er hat Anspruch auf ihr *auxilium* und *consilium* in den *ardua negotia regni* und wenn es auch dem Vasallen freisteht, ungerufen bei Hof zu erscheinen und an den Beratungen teilzunehmen, durch eine bestimmte Berufungspraxis, die sich der Natur der Sache nach auf die mächtigsten und angesehensten Vasallen erstreckt, wird die *Curia regis* zu einem fester abgegrenzten Körper, beschränkt sich zugleich die Bedeutung der nur gelegentlich teilnehmenden feudalen Machthaber.

Ob nun der erweiterte Staatsrat, der sich um die regelrechte beamtenmäßig begrenzte *Curia regis* gruppiert, durch beamtenartige Berufungen von Großvasallen (*Magnum Consilium*) oder sogleich durch Hinzuziehung auch des Kleinadels und der

Städte gebildet wird (mit anderen Worten: ob ein Zweikammer- oder ein Dreikuriensystem entsteht), auch diese vor- und frühständischen Körperschaften, in denen das freie Ernennungs- und Berufsrecht der Krone schon sehr bald durch Gewohnheit und Herkommen beschränkt wird, haben bereits Vertretungscharakter, und zwar in einem doppelten Sinne: einmal umfassen sie die Vertreter der vorhandenen lokalen Verwaltung; das Parlament ist nach Stubbs klassischen Worten die Konzentration der lokalen Verwaltungsmaschinerie. Dann aber ist in den Ständen, welche tatsächlich die leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung ausmachen, die Leistungskraft des Landes repräsentiert. Darin unterscheidet sich die mittelalterliche Form der Repräsentation von der, die den heutigen Repräsentativsystemen zugrunde liegt: sie ist überwiegend gesetzliche, Zwangsrepräsentation und nicht freie, gewillkürte Repräsentation auf Grund eines Rechtsgeschäfts. Denn weite Kreise der Bevölkerung sind überhaupt nicht landtagfähig, obgleich die Stände, die das gesamte Land vertreten, auch für sie verbindlich handeln, und zwar betrifft dies nicht nur die Hintersassen der feudalen Grundherren, sondern häufig genug auch privatrechtlich Freie, die weder einer Grund- noch einer Patrimonialherrschaft unterworfen sind, aber keine Landtagsfähigkeit besitzen. In allen diesen Fällen liegt gesetzliche Repräsentation vor,⁷ ebenso für die frühen Ständebildungen, soweit diese, wie meist üblich, durch Berufung, nicht durch Wahl gebildet werden. Das Magnum Consilium vertritt das ganze Land, es handelt für das ganze Land, es wird jedoch gebildet durch Berufung des Großgrundbesitzes, der leistungsfähigsten Schicht des Landes. Auch die Dreikurienbildungen sind aus Berufungen des erweiterten Staatsrats hervorgegangen. Soweit der Kleinadel in Dreikuriensystemen nicht *viriliter* erscheint, findet gleichfalls meist Zwangsvertretung statt, sei es durch Berufung, wie in den Anfängen der *Etats Généraux*,⁸ sei es eine Vertretung *ipso jure*.⁹ In den Zweikammersystemen hat sich für den Kleinadel durchweg die Repräsentation durch Wahl durchgesetzt,¹⁰ also die gewillkürte, mandatarische Repräsentation. Bisweilen ist sie auch in Kuriensystemen zur Anwendung gelangt, denn die zeitraubende, umständliche und kostspielige Teilnahme an

den Ständetagen wurde im Mittelalter oft mehr als Pflicht denn als Recht angesehen.¹¹

Ähnlich war die Entwicklung der städtischen Vertretung. Auch hier steht am Anfang meist die Berufung der Stadtoberhäupter, später entweder die Vertretung durch de-jure-Repräsentanten, die auf Grund ihres Amtes, als Bürgermeister, Stadtschreiber usf. oder auf Grund eines Auftrags der Stadtverwaltung als Organe der Körperschaft zu handeln berufen sind, oder schließlich auch eigentliche Wahl. Wo diese statthat, darf man jedoch nicht an allzu demokratische Methoden denken. Kleine Städte kannten die Demokratie, mit wachsender Ausdehnung und Bevölkerungszunahme aber und der dadurch bedingten weitergehenden Arbeitsteilung bildet sich auch hier eine oligarchisch-plutokratische Tendenz aus, selbst die nordostfranzösischen Communestädte demokratisch-revolutionären Ursprungs begründen keine Ausnahme.¹² Die Wahl der Abgeordneten zu den Etats war in den französischen Communes auf einen recht engen Kreis beschränkt,¹³ während in den Villes de Prévôté die Abgeordneten entweder direkt durch den Prévôt ernannt oder aber, falls Wahl stattfand, von der Assemblée générale gewählt wurden, da der Prévôt die Vollbürgerversammlung gefügiger und seinen Vorschlägen leichter zugänglich fand, als eine geschlossene Gruppe unabhängiger, wohlhabender, mit den Stadtgeschäften dauernd befaßter Bürger. Im wesentlichen lassen sich, und zwar allgemein-europäisch, drei Formen der Wahl städtischer Abgeordneter unterscheiden: eigentliche Wahl durch eine mehr oder weniger weitherzig gebildete Wählerversammlung, Ernennung durch ein enges Komitee (den Magistrat der Stadt etwa) und Ernennung durch den Ortsvorsteher. Was die Weitherzigkeit des Wahlrechts betrifft, so gilt — eine Folge der Entdemokratisierung der mittelalterlichen Stadtverfassung infolge fortschreitender Differenzierung der Stadtbevölkerung — und zwar wiederum allgemein-europäisch, der Satz, den Maitland für die englische Verfassungsgeschichte aufgestellt hat: „The more democratic the qualification is, the older it is.“¹⁴

Man wird schließlich auch nicht übersehen dürfen, daß nach Lage der Dinge (in Anbetracht der erforderlichen Sachkenntnis, Muße, Unabhängigkeit) die Wahlvertreter nur einem

durch Gewohnheit und Herkommen eng umgrenzten Kreis entnommen werden konnten. Die Wahl pflegte daher notgedrungen auf Angehörige derjenigen Schichten zu fallen, die man als geborene Vertreter ihrer Gemeinde betrachten kann. Auch diese Form der mittelalterlichen Repräsentation, die juristisch gewillkürte Vertretung ist, nähert sich im Kern der Sache daher weitgehend der Zwangsvertretung an.

Die freie Repräsentation ist im Mittelalter auch noch insofern beschränkt, als eine Auswahl selbst innerhalb der landtagsfähigen Kreise nicht ungewöhnlich war. In Ungarn und Schottland etwa waren (im Prinzip) alle, nicht zahlreichen, Immediatstädte vertreten, aber England, das den Unterschied zwischen Immediat- und (den nur wenigen) Mediatstädten hinsichtlich der Parlamentsfähigkeit gar nicht kennt, hat unter den zum Parlament berufenen Städten eine ziemlich willkürliche Auswahl getroffen. Die Zahl der Cities und Boroughs, die berufen wurden, betrug 1265 21, im Model Parliament 1295 115. Sie stieg unter Eduard I. noch auf 166, ging aber dann allmählich bis Mitte des 15. Jahrhunderts auf 99 zurück. Nach 1445 nimmt die Zahl der Parlamentsstädte langsam wieder zu, da jetzt bei der gesteigerten Bedeutung des Parlamentes und des Unterhauses die Städte die Teilnahme nicht nur als Last empfanden. Hierin ist zugleich das Auswahlprinzip für die Parlamentsstädte zu suchen. Die Untersuchungen von Riess haben diesen schwierigen Punkt, über den Gneist, Stubbs u. a. nur vage Hypothesen aufzustellen vermocht hatten, einigermaßen aufgeklärt. Die kleineren Städte, die die Teilnahme am Parlament, schon wegen der damit verbundenen Kosten (Diäten etc.) mehr als Last denn als Recht empfanden, suchten sich dieser kostspieligen Ehre, und zwar oft mit Erfolg, zu entziehen. Privilegierungen von Edelleuten und auch von Städten von der Pflicht im Parlament zu erscheinen, auf Zeit oder für die Dauer, sind bekannt¹⁵ und auch die Beschränkung der lange schwankenden Zahl der im Oberhaus vertretenen Äbte auf etwa 25 ist dadurch zustande gekommen, daß die Geladenen sich nach Möglichkeit dieser kostspieligen Ehre zu entziehen suchten. Die Hypothese von Riess geht nun dahin, daß denjenigen Städten, für deren Wahlen die Kontrolle durch den Sheriff fehlt — es sind dies diejenigen

Städte, die den Teil einer Hundertschaft bilden. Sie werden durch den ballivus hundredi geladen, der einen Rückbericht an den Sheriff nicht erstattet —, die Berufung allmählich verloren geht, da sie nicht erscheinen. Diejenigen Städte, die eine eigene Hundertschaft bilden, werden durch den Sheriff selbst geladen, der ihren Wahlbericht zusammen mit dem seiner Grafschaft der Zentralbehörde einreicht. Nun sind zwar auch dem Sheriff gegenüber solche illegalen Entlastungen versucht worden, denn es ergeht 1382 (5 Ric II. c. 4) eine Strafdrohung für dessen Konnivenz in solchen Fällen, aber im allgemeinen waren Nichtbeachtung der Ladung oder auch Bestechungen natürlich bei der untergeordneten Hundertschaftsbehörde eher möglich. Eine starke Stütze empfängt die Riess'sche Annahme durch die auffällige Tatsache, daß in den fünf Grafschaften Wiltshire, Devonshire, Somersetshire, Dorsetshire und Cornwallis, in denen wegen der großen Entfernung von London aus Gründen der Zeitersparnis die Ladung auch der Kleinstädte direkt durch den Sheriff erfolgt, eine solche Auslese in dem gekennzeichneten Sinn nicht stattgefunden hat. Im wesentlichen wird man die Riess'sche Theorie annehmen dürfen, obgleich nicht verschwiegen werden darf, daß die Auswahl der kleinen Flecken in späterer Zeit ganz willkürlich erfolgt und jedes systematischen Erklärungsversuchs spottet.

Der Vorgang des Ausscheidens kleiner Städte, die sich den Berufungen durch passiven Widerstand allmählich entziehen, ist in den Parliamentary Writs vielfach belegt. Wir erwähnen unter beliebig vielen anderen Beispielen die Stadt Basingstoke, die bereits 1308 auf diese Weise aus den Listen verschwunden ist. Zusammenfassend wird man, worauf es uns in diesem Zusammenhang ankommt, von einer Zwangsvertretung der Städte insofern sprechen dürfen, als nicht alle von ihnen — wie es bei der Konstituierung des Model Parliament anscheinend vorgeschwebt hat — im Parlament vertreten, aber alle dessen Beschlüssen unterworfen waren.

Die *differentia specifica* mittelalterlicher Repräsentation im Vergleich mit der modernen erblicken Rachfahl, Spangenberg und ebenso Hintze in dem Überwiegen des Zwangscharakters. Nun beruht zwar auch die moderne Volksvertretung nicht durch-

weg auf der mandatarischen Repräsentation. Dies gilt vielmehr nur in denjenigen Demokratien, die, wie die von Weimar, dem erwachsenen Staatsbürger ohne Unterschied von Alter, Geschlecht, Rang oder Vermögen gleiches Wahlrecht einräumen, aber noch im 19. Jahrhundert sind mehr oder weniger weitgehende zensusmäßige Beschränkungen des Wahlrechtes gang und gebe und noch heutzutage schließt die französische Demokratie die Frauen vom Wahlrecht aus. Auch England hat das Frauenwahlrecht nur allmählich ohne Beschränkungen durchgeführt. In allen diesen Fällen liegt Zwangsvertretung der nicht parlamentsfähigen Bevölkerungskreise durch die Wähler vor.

Diese Konstruktion ist in der staatsrechtlichen Theorie und Praxis des 18. Jahrhunderts auch durchgeführt worden. Als die französische Législative 1792 ihre Tätigkeit infolge der neuen Revolution unvermittelt und vorzeitig beendete, den König suspendierte und eine neue verfassungsgebende Nationalversammlung — denn das bedeutet, in Anlehnung an den englischen Vorgang von 1688/89 in der Sprache der Zeit „Convention Nationale“ — einberief, setzte sie die zensusmäßige Beschränkung des Wahlrechtes für die Wahlen zum Konvent außer Kraft.¹⁰ Das bedeutet doch aber nichts anderes, als daß der Gesetzgeber, der im regulären Staatsbetrieb die zensitäre Beschränkung des Wahlrechtes — die Législative selbst war so gewählt worden — vorgesehen hatte, die Ausübung der Volkssouveränität im Wahlrecht also ipso jure an eine gewisse Besitz- oder Einkommensgröße gebunden sehen wollte, für den Fall einer neuen Verfassungsgesetzgebung an die unbeschränkte Volkssouveränität appellierte. Mit anderen Worten: Änderungen des Staatsgrundgesetzes konnten, da die Verfassung von 1791 auf der Volkssouveränität beruhte, nur durch unbeschränktes Wahlrecht erfolgen, in der regulären Gesetzgebung aber wird der Passivbürger bei der Ausübung der Volkssouveränität durch den Aktivbürger von Rechts wegen vertreten. Beruht also die mittelalterliche Landesvertretung völlig oder überwiegend auf der Zwangsvertretung, die moderne Volksvertretung im steigenden Maße auf der mandatarischen Vertretung unter fortschreitender Beschränkung der noch verbleibenden Zwangsvertretung, so wird man als Entwicklungsregel festhalten dür-

fen, daß im Verlaufe der Geschichte der Repräsentativverfassung die Tendenz besteht, in steigendem Maße von der gesetzlichen, der Zwangsvertretung zur mandatarischen überzugehen.

Wesentlicher noch als der zwischen gewillkürter und Zwangsvertretung ist der Unterschied zwischen Volks- und Landesvertretung für die moderne und die mittelalterliche Repräsentativverfassung, weil, um Hintzes Worte zu gebrauchen, „der moderne Begriff des Volkes als einer handlungsfähigen Gesamtheit auf jene älteren Zustände nicht anwendbar ist“.¹⁷ Hier kommt die Verbundenheit zwischen feudaler und ständischer Verfassung, die wir bei entsprechender Abgrenzung des Begriffes „Feudalismus“, anders als die Hintzesche Theorie, beibehalten dürfen, deutlich zum Ausdruck. Wie das Weser des Feudalismus in der Bindung öffentlicher Rechte an agrarische Besitzrechte besteht, so sind es in der ständischen Verfassung die wirtschaftlich, sozial und militärisch leistungsfähigsten Schichten, zugleich die Inhaber lokaler Herrschergewalt, die durch Vertretung am Staatsbetrieb mitzuwirken berufen sind, d. h. aber unter der Voraussetzung des Feudalismus: der Grund und Boden ist vertreten. In der mathematisierenden Sprache Auguste Comtes dürften wir sagen, daß die mittelalterliche Repräsentativverfassung eine Funktion des Bodenrechts ist.

Der Übergang von der Landes- zur Volksvertretung ist im allgemeinen durch den Absolutismus unterbrochen worden. Nur in England hat er sich unmerklich vollzogen. Auch hier bildet der abgeschwächte Tudorsche Absolutismus die Grenze, aber wie bereits die mittelalterliche Repräsentativverfassung Englands im Zusammenhang mit der weitgehenden Entfeudalisierung, die dort Platz gegriffen hat, Züge der entwicklungsspäteren Volksvertretung aufweist, haben sich im neuzeitlichen englischen Parlamentarismus Überreste der älteren landesvertretungsartigen Periode bis zur Reformbill von 1832 erhalten.

Die gemeinhin als „ständischer Dualismus“ bezeichnete Doppelpoligkeit der ständischen Verfassung, deren einer Pol am Hofe, deren anderer in der lokalen Herrschaftssphäre der Stände ruht,¹⁸ gestattet es, die ständischen Körperschaften so-

wohl als Zwangseinungen wie als freie Einungen zu betrachten, und zwar soll, der Hintzeschen Theorie zufolge, im Dreikuriensystem mehr der Charakter der Zwangseinung, im Zweikammersystem mehr der der gewillkürten Einung hervortreten.^{18a} Für Hintze bedeutet dies zugleich eine entwicklungsgeschichtliche Abfolge von der gewillkürten zur Zwangseinung; soll aber die entwicklungsgeschichtliche These Hintzes aufgegeben werden, so erscheint auch eine Prüfung der gesamten Einungstheorie angebracht.

Die Repräsentation beruht juristisch auf dem Prinzip der Trennung von Schuld und Haftung,¹⁹ die im germanischen Recht (wie in jedem entwicklungsfrühen, korporativen Recht) begründet ist, aber man muß hier Hintze beipflichten, der Hatschek entgegenhält, die Trennung von Schuld und Haftung gebe die Möglichkeit der juristischen Konstruktion der Repräsentation, nicht aber den Realgrund ihres Entstehens.²⁰ Die Entstehung der Repräsentation hängt in bestimmter Hinsicht mit dem Übergang zur gewillkürten Einung zusammen, denn am Anfang der ständischen Entwicklung steht, wie ausgeführt, der erweiterte Staatsrat, sei es das Magnum Consilium des Zweikammer-, seien es die frühen Notabelnversammlungen des Dreikuriensystems (deren klassisches Beispiel die Cortes von Lamego von 1143 sind). Die Staatsgewalt bedient sich der Inhaber der lokalen Gewalten, um ihren gemeinsamen Beschlüssen, die nunmehr das ganze Land binden, Nachachtung zu verschaffen, sie konzentriert die lokale Verwaltungsmaschinerie. Die Stände sind demnach, nach Hintzes eigenen Worten, anfänglich die geborenen und geschworenen Räte des Fürsten für die ardua negotia regni, erst bei steigenden Forderungen des intensiver werdenden Staatsbetriebes haben sie sich zu Gruppen zusammengeschlossen, die Vermehrung ihrer Privilegien verlangen und meist auch erhalten,²¹ wofür die Geschichte des Steuerbewilligungsrechtes das klassische Beispiel abgibt. Den Ausgangspunkt der Ständebildungen bildet unbestreitbar die staatliche Zwangseinung (Berufungen zum erweiterten Staatsrat), aber im Verlaufe ihrer Geschichte haben sich die Stände vielfach zu gewillkürten Einungen zusammengeschlossen, die wirksame Waffen im Kampf um das Steuerbewilligungsrecht gewesen sind.

Somit geht also die Entwicklung im allgemeinen von der Zwangsgenossenschaft zur freien Einung und wollte man im Sinne der Hintzeschen Einungsthese und genetischen Typologie einwenden, die Zwangseinung beziehe sich hierbei auf die ständischen Vorstufen, so ist dem zu entgegnen, daß die Intensität des Staatsbetriebes, die nach Hintzes eigenen Worten die Bildung freier Einungen veranlaßt, in seiner Typenlehre ja gerade das Kennzeichen der Dreikurienbildungen, der (nach Hintze) überwiegend zwangsgeeinten Ständebildungen ist. Dann aber darf natürlich auch keine allzu scharfe Grenze zwischen ständischen Vorformen und den vollentwickelten Ständetümern, was die Allgemeineigenschaften der ständischen Verfassung betrifft, gezogen werden; hat doch Hintze selbst, davon ist ausführlich die Rede gewesen, zur Begründung seiner genetischen Typologie nur den Nachweis zweikammerartiger Vorständeformen, nicht vollausgebildeter Zweikammersystemen in späteren Dreikurienländern zu führen beabsichtigt.

Abweichend von der Hintzeschen These behaupten wir, daß die Typologie der ständischen Einungen von der der ständischen Organisationssysteme gänzlich unabhängig ist. Der erweiterte Staatsrat und die aus ihm hervorgegangenen Bildungen (sei es das auf der Amtsbaronie beruhende Magnum Consilium, seien es die nach freiem Ermessen berufenen und zusammengesetzten Notabeln) beruhen rechtlich auf freier Berufung der Krone, tatsächlich aber war das Ernennungsrecht von vornherein eng begrenzt, da die Verdinglichung der Herrschaft auch hier weitgehende Erblichkeit praktisch erzwang.²² Sehr bald wird daher die Berufung, von Sonderfällen abgesehen, dem freien Ermessen des Herrschers entzogen und, mindestens gewohnheitsrechtlich, bestimmten Richtlinien unterworfen, aus dem Staatsrat wird die Landesvertretung.²³

Auf dieser Stufe der Entwicklung nun haben die Stände zu allermeist zur Wahrung und Mehrung ihrer Privilegien gewillkürte Einungen untereinander und dann Steuerbewilligungs-, Bedeverträge mit dem Landesherrn abgeschlossen,²⁴ in diesem Stadium ist auch, wenigstens in Ländern mit kräftigen Ständetümern, das ständische Widerstandsrecht anerkannt worden, so nicht nur in den vier, hier unter der Formenlehre des mittel-

alterlichen Individualismus behandelten Ländern England, Ungarn, Aragon, Polen, sondern auch in zahlreichen deutschen Territorien, wir erinnern hier nur an die Ottonische Handfeste von 1311 für Niederbayern und die Lüneburger Sate von 1392. Ebenso begreiflich, daß dieses anarchische Widerstandsrecht nur vorübergehend in Geltung gewesen ist, dann aber, und zwar ohne den ständischen Rechten Eintrag zu tun, beseitigt werden konnte. Nur die polnische Anarchie ist in den Konföderationen zur tatsächlichen Betätigung dieses Rechtes geschritten, in Ungarn ist es formell zwar bis 1687 in Kraft geblieben, aber nicht geübt worden. In England erscheint es bereits in der Bestätigung der Magna Charta von 1216 nicht mehr. Die aragonischen Unionsprivilegien von 1287, deren Wortlaut nicht mehr auf uns gekommen ist, haben jedenfalls auch das Widerstandsrecht erhalten, das jedoch in dem Gesetz von 1348, welches die Verfassungskämpfe abschloß, beseitigt wurde, während zugleich das ständische System durch Einschaltung des Justicia mayor gesichert und gefestigt wurde.

Im Verlaufe der ständischen Entwicklung ist der Charakter der staatlichen Zwangsgenossenschaft wieder mehr in den Vordergrund getreten.²⁶ Man kann zusammenfassend sagen, daß der Charakter staatlicher Zwangseinungen, in denen die Stände ihren Ursprung haben, in denjenigen Verfassungen, die ein starkes Ständetum hervorgebracht haben, vorübergehend zugunsten der gewillkürten Einung zurückgedrängt worden ist.

Das Steuerbewilligungsrecht, das A und O des Ständewesens ist, läßt sich ohne Schwierigkeit aus dem privatrechtlichen Charakter des mittelalterlichen Staates ableiten. Die Verpflichtung zur Unterstützung des Lehnsherrn in den bekannten drei Not- und Ehrenfällen und im Falle eines Kreuzzugs wird vom Lehnrecht allgemein anerkannt, aber auch hier sind Verhandlungen über das Ausmaß der Beihilfe erforderlich und noch mehr gilt dies für Bewilligungen außerhalb der quatre cas. Zur Abwehr allzu weitgehender Belastungen schlossen die Stände gewillkürte Einungen unter sich und Bedeverträge mit dem Landesherrn, sie erlangten so die rechtlich-formale Anerkennung ihres Bewilligungsrechtes. Es war nicht so sehr die Absicht, dieses Recht zu erwerben, dessen Wert man ja noch

gar nicht recht abzuschätzen vermochte — denn noch liegt der Schwerpunkt der Staatsfinanzen in den ordentlichen, domanialen Einnahmen und die Steuer gilt als etwas Außerordentliches —, die die Stände bei ihrem Vorgehen leitete, als vielmehr das Bestreben, durch rechtliche Garantie der Bewilligungsverfahren, gegen einmalige größere Leistungen sich vor weiteren Belastungen nach Möglichkeit zu schützen. Aber wie so oft gilt auch hier die Heterogenie der Zwecke: mit vordringender Geldwirtschaft und intensiverem, rationalerem Staatsbetrieb gewinnt die Steuer eine ganz andere Bedeutung im Staatshaushalt und damit verschiebt sich auch die verfassungsrechtliche Bedeutung des Steuerbewilligungsrechtes.

Denn darüber muß man sich von vornherein klar sein: für den mittelalterlichen Staat ist die Steuer eine außerordentliche, keine regelrechte Staatseinnahme. Das fiskalische Schwergewicht ruht noch in dem fürstlichen Domanium, dessen Erträge durch die Steuern nur ergänzt werden und es galt daher in Frankreich z. B. der Grundsatz, daß die Krone ohne Genehmigung der Stände keine Domänen veräußern dürfe, da dies indirekt eine steuerliche Belastung des Landes bedeuten würde.²⁶ Die vergleichsweise geringe fiskalische Bedeutung der Steuern muß auch für die Würdigung des mittelalterlichen Parlamentarismus in Rechnung gestellt werden. Hatten etwa in England seit 1295 meistens, wenn auch nicht immer, jährliche Tagungen des Parlamentes, ganz gelegentlich sogar jährlich zweimal Tagungen stattgefunden, so gelang es den Tudors durch sparsame Finanzwirtschaft ganz legal die Tagungen des Parlamentes zu beschränken. In den 62 Regierungsjahren der beiden ersten Tudor-Herrscher sind insgesamt nur 16 Parlamente einberufen worden.

Die Bedeutung der Steuern im mittelalterlichen Staat gibt dem mittelalterlich-frühneuzeitlichen Budgetrecht eine ganz andere Bedeutung als sie dieses Recht im heutigen Staat hat. Forderungen der Krone konnten schließlich auch abgelehnt werden und im Kampfe mit den Stuarts etwa ist das englische Parlament hierin oft recht weit gegangen, während das moderne Parlament, da sonst die gesamte Staatsmaschinerie lahmgelegt werden würde, den Etat wohl abändern, aber in praxi nicht

en bloc ablehnen kann. Tatsächlich drängenden Staatsbedürfnissen haben sich allerdings auch die mittelalterlichen Stände nicht entziehen können; die Geschichte des Hundertjährigen Krieges beweist es zur Genüge.

Der ursprüngliche Charakter der Steuer als einer außerordentlichen Einnahme bringt die zahlreichen Privilegierungen mit sich, die auch auf diesem Gebiet dem mittelalterlichen Staat eigentümlich sind. Die gilt in erster Linie für den Klerus als Träger einer überstaatlichen Organisation. Der Kampf zwischen Kirche und Staat ist bisweilen ein Kampf zwischen Kirche und Fiskus gewesen. Den intransigenten Standpunkt hat jedoch auch Bonifaz VIII. nicht aufrecht erhalten können. Die „Romana Mater“ begnügte sich damit, dem Klerus ein weitgehendes Bewilligungsrecht bei seiner Heranziehung zu staatlichen Leistungen zu sichern, ein Vorgang, der für die erste Geschichte der ständischen Verfassung nicht ohne Bedeutung gewesen ist. In Frankreich steht die Einberufung der *Etats Généraux* von 1302 mit dem Konflikt in Zusammenhang, in England versuchte die Krone, das geistliche Bewilligungsrecht mit dem allgemein-ständischen zusammenzufassen²⁷ und da der hohe Klerus, der zumeist ja selbst dem Hochadel angehörte, bereits ins Oberhaus eingegliedert war, nun auch die niedere Geistlichkeit durch das *praemunientes*-System in das Unterhaus einzuschalten. Dieser Versuch ist an dem passiven Widerstand der Geistlichkeit, die an der erst unter Heinrich VIII. wirksam beschränkten Sondervertretung und -bewilligung durch und in den Konvokationen unbedingt festhielt, im wesentlichen gescheitert;²⁸ das Ergebnis der Selbstausschaltung des Klerus aus dem Unterhaus war jene ausgesprochen kirchenfeindliche Gesetzgebung, deren Träger und Seele die Commons waren und die nur unter der Dynastie Lancaster vorübergehend zurückgedrängt worden ist. Seit Eduard III. hat das Parlament der Reformation in England gründlich vorgearbeitet.

Steuerfreiheit oder steuerliche Bevorzugung genoß auch der Adel. Die alleinige bzw. stärkere Besteuerung der nichtadligen Stände erscheint in ihrem Ursprung als gerechtfertigte und berechnete Abgeltung der vom Adel geleisteten Kriegsdienste, denn natürlich wurden die außerordentlichen Einnahmen, wie

sie die Steuern ursprünglich sind, vornehmlich im Kriegsfall erhoben und zu Kriegszwecken verwandt.²⁰ In dem Maße aber, in dem die Steuern häufiger und von diesem ihren ursprünglichen Zweck losgelöst werden und zugleich die feudale Militärverfassung verfällt oder wenigstens durch außerfeudale Bildungen (Soldheere usw.) ergänzt wird, wird aus der ursprünglich berechtigten fiskalischen Diskriminierung der Bevölkerung eine ungerechte einseitige Belastung der erwerbenden Stände, vornehmlich des entweder gar nicht oder doch nur unvollkommen landtagfähigen Bauerntums. In Böhmen, in Aragon und anderwärts erscheinen diese als fast alleinige und jedenfalls weit über Gebühr wie wirtschaftliche Vernunft herangezogene Träger der öffentlichen Lasten.

An Bemühungen um einen gerechteren steuerlichen Ausgleich hat es auch in der ständischen Verfassung nicht völlig gefehlt. Am weitesten gediehen sie in England, da hier im Zusammenhang mit der allgemeinen Entfeudalisierung auch der feudalistische Charakter der Steuern bis auf geringfügige Reste verschwunden ist.³⁰ Auch die den Ständen verantwortliche Steuerverwaltung, die die französischen *Efats Généraux* auf einem revolutionären Höhepunkt ihrer Macht während des Hundertjährigen Krieges errichtet haben (1355), ist ersichtlich von diesem Bestreben getragen. Die Krone zog später die Ernennung der ursprünglich von den Ständen gewählten Steuerbeamten (daher: *Elus*) an sich, die Steuerpflichtigen erhielten jedoch dafür die für sie äußerst wichtige Wahl der Steuereinknehmer (*Asséeurs*) zugebilligt. Die *Taille* ist aller ihrer gehässigen und ungerechtfertigten Bevorzugungen ungeachtet,³¹ eine *Repartitions-* und keine *Quotitätssteuer*. Die Umlage der auf den einzelnen Steuerpflichtigen entfallenden Beträge nahm die Gemeinde vor.

Ebenso begreiflich aber ist in Anbetracht des oligarchisch-plutokratischen Charakters, den das parlamentarische System erst spät abgestreift hat, daß steuerlicher Egoismus gegenüber den nicht eigenvertretenen Schichten der breiten Landbevölkerung zu den Alltäglichkeiten gehört. In England ist es allerdings zu einer weitgehenden Vereinheitlichung des Steuersystems gekommen und die Bewilligungen erfolgen seit Mitte

des 14. Jahrhunderts hier nicht mehr gesondert, sondern durch das Gesamtparlament gemeinschaftlich für das ganze Land,³² aber anderwärts, namentlich auch in den deutschen Territorien, fehlt es nicht an erfolgreichen Versuchen von Adel und Geistlichkeit, die Lasten auf ihre Hintersassen, „die armen Leut“, wie es bezeichnenderweise heißt, abzuwälzen, unter der Fiktion, daß deren Abgaben sie als die Herren mitbeträfen. Unerquickliche und kleinliche Auseinandersetzungen über das Maß der von den einzelnen Ständen aufzubringenden Leistungen zwischen den Interessenten sind nichts Seltenes.

Die Steuerbewilligung ist ihrem Ursprung nach kein Akt der Gesetzgebung, sie unterliegt daher auch nicht königlicher Bestätigung, ist vielmehr, da sie auf Grund königlicher Propositionen erfolgt, an den König gerichtet. Die Gesetzgebung vollzieht sich, wie bereits ausgeführt, hauptsächlich im Wege ständischer Petitionen; da aber die landesherrlichen Propositionen nicht auf Steuerforderungen beschränkt sind, sondern sich auch auf die Gesetzgebung erstrecken, vollzieht sich von dieser Seite her eine Annäherung zwischen Steuerbewilligung und Gesetzgebung, den beiden Formen ständischer Machtausübung.

Das Steuerbewilligungsrecht ist der Hebel ständischer Entwicklung. Vielfach gelang es den Ständen, die Steuerverwaltung an sich zu ziehen; in deutschen Territorien ist selbst der Dualismus des Kassenwesens nichts Seltenes.³³ In Aragon übernahmen die Cortes die gesamte Steuerverwaltung, der „Überwachungsausschuß“ übte sie als reguläre Funktion aus. Auch der englische Parlamentarismus diente zugleich der Steuerverwaltung: mit der Erhebung der Steuern werden, wie aus den „Parliamentary Writs“ hervorgeht, zumeist die Abgeordneten der betreffenden Grafschaft betraut.³⁴ In Ungarn ist die konstitutionelle Entwicklung in Richtung auf ständische Kontrolle und Verwaltung der Staatsfinanzen nur durch die Eroberung der Türken unterbrochen worden. In deutschen Territorien und ebenso in Frankreich während des Hundertjährigen Krieges finden sich zahlreiche Beispiele ständischer Steuerverwaltung und selbst die schwachen kastilischen Cortes haben um die Mitte des 13. Jahrhunderts vorübergehend außerordentlich weitgehende Kontrollrechte beanspruchen können: die Cortes von Valladolid

1258 kontrollierten sogar den königlichen Haushalt und be-
maß die Höhe der Ausgaben für die königliche Tafel.³⁵

Auch in anderer Hinsicht haben die Stände Einfluß auf
allgemeine Staatsangelegenheiten genommen. Da die Stände
ursprünglich eine Erweiterung der Zentralverwaltungsbehörde
darstellen, sich also gegenüber dem administrierenden Staats-
rat wie ein weiterer Rat zum engeren verhalten, ist die Verant-
wortlichkeit der Zentralverwaltung gegenüber den Ständen von
vornherein innerhalb des Bereichs der Möglichkeiten. Die ur-
sprüngliche Form dieser Verantwortlichkeit ist die der Anklage,
durch sie hat noch in der sogen. Freiheitszeit das schwedische
Ständetum auf die Zusammensetzung des Reichsrats Einfluß
genommen. In England erfolgt zunächst 1376 und dann vor
allem unter Richard II. 1386 die erste Ministeranklage durch
das Parlament: nach Analogie des schwurgerichtlichen Ver-
fahrens bildet sich das Impeachment aus: Presentment des oder
der Angeklagten durch das Unterhaus, das als Grand Jury auf-
tritt, während das Oberhaus als Magnum Consilium seine
oberstgerichtlichen Befugnisse nach Art einer Spezialjury aus-
übt. Ministeranklagen durch das Parlament finden sich auch
anderwärts. In Deutschland ist es namentlich Württemberg,
dessen ständische Entwicklung um 1500 lebhaft an den engli-
schen Parlamentarismus unter Richard II. gemahnt. Der Tübin-
ger Landtag von 1514 brachte hier den ersten Fall einer Mini-
steranklage, begleitet von einer umfangreichen gesetzgeberischen
Tätigkeit zur Abstellung von Landesbeschwerden.³⁶ Vor allem
aber ist an die Absetzung Eberhards II. (März 1498) zu er-
innern,³⁷ welche ihr Analogon in dem englischen Vorgang von
1399 hat. Ein wesentliches Beispiel ständischer Mitwirkung an
allgemeinen Staatsangelegenheiten findet sich in Portugal: mit
Hinweis auf die Cortes von Lamego (1143; Einberufung eines
erweiterten Staatsrats; die nächsten (eentlichen) Cortes fan-
den erst wieder 1211 in Coimbra statt) hat man von einer kon-
stitutionellen Staatsgründung gesprochen.³⁸

Fragen der Vormundschaft, der Regentschaft u. ä. haben
die Stände begreiflicherweise häufig genug vor ihr Forum ge-
zogen und zu ständischer Machtsteigerung zu nutzen gewußt.
Den aragonischen Cortes stand die Erledigung von Thron-
streitigkeiten ipso jure zu.³⁹

D. Wesen und Bedeutung der ständischen Repräsentativverfassung.

Der Zusammenhang zwischen feudaler und repräsentativer Verfassung liegt in dem privatrechtlichen Charakter des mittelalterlichen Staates begründet. Was in der feudalen Verfassung von Hintze als Verdinglichung der Herrschaft bezeichnet wird, die Teilung der Staatsgewalt nicht nach ihren Funktionen, sondern nach ihrem Objekt, nach Land und Leuten, dem entspricht in der ständischen Verfassung folgerichtig das, was man seit Gierke als Dualismus des Ständestaates bezeichnet.

Worin unterscheidet sich der ständische Dualismus nun von dem konstitutionellen und worin gleicht er ihm? Der Unterschied liegt hier bereits in den Schlagworten: Verdinglichung und Versachlichung begründet, mit denen Hintze das Wesen des mittelalterlichen, personalistischen und des modernen Staates gekennzeichnet hat. Der Verdinglichung der Herrschaft (traditionalistischer, personalistischer Staat) entspricht der ständische, der Versachlichung (abstrakter, rationaler Anstaltsstaat) der konstitutionelle Dualismus. Die konstitutionell-liberale Staatslehre, wie sie namentlich im 19. Jahrhundert ausgebildet worden ist, gipfelt in der Lehre von der gemischten Verfassung; in der konstitutionellen Monarchie erscheinen, nach der Lehre der Hegelschen Rechtsphilosophie, die drei Verfassungsformen zu Momenten herabgesetzt: der Monarch ist einer, mit der Regierungsgewalt treten einige, mit der gesetzgebenden Gewalt tritt die Vielheit überhaupt ein. Durch Guizots großes Geschichtsbild zieht sich als roter Faden die Lehre von der gemischten Verfassung: daß es keinem der drei bzw. vier Verfassungstypen (Monarchismus, Aristokratismus, Demokratismus, Theokratismus) gelungen sei, in Europa das Übergewicht zu gelangen, daß vielmehr Europa, und zwar einzig und allein Europa, von vorübergehenden Verirrungen abgesehen, den rechten Ausgleich zwischen diesen Typen gefunden hat, darin — so lehrt der *Cours d'histoire moderne* — und nur darin beruht der Vorzug des europäischen Menschen, die Herrenstellung, die der neu-europäischen Geschichtseinheit im Werdegang der Menschheit zukommt. Ebenso hat Leopold von Ranke in den Vor-

tragen vor dem bayrischen König die Lehre von der gemischten Verfassung vertreten.¹

Der konstitutionelle Dualismus besteht in folgendem: er setzt, in Nachwirkung der naturrechtlichen Vertragslehre, dem Rechte des Königs — mittelalterlich gesprochen, der Prärogative — das Recht des Staatsvolkes, vertreten durch seine Aktivbürger, gegenüber. Der Staat beruht hier, der rechtlichen Idee nach,² tatsächlich auf Vertrag, auf jenem „original contract“, auf den bereits der englische Staatsakt von 1689 anspielt. Der konstitutionelle Dualismus ist politischer, nicht staatsrechtlicher Natur: der Staat ist einer, die Einheit des Staates wird durch den Monarchen repräsentiert, daher: *the king can do no wrong*. Die Staatsgewalt aber ist geteilt, nicht nach ihrem Objekt, sondern nach ihren Funktionen. Insofern der Krone gewisse Funktionen in der Ausübung der Staatsgewalt zukommen, erscheint sie, ebenso wie Volksvertretung und Staatsvolk³ als Organ des Staates, der ein einheitliches Rechtssubjekt ist.

Worin besteht nun der mittelalterliche, der ständische Dualismus? Ist er auch politischer und nicht staatsrechtlicher Natur und worin unterscheidet er sich in diesem Falle vom konstitutionellen Dualismus? Die Lehre vom dualistischen Ständestaat, die in der deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters gang und gebe ist, wird in Hintzes Theorie allgemein-europäisch für die Lehre vom Ständestaat in Anspruch genommen. Wir müssen uns daher zunächst der Gierkeschen Dualismus-Lehre zuwenden. Otto von Gierke definiert die Landschaft als „den zu einer lebendigen Gesamteinheit organisierten Inbegriff von persönlichen und territorialen Rechtskreisen, als deren Träger die Gesamtheit der genossenschaftlich verbundenen selbständigen politischen Einheiten oder Stände des Landes erschien“. Über diese Definition sogleich hinausgehend, erklärt er nun in unmittelbarem Zusammenhang mit der hier berufenen Stelle: „Landesherr und Land wurden so zwei voneinander unabhängige Mächte, von denen keine ihr Recht von der anderen ableitete“.⁴ Hiergegen wird man Einwände geltend machen dürfen, denn der rechtliche Ursprung der landständischen Privilegien beruht — der tatsächliche möge sein, welcher er wolle — auf Willenserklärungen des Landesherrn. Es gelten

hier wieder dieselben Erwägungen, die im Zusammenhang mit der Einungstheorie im vorherigen Abschnitt vorgebracht worden sind; denn der Frage: Zwangseinung oder freie Einung entspricht hier die Fragestellung: politischer oder staatsrechtlicher Dualismus.

Für die Behauptung: staatsrechtlicher Dualismus wird man vor allem das Widerstandsrecht anführen dürfen. In ihm erscheint die Landschaft tatsächlich nach der Definition Gierkes im Gegensatz zur Herrschaft als eine auf eigenem Recht beruhende und von jener unabhängige Genossenschaft.⁵ Nun ist das Widerstandsrecht zwar im allgemeinen nur vorübergehend geblieben und mehr oder weniger rasch wieder beseitigt worden, aber es ist doch unbestreitbar, daß die Verantwortlichkeit der Zentralverwaltung, anders als im konstitutionellen Staat, zuweilen bis zur Absetzung des Landesherrn durch die Stände getrieben worden ist. Wir stellen hier nur aus der englischen Verfassungsgeschichte die Vorgänge von 1399 und von 1688/89 einander gegenüber. 1689 ging man nicht so weit, dem König etwa den Prozeß zu machen. Der naturrechtliche Gedanke des verletzten original contract ist aufgenommen worden und in der entscheidenden Urkunde mit enthalten, den eigentlichen Rechtsgrund für den Thronwechsel aber gab die Rechtsfiktion ab, daß Jakob II. durch Verlassen des Landes seine Abdankung erklärt habe, der Thron also frei geworden sei. Mit anderen Worten: es gilt bereits der konstitutionelle Grundsatz: the king can do no wrong. Dieser Grundsatz aber war den Lords von 1399 völlig fremd. Die Absetzung Richards II. erfolgte durch Beschluß beider Häuser; es wurde dem König wegen Mißregierung geradezu förmlich der Prozeß gemacht, das Impeachment-Verfahren von der Zentralverwaltung auf die höchste Spitze des Staates ausgedehnt.

Man würde jedoch fehlgehen, wollte man aus derartigen revolutionären Akten, die schließlich nachträglich nur irgendwie legalisiert worden sind, allzu weitgehende Folgerungen ableiten. Denn es darf schließlich nicht übersehen werden, daß auch der konstitutionelle Grundsatz von der Nicht-Verantwortlichkeit der höchsten Staatsleitung nur unter Vorbehalt aufrecht erhalten werden kann, unter dem Vorbehalt nämlich, daß der

Monarch die Teilung der Staatsgewalt, die der konstitutionelle Staat vornimmt, anerkennt. Verläßt der König den Grundsatz der Regierung nur durch verantwortliche Minister, der seiner Unverantwortlichkeit entspricht, verstößt er überhaupt irgendwie gegen die Verfassung, so kann er sich der Verantwortung nicht mehr entziehen: so geschah es im konstitutionellen Frankreich, und zwar nach Meinung der konstitutionellen Staatslehre völlig zu Recht, 1830.

Denn wohl hat die Landschaft ihr eigenes Recht so gut wie die Herrschaft, aber hierin beruht nicht etwa die Eigentümlichkeit des Ständestaates, sondern jedes dualistischen, also ebenso sehr auch des konstitutionellen Staates, der eben kein absolutistischer, ausschließlich monarchischer Staat ist. Nicht darin unterscheidet sich der ständische Dualismus vom Konstitutionellen, daß er aus einer anderen Rechtsquelle hervorgeht,⁶ sondern darin, daß er sich in einer anderen Art von Dualität äußert: Teilt der moderne Staat die Staatsgewalt nach Funktionen, so der feudalistische, und daher auch der ständische, nach ihrem Objekt, daher jene weitgehende und teilweise ganz konsequent ausgebildete Autonomie der Stände, die bis zum Dualismus des Kassenwesens, zum Recht eigener Gesandtschaften⁷ usf. geführt worden ist.

Wenn von ständischem Dualismus die Rede ist, wird man vor allem der aragonischen Huldigung gedenken. Aragon war ein Erbreich, der König gelangte jedoch erst in den Genuß der Thronrechte und empfing die Huldigung der Stände, wenn er zuvor die Verfassung und die ständischen Privilegien beschworen hatte, die ihre Huldigung mit dem bezeichnenden Vorbehalt „si no, no“ leisteten.⁸ Wenn Gierke in seiner Dualismus-Lehre, gegen die oben Einwände erhoben werden mußten, Landesherr und Land als zwei voneinander unabhängige Mächte definiert, von denen keine ihr Recht von der anderen ableitete,⁹ so scheint es in Aragon schon beinahe wieder zu einem mehr ständischen Monismus gekommen zu sein, in dem der König sein Recht von den Ständen ableitete. Und doch würde diese Konstruktion völlig fehl gehen. Denn ebenso wie Aragons Individualismus über mittelalterliche Grenzen hinausgreift, ist auch sein Staatsrecht beinahe modern-konstitutionell. Der ständische Dualis-

mus ist hier nicht nur, was allgemein-europäisch gilt, ebenso wie der konstitutionelle Dualismus politischer, nicht staatsrechtlicher Natur, sondern auch der Staat ist beinahe schon ein einheitliches Rechtssubjekt. Denn ebenso stark wie im modernen konstitutionellen Staat ist hier das Gefühl für die Einheit des Staates vorhanden, der erst durch Krone und Stände gebildet wird. Die aragonischen Cortes haben viel erreicht, aber das Selbstversammlungsrecht,¹⁰ das in Deutschland nicht unbekannt ist, blieb ihnen vorbehalten. Der König beruft die Cortes und seine Anwesenheit auf ihnen ist unbedingt erforderlich; nur ausnahmsweise und mit gutem Grund darf ihn ein Mitglied der königlichen Familie vertreten. Ist der Thron vakant — und die Besetzung des Trones in diesem Falle gehört zur Zuständigkeit der Stände — so wird die Reichsversammlung von den beiden höchsten richterlichen Beamten, dem Justicia mayor und dem Governador, gemeinsam einberufen, aber eine solche Versammlung heißt, zum Unterschied von den eigentlichen Cortes, Parlamento, ihr entspricht im späteren England die Convention. Das haben der modo de tener cortes wie der modus tenendi parliamentum mit Entschiedenheit ausgesprochen, daß erst Krone und Stände gemeinsam die Cortes bzw. das Parlament bilden. Dem entsprach auch das verfassungsmäßige Verfahren: wie die Propositionen der Krone der ständischen Billigung bedürfen, so werden — dies gilt allgemein-europäisch, und wo den Ständen etwa das Gebiet der inneren Verwaltung zur selbstständigen Regelung auf Grund ihrer Autonomie überlassen ist, gilt dies auf Grund landesherrlicher Privilegierung, nicht auf Grund eigenen, vom Willen des Landesherrn unabhängigen ständischen Rechtes — die ständischen Petitionen erst durch landesherrlichen Konsens Gesetz.

Der ständische Dualismus besteht also nicht darin, daß landesherrliche Prärogative und ständische Privilegien in gesonderten voneinander unabhängigen Rechtsquellen ihren Ursprung hätten, er beruht, rechtlich gesehen, auf dem Willen des Landesherrn, er ist, wie der konstitutionelle, politischer, nicht staatsrechtlicher Dualismus. Da aber das Wesen des modernen Staates die Teilung der Staatsgewalt nach Funktionen, die des feudalen die Teilung nach Objekten ist, äußert sich im ständi-

schen Staat der Dualismus auf andere Weise: dem Herrscher steht nicht, wie im konstitutionellen Staat, das Staatsvolk, gegliedert in politischen Parteien gegenüber, seine verfassungsmäßigen Gegenspieler sind die Stände, die in Korporationen gegliederten oder aus eigenem Recht für sich handlungsfähigen Angehörigen der dem Staat leistenden Bevölkerungsschichten. Unbekannt aber ist die Einheit der Staatspersönlichkeit, als deren Organe Krone und Stände erscheinen könnten, weil, wie Hintze ausführt, dieser moderne Staatsbegriff im Mittelalter noch nicht existiert. Die Vermischung von öffentlichem und privatem Recht, die für den mittelalterlich-feudalen Staat kennzeichnend ist, bringt es mit sich, daß an die Stelle der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit die rechtliche Ungleichheit, das Privilegienrecht tritt, in dessen Sinne auch die Herrschergewalt als Privilegium, als Prärogative erscheint.¹¹ Zusammenfassend also wird man den Unterschied zwischen ständischem und konstitutionellem Dualismus nicht in der Verschiedenartigkeit der Rechtsquellen, sondern in der Verschiedenartigkeit der Staatsstruktur suchen müssen und schlagwortartig durch folgende Gegenüberstellung kennzeichnen dürfen: Verdinglichung — Versachlichung der Herrschaft, Landesvertretung — Volksvertretung, Stände — Parteien.

Worin besteht nun das Wesen der mittelalterlichen Stände? Aus dem soeben Gesagten wie aus der geschichtlichen Erfahrung läßt sich gleichermaßen als wesentlich entnehmen: im Gegensatz zum modernen Parlamentarismus¹² sind, und zwar in sämtlichen Typen der ständischen Verfassung gleichermaßen, die wichtigsten Stimmen Virilstimmen. In den Zweikammersystemen liegt ursprünglich das Schwergewicht ganz beim Oberhaus, wie man schon daraus entnehmen kann, daß das Unterhaus ja erst allmählich durch eine abermalige Erweiterung des Magnum Consilium gebildet wird. Das ungefähre Gleichgewicht zwischen beiden Häusern ist in England erst gegen Ausgang des Mittelalters erreicht und erst nach der Revolution tritt das Unterhaus in Führung, auch dann bis in die neuste Zeit personell noch weitgehend von den Lords abhängig.¹³ Ähnlich verlief die Entwicklung in Ungarn und Polen und wenn sich gerade in Polen das Schwergewicht schließlich ganz in die Landboten-

kammer verlegt, so ist gerade hier der weitgehenden sozialen Abhängigkeit des Kleinadels von den reichen Magnaten, in deren Dienst er zumeist sich befand, zu gedenken: die polnische Bettelszlachta ist ja sprichwörtlich geworden.¹⁴ Das allmähliche Hervortreten des Unterhauses in den Zweikammersystem gegenüber dem ursprünglich führenden Oberhaus folgt, wie man sieht, der in einem früheren Zusammenhang aufgestellten Entwicklungsregel der zunehmenden Bedeutung der Repräsentation bei zurücktretender Bedeutung des Virilprinzips, eine Regel, die wiederum ihrerseits auf das Gesetz zunehmender Verstandesmäßigkeit zurückgeht.

Von der Geistlichkeit sind die wichtigsten Stimmen gleichfalls Virilstimmen, während die niedere Geistlichkeit naturgemäß von ihren Vorgesetzten, den Prälaten, weitgehend abhängig und beeinflussbar bleibt.

In den Kuriensystemen liegt — eine Folge des Virilprinzips für den Gesamtadel — das Schwergewicht im allgemeinen beim Kleinadel, mit Ausnahme von Schottland, dem Lande des rohasallitischen Unabhängigkeitstrieb, und von Skandinavien, da hier die ursprünglichen Zweikammerbildungen nur infolge von Sonderbedingungen (Zusammenfallen der Ergänzung des Magnum Consilium zu Vollständen mit der Reformation) abgebogen worden sind. Die Präponderanz des reichsrätlichen Hochadels, die ein Survival des älteren Magnum-Consilium-Parlamentarismus ist, hat hier bis zum Absolutismus angehalten.¹⁵

Gemeinsam beiden Haupttypen der ständischen Veriretung ist folgendes: der ständische Parlamentarismus (und auch noch der klassische nachständische Zweiparteien-Parlamentarismus) wird vom Adel getragen: der Adel, der Stand der lokalen Gewalthaber, stellt die Führung, sei es der Hochadel des Zweikammersystems, sei es selbst der Kleinadel in kleineren Kurien-Ländern. Die Städte haben es im allgemeinen nur in Verbindung mit dem Kleinadel zu einiger parlamentarischer Bedeutung gebracht, so in dem bewunderungswürdigen System des englischen Unterhauses, in dem sie gleichwohl zwar, von den geringeren Diäten ihrer Vertreter abgesehen, gleichberechtigte, aber doch mehr geführte als führende Bestandteile darstellen:

der Sprecher des englischen wie des irischen Parlamentes pflegte dem Grafschaftsadel entnommen zu werden. Auch in zweikammerartigen Kuriensystemen ist es häufig zu Interessenverbindungen zwischen Kleinadel und Städten gekommen, die im allgemeinen für beide Teile von Vorteil waren.¹⁶

Das reine Dreikuriensystem mit seiner scharfen Ständeteilung begünstigt an sich in höherem Maße die Ausbildung und Isolierung einzelständischer Sonderinteressen, obgleich auch hier Beispiele gemeinsamer Zusammenarbeit der einzelnen Stände nicht selten sind. In Portugal z. B., dessen Verfassungsgeschichte sich überhaupt durch eine auffällig gesunde, friedliche, aber auch gegensatzarme Entwicklung auszeichnet,¹⁷ sind die Städteprokuratoren häufig dem Adel entnommen worden. Immerhin ist in Portugal schon 1563 ein Braço aufgestellt worden, während die beiden anderen noch tagten.

Die Bedeutung des Adels als des führenden Standes für entwicklungsfrühe Zeiten beweist zur Genüge die norwegische Geschichte. Der Adel, auch hier auf dem üblichen Wege sozialer Differenzierung, aber erst spät im Zuge der langsamen und verzögerten Entwicklung des Nordens ausgebildet, ist durch das „heroische Mittel“ der Bürgerkriege, d. h. durch jahrhundertlang wiederholte Ansätze zu lehnsfürstlich-vollfeudalistischer Entwicklung (Erbteilungen, Apanagen) dezimiert worden. Die Kalmarer Union und die mit ihr verbundene Danisierung des hohen Verwaltungspersonals hat daher für Norwegen ganz andere Bedeutung als für Schweden gehabt, was die verschiedenartige politische Entwicklung beider Länder in und nach der Union und den Verlust der staatlichen Selbständigkeit Norwegens zur Genüge erklärt.

Für die Organisation der mittelalterlichen Stände gilt der Satz, daß die Entwicklung von Institutionen im allgemeinen von der gewachsenen zur geprägten Ordnung geht. Es fehlt im Ständewesen nicht an Privilegierungen und schriftlichen Formulierungen im einzelnen, im ganzen aber beruht, wie Hintze mehrfach betont, hier alles auf Herkommen und ist daher mannigfachen Schwankungen nach Zeit, Umständen und Persönlichkeiten unterworfen.

Soweit die mittelalterliche Repräsentation Wahlvertretung ist, darf nicht übersehen werden, daß es praktisch nur ein beschränkter Kreis ist, der genügend Unabhängigkeit, Muße und Einsicht besitzt, um regelmäßig an den ständischen Verhandlungen teilnehmen zu können. Es sind tatsächlich die *maiores et meliores terrae*, geborene Vertreter ihrer Ortschaft, die zu den Ständen entsandt werden, auch dann, wenn ihre Entsendung auf Grund eines Wahlvorgangs erfolgt. Die englischen Parlamentslisten etwa lassen es deutlich erkennen. Gleicherweise sind es natürliche Einheiten, nicht künstlich, mechanisch abgezielte, sondern Lebenseinheiten, für die die Vertretung statt hat. Die Grundlage der Repräsentation durch Wahl gibt durchweg, die der Zwangsrepräsentation meistens (wenigstens soweit es die Städte betrifft) der mittelalterliche Korporativismus ab. Die Verwaltungsverbände, in den Zweikammersystemen im allgemeinen kommunale Selbstregierungsverbände, sind es, die die Grundlage des Repräsentativsystems bilden, auch sie ihrem Ursprung nach im allgemeinen staatliche Zwangseinungen (Verwaltungsbezirke; Haftung des Bezirks für seine Insassen gegenüber der Staatsgewalt, vom Staat geforderte und geförderte Landfriedenseinungen), wenngleich im Verlaufe ihrer Geschichte das genossenschaftlich-korporative Element so stark fortgeschritten ist, daß sie vielfach als gewillkürte Einungen erscheinen. Auch in Kurienländern ist die Grundlage der Repräsentation, soweit eine solche vorhanden, die staatliche Verwaltungseinteilung. Nicht aber gibt es im Mittelalter eine staatliche Verwaltungseinteilung in dem Sinne, daß willkürliche oder mechanisch-arithmetisierende Wahleinheiten geschaffen würden, Verwaltungseinheit, Wahleinheit, Lebenseinheit fallen hier durchweg zusammen.¹⁸

Da alles im mittelalterlichen Ständewesen auf Herkommen beruht, haben sich auch feste Formen der Wahl, der Geschäftsordnung usw. erst allmählich ausgebildet. Die Wahl durch Abstimmung nach Mehrheit ist dem Mittelalter ursprünglich fremd; *volonté générale* und *volonté de tous* fallen noch zusammen. Das Mehrheitsprinzip für die Grafschaftswahlen hat sich in England beispielsweise erst zu Beginn des 15. Jahrhunderts durchgesetzt. Bis dahin war Einstimmigkeit erforderlich; die Wahl-

berichte sprechen stets von „common assent“ und daß dies kein leeres Wort war, beweisen die zahlreichen Returns, in denen Namen zunächst genannt, dann aber durchstrichen und andere als gewählt einberichtet sind, weil der common assent für die Erstgenannten nicht zu erreichen war und die Kandidatur am Widerspruch selbst nur eines Grafschaftsinsassen gescheitert ist.¹⁹

Dem Mangel an festen Institutionen entsprachen größere Möglichkeiten der Wahlbeeinflussung und Wahlleitung durch die staatliche Verwaltung. In Schweden ist, wie aus Reichstagsbeschwerden und Anweisungen an die Kronvögte hervorgeht, der Einfluß der Behörden auf die Bauernwahlen gegebenenfalls recht groß gewesen. In England war der Einfluß des Sheriffs ursprünglich gleichfalls bedeutend. Da eine Konstituierung des County Court als Wahlversammlung im 14. Jahrhundert noch nicht stattfindet, auch keine Kontrolle der Teilnehmer erfolgt, die bevorstehenden Wahlen ferner nicht vorher bekannt gegeben wurden, waren der Ingerenz des Sheriffs Tür und Tor geöffnet. Immerhin sind auch aus der frühen Zeit Petitionen und Bestrafungen von Sheriffs im Falle von Wahlfälschungen bekannt und der englische Grafschaftsadel besaß genügend Unabhängigkeit, um sich allzu groben Willkürlichkeiten des Sheriffs zu widersetzen. Auch hat das Parlament im allgemeinen den jährlichen Wechsel der Sheriffs durchsetzen können. In der Zeit des Lancastrian Constitutionalism erfolgt dann die gesetzliche Regelung des Wahlrechts durch Einführung des Mehrheitsprinzips, eines (Aktiv- und Passiv-) Zensus, gerichtlicher Überprüfung der Wahlen mit Strafandrohung für den Sheriff. Da das Wahlprotokoll von allen Wählern unterzeichnet werden mußte,²⁰ war nunmehr eine Wahlfälschung nicht mehr gut möglich. Die Klagen über Wahlverstöße der Zentralverwaltung in den Parlaments-Petitionen werden seitdem seltener, immerhin ergingen noch unter Maria der Blutigen für die Wahlen zum Reconciliation Parliament an die Sheriffs Weisungen, Abgeordnete „of the wise, grave and catholic sort“ zu entsenden.

In Frankreich waren es namentlich die Villes de Prévôté, deren Wahlen praktisch in der Hand der Regierung lagen, in

Kastilien war die Bestechung und Beeinflussung der Cortes-Procuradores gang und gebe, auch in Portugal sind parlamentarische Klagen über Wahldruck nicht unbekannt, wenngleich an kastilische Verhältnisse nicht im entferntesten zu denken ist.

Die zunehmende Verstandesmäßigkeit kommt mit Beginn der Neuzeit auch in den Geschäftsordnungen zum Ausdruck. Geregelte Abstimmung, Mehrheitsbildung usf. setzen sich jetzt durch, die Arbeitsweise wird jetzt rationaler, geregelter, dafür aber auch mechanischer. Das Einheitsvotum der Stände kam auf verschiedene Weise zustande. In Zweikammer- und Zweikuriensystemen war man notwendigerweise auf eine Verständigung zwischen den beiden Stimmeinheiten angewiesen, in den Drei- und Vierkuriensystemen sind die Möglichkeiten mannigfache. In Frankreich galt als Regel, daß kein Stand von den beiden anderen überstimmt werden könne, was hauptsächlich dem dritten Stand, unter Umständen aber auch der Geistlichkeit zugute kam. Anderwärts hat sich das Mehrheitsprinzip bei der Bildung eines Einheitsvotums aus den verschiedenen Ständevoten, oft auf Umwegen durchgesetzt. Verschiedentlich war die Bildung dieses Einheitsvotums überhaupt kein Werk mechanischer Abstimmung und Einheitsbildung, sondern, um einen Ausdruck der neuzeitlichen Reichstagssprache zu gebrauchen, der *amicabilis compositio*. Das Einheitsvotum wurde in diesen Fällen nicht durch Abstimmung zwischen den Einzelkurien, sondern durch Ausgleich der dissentierenden Sondervoten gebildet, ein Modus, der begreiflicherweise im allgemeinen den Oberständen günstig war. Die vom Reichstag angenommene schwedische Reichstagsordnung von 1617 bestimmte, daß wenn auch in gemeinsamer Beratung der vier Kurien über die königlichen Propositionen keine Einstimmigkeit zu erzielen sei, den divergierenden Meinungen der Stände das Beste entnommen werden solle. Der schwedische Adel hat im 17. Jahrhundert den Anspruch erhoben, von den anderen Ständen nicht überstimmt werden zu können, da er „immediate“ die anderen nur „mediate“ Standschaft hätten; doch ist diese umstrittene Frage des Verfassungsrechtes niemals endgültig entschieden worden. Beim schlesischen Generallandtag war der Geschäftsgang derart, daß der Beschluß der ersten Kurie, der der Fürsten und Standes-

herren, schriftlich der Ritterschaft übermittelt wurde; ebenso wurde gegenüber den Städten verfahren. Kam auch nach mehrmaligen Beratungen kein Einheitsvotum zustande, so bildete der Oberlandeshauptmann aus den dissidentierenden Einzelvoten das Gesamtvotum, wobei die erste Kurie, der der Landeshauptmann selbst zugehörte, da er verfassungsmäßig den schlesischen Fürsten zu entnehmen war, praktisch wohl meist den Ausschlag gab.

Zusammenfassend ergibt sich: in den ständischen Körperschaften ist die wirtschaftlich-soziale Leistungskraft des Landes gesammelt, d. h. diejenigen Elemente, die zugleich Träger der lokalen Gewalt sind: die weltlichen und geistlichen Grundherren einerseits, die Städte als Träger autonomer Gewalt andererseits. Ihre Tätigkeit ist traditionalistisch, sie spielt sich im Rahmen des Herkömmlichen ab. Da öffentliches und privates Recht immer noch eng verknüpft sind, ist das Erbrecht ihre Basis, ihre Träger sind, da das Verhältnis lokaler Über- und Unterordnung entscheidet, weitgehend *de facto*, oft auch *de jure*, durch Vererbung bestimmt.²¹

Vom modernen, dem reinen wie dem berufsständisch modifizierten, Parlamentarismus unterscheidet sich die alte ständische Ordnung in mancherlei Hinsicht: sie ist, auch dies steht im Zusammenhang mit dem Gesetz des Übergangs von der gewachsenen zur geprägten Ordnung, das seinerseits wiederum ein Sonderfall des Gesetzes zunehmender Verstandesmäßigkeit ist, traditionalistisch, nicht mechanistisch-rationalistisch, sowohl hinsichtlich der Wahleinheiten, der Wähler- und Gewähltengruppen, wie des Wahlvorganges, der Geschäftsordnung usw. Von der heute vereinzelt bereits verwirklichten berufsständischen Verfassung unterscheidet sich die alte Ständegliederung insofern, als die heutige Wirtschaftsgesellschaft im Vergleich zur mittelalterlichen differenzierter ist, ferner dadurch, daß unser heutiges Wirtschaftsleben überwiegend industriell und nicht agrarisch, unsere Wirtschaftsweise rationell-technisch und nicht traditionalistisch-handwerksmäßig ist. Daher ist auch unsere Berufsgliederung rationell-mechanistisch, nicht wie die mittelalterliche traditionalistisch gebunden. Da nun industrielles Kapital sehr viel mobiler zu sein pflegt als

agrarisches, so ist die heutige Ständegliederung — auch das fügt sich dem Bilde einer rational-mechanistischen Wirtschafts- und Sozialordnung ein — sehr viel fließender als früher. Die heutigen Stände sind Berufsstände, die mittelalterlichen aber waren mehr, sie waren Lebensstände, die über die reine Berufs- und Wirtschaftssphäre hinausgreifen. Man mißverstehe dies nicht: die Geistlichkeit etwa ist zweifellos in den Ständen als Inhaber von Grundbesitz und damit auch lokaler Herrschaftsgewalt vertreten, aber ihre Glieder sind doch zugleich Träger eines bestimmten Lebensstils, einer bestimmten Lebens- und Weltanschauung und entsprechendes gilt vom Adel, vom Bürger- und Bauerntum.

Eine weitere *Differentia specifica* des ständischen im Vergleich zum späteren Parlamentarismus, auf die eigentümlicherweise in der Literatur bisher nicht verwiesen worden ist, ist das Fehlen von Parteibildungen in einem anderen Sinne als dem reiner Zufallsgruppierungen. Die Bildung von politischen Parteien, d. h. von Gruppen, die durch gemeinsame theoretische Anschauungen zu gemeinsamen politischen Handeln verbunden sind,²² ist dem Mittelalter völlig fremd. Der mittelalterliche Mensch ist zu bewußtseinsschwach und zu instinktstark, um, wenigstens in Fragen von dieser Welt, anders als praktisch-sachlich-nüchtern, von theoretischen „Vorurteilen“ unbeschwert, zu reagieren. Wo Streitigkeiten in konkreten Fragen entstehen, wird gewiß Partei ergriffen, — man gedenke etwa der Rosenkriege —, aber es werden keine Parteien gebildet. Die ersten Ansätze der Parteibildung sind in Europa durch die Reformation hervorgerufen; die Spaltung in die beiden Religionsparteien (oder auch innerhalb der protestantischen Religion in Sekten) hat, ebenso auch in der Gliederung des neuzeitlichen europäischen Staatensystems wie innerhalb ständischer Bildungen ihre Fortsetzung gefunden. Im wesentlichen aber kann man immer noch sagen, daß — eine natürliche Folge der inneren Verwandtschaft zwischen autoritärem und individualistisch-repräsentativem Prinzip — ständisches und protestantisches Prinzip einerseits, katholisches (bzw. hochkirchliches) und absolutistisches Prinzip andererseits weitgehend zusammenfallen: das gilt selbst noch von der niederländischen und der englischen Revolution.

Im nachständisch- neuzeitlichen Parlamentarismus hat dann die Parteibildung eingesetzt, durch sie unterscheidet sich der klassische Zweiparteienparlamentarismus, dessen Untersuchung über den Rahmen der hier vorgelegten Schrift hinausgehen würde und einer späteren das jetzige Thema fortführenden Veröffentlichung vorbehalten bleiben soll, von dem ständischen. Des Vergleiches wegen sei hier nur das Notwendige über das Parteiwesen gesagt, dessen ausführliche Begründung aus Raumgründen hier nicht mehr gegeben werden kann. Im allgemeinen ist der Parlamentarismus vom Absolutismus unterdrückt und auf naturrechtlicher Basis dann neu errichtet worden: in diesen Fällen hängt die Parteibildung mit den Verfassungskämpfen gegen den Absolutismus zusammen, d. h. die Parteien sind hier gleichzeitig mit dem modernen Parlamentarismus entstanden. Anders liegen die Dinge jedoch in England, wo der Parlamentarismus, durch absolutistische Tendenzen im wesentlichen ungebrochen, im 17. Jahrhundert aus der ständischen Form in den klassischen Zweiparteien-Parlamentarismus übergegangen ist, und in Schweden. Der Zusammenbruch der schwedischen Großmachtstellung hat auch den schwedischen Absolutismus untergraben, dieser neue Parlamentarismus der sogen. Freiheitszeit ist, was Hintze in seinen Abhandlungen völlig außer Betracht gelassen hat, über die ständische Form hinaus- und in den klassischen Zweiparteienparlamentarismus übergegangen.²³ Erst jetzt wurden die Rudimente des älteren Zweikammersystems durch Abschaffung der dem reichsrätlichen Hochadel dienenden Klassenteilung des Ritterhauses und durch Trennung von Reichsrat und Ständen beseitigt, der Reichsrat zu einer reinen (den Ständen verantwortlichen) Zentralverwaltungsbehörde umgebildet.

Der traditionalistische Grundzug der ständischen Verfassung hat dem Absolutismus das Spiel wesentlich erleichtert: gewohnheitsmäßig bewilligte Steuern konnten leicht der Bewilligungspflicht allmählich entzogen werden. Stehende Heere und stehende Steuern waren der Hauptrückhalt des Absolutismus und so hat die Entfeudalisierung der Militärverfassung allgemein zur Erschütterung des ständischen Parlamentarismus beigetragen, in dem ja gerade die auch militärisch vorzugsweise leistenden Schichten vertreten waren. Eine Ausnahme bildet

hier nur wieder England, dessen ständische Verfassung überhaupt nicht feudalistisch war.

Neben dem revolutionären Weg ist es dem Absolutismus vielfach gelungen, sich von den Ständen unabhängig zu machen, indem diese zwar nicht beseitigt, aber beiseite geschoben wurden. Gelang es der Krone, sich in ihrem Geldbedarf von den Ständen loszulösen, sei es durch Ständigwerden gewisser Steuern, sei es auf andere Weise,²⁴ so waren die Stände bedeutungslos geworden. So haben ja in Frankreich auch noch bis zur Revolution Pays d'Etats bestanden. Leichtes Spiel hatte der Absolutismus auch dann, wenn es der Krone gelang, sich der in Kurienländern das Gesamtparlament vertretenden Ausschüsse zu bemächtigen, wie es in Schottland und in Portugal geschah.

Die Verdienste der Stände um die Aufrechterhaltung des staatlichen Gedankens gegenüber dem dynastischen (Erbteilungen, Apanagen) waren nicht gering, je mehr aber in der Neuzeit das Fürstentum selbst den rein dynastischen Standpunkt überwand und Staat und Fürst verwuchsen,²⁵ desto mehr erwiesen sich, immer einzig und allein von England abgesehen, die Stände häufig genug als Vertretungen provinzieller und einzelständischer Sonderinteressen, als Hindernisse der Staatsvereinlichung, der Rationalisierung und Intensivierung der Verwaltung. Gewiß wird man — wie England zur Genüge beweist²⁶ — in der zentralistisch-bureaukratischen Verwaltung nicht das A und O der inneren Staatskunst erblicken dürfen, daß aber etwa die gesamtspanische Verfassung des absolutistischen Bourbonenstaates gegenüber den vielen provinziellen und lokalen Sonderrechten und Sondercortes das modernere, insofern „fortschrittlichere“ Prinzip vertrat, wird man schwer bestreiten können. Die ständische Repräsentativverfassung, aus dem Geist des mittelalterlichen Privilegienstaates, der Sonderberechtigungen nicht des Einzelnen, sondern der Sondergruppen, hervorgegangen, war zu sehr mittelalterlichen Lebensformen angepaßt, um vom modernen Staat ohne weiteres übernommen werden zu können. Einzig in England, dessen Mittelalter die feudalistischen Begrenztheiten gesprengt hat, erweist sich die ständische Verfassung als genügend bildungsfähig in sich, um sämtliche ihrer Daseinsformen in ununterbrochener Reihe durchlaufen zu können.

*E. Die geschichtlichen Bedingungen der ständischen
Repräsentativverfassung und ihrer Sonderformen.*

Der Unterschied zwischen der ständischen und der nachständischen Repräsentativverfassung läßt sich mithin auf den Unterschied zwischen dem traditionalistischen-patrimonialen Feudalstaat und dem modernen rationalen Anstaltsstaat zurückführen. Die neu- und neustzeitliche Repräsentativverfassung des klassischen und des späteren Parlamentarismus beruht in der Hauptsache auf dem Mächtigwerden und Gestaltgewinnen naturrechtlicher Denkweisen. Hiermit aber ist wiederum eine der wesentlichsten Abweichungen gegeben, die zwischen dem alt- und dem neueuropäischen Zeitalter bestehen. Denn die alteuropäische Aufklärung ist im Gegensatz zur neueuropäischen nicht naturrechtlich eingestellt im Sinne allgemeiner, ganz abstrakt genommener Menschenrechte; weder hat sie, auch nur rein theoretisch, die Sklaverei¹ überwunden noch ist ihr der Gedanke religiöser Toleranz im Sinne eines unbedingten Rechtes auf Religions- und Gewissensfreiheit je gekommen. Das bedeutet aber sozialpsychologisch, daß der neuen und neuesten Zeit Alteuropas jene Extensität des Individualismus fehlt, die im Menschen schlechthin den Träger unveräußerlicher Rechte sieht, denn es fehlt die durch das Christentum vermittelte Vorstellung, daß der Mensch, um Hegelsche Worte zu gebrauchen, an und für sich, ohne alle Partikularität, unendlichen Wert hat.

Soweit alle geschichtliche Erfahrung reicht, sind repräsentative Verfassungen nicht-ständischer Form entweder aus dieser mittelalterlichen Form hervorgegangen oder ohne diese Vorform — so etwa in den Vereinigten Staaten — auf Grund naturrechtlicher Staats- und Gesellschaftslehren entstanden, von dem nach westeuropäischem Vorbild übertragenen Parlamentarismus vieler Balkan- und außereuropäischer Völker ganz zu schweigen. Da nun die englische Verfassung das konkrete Vorbild aller dieser naturrechtlichen Konstruktionen abgegeben hat, kann man praktisch die repräsentative Verfassung auch in der nachständischen Form als geschichtliches Produkt des Ständestaates bezeichnen. Da wir nun den Ständestaat als eine Modifikation des Feudalstaates betrachten dürfen, kann zunächst in

Abweichung von der Hintzeschen Theorie festgehalten werden, daß der Feudalismus Voraussetzung für die Ausbildung repräsentativer Verfassungen ist. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß weder Rom noch Griechenland je Repräsentativkörperschaften besessen haben, was für die Mittelalter beider Völker keiner näheren ursächlichen Erklärung bedarf, da der Feudalismus samt seiner ständischen Sonderform ein gewisses Mißverhältnis zwischen der Ausdehnung des Staatsgebietes und den verfügbaren Herrschaftsmitteln einer primitiven Zivilisation voraussetzt. Aber auch das römische Reich hat die munizipale Struktur nie abgestreift; das Reich war staatsrechtlich gesehen eine Föderation städtischer Gemeinden. Hier hätte, da die mittelalterlich-ständische Form fehlt, die Repräsentativverfassung, zumal Repräsentation selbst dem römischen Privatrecht gänzlich fremd ist, nur auf Grund naturrechtlicher Vorstellungen ausgebildet werden können, die der alteuropäischen Welt völlig ferngelegen haben.²

Da die ständische Repräsentativverfassung als eine modifizierte feudale Verfassung angesehen werden darf, gelten auch hier ohne weiteres die Einschränkungen der Flächenstaat-Regel: die flächengroßen Staaten der vorgetäuschten Mittelalter können, da kein Feudalismus entsteht, auch keine ständische Verfassung ausbilden; denn mit dem fehlenden Privat-Krieger- und -Beamtentum entfällt hier die Grundlage des Privilegienrechtes, die die Seele der ständischen Verfassung ist. Das gleiche gilt, aus anderen Gründen, für den indischen Kasten-Feudalismus, dessen magisch-rituell starr gebundene Sozialordnung die Entstehung eines Privilegienrechtes und damit der repräsentativen Verfassung ausschließt.

Die ständische Verfassung (und die Repräsentativverfassung überhaupt als autogenes Gebilde) beschränkt sich völlig auf den Kreis der europäischen Völker, die in unserer Formenlehre sämtlich den Feudalstaaten zugerechnet werden,³ dagegen haben weder der islamische iktaa-Feudalismus noch Japan eine solche ausgebildet. Der Flächenstaat-Regel entsprechend, sind die großflächigen arabischen wie osmanischen Staatenbildungen in Lehnsherrstentümer aufgelockert worden, aber über die An-

fänge des feudalistischen Dualismus ist der Islam nicht hinausgekommen, d. h. die Auflockerung der Altertumsmonarchie, die das Wesen des Feudalismus ausmacht, ist nicht allzuweit gediehen.

Für die Sonderstellung des islamischen Feudalismus, und damit schließlich auch für die europäische Singularität der ständischen Verfassung, führt die Hintzesche Theorie zwei Reihen von Gründen an: den völkerpsychologischen Unterschied zwischen Orient und Okzident, der von Hintze seinerseits wiederum auf siedlungsgeschichtliche Zusammenhänge und auf die singulare weltgeschichtliche Konstellation der durch den zeitlich gegebenen Kontakt zweier geschichtlicher Weltalter bedingten Kultursynthese zurückgeführt wird, zweitens den wiederum in weltgeschichtlicher Singularität gegebenen neuuropäischen Dualismus von Kirche und Staat und die hierdurch bedingte Sonderform der neuuropäischen Staatenbildung: während die Altertumsmonarchie zur Verbindung von geistlicher und weltlicher Gewalt, d. h. zur Sanktionierung der weltlichen Herrschaft durch die geistliche Gewalt, daher auch zum Absolutismus und zu einem universalistischen Imperialismus neigt, hat gerade das neuuropäische Mittelalter die urzeitlich-primitive Freiheitsidee in der primitiven Rechtsstaatsidee des ständischen Privilegienstaates wieder aufgenommen.⁴ Dem spezifisch feudalen Dualismus, d. h. der spezifisch feudalistischen Form des Gegensatzes zwischen Zentral- und Lokalgewalt wird hier ein zweiter Dualismus anderer Art zur Seite gestellt, der Dualismus zwischen der weltlichen und der geistlichen Gewalt. Damit tritt dasjenige Element des gesellschaftlichen Lebens in die Betrachtung ein, das Guizot das theokratische genannt hatte. Dieser theokratische Dualismus, wie er kurzab genannt sei, hat nun im neuuropäischen Mittelalter mit seinem Jahrhunderte erfüllenden Konflikt zwischen Kirche und Staat seine ausgeprägteste Form erhalten⁵ und ist dem alteuropäischen Mittelalter gänzlich fremd, wenngleich er auch archaischen Altertumsstaaten nicht unbekannt geblieben ist. Theokratische Tendenzen, oft bis zum schärfsten Gegensatz zu dem monarchischen Staatsoberhaupt, haben sowohl die orientalischen Priesterschaften, wie sämtliche kirchenbildenden Erlösungsreligionen ent-

wickelt.⁶ Auch dem Islam ist dieser Dualismus nicht so vollständig fremd, wie es das allgemein gebrauchte Schlagwort „Cäsaropapismus“ vermuten läßt.⁷ Das Chalifat ist ursprünglich ein politisches Amt auch mit geistlichen, religiösen Befugnissen, aber im Zusammenhang mit der Auflösung des islamitischen Bodens in Lehnsherrstümer haben sich Emirat bzw. Sultanat und Chalifat getrennt, so daß tatsächlich ein Dualismus Platz gegriffen hat. Jetzt wird „aus dem Befehlshaber der Gläubigen eine Verkörperung des religiösen Bewußtseins, der islamischen Legitimität. Der Inhaber der staatlichen Macht aber ist der Sultan“,⁸ so daß Marco Polo den Sultan mit dem Kaiser, den Chalifen mit dem Papste vergleichen konnte. Der Vergleich war falsch, sagt Becker, aber man versteht, wie er entstehen konnte.⁹

Die Entfaltung des theokratischen Dualismus erscheint wieder an die Flächenstaat-Regel gebunden, da er nur in flächengroßen Altertums- und Mittelalterstaaten¹⁰ auftritt, nicht aber zum Beispiel im römischen oder griechischen Altertum. Begreiflich genug, denn in kleinfächigen Gebieten können die Herrschaftsmittel auch einer unentwickelten Zivilisation genügend konzentriert werden, um geistliche Selbständigkeitsgelüste niederzuhalten.

Wir lassen die Bedeutung des Staat-Kirche-Dualismus für die feudale und die ständische Verfassung zunächst noch außer Betracht und beschränken uns vorerst auf die Erörterung des feudalen Dualismus; denn da, wie bereits ausgeführt, das Parlament seinem Ursprung nach eine Konzentration der lokalen Verwaltungsmaschinerie ist, muß der Ursprung des ständischen Dualismus und der ständischen Verfassung in der feudalistischen Form des Gegensatzes zwischen Zentral- und Lokalgewalt gesucht werden. Die Zentralgewalt kann im feudalen Staat der verdinglichten Herrschaft der Mitwirkung der Inhaber der Lokalgewalten nicht entbehren: indem sie, mangels anderer, anstattlicher Herrschaftsmittel, die Lokalherren mit den Aufgaben einer primitiven Zentralverwaltung betraut, entsteht aus dieser Zentralverwaltungsbehörde die Landesvertretung.

Nach der Hintzeschen Theorie entsteht die ständische Modifikation der Feudalverfassung beim Übergang vom mittelalter-

lichen zum modernen rationalen Anstaltsstaat, so daß sie mindestens ebensosehr als dessen Frühform wie als Ausgangsform des mittelalterlichen Staates betrachtet werden darf.¹¹ Da der moderne rationale Anstaltsstaat nach Hintze eine europäische Singularität darstellt, kommt hier wieder die von Hintze herangezogene völkerpsychologische Diskriminierung in Betracht, die mit der Gegenüberstellung: Gemeinschaft-Gesellschaft; Status-Kontrakt gekennzeichnet wird.¹² Als beispielgebend wird auf die Billigkeits- und Ermessensjustiz des moslemischen Kadis oder auf die literarisch-konfuzianische Rechtsprechung und Verwaltung des chinesischen Mandarins im Vergleich zur rationalen europäischen Verwaltung verwiesen.^{12a} Gegen die These, daß der Übergang vom Feudalstaat zum rationalen Anstaltsstaat durch die ständische Verfassung führe, muß jedoch eine negative Instanz angeführt werden: das Japan der Tokugawa-Zeit ist autogen zum neuzeitlichen absolutistischen Polizeistaat übergegangen, ohne eine ständische Entwicklungsstufe zu durchlaufen.

In den vollfeudalistischen Staaten territorialer Neustaatbildung ist die Ausbildung der ständischen Verfassung von den Lehnsherrn ausgegangen. Das gleiche dürfte man in Japan erwarten, dessen Inselnatur die gleiche auflösende vollfeudalistische Wirkung, wie sie sonst nur in großflächigen Staaten eintritt, gezeitigt hat. Ständische Körperschaften hat es in Japan jedoch weder in den Daimyaten noch in der Zentrale gegeben, obgleich das Kerngebilde, ein Curia-regis-artiger Staatsrat, beidemale vorhanden war.

Die Japaner selbst bezeichnen die Regierung der Tokugawa-Periode (1603-1867) als das Bakufu, die Zelt- (d. h. Militär-) Regierung. In ihr die Blütezeit des Feudalismus sehen zu wollen, wäre, wie Tokuzo Fukuda mit Recht betont, ebenso verkehrt, als wollte man das gleiche von der Tudor-Periode behaupten.¹³ Die Shogune des Tokugawa-Hauses haben den Feudalismus nicht beseitigt, sie stützen ihre Macht auf die ihrer Verwandten und Vasallen, aber sie haben die feudalen Formen im Sinne des absoluten Polizeistaates umgebildet oder durch Neubildungen ergänzt, und so dem Feudalismus den Boden entzogen. Mehr als ein Drittel des ganzen Landes war direktes

Herrschaftsgebiet der regierenden Shogun-Dynastie, ein weiteres Drittel etwa an Verwandte und Vasallen der Tokugawa ausgetan. Im Tokugawagebiet selbst gab es zwar keine Daimyos, wohl aber Lehnsherrschaften der großen Samurai des herrschenden Hauses. Aus diesen lehnsherrlichen Samurai, den sogen. Hatamoto, die recht zahlreich waren,¹⁴ wurden nach den Verwandten und den „alten Vasallen“ der Dynastie (d. h. denjenigen Familien, die schon vor 1509 dem Lehnsverband der Tokugawa angehört haben) die höchsten Beamten des Bakufu entnommen.

Durch eine Reihe von Institutionen wird der Feudalstaat zu einem absoluten Polizeistaat umgebildet, werden aus den lehnsherrlichen Daimyos praktisch Werkzeuge der neuen gekräftigten Zentralgewalt. Die Verpflichtung, bei Eheschließungen und Adoptionen die Genehmigung des Shoguns einzuholen, kann noch im Rahmen feudalen Rechts begründet werden, die Strafversetzung von Daimyos aber, die jetzt bei geringeren Vergehen an Stelle der Verwirkung des Lehens tritt, gibt den Daimyos nahezu beamtenartigen Charakter. Durch Verbot des Verkehrs mit dem Auslande, der Privatfehden, des Burgenbaus, der Verleihung von Lehen an andere Daimyos werden die großen Feudalherren in ihrer Selbständigkeit beschränkt. Eine geheime Staatspolizei, deren Angehörige zugleich Mitglieder des höchsten Gerichtes waren, überwachte auch die Lehnsfürsten. Unter den Tokugawa ist erst die ausführende Verwaltung richtig und wirkungsvoll organisiert worden: die drei Bugyo versehen die ausführende Verwaltung, sie haben zugleich auch Teil an dem obersten Gericht.¹⁵ Auch wirtschaftspolitisch kommt in dem Außenhandelsmonopol des Shoguns der Geist der neuen Zeit zum Ausdruck.

Die Auflösung des Feudalismus vollzieht sich in Japan in auffallender Analogie zum europäischen Spätmittelalter: innere Fehden¹⁶ und in ihrer Folge eine Art Landsknechtswesen — die sogen. Ronin sind Samurai, die ohne lehnsrechtliche Bindung Kriegsdienste nehmen, wo sie sie finden — geistige Erscheinungen, die den spätmittelalterlichen Sektenbildungen entsprechen, all das sind Vorgänge, zu denen sich Entsprechendes auf europäischem Boden unschwer finden läßt.^{16a} Aber, und das ist für

die hier verfolgte Betrachtung das Entscheidende: mit der Bureaukratisierung der *Curia regis* ist der in Europa eingetretene Funktionenwechsel bei gleichzeitiger Differenzierung der *Curia* nicht Hand in Hand gegangen; es kam keine Repräsentativverfassung zustande. Dabei ist dem Japaner nicht nur die Trennung von Schuld und Haftung — die japanische Fünferschaft entspricht dem angelsächsisch-normannischen *francplegium* —, sondern auch das ausgebildete Repräsentationsprinzip nicht unbekannt geblieben: repräsentative Einrichtungen bestanden in der Ortsverwaltung, die sich in Japan in autonomer Richtung entwickelt hat. Dem oft erblichen Bezirksvorsteher (*Daikwan*), der die gesamte Zivilverwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit innehat, sind ursprünglich meist erbliche, später aber auch oft gewählte und vom *Daikwan* zu bestätigende Ortsvorsteher nachgeordnet. Diesen war ein Kollegium von 4 bis 5 Beamten beigegeben, die von den Bauern gewählt wurden, aber keiner Bestätigung unterlagen.¹⁷ Außerdem waren ein, bisweilen auch 2 oder 3 Bauern bestellt, um die Interessen der Bauernschaft wahrzunehmen. Ursprünglich war dies meist eine Zwangsvertretung *ipso jure* der größten Grundbesitzer der Gemeinde, später ist aber auch hier bisweilen Wahl eingetreten. Diese Form der Repräsentation ist um so bemerkenswerter, als die Rechte der Bauern im übrigen nicht allzu groß waren. Die ursprünglich geringen öffentlichen Lasten sind in der Feudal- und Tokugawa-Zeit oft auf 50 bis 60% des Ertrages gestiegen und die Leibeigenschaft ist in Japan nichts Unbekanntes. Selbst die den *Daimyos* nicht eben gewogene Tokugawa-Herrschaft behielt den alten barbarischen Brauch bei, daß der Bauer, der über einen *Daimyo* zu klagen wagte, mit dem Tode bestraft wurde, selbst wenn die Klage berechtigt war und dem *Daimyo* gleichfalls Bestrafung eintrug.

Die Repräsentativverfassung ist und bleibt mithin eine europäische Singularität. Was hat ihre Ausbildung in den außereuropäischen Feudalstaaten verhindert und sie umgekehrt im christlichen Abendlande herbeigeführt? Die primitive Rechtsstaatsidee, die von der Altertumsmonarchie im allgemeinen restlos unterdrückt worden ist, ist einzig und allein in Europa zu voller Entfaltung gekommen, und zwar nach der

Hintzeschen Theorie vor allem deswegen, weil hier nicht, wie anderwärts, die weltliche Gewalt durch religiöse Vorstellungen (etwa Apotheosen) verstärkt worden ist und vor allem, weil sich im Abendland die „historische Wendung“ des Bündnisses zwischen der Kirche und der karolingischen Monarchie vollzogen hat.¹⁸ Nun wird man allerdings in Betracht ziehen müssen, daß die Maßstäbe heutiger völkerrechtlich fundierter Diplomatie auf frühere Verhältnisse nicht angewandt werden dürfen. Die Legitimierung ihrer Usurpation bedeutete für die Karolinger nicht das, was sie in ähnlicher Lage für eine heutige Usurpatoren-Dynastie bedeuten würde, denn für das Rechtsgefühl der Zeit war jede Eroberung, jede gewaltsame Erringung und Behauptung der Herrschaft, Legitimität genug.¹⁹ Das Gleiche gilt von der Verleihung des Kaisertitels, nachdem Karl der Große bereits tatsächlich das Gebiet des alten weströmischen Reiches innehatte, und es ist bekannt, daß dem neuen Kaiser mehr als an dem Danaergeschenk des Papstes an der Anerkennung seiner Würde durch Byzanz gelegen war. Gewiß wird man nicht leugnen dürfen, daß sowohl die päpstliche Inthronisierung der neuen Dynastie wie vor allem die Erhebung zur Kaiserwürde einen gewaltigen Prestigegegewinn für das also erhöhte Herrscherhaus bedeutete,²⁰ aber man wird nicht so weit gehen dürfen wie Hintze und behaupten, daß das Bündnis der Karolinger mit der Kirche die fehlende Legitimität der Dynastie ersetzt habe und daß durch diese historische Wendung der Herrscher von vornherein an das göttliche Recht gebunden erschien, die primitive Rechtsstaatsidee mithin von der Kirche sanktioniert wurde.²¹ Die moralische Bindung an göttliches Recht, die fraglos den europäischen Feudalismus, wie ein Vergleich mit der um vieles härteren Lage etwa der japanischen Bauern beweist, nicht völlig unbeeinflußt gelassen hat, hatte noch nicht allzu viel zu besagen in einem Zeitalter, dessen Menschen sehr viel affektbestimmter als heutige Menschen waren. Dann aber hat sich nach Hintzes eigenen Worten diese ideengeschichtliche Entwicklung überhaupt erst vollzogen, als die cluniazensische Bewegung die Kirche von der patrimonial-feudalen Abhängigkeit des Eigenkirchenrechts gelöst und die Kirche sich seit dem Investiturstreit zu einer autonomen Anstalt unter zentraler überstaatlicher Lei-

tung entwickelt hatte;^{21a} mit anderen Worten: diese „historische Wendung“ trat überhaupt erst ein, als sich der natürliche Gegensatz zwischen geistlichen und weltlichen Autoritätsansprüchen durch Entwicklung universalistischer Tendenzen des Papsttums verschärft hatte und durch den auch den Klerus betreffenden feudalistischen Dualismus verstärkt worden war.

In dem Kampf zwischen Papst und Staat²² sind zwei Momente zu unterscheiden, die von ungleicher Bedeutung sind: einmal der rein ideologische Anspruch des Papstes auf autoritative Führung in allen das menschliche Leben betreffenden Dingen. Er ist die Quelle jenes bereits gekennzeichneten theokratischen Dualismus, der zwar nichts spezifisch Christliches oder spezifisch Europäisches ist, der aber im christlichen Europa seine charakteristischste Ausprägung erfahren hat, weil hier, anders als in den Altertumsmonarchien, anders als im brahmanischen Indien oder im buddhistischen Ceylon und Tibet, anders auch als in den von mehreren Religionssystemen beherrschten Ländern China und Japan Staats- und Kirchenbildung nicht zusammenfallen, weil sich vielmehr innerhalb des Bereiches der christlichen Kirche eine Gruppe nebeneinanderstehender ungefähr gleichgeordneter Staaten entwickelt hat.

Der ideologische Universalismus des Papsttums hat Konflikte mit fast allen europäischen Staaten heraufbeschworen, er ist im wesentlichen in den vielfachen Ansprüchen des Papsttums auf Oberlehnsherrlichkeit zum Ausdruck gekommen. Praktisch bedeutete die päpstliche Oberlehnsherrlichkeit allerdings, wie die englische, die ungarische, die aragonische Geschichte beweisen, mehr einen Ehrenanspruch auf moralische Führung als etwas Greifbares. Nicht um diese Fragen ging es in dem großen Kampf zwischen Kirche und Staat, sondern um sehr reale Dinge von dieser Welt, um Fragen, die letzthin den kirchlichen Großgrundbesitz betrafen.²³ In diesem Kampf stieg der Papst herab vom Thron des Menschheits-Schiedsrichters und des Welt-Friedens-Fürsten: er wurde zum Territorialherrn, zum Fürsten, der zwar nur eine geringe staatliche, aber eine um so größere moralische Macht in die Wagschale zu legen hatte, zum Fürsten, der mitsprach im europäischen Konzert, parteinehmend, aber nicht mehr über den Parteien stehend.

Als zweite Voraussetzung für die Repräsentativverfassung und zugleich als Erklärung ihrer auf Europa beschränkten Singularität ergibt sich somit die besondere Form der Kirchen- und vor allem der Staatsbildung, die nur im christlichen Abendland verwirklicht worden ist. Die von Hintze gekennzeichnete Polarität des feudalistischen Systems zwischen dem universalistischen auf der Glaubens- und Kulturgemeinschaft beruhenden Gemeinschaftsideal und dem wirklichen Leben in engsten Kreisen²⁴ ist spezifisch europäisch und für den japanischen Feudalismus z. B. schon nicht mehr zutreffend.

Man wird nicht verkennen dürfen, daß die wenigstens äußerliche Anerkennung der christlichen Sittengebote durch den mittelalterlichen Menschen den Rechtsstaatsgedanken und damit auch die repräsentative Verfassung gefördert, wenn auch sicherlich nicht hervorgebracht hat. Nicht als ob die Ansätze zu einer primitiven Rechtsstaatsidee allein in Europa entwicklungsfähig gewesen wären, wie die Hintzesche Theorie es behauptet,²⁵ aber in zwei Richtungen hat die christliche Kirche repräsentative und naturrechtliche Gedanken unzweifelhaft unterstützt: einmal, was für die mittelalterlichen mehr instinkt- als bewußtseinsbestimmten Menschen weniger wesentlich war, in rein ideologischer Hinsicht: auf den Zusammenhang zwischen den Kanonisten und der mittelalterlichen Korporationslehre, auf die moralische Unterstützung, die die Widerstandslehre durch den Kampf zwischen Kirche und Staat erfahren mußte, ist oft und ausführlich verwiesen worden. Dann aber, und das ist sehr viel wichtiger, hat die Kirche in ihren Institutionen der europäischen Verfassungsentwicklung Vorbilder repräsentativer Einrichtungen geboten. Was der Konziliarismus für die Entwicklung ständischer Theorien, was die Bildung kirchlicher Vertretungskörperschaften als Vorbilder für die Anfänge des Parlamentarismus bedeuten mußten, bedarf keiner näheren Ausführung. Die Anfänge des repräsentativen Parlamentarismus in Europa lassen sich, nach einem Wort Kurt Breysigs, bis in die Epoche der Konzilien der späten römischen Kaiserzeit, aber nicht über sie hinaus verfolgen.²⁶ Ebenso wenig bedarf es nähe-

rer Begründung, daß die Kirche, die in ihrer Organisation ja selbst wiederum die Erbin des römischen Reiches gewesen ist, die neuzeitliche Rationalisierung und Intensivierung des Staatsbetriebes durch ihr Beispiel gefördert hat.

Ob ohne den Einfluß des durch den Feudalismus verstärkten theokratischen Dualismus und ohne das Vorbild kirchlicher Repräsentativkörperschaften die ständische Verfassung überhaupt nicht entstanden wäre, wird sich nicht ohne weiteres entscheiden lassen. Man wird aber nicht übersehen dürfen, daß die weitgehende Übereinstimmung in der staatlichen und der kirchlichen Verfassungsentwicklung auch ohne die Berücksichtigung gegenseitiger Beeinflussung aus der Gleichheit der institutionellen und sozialpsychologischen Gegebenheiten abgeleitet werden kann. Die Kirche als Anstalt nahm den gleichen Weg wie der Staat des beginnenden neueuropäischen Zeitalters: von der gewachsenen zur geprägten Ordnung, von der urzeitlichen Demokratie zur aristokratischen Monarchie. Wie an die Stelle der kleinen Volksstaaten flächengroße Reiche treten, in denen von der Mitwirkung des Gesamt-Staatsvolkes am Staatsbetrieb nicht mehr die Rede sein kann, wie im Zuge einer natürlichen differenzierenden Entwicklung an die Stelle der alten Volksversammlungen aristokratische März- und Maifelder treten, so wachsen die kleinen christlichen Gemeinden zu der weltumspannender Organisation der großen katholischen Kirche zusammen, mit all den sozialpsychologischen und daher auch anstaltlichen Folgen, die dieser Vorgang ins Leben rufen mußte. Beidemale bildet sich daher der gleiche Gegensatz zwischen den zentripetalen Tendenzen und den im Zeitalter unentwickelten Verkehrs unvermeidlichen partikular-aristokratischen Selbständigkeitsbestrebungen aus, der die natürliche Verwandtschaft zwischen Monarchismus und Papalismus einerseits, Ständetum und Konziliarismus andererseits zwanglos erklärt.

Von stärkerer Bedeutung für die Entstehung der ständischen Verfassung als das Vorbild der kirchlichen Institutionen und der geistige Nährboden, den, wie Hintze betont, die Kirchenlehren naturrechtlich-repräsentativen Gedanken boten, ist die Form der neueuropäischen Staatenbildung gewesen, die letzthin wiederum etwas Singuläres, auf die Siedlungsverhält-

nisse Zurückgehendes ist. Die Aufgliederung der neueuropäischen Kulturgesellschaft in eine Reihe nebeneinanderstehender, voneinander unabhängiger, aber durch Gemeinsamkeit der Lebens- und Kulturformen zu einer Lebenseinheit verbundener Staaten²⁷ macht einen der wesentlichsten Unterschiede zwischen beiden europäischen weltgeschichtlichen Zeitalter aus. Die Überlegenheit des neueuropäischen Zeitalters über das alteuropäische kommt auch hierin zum Ausdruck: denn dieser Unterschied bedingt nicht nur den so sehr viel erfolgreicherem Verlauf der Kolonisation in der neueuropäischen Welt, er hat auch zur Folge gehabt, daß Imperialismus im strengen Hintzeschen Sinne der Weltreichbildung, des die gesamte Kulturmenschheit der zur Zeit höchsten geschichtlichen Entwicklungsstufen umfassenden Gesamtstaates, den Neueuropäern unbekannt geblieben ist, oder was dasselbe besagen will, der neueuropäische Imperialismus hat im Vergleich zum alteuropäischen sehr viel gesündere, weil reichere Entwicklungsmöglichkeiten zulassende Formen angenommen.

Die Aufgliederung der neueuropäischen Völkergruppe, wie sie aus der Auflösung des karolingischen Reiches hervorging, deren Wesen sich erst in dem spätmittelalterlich-neuzeitlichen Staatensystem recht entfaltet hat, ist nun allerdings für die Ausbildung der ständischen Verfassung entscheidend geworden. Man wird der Hintzeschen Theorie in der Unterstreichung und Hervorhebung dieser Form der neueuropäischen Staatenbildung²⁸ völlig beipflichten müssen. Doch darf man wohl abweichend von Hintze, diese schicksalhafte Wendung der neueuropäischen Staatenbildung auf die Siedlungsverhältnisse zurückführen, ohne den von Hintze behaupteten Einfluß der „historischen Wendung“ unter den Karolingern und des Machtkampfes zwischen Kirche und Staat auf die Entstehung des Staatensystems zuzugestehen, der eine (im neueuropäischen Zeitalter gar nicht mögliche) Universalmonarchie verhindert habe. Ihn darf man wohl nur zusätzlich für die geschichtlich-entwickelnde Ableitung der Repräsentativverfassung heranziehen. Jedenfalls hat diese Form der Staatsbildung, mit der, wie Hintze betont, andauernde Machterweiterungskämpfe zwischen den Einzelstaaten, aber keine Vernichtungskämpfe not-

wendigerweise verbunden waren,^{28a} jenen anhaltenden Bedarf der Krone nach militärischer und, bei zunehmender Entwicklung des Wirtschaftslebens, zugleich finanzieller Unterstützung durch die lokalen Machthaber hervorgerufen, der, was näherer Begründung nicht mehr bedarf, der hauptsächliche Hebel des Privilegienwesens und damit der ständischen Entwicklung gewesen ist.

Fassen wir nunmehr die Ergebnisse dieser Betrachtung über die geschichtlichen Bedingungen und die Singularität der neu-europäischen ständischen Repräsentativ-Verfassung zusammen, so können wir als Geschichtsgesetz²⁹ den Satz aufstellen, daß die feudale Verfassung dann in die ständische Repräsentativverfassung übergeht, wenn sich der Übergang vom traditionalistisch-patrimonialen Staat überwiegend persönlicher Herrschaftsmittel zum rationalen Anstaltsstaat bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Naturalwirtschaft innerhalb einer Gruppe rivalisierender Staaten ungefähr gleicher Entwicklungsstufe vollzieht, die durch gemeinsame Lebensformen und Lebensanschauungen zu einer kulturellen Lebenseinheit verbunden sind und innerhalb deren die Machtverteilung derart ist, daß Weltreichstendenzen eines überlegenen Staates auf Kosten der übrigen Glieder der Staatengruppe praktisch ausgeschlossen sind.³⁰

Da nun die ständische Verfassung eine ganze Reihe von Erscheinungsformen ausgebildet hat, erhebt sich weiter die Frage nach den Bedingungen dieser Sonderformen innerhalb der allgemeinen Bedingungen für die ständische Repräsentativverfassung überhaupt. Für diese Fragestellung mögen hier alle Fälle des Übergangs von einer Form zur anderen, sowie die Sonderformen des Kurientyps außer Betracht bleiben, da deren Aetiologie bereits im ersten Abschnitt behandelt worden ist. Wir beschränken uns daher auf die beiden Haupttypen, d. h. wir unterscheiden für unseren Zweck jetzt nur zwischen dem auf strengerer Trennung der Einzelstände bei weitgehendem

Virilprinzip und dem auf Verbindung von Sonderständen bei weitgehendem Repräsentativprinzip beruhenden System und beginnen zunächst mit einer Übersicht über die räumliche Verteilung dieser beiden Typen innerhalb der europäischen Welt. Zweikammersysteme finden wir demnach in England, Irland, in Ungarn, Polen und Rußland, Magnum-Consilium-artige Ansätze zu diesem System, die nicht zur Entfaltung gekommen sind, bei den Südslaven und allenfalls in Byzanz, entwicklungsfähige Zweikammertendenzen, die jedoch im Zuge einer bereits geschilderten Sonderentwicklung zu einem Kurientyp umgebogen worden sind, in Skandinavien.

Als eine Sondergruppe innerhalb der Zweikammertypen faßt die Hintzesche Theorie die den niederen Adel ausstoßenden Repräsentativkörperschaften Kastiliens und des deutschen Reichstags zusammen. Die Berechtigung dieser Zusammenfassung wird man bestreiten dürfen, denn es kann Hintze nicht eingeräumt werden, daß die Granden gleich den deutschen Lehnfürsten eine Art Landesherren, die unselbständigen und der Krone gefügigen kastilischen Städte Stadtstaaten gleich den deutschen Städten gewesen seien.³¹ Auf die Abbiegung der ursprünglichen Dreikurientendenzen zu einem unvollständigen Zweikammersystem in Kastilien ist bereits in der sozialpsychologischen Untersuchung des feudalistischen Verwaltungsaufbaus eingegangen worden. Der deutsche Reichstag gehört für unsere Formenlehre zu den kurienvereinheitlichenden Zweikammersystemen oder Zweikuriensystemen, die man auch als unechte Zweikammersysteme oder Kuriensysteme mit kombinierten Oberständen bezeichnen könnte. Was ihn jedoch in Sonderheit auszeichnet, ist das fast völlige Ausscheiden des niederen Adels und die Ausbildung einer besonderen Kurfürsten-Kurie. Der niedere Adel hat noch in der Stauferzeit einigen Anteil an den Verhandlungen genommen,³² für seine wirkungsvolle und dauernde Anteilnahme an der ständischen Körperschaft fehlten jedoch die Voraussetzungen, weil das System kommunaler Selbstregierungsverbände in Deutschland ebensowenig wie in anderen vollfeudalistischen Ländern ausgebildet worden ist, während die zu letzter Folgerichtigkeit gediehene lehnfürstliche Aufgliederung des Landes die Durchführung des Virilprin-

zips auch für den Kleinadel in Anbetracht der hohen fürstlichen Sonderstellung der Territorialherren kaum zugelassen hätte.

In der Geschichte des deutschen Reichstags sind zwar Zweikammertendenzen unverkennbar: die Städte sind erst vergleichsweise spät zum Reichstag zugezogen worden,³³ eine Trennung von weltlichem und geistlichem Hochadel wäre nach Lage der Dinge, wie sie sich seit dem Wormser Konkordat nun einmal entwickelt hatte, nicht mehr möglich gewesen und hätte die Ministerialität dauernden Anteil am deutschen Ständetum nehmen sollen, so wäre die Bildung eines ritterlich-städtischen Unterhauses das Nächstliegende gewesen: zu groß war die Zahl der hochadligen Lehnsherrscher,³⁴ um sie, ähnlich wie etwa in dem französischen Dreikuriensystem, mit der Ritterschaft zu einer einzigen Adelskurie zusammenzufassen.

In der Hauptsache sind jedoch bei der Bildung des deutschen Reichstags Kurientendenzen wirksam gewesen, wie sie in vollfeudalistischen Ländern im allgemeinen in Erscheinung treten. Der Ausfall des niederen Adels im deutschen Zweikuriensystem aus den bereits erörterten Gründen ist durch die weitgehende Anwendung des Virilprinzips und die möglichste Beschränkung des repräsentativen Prinzips bedingt, er bedingte seinerseits wiederum durch Spaltung des Reichstags in die Gruppen der Fürsten (und Kurfürsten) und der Städte eine scharfe Sonderung der Einzelstände. Auf das Fehlen einer Amts- und Patentbaronie war bereits verwiesen worden.

Was aber die Einordnung des deutschen Reichstags in die Formenlehre der ständischen Repräsentativverfassungen erschwert, ist der Umstand, daß er überhaupt nicht als eine rein ständische Körperschaft angesehen werden darf. Hiermit hängt die Aufspaltung des lehnsherrschaftlichen Hochadels in zwei Kurien zusammen, die Aussonderung einer aristokratischen Spitze innerhalb der Reichsaristokratie, welche zur Konstituierung einer besonderen Kurfürsten-Kurie, nach Hintzes geistreichem Ausdruck zur Bildung einer „allerersten Kammer“ geführt hat. Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte des Kurfürstentums bis in seine Wurzeln zu verfolgen, die bekanntlich in dem Vorstimmrecht bei der Kaiserwahl ruhen, das den drei rheinischen Erzbischöfen und den Nachfolgern der alten Stammesherzoge

bzw. den Trägern der hohen Reichsämtcr zustand, Ebensowenig bedarf es näherer Ausführung, wie aus einem zunächst willkürlich geübten königlichen Recht allmählich eine staatsrechtliche Verpflichtung wird, in wichtigeren Angelegenheiten auf die Mitwirkung der Kurfürsten nicht zu verzichten.³⁵ Die Verbindung Deutschlands mit Italien durch das römische Kaisertum und die von ihr bedingte Zuspitzung des gesamteuropäischen Konflikts zwischen Staat und Kirche hat zur bundesstaatlichen Aufgliederung des Reiches geführt, das Kurfürstentum wurde zum regierenden Ausschuß der hohen Reichsaristokratie und bereits im 14. Jahrhundert hat die Reichsverfassung nach einem bekannten Wort die Form eines oligarchischen Bundesstaates mit einem gewählten Vorsitzenden angenommen.³⁶ Dieses bundesstaatliche Prinzip wird vornehmlich vom Kurfürstentum dargestellt, denn die Goldene Bulle führt — es sei hier nur an die Privilegien *de non appellando* und *de non evocando* erinnert —, zunächst für die kurfürstlichen Territorien, zu Ende, was die berühmten Privilegien Friedrichs II. begonnen hatten. Der deutsche Reichstag stellt sich mithin als Überlagerung der aus der rohen Form der *Curia regis* sich erst bildenden ständischen Vertretung und der bereits vorhandenen bundesstaatlichen Ratsinstitutionen dar. Die in der Goldenen Bulle (Kap. 12) vorgesehenen Kurfürstentagungen sind zwar zunächst nicht in Aktion getreten, doch knüpfen an sie die weiteren Bestrebungen an, die verfassungsmäßige Mitwirkung des Kurkollegs an den Reichsangelegenheiten zu sichern, die in dem formell niemals aufgelösten Kurverein von Bingen 1424 ihren formalrechtlichen Abschluß finden. Die neuere Forschung hat den Zusammenhang zwischen der endgültigen Konstituierung des Kurfürstenkollegs und der seit Ende des 15. Jahrhunderts dauernd gewordenen Dreiteilung des deutschen Reichstags aufgezeigt.³⁷ Der bundesstaatliche Charakter des Reichstags hat seinen ständischen allmählich völlig absorbiert, wozu unter anderem ja auch die wachsende Bedeutung der Territorialstaaten und ihrer Gesetzgebung und Verwaltung, mithin die Verlagerung des verfassungsrechtlichen Schwergewichts von der Zentrale in die Territorien, beitragen mußten. Am Ende der Entwicklung des zentralstaatlichen deutschen Parlamentarismus, soweit er bis

ins Mittelalter zurückreicht, steht der ewige Reichstag zu Regensburg seit 1648, der aus einer parlamentarisch-ständischen Körperschaft völlig zu einem Diplomatenkongreß geworden war.

Fassen wir nunmehr das Ergebnis der Betrachtung zusammen, so ergibt sich, daß Dreikuriensysteme samt ihren Sonderformen in Kleinstaaten entstanden sind, so in den spanischen Landschaften, in Schottland, Böhmen, den deutschen und französischen Territorien. Von den zusammengesetzten flächengroßen Staaten haben Rußland und Polen, deren Territorien zur Zeit der Bildung ständischer Körperschaften bereits fest eingegliedert bzw. zu kommunalen Selbstregierungsverbänden umgebildet worden waren, reine Zweikammersysteme ausgebildet, desgleichen die mittelflächigen Staaten England (samt Irland, dessen Verwaltungs- und Verfassungsorganisation durch Übertragung der englischen nachgebildet ist) und Altskandinavien. Von den zusammengesetzten großflächigen Staaten zeigt Deutschland, dessen lehnsfürstliche Aufgliederung zu äußerster Folgerichtigkeit fortgeschritten ist, eine Sonderform des Zweikurientyps mehr bundesstaatlichen als eigentlich ständischen Charakters, Frankreich einen reinen Dreikurientyp. Reduzieren wir die Typologie der ständischen Repräsentativverfassung auf ihre beiden Grundformen (wobei wir, abweichend von Hintze, die Modifikationen des reinen Dreikurientypus sämtlich aus schon genannten Gründen dem Kuriengrundtypus zurechnen), so dürfen wir, in weitgehender Übereinstimmung mit der Hintzeschen Typologie, den Satz aufstellen, daß vollfeudalistische Staaten zu Kuriensystemen, abgeschwächt feudalistische Staaten zu Zweikammersystemen tendieren. Die sozialpsychologische Ableitung stimmt mit diesem rein erfahrungsmäßig-geschichtlich gewonnenen Satz aufs Beste überein, denn dem lehnsfürstlichen Individualismus entspricht das Virilprinzip, während die in der Abbiegung feudalistischer Sonderungstendenzen zu dem System kommunaler Selbstregierungsverbände zum Ausdruck kommende Dämpfung individualistischen Unabhängigkeitsdrangs in dem gemäßigten Kollektivismus des Repräsentativprinzips ihre Entsprechung findet.⁵⁸

Zurücklenkend auf die vorige Betrachtung über die Bedeutung der kirchlichen Organisationen für die Geschichte der Repräsentativverfassung sei noch einmal festgestellt, daß die Geistlichkeit, d. h. die als Anstalt des öffentlichen Rechts organisierte Kirche, an der ständischen Organisation in ihrer Eigenschaft als Träger des kirchlichen Großgrundbesitzes, nicht aber eigentlich als Vertreter des geistlichen Standes teilgenommen hat. Innerhalb des Zweikammersystems kommt der Geistlichkeit als solche eine Sonderfunktion nicht zu. Bezeichnend genug, daß die Sondersteuerprivilegien der englischen Geistlichkeit zwar zur Konstituierung eines eigenen Kirchenparlaments, aber nicht wie in Frankreich zur Bildung eines eigenen geistlichen Standes geführt haben. Anders steht es dagegen in der Mehrzahl der Kuriensysteme. Die scharfe Sonderung der Stände, die dieser Typ mit sich bringt, bedingte hier die Bildung eines eigenen geistlichen Standes innerhalb der Repräsentativkörperschaft, da die Geistlichkeit ja einen gesonderten Lebensstand für sich bildet. Die Konstituierung der christlichen Kirche zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist daher für die Verfassungsentwicklung der Länder des Kurientyps weitgehend bestimmend gewesen, ohne die in diesen Ländern der seltene Ausnahmefall des Zweikuriensystems vermutlich die Regel gewesen wäre.

Die Verfassungsgeschichte der europäischen Länder ist demnach nicht durch verfassungsgeschichtliche Sachzusammenhänge allein in ihrem Verlauf bestimmt worden. Die Verknüpfung von Verfassungs- und, in dem hier betrachteten Falle, Kirchen- und Religionsgeschichte ist unverkennbar. Die Überlagerung des schottischen Dreikurientyps durch Zweikammertendenzen, der Übergang der frühen Zweikammerform in Skandinavien zu einem Kuriensystem stehen, das wurde schon ausgeführt, in unleugbarem Zusammenhang mit der Reformation. Ebensowenig aber dürfen Verbindungen zwischen Verfassungs- und außenpolitischer Geschichte, zwischen der Entwicklung von Staaten und der von Staatengruppen übersehen werden. Daß die Gliederung der europäischen Staatenwelt schicksalbestimmend für die europäische Verfassungsgeschichte geworden ist, ist der Gegenstand dieser ganzen Betrachtung. Der für die ver-

gleichende Verfassungsgeschichte äußerst wertvolle klassische nachständische Zweiparteien-Parlamentarismus in Schweden verdankt seine Entstehung einzig und allein dem Zusammenbruch der schwedischen Großmachtstellung, die zwar im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung bedingt ist, aus der innerschwedischen Geschichte allein aber nicht abgeleitet werden kann. Ohne diese Wendung aber wäre zweifellos der Absolutismus bis zu der Erschütterung der Französischen Revolution herrschend geblieben, wäre der Parlamentarismus der Freiheitszeit in Schweden ausgeblieben.

Das Problem, das sich hier auftut, ist nicht nur für die hier betrachteten verfassungsgeschichtlichen Fragen, es ist von allgemeinem geschichtstheoretischem Interesse. Handelt es sich doch um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, in der wesentliche Formen der allgemeinen Geschichtswissenschaft noch des vorigen Jahrhunderts ihre Hauptaufgabe sahen, um die Frage nämlich, ob ein durchgängiger Kausalzusammenhang zwischen den geschichtlichen Entwicklungsreihen der einzelnen „Sachgebiete“ des gesellschaftlichen Lebens bestehe und ob sich aus diesem Kausalzusammenhang das Grundgesetz des geschichtlichen Lebens ableiten lasse. Diese einseitigen Geschichtstheorien, die zunächst nur eine entwicklungsgeschichtliche Theorie für Teilgebiete des gesellschaftlichen Lebens aufstellen und von dieser her zu einer gesamt-geschichtlichen Theorie zu gelangen suchen, hat die moderne empirische Geschichtslehre unter Breysigs Führung wieder aufgegeben. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt von der Geschichte des Menschen in allen seinen Lebensäußerungen und die Kausalbeziehungen zwischen den einzelnen Sachgebiets-Entwicklungsreihen sind für sie ein zwar gewichtiger, aber nicht mehr der ausschlaggebende Fragenkomplex. Damit ist in eine Linie wieder eingelegt, wie sie die vorpositivistischen und vormarxistischen Geschichtsmetaphysiker, etwa Hegel in der Volksgeist-Lehre, vertreten hatten.

Anhang: *Begriffsbestimmungen und Gesetze.*

A. *Begriffsbestimmungen.*

Adel wird diejenige Gruppe der Bevölkerung eines Staates genannt, welche auf der Grundlage von Grundbesitz aus einem durch natürliche Arbeitsteilung entstandenen Berufskrieger- und Beamtentum zu einem erblichen durch gemeinsame Lebensformen und -anschauungen zusammengehaltenen Lebens- und Berufsstand geworden ist.

Großadel (Gegensatz *Kleinadel*) heißt der großgrundbesitzende Adel.

Hochadel (Gegensatz *niederer Adel*) heißt der *Großadel* dann, wenn der Unterscheidung von Groß- und *Kleinadel* zugleich auch verfassungsrechtliche Bedeutung zukommt.

Pairie heißt der *Hochadel* dann, wenn seine Angehörigen eine geschlossene rechtlich bevorzugte Gruppe innerhalb des Gesamtadels bilden.

Lehnstürentum heißt der *Hochadel* dann, wenn seine Angehörigen einzeln als Träger von Hoheitsrechten, in einem Ausmaß, das über die dem Adel insgesamt zustehenden öffentlichen Rechte hinausgeht, innerhalb des Gesamtadels bevorzugt sind.

Uradel heißt der Adel dann, wenn die Träger des aus natürlicher beruflicher Arbeitsteilung hervorgegangenen Berufs- und Lebensstandes zugleich Erben einer Vorzugsstellung sind, deren Ursprung über die standesbildenden Vorgänge zeitlich zurückreicht.

Häuptlingsadel heißt der *Uradel* dann, wenn seine Träger die Nachkommen ehemaliger Geschlechtshäuptlinge sind.

Königsadel heißt der Uradel dann, wenn seine Träger als Angehörige des königlichen Geschlechts oder deren Nachkommen bevorzugten Rang genießen.

Überschüttungsadel heißt der Uradel dann, wenn seine Träger als Angehörige einer Eroberernation vor den unterworfenen Völkern Vorzüge genießen (Adel = Adelsnation).

Dienstrecht wird dasjenige sachenrechtliche Verhältnis genannt, welches in einer überwiegend naturalwirtschaftlichen Gesellschaft die Leistung von (vornehmlich öffentlich-rechtlichen) Diensten der Verwaltung und des Krieges durch Gewährung von arbeitslosem Renteneinkommen entlohnt.

Lehnsrecht in weiterem Sinne wird das Dienstrecht dann genannt, wenn es standes-, d. h. adelsbildende Wirkung entfaltet.

Lehnsrecht im technischen Sinne wird das Lehnsrecht dann genannt, wenn das sachenrechtliche Dienstrechtverhältnis zugleich mit einem personenrechtlichen Gefolgschaftsverhältnis (Vasallität) verknüpft ist.

Feudalismus heißt derjenige verfassungsrechtliche Zustand einer überwiegend naturalwirtschaftlichen Gesellschaft mit unentwickeltem Verkehr, der durch die Bindung öffentlicher Rechte an agrarische Besitzrechte, d. h. durch die Verdinglichung der Herrschaft, also durch ihre Teilung nach Objekten (Land und Leuten), auf der Grundlage von arbeitslosem Renteneinkommen einen mit privilegiertem Grundbesitz ausgestatteten Berufskrieger- und Beamtenstand schafft und dadurch eine Tendenz zu neuer intensiverer Staatenbildung auf schmalerer Grundlage ausbildet.

Vollfeudalismus heißt der Feudalismus dann, wenn die Tendenz zu neuer Staatenbildung auf schmalerer Grundlage zur Aufgliederung des Staatsganzen in weitgehend eigenstaatliche Territorialherrschaften (Lehns- oder Teilfürstentümer) führt.

Abgeschwächter Feudalismus heißt der Feudalismus dann, wenn diese Tendenz zur Aufgliederung in kommunale Selbstregierungsverbände abgeschwächt wird.

Vasallitischer Feudalismus heißt der Feudalismus dann, wenn seine rechtliche Ausdrucksform Lehnsrecht in technischem Sinne ist; *ministerialischer Feudalismus* dann, wenn sie es nicht ist.

Repräsentativ-Verfassung heißt die Staatsverfassung dann, wenn die Regierten insgesamt oder in wesentlichen Teilen zur Mitwirkung an der Staatsführung berufen sind.

Ständische Repräsentativ-Verfassung heißt die Feudalverfassung dann, wenn sie durch Verknüpfung der agrarischen Besitzrechte mit subjektiven öffentlichen Rechten repräsentative Formen annimmt.

Curia regis heißt die Zentralverwaltungsbehörde des feudalen Staates, in der Staats- und Hofämter, die voneinander nicht scharf getrennt sind, von den angesehensten und mächtigsten Lehnsträgern, d. h. Großgrundbesitzern wahrgenommen werden.

Magnum Consilium heißt die Curia regis dann, wenn sie durch mehr oder weniger ständige und gewohnheitsmäßige Hinzuziehung von Trägern des Großgrundbesitzes neben den ständigen Trägern der Verwaltung erweitert wird und dadurch den Charakter einer Landesvertretung neben dem einer Zentralverwaltungsbehörde anzunehmen beginnt.

Notabeln oder *erweiterter Staatsrat* heißt die Landesvertretung im Feudalstaat dann, wenn sie durch Hinzuziehung von Angehörigen des Grundbesitzes oder von solchen und Vertretern von Korporationen nach freiem Ermessen der berufenen Krone gebildet wird.

Ständeversammlung, Ständeparlament etc. heißt die Landesvertretung im Feudalstaat dann, wenn die Auswahl der Landesvertreter mehr oder weniger weitgehend durch gesetzlich fixierte oder gewohnheitsmäßig beachtete Regeln dem freien Ermessen der berufenden Krone entzogen ist.

Zweikammersystem heißt derjenige Typ der ständischen Vertretung im Feudalstaat, der aus einem aus dem Magnum Consilium hervorgegangenen Oberhaus von Pairs und einem von Vertretern des Kleinadels und der Korporationen gebildeten Unterhaus besteht, der Geistlichkeit als solcher aber keine Sondervertretung gewährt.

Kuriensystem (Dreikurien-, bäuerliche Vierkuriensysteme, Vierkuriensysteme mit Hochadelsbildung, weltliche Dreikurien-, Zweikuriensysteme) heißt derjenige Typ der ständischen Ver-

tretung im Feudalstaat, der, nicht aus einem Magnum Consilium, sondern aus einem erweiterten Staatsrat hervorgegangen, in nach Ständen gesonderte Beratungskörperschaften zerfällt und möglichst weitgehend aus persönlich Teilnahmemeberechtigten gebildet wird, im Idealfall des reinen Dreikurientyps die Entsendung von Vertretern auf die korporativen Elemente der Stände beschränkt.

B. Gesetze.

I. Gesetze höherer Ordnung.

Die Gesetze höherer Ordnung, auf die in der vorstehenden Untersuchung mehrfach Bezug genommen worden ist, sind:

1. Das Gesetz zunehmender Verstandesmäßigkeit (zunehmender Bewußtseinsweite), das am ausführlichsten als Gesetz sowohl evolutiver wie kumulativer Verläufe von Kurt Breysig, „Die Geschichte der Seele im Werdegang der Menschheit“ behandelt worden ist. Aus ihm als Sonderfall abzuleiten, aber noch ein Gesetz höherer Ordnung ist das Gesetz:—

2. Institutionen, die als solche gewachsener Ordnung entstanden sind, haben die Tendenz, allmählich zu Institutionen geprägter Ordnung zu werden.

3. und 4. Die Spencerschen Gesetze der Differentiation und der Integration.

5. bis 7. Von den drei Wundtschen Gesetzen der Relationen, der Kontraste und der Resultanten hier namentlich das Gesetz der Kontraste.

8. Gesetz der Heterogonie der Zwecke.

II. Gesetze erster Ordnung oder Wachstumsregeln.

Für den Übergang vom Altertums- zum Mittelalterstaat gelten folgende Gesetze:

1. Aus den übersteigerten Machtinstinkten des Altertumsstaates müssen sich neue Absonderungstendenzen zu neuer Staatenbildung auf schmalerer Basis entwickeln, man vgl. hierzu auch das 20. Gesetz in Breysigs Stufenbau.

2. Die mit dem Übergang von lockerer Stammes- zur Staatsverfassung verbundene Selbsthaftwerdung führt zur sozialen Arbeitsteilung im großen, vor allem zur Aussonderung eines eigenen Krieger- und Beamtentums auf dem Wege natürlicher Differenzierung.

3. An die Stelle des Sippeneigentums an Immobilien tritt mit der Selbsthaftwerdung das Sondereigentum zunächst der Hausgemeinschaften, dann das volle Privateigentum, vgl. hierzu auch das 18. Gesetz in Breysigs Stufenpau.

4. Bei der Aussonderung eines Adelsstandes besteht die Tendenz, an ältere Bildungen sozial bevorzugter Gruppen anzuknüpfen, soweit solche vorhanden sind, ebenso bei der Differenzierung eines (sei es pairsmäßigen, sei es lehnsfürstlichen) Hochadels aus dem Gesamtadel (Uradel).

5. Die Ausstattung des im Altertum entstandenen Krieger- und Beamtentums mit Grundbesitz und arbeitslosem Renteneinkommen als der einzigen Form der diesem naturalwirtschaftlichen Staat möglichen Konzentration staatlicher Machtmittel entfaltet die Tendenz, die öffentlichen Rechte zu Annexen des Bodenrechts zu gestalten, d. h. einen erblichen privilegierten Stand lokaler Machthaber mit öffentlichen Rechten zu schaffen.

6. Dienstrecht hat die Tendenz Lehnrecht zu werden.

Für die Formenlehre mittelalterlicher Verfassungen gilt:

7. Die Flächenstaat-Regel: Das Maß der Verdinglichung der Herrschaft gemäß Gesetz 5. wird durch die Flächenausdehnung des betreffenden Staates im Vergleich zu den verfügbaren Herrschaftsmitteln der entwickelten Zivilisation bestimmt (nicht-feudale, vollfeudalistische, abgeschwächt feudalistische Mittelalter).

8. Die auf rohem Unabhängigkeitstrieb der großen Lokalmachthaber beruhenden frühmittelalterlichen Verfassungszustände haben gemäß dem Gesetz der Verstandesmäßigkeit die Tendenz, zu institutioneller Beschränkung dieses roh-vasallitischen Unabhängigkeitsdranges überzugehen, sei es durch die Ausbildung korporativ-massenindividualistischer Tendenzen (abgeschwächter Feudalismus), sei es durch die eines bewußter gewordenen Individualismus, der zu rationellerer Verwaltungsordnung auf engem Gebiet führt (Vollfeudalismus).

9. Großflächige Staaten, in denen die geohistorisch bedingte Notwendigkeit planmäßig organisierter Massenarbeit (Gebiete alter Stromkulturen) noch auf naturalwirtschaftlicher Basis eine vergleichsweise frühe bürokratische Staatsverwaltung entstehen läßt und daher die Bildung eines Privatkriegertums mit standesbildender Wirkung ausschließt, können nicht gemäß der Flächenstaat-Regel zu anhaltender Aufspaltung in Lehnsfürstentümer übergehen: vorgetäuschte Mittelalter.

10. Vollfeudalistische Tendenzen werden, unter Umständen bis zum abgeschwächten Feudalismus, gedämpft, wenn ein zahlreicher Überschüttungsadel vorhanden ist, dessen urzeitlich-korporatives Zusammengehörigkeitsgefühl den Individualismus massenindividualistisch abschwächt (Ungarn).

11. Die durch Zusammentreffen sehr verschiedenartiger Rassen bedingte Verbindung erblicher Berufsspezialisierung mit tabuistisch-magisch-rituellen Vorschriften führt zu einer Sonderform des Feudalismus (Kasten-Feudalismus), die zur autogenen Fortbildung in weitere, namentlich in repräsentative, Verfassungsformen unfähig ist.

12. Die zweite Flächenstaat-Regel: Das Mißverhältnis zwischen Herrschaftsmitteln und Staatsgebiet in flächengroßen Altertums- und Mittelalterstaaten führt zur Verschärfung des Unterschieds zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt zu vollem Gegensatz: theokratischer Dualismus.

Für den Übergang von der Feudal- zur ständischen Repräsentativverfassung und für die Entwicklungsgeschichte der ständischen Verfassung gelten folgende Gesetze:

13. Die feudale Verfassung geht dann in die ständische Repräsentativverfassung über, wenn sich der Übergang vom traditionalistisch-patrimonialen Staat überwiegend persönlicher Herrschaftsmittel zum rationalen Anstaltsstaat bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Naturalwirtschaft innerhalb einer Gruppe rivalisierender Staaten ungefähr gleicher Entwicklungsstufe vollzieht, die durch gemeinsame Lebensformen und Lebensanschauungen zu einer kulturellen Lebenseinheit verbunden sind und innerhalb deren die Machtverteilung derart ist, daß Weltreichstendenzen eines überlegenen Staates auf Kosten der übrigen Glieder dieser Staatengruppe praktisch ausgeschlossen sind.

14. Vollfeudalistische und kleinfächige Staaten neigen zu Kuriensystemen, abgeschwächt feudalistische Staaten zu Zweikammersystemen.

15. In der Entwicklung der Repräsentativverfassung tritt das Virilprinzip immer stärker zurück und das repräsentative Prinzip hinsichtlich der Zusammensetzung der ständischen Körperschaften immer mehr hervor, sei es durch festere Regelung der Repräsentation und zunehmende Bedeutung des Unterhauses in Zweikammersystemen, sei es durch Hervortreten eines das Parlament weitgehend ersetzenden Ausschusses oder selbst durch Eindringen des reinen Wahlprinzips (Frankreich) in Kuriensystemen.

16. Es besteht in der Geschichte der Repräsentativverfassung die Tendenz zu immer stärkerer Ausbildung der mandatarischen Repräsentation auf Kosten der Zwangsrepräsentation.

17. In denjenigen ständischen Repräsentativverfassungen, die ein stärkeres Ständetum entfalten, tritt vorübergehend der Charakter freier gewillkürter Einungen bei den ständischen Körperschaften auf Kosten des ursprünglichen (und später wiederhergestellten) Charakters der staatlichen Zwangseinung hervor.

18. In Zweikammersystemen besteht die Tendenz, die ursprünglich nicht erblich auf der Amtsbaronie beruhende Pairie infolge der praktisch weitestgehenden Bindung der Pairie an den Großgrundbesitz zu einer erblichen (mindestens de facto) zu machen (Erste Bildungsregel der Pairie).

19. Gemäß Gesetz 4. besteht in Zweikammer- wie in hochadelbildenden Kuriensystemen die Tendenz, bei der Bildung der Pairie an ältere Bildungen sozial bevorzugter Gruppen anzu knüpfen, soweit solche vorhanden sind (Zweite Bildungsregel der Pairie).

Anmerkungen.

A. Die Formenlehre der ständischen Repräsentativverfassung.

1. Besonders deutlich tritt dies in der nordischen Verfassungsentwicklung zutage, die diese Vorstufe eigentlicher Ständekörperschaften vergleichsweise lange beibehalten hat: in Dänemark wurde schließlich das Recht der einzelnen Provinzen anerkannt, durch ihren Adel im Reichsrat vertreten zu sein.

2. Dies verkannt zu haben, ist wohl der Hauptgrund für die irrtümlichen Konstruktionen Ključevskijs bei der Herausarbeitung wesentlicher Unterschiede in der Entstehung des russischen zemskij Sobor und der westeuropäischen Landstände. Die Ergebnisse der westeuropäischen Forschung scheinen dem russischen Historiker unbekannt geblieben zu sein: sonst müßte er wissen, daß Stubbs die Bildung des englischen Parlaments als eine Konzentration der lokalen Verwaltungsmaschinerie gekennzeichnet hat, was dem von ihm geschilderten Vorgang der Bildung des zemskij Sobor vollständig entspricht.

3. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei ausdrücklich bemerkt, daß das Oberhaus zwar aus persönlich Teilnahmeberechtigten besteht, hinsichtlich der Zusammensetzung also die Repräsentation nicht zur Anwendung bringt, aber auch seinerseits als Landesvertretung anzusehen ist. Bereits seine Vorstufen stellen den Übergangspunkt dar, an dem aus einer Ratskörperschaft eine Vertretungskörperschaft zu werden beginnt. Als typisch sei hier auf die Notabeln von Clarendon und Northampton, auf die russische Bojarenduma und vor allem auf den Reichsrat der nordischen Länder verwiesen.

4. Auch steigender Einfluß der Zünfte gegenüber der patrizischen Ratsaristokratie ändert nichts an diesem Gesamtbild, da innerhalb der Zünfte stark plutokratische Tendenzen zum Durchbruch kommen. Die mittelalterliche Stadtverfassung geht im allgemeinen durch natürliche Differenzierung bei wachsender Bevölkerung den Weg von natürlich-urwüchsiger Demokratie zur Oligarchie.

5. In den Kuriensystemen mit Hochadelsbildung beruht diese auf der Lehnsbaronie.

6. Erstmals 1141. Der Sonderfall der Kastilischen Verfassungsentwicklung wird in anderem Zusammenhang noch ausführlich zu behandeln sein.

7. Hierbei denkt Hintze vermutlich hauptsächlich an den deutschen und den französischen Konstitutionalismus der Bourbons und Orléans; man könnte ihm entgegen, daß auch England zum Parlamentarismus (im modernen Sinne) erst über den Konstitutionalismus gelangt ist, was einen wesentlichen Teil der englischen Verfassungsgeschichte noch des 18. Jahrhunderts ausmacht.

8. Hintze wendet sich daher auch mit Entschiedenheit gegen Tezners Konstruktionen, die heute fast allgemein aufgegeben sind.

9. Die hier zur Anwendung kommenden soziologischen Maßstäbe sind die von Kurt Breysig, Kulturgeschichte der Neuzeit I: Aufgaben und Maßstäbe einer allgemeinen Geschichtswissenschaft, Berlin 1900, entwickelten.

10. Damit soll natürlich nicht im mindesten bestritten werden, daß auch in Kurienländern ein roher intensiver Individualismus zum Durchbruch kommen kann, vgl. hierzu die Ausführungen des nächsten Kapitels.

11. Diese fehlen keineswegs etwa. Die schottische Einheitsstaatsbildung durch Zusammenfassung der skotischen und piktschen Stämme unter Kenneth Mac Alpin (844) erfolgte nur wenig später als die angelsächsische.

12. Die portugiesischen Cortes zeigen von Anfang an die typische Dreikurienzusammensetzung und die Zwischenstufe des Magnum Consilium fehlt hier gänzlich. Ebenso wenig darf die aragonische Ricahombria als Residuum einer früheren Zweikammer- oder Magnum-Consilium-Stufe betrachtet werden, worauf in anderem Zusammenhang noch ausführlich einzugehen sein wird.

13. Auf Grund ausführlicher Untersuchungen der Cahiers de doléances hat Georges Picot, Histoire des Etats Généraux considérés au point de vue de leur influence sur le gouvernement de la France de 1355 à 1614, 4 vol., Paris 1872, dies für jede einzelne wichtige Ordonnanz umständlich nachgewiesen.

14. Da im 17. Jahrhundert nach Verschwinden der Generalstände die Finanzedikte vor Erhebung der Steuern durch die Parlamente verifiziert wurden, wollte man hieraus schließlich ein Steuerbewilligungsrecht der Parlamente ableiten, das jedoch keineswegs als ursprüngliches Recht des Parlaments angesehen werden darf, sondern erst eine Folge des ständelosen Zustands ist. — Im übrigen hat das älteste Steuerbewilligungsrecht nirgends die Form der Gesetzgebung gehabt; Gesetze werden im Ständestaat zwischen Krone und Ständen vereinbart, die Steuern ursprünglich von den an sich zu ihnen nicht verpflichteten leistungsfähigen Elementen (den Ständen) der Krone im wahrsten Sinne des Wortes bewilligt. Noch Hegel hat bekanntlich in der Geschichtsphilosophie das Budgetrecht der gesetzgebenden Gewalt entziehen wollen, da das Budget jährlich fixiert werde, mithin kein Gesetz sei.

15. Dies betont Spangenberg in seinen gerade für das consilium juratum maßgebenden Forschungen. Vgl. Historische Bibliothek, herausg. von der Redaktion der Historischen Zeitschrift, Bd. 29, Vom Lehnstaat zum Ständestaat. Ein Beitrag zur Entstehung der landständischen Verfassung von Hans Spangenberg, München, Berlin 1912, sowie in gedrängter Form Spangenbergs Aufsatz Landesherrliche Verwaltung, Feudalismus und Ständetum in den deutschen Territorien des 13. bis 15. Jahrhunderts. Historische Zeitschrift, Bd. 103, Heft 3, 1909.

16. Als typisch sei auf die acht „täglichen Räte“ Bayerns verwiesen, die die laufenden Geschäfte führen, denen aber die Mitglieder des weiteren Rates, wenn sie gelegentlich an Beschlüssen mitwirken, gleichberechtigt sind. Ähnliche Differenzierungen vollzogen sich in England (privy council und Kabinett), in Skandinavien (engerer und weiterer Reichsrat), in Rußland (engere und weite Duma) usf.

17. Hans Spangenberg, Vom Lehnstaat zum Ständestaat, S. 72. Auch hierin zeigt sich deutlich der Unterschied zum Reichsrat der nordischen Länder, der zweikammerartigen Vorstufe des späteren Kuriensystems. Der ursprüngliche Pairscharakter des Reichsrats ist übrigens in späteren Einrichtungen noch erkennbar, wie denn auch, was nochmals betont sei, seine Geschichte nicht der der Stände zeitlich parallel läuft, sondern einige Jahrhunderte früher einsetzt.

18. Die Unterscheidung von Hochadel (Herren) und niederem Adel (Vladyken) beruht in Böhmen auf der hier außerordentlich weitgehenden Konzentration des Grundbesitzes, die noch vor der Entstehung des politischen Ständesystems bei Übertragung des Lehnswesens aus Deutschland in der Lehnshierarchie ihren rechtlichen Ausdruck gefunden hat. — Die böhmische Geistlichkeit hatte keine Standschaft, weil es der Krone gelang, wenigstens dem geistlichen Grundbesitz gegenüber ein kräftiges Ober Eigentum zu wahren. Die Klöster gehörten zum königlichen Kammergut und der Klerus hatte daher kein Steuerbewilligungsrecht. Die hussitische Bewegung hat diese Tendenzen eher noch verstärkt. Die Wladislaische Landesordnung 1500 zeigt daher im Vergleich mit der Majestas Carolina keine Verschlechterung der Kronrechte gegenüber dem geistlichen Grundbesitz, während die Entwicklung der weltlichen Herrschaften im Sinne der Schwächung der Kronrechte verlief.

19. Darauf verwies als erster Gierke. Hintze schließt sich ihm an. Den Einwänden Belows: System und Bedeutung der landständischen Verfassung (Territorium und Stadt, Histor. Bibliothek, Bd. 11, 2. Aufl., München, Berlin 1923) gegen Gierkes „Kuriengeographie“ ist leicht zu begegnen. In den von Below angeführten westdeutschen Fällen handelt es sich mehr um Ehrenvorrechte solcher reichsunmittelbarer Herren, die in dem betreffenden Territorium ein einfaches Rittleben innehaben, wegen ihrer Reichsunmittelbarkeit aber oder auch wegen eines hohen Adelstitels eine gewisse Bevorzugung genießen. Solche Ehrenvorrechte begründeten bisweilen dann auch einen zu einer eigenen Kurie konstituierten Herrenstand.

20. Arnold Luschin von Ebengreuth, Handbuch der österreichischen Reichsgeschichte, Bd. I., 2. Aufl., Bamberg 1914. Dieses Handbuch ist überhaupt nicht immer zuverlässig, da es zwar nicht ausdrücklich Falsches behauptet, aber die wünschenswerte Genauigkeit oft vermissen läßt. So hält es zum Beispiel der Verfasser nicht für notwendig, zu erwähnen, daß für das ungarische Unterhaus das imperative Mandat bestand.

21. Man kann sich hiervon leicht aus den Landtagsmatrikeln Kärntens, der Steiermark usf. überzeugen, die stets nach drei Kurien geordnet sind und die „nomina dominorum et militum“ gemeinsam anführen. — Die neueste quellenmäßig gut fundierte und erschöpfende Darstellung von Anton Mell (Grundriß der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Landes Steiermark, herausg. durch die Historische Landeskommission für Steiermark, Graz, Wien, Leipzig 1929/30) betont gleichfalls die Dreikurienteilung, verweist nur leider nicht genügend deutlich auf Belows Irrtum.

22. Auf den Landtagen erschienen Herren wie Ritter *viritim*, auf den Deputiertentagen, die schließlich die alten schwerfälligen Landtage ersetzt haben, waren die Herren und von den Rittern die sogen. Beschlossenen, d. h. die Burgenbesitzer zum persönlichen Erscheinen verpflichtet; die Unbeschlossenen wurden nur kollektiv (durch „*literae patentes*“ statt durch „*literae clausae*“) geladen und waren durch zwei Abgesandte jedes Kreises repräsentiert.

23. Im Stettiner Teil stand den Schloßgesessenen der unmittelbare Verkehr mit dem Hof ohne Vermittlung der Beamten, in Pommern-Wolgast überhaupt nur ein bevorzugter Gerichtsstand zu. Dagegen waren ursprünglich mit der Verleihung von Burgen die Rechte etwa eines französischen Seigneur Justicier verbunden gewesen.

24. So waren auf dem Landtag zu Stettin von 1541 im ganzen 11 Schloßgesessene und 42 Ritter vertreten. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

25. Die Reste der urzeitlich-demokratischen Volksversammlung haben zunächst noch bei den Königswahlen in Dänemark und Schweden — Norwegen war Erbreich — mitgewirkt. In Dänemark ging diese ihre letzte Funktion frühzeitig an die Herrentage über, in Schweden hat die alte Volksversammlung noch bis in die Folkungerzeit mitgewirkt, war aber praktisch bereits damals nicht mehr als eine reine Form. Die Union von Kalmar bedeutete eine starke Machterweiterung der hochadligen Reichsräte der drei Länder, auf die das Recht der Königswahl nunmehr ausschließlich überging. Noch im nachkalmarischen Dänemark hat der Reichsrat bisweilen an Stelle der Stände Steuern bewilligt. — Die Zahl der Reichsräte war gering, namentlich in Dänemark und Norwegen, wo sie 20 kaum erreichte oder gar überschritt. In Schweden war der Reichsrat etwas zahlreicher. Vergleichsweise sei angeführt, daß in England zu dem Parlament von Shrewsbury, das die Angelegenheiten des eroberten Wales zu ordnen hatte, 11 Edw I. (1282, also noch vor dem Model Parliament) 110 weltliche Pairs berufen waren. Im Verlauf des Mittelalters hat sich zugleich mit dem Stetig- und Erblichwerden der Berufungen die Zahl der Oberhausmitglieder allmählich verringert.

B. Vorbetrachtung zur Entwicklungsgeschichte der ständischen Repräsentativverfassung: das Problem des Feudalismus.

1. Otto Hintze, Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung, *Histor. Zeitschr.*, Bd. 143, Heft 1 (1931), S. 28 f.

2. Von Hintze wird der Gesichtspunkt der standeserhöhenden Wirkung des Lehnskontrakts mehrfach betont, u. a. auch an der soeben angeführten Stelle. Es muß jedoch dazu einschränkend erwähnt werden, daß die endgültige Wirkung des Lehnsverhältnisses zwar die einer Standeserhöhung gewesen ist, daß diese standeserhöhende Wirkung aber nicht unbedingt dem Lehnverhältnis von vornherein innewohnt. Im alten Norwegen z. B. wurden die königlichen Vögte als Diener, wenn auch des Königs, von den freien Bauern nicht als ihnen gleichwertig anerkannt, wofür es zahlreiche Beispiele aus der altkandinavischen Literatur gibt.

3. Otto Hintze, Wesen und Verbreitung des Feudalismus, *Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften*, philos.-hist. Kl., XX (1929), S. 323.

4. Ebenda S. 329 f. Hintze unterscheidet (ebenda S. 322) zwei Möglichkeiten des Idealtyps, die zu kombinieren seien: danach bedeutet Feudalismus substantiell und statisch ein in sich zusammenhängendes System von Einrichtungen (Feudalstaat; die drei Faktoren), funktionell und dynamisch eine mehr oder minder sich auswirkende Tendenz, ein typisches Prinzip der Staatsbildung (Feudalismus schlechthin; die drei Bedingungen). Vom Standpunkt der hier vertretenen, weniger statarisch-idealtypischen und mehr entwickelnd-genetischen Geschichtsauffassung sei bemerkt, daß die Verbindung zwischen statischer und dynamischer Sehweise in der von Kurt Breysig gefundenen Kategorie „Geschehen“ erblickt werden kann. — Den drei Faktoren und ihrem jeweiligen Überwiegen entsprechend unterscheidet Hintze, nach Sombarts bekanntem Vorgang, drei Perioden des Feudalismus: den Frühfeudalismus bis Ende des 12. Jahrhunderts, den Hochfeudalismus bis zum 16. oder 17. Jahrhundert und schließlich den Spätfudalismus bis zur Französischen Revolution und der Auflösung der ländlichen Verfassung im 19. Jahrhundert. Dieser Periodenbildung sei hier nicht das Wort geredet, da sie durch allzu lasche, verschwommene Abgrenzungen (politischer Feudalismus bis zum 17., ökonomischer bis zum 19. Jahrhundert!) eher geeignet scheint, die Begriffe zu verwirren, statt sie zu klären.

5. Die Begriffe Altertum, Mittelalter usf. sind im folgenden stets, wo anderes nicht ausdrücklich vermerkt, in der Bedeutung, die ihnen Breysig gegeben hat, und nicht in chronologischem Sinne gebraucht.

6. *Sitz.-Ber.* XX, 323.

7. Ebenda S. 328 f. Vorwegnehmend sei bereits hier bemerkt: in den Fällen großer Flächenstaaten ist diese Tendenz zu neuer Staatenbildung bis zur Auflösung in Lehnfürstentümer fortgeschritten (Vollfeudalismus), in anderen jedoch nur bis zur verwaltungsmäßigen Dezentralisation (abgeschwächter Feudalismus). Diese hier vorgeschlagene Typisierung in

Vollfeudalismus und abgeschwächten Feudalismus hängt, wie man sieht, mit der auch für das Problem der Repräsentativverfassung heranzuziehenden verwaltungsgeschichtlichen Typisierung Hintzes in Staaten bureaukratisch-zentralistischer Verwaltung und solche der Selbstregierung in Kommunalverbänden zusammen, worauf noch ausführlicher einzugehen sein wird.

8. Allererste lose Ansätze zum Feudalismus, aber, wie Hintze mit Recht betont, auch nicht mehr, läßt eine staatsrechtliche Schrift erkennen, die Kautilya, einem Minister des Candragupta (griechisch Sandrokottos) zugeschrieben wird, vgl. Sitz.-Ber. XX 330 f. mit weiteren Literaturangaben.

9. Ebenda S. 330.

10. Diese vorzügliche Definition des Begriffs „Kaste“ gibt Hintze, *Histor. Zeitschr.*, Bd. 143, S. 22 f.

11. Vielfach wird heute angenommen, daß der dravidischen Bevölkerung eine ältere Bevölkerungsschicht des austronesischen Skrachstamms vorangegangen sei.

12. Hierauf führt Max Weber (Wirtschaft und Gesellschaft, im Grundriß der Sozialökonomik, 2. Aufl., Tübingen 1925, III 543 f.) das Fehlen der ständischen Verfassung im Orient zurück. Man wird diese Erklärung eher für das Feudalismus-Problem heranziehen dürfen.

13. Sozialpsychologisch gesehen, beruht die Altertumsstaatsbildung nach einem Wort Kurt Breysigs (Geschichte der Menschheit im Aufriß, Universitätsvorlesung Sommer-Semester 1927) darauf, daß Machtinstinkte an die Stelle der reinen Gewaltinstinkte treten.

14. Diese Mechanik der Aussonderung des Privateigentums ist überall erkennbar, wo uns die urzeitliche Besitzverfassung gut bekannt ist; sie ist z. B. gleichermaßen nachzuweisen in Ungarn, dessen Urzeitverfassung von byzantinischen Quellen ausführlich geschildert wird, und in Japan.

15. Hintze unterscheidet scharf zwischen Imperialismus im Sinne (erstrebter oder erreichter) Weltreichbildung und im modernen Sinne der Zusammenballung gewaltiger „Weltreiche“ (etwa das britische Empire) über die geographisch gegebene nationalstaatliche Basis hinaus, aber ohne jede Präntension, der Weltstaat zu sein, vgl. Staatenbildung und Verfassungsentwicklung. Eine historisch-politische Studie. Historische und politische Aufsätze von Otto Hintze, Bd. 4 (Deutsche Bücherei, Bd. 101), Berlin 1909.

16. Es sei hier darauf verwiesen, daß die Bedeutung der universalistischen Kaiser-Papst-Ideologie für die im Vergleich zum heutigen Menschen weniger bewußtseins- und mehr affektbestimmten Menschen des Mittelalters leicht überschätzt wird. Gewiß bedeutet das Kaisertum einen Prestigegewinn für die deutschen Könige, aber im Grunde genommen waren diese eben doch deutsche Könige und für die anderen Staaten und Völker Europas von keiner größeren Bedeutung, als es den zur Verfügung stehenden Machtmitteln des Reiches entsprach.

17. Sitz.-Ber. XX 346.

18. Vgl. Sitz.-Ber. XX 336. Interessant ist vor allem die innere Verwandtschaft des angelsächsisch-normannischen francplegium mit der Fünferschaft des rein-feudalistischen Japan. — Bezüglich der angelsächsischen Entwicklung sagt Hintze wörtlich: Feudale Herrschaftsmittel hat man allerdings auch hier nicht ganz entbehren können“ und „Die angelsächsische Verfassungsentwicklung zeigt am deutlichsten, wie weit die Entwicklung feudaler Institutionen in einem Stammstaat gelangen kann“.

19. Zur Überschüttungstheorie und den Argumenten für und wider vgl. Otto Hötzsch, Adel und Lehnswesen in Rußland und Polen und ihr Verhältnis zur deutschen Entwicklung, Historische Zeitschrift Bd. 108, Heft 3 (1912). — Das ungarische Wort „nemes“ für „adlig“ bedeutet, wie Heinrich Marczali, Ungarische Verfassungsgeschichte, Tübingen 1910, S. 6, Anm., mitteilt „zum Geschlecht gehörig“.

20. Eigenartigerweise kennt Ungarn jedoch den Begriff der Felonie (Infidelitas), der Polen und Rußland fremd ist.

21. Die Differenzierung in hohen und niederen Adel ist auch hier eingetreten, in Ungarn und im späteren Polen und Rußland in ständisch-korporativer Form (Pairie), im frühen Rußland und Polen durch Zersplitterung in Lehnsfürstentümer, aber sie beruht auf einem anderen Vorgang als die Differenzierung in vasallitischen und ministerialischen Adel.

22. Histor. Zeitschr. Bd. 143, S. 27.

23. Vgl. Sitz.-Ber. XX 335, Histor. Zeitschr. Bd. 143 S. 36.

24. Eine gewisse Analogie zu dem älteren ungarischen Erbrecht (vor der Avitizität) bietet das japanische Erbrecht. Dieses spaltet (im Zusammenhang mit dem Ahnenkult) die Erbfolge in die Erbfolge in die Hausvaterschaft (nach linealem Erbrecht) und in die in das Hausvermögen auf, wobei sippenrechtliche Ansprüche gewohnheitsrechtlich stark zur Geltung kommen (vgl. Tokuzo Fukuda, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Japan, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, 42. Stück, Stuttgart 1900 mit weiteren Literaturangaben). Ein weiterer Beweis dafür, daß weitgehende Erhaltung der urzeitlichen Gentilverfassung und Feudalismus einander nicht widersprechen.

25. Trip. p. III. tit. 29.

26. Denjenigen, dem, schon aus sprachlichen Gründen, die russischen agrargeschichtlichen Quellen nicht zugänglich sind, unterrichtet am raschesten und übersichtlichsten auf Grund guter Quellenpublikationen S. F. Platonov, Der gegenwärtige Stand der Frage nach der Entstehung der Leibeigenschaft. Zeitschrift für osteuropäische Geschichte, Bd. V (1931).

27. Vgl. z. B. Thomas Babington Macaulay, The History of England from the Accession of James II. (10 vol.) zu der Festnahme des Grafen von Argyle, eines der Führer des Monmouth-Aufstandes von 1685, durch einen gewissen Riddell, The works of Lord Macaulay complete. Edited by his sister, Lady Trevelyan. In 8 vol., London 1866, I 436: „Within living memory when a Riddell visited a fair in Argyleshire, he found it necessary to assume a false name“.

28. So William Robertson, *The History of Scotland during the reigns of Queen Mary and of King James VI. till his Accession to the Crown of England*, with a review of the Scottish History previous to that Period, 2 vol., 3. ed., London 1740. Eines jener Werke der älteren englischen Geschichtsschreibung (zu denen man noch Macaulays History rechnen könnte) breitetest deskriptiver Darstellung des eigentlichen Themas, die jedoch in gedrängten Zusammenfassungen (etwa der vorangehenden Periode und gelegentlich auch sonst) allgemeine soziologische Feststellungen von oft staunenswerter Schärfe der Beobachtung treffen.

29. Vgl. James Mackinnon, *The constitutional History of Scotland from early times to the Reformation*, London 1924, S. 98, William Forbes Skene, *Celtic Scotland: a History of ancient Alban*, 3 vol., Edinburgh 1876/80, III 287 f.

30. Außer dem bereits genannten Werk von Tokuzo Fukuda sei auf folgende Japan-Literatur verwiesen, auf die sich auch Hintze bezieht: Karl Rathgen, *Japans Volkswirtschaft und Staatshaushalt*, Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, herausg. von Gustav Schmoller, Bd. 10, Heft 4, Leipzig 1891, sowie K. Asakawa (Professor an der Yale-Universität), *The Documents of Iriki illustrative of the Development of the Feudal Institutions of Japan*, New Haven, London, Oxford 1929, eine Sammlung lokaler Feudaldokumente mit einer ausführlichen kommentierenden Einleitung und einem Schlagwortverzeichnis.

31. Nach dem Vorschlag Asakawas (a. a. O. S. 35) sei als Kirchengut der Besitz buddhistischer Orden (Klosterwesen!), als Tempelgut der Besitz shintoistischer Tempel bezeichnet.

32. Die ältere Form der Immunität ist, und zwar ganz allgemein, diejenige, der Exemption von der unmittelbaren Einwirkung staatlicher Beamter. Hieraus hat sich allermeistens, wenn auch nicht völlig ausnahmslos, später die Übertragung der eigenen Ausübung staatlicher Hoheitsrechte an den Immunitätsinhaber ergeben.

33. Das betont nachdrücklich Hintze, *Histor. Zeitschr.* 143, S. 28 f.

34. Die Gefolgsleute, die Vorstufe der späteren Samurai, erweitern, nach Hintzes eigenen Worten (*Sitz.-Ber.* XX 344 f.) „in patriarchalischer Umformung des alten Geschlechtsverbandes die Familie des Haus- und Grundherrn zu dem sogen. Han (Zaun)“. Der Han ist zweifellos seinem Ursprung nach dasselbe wie der Clan, aber es muß betont werden, daß diese Bedeutung in der späteren Zeit verlorengegangen ist, vgl. Asakawa, *Index*, S. 427 s. v. han: „barony, wrongly translated as ‚clan‘“, *Dokumentensamml.*, S. 339, No. 151, Anm. 3. „Its european parallel ist the ‚feudal state‘ or ‚Territory‘“, ferner „Translation“ S. 35. Vgl. dazu auch das kaiserliche Dekret vom 29. August 1871 (in Übersetzung abgedr. bei Tokudo Fukuda, S. 183): „Die Hans sind beseitigt, statt ihrer werden Provinzen (Ken) errichtet“. Hier bedeutet Han also einfach soviel wie *Daimyat*.

35. Eine voll befriedigende Erklärung für diesen völlig singulären Vorgang, der von jeher in hohem Maße die Aufmerksamkeit der auf das Philosophische und Allgemeine gerichteten Geschichtsschreibung auf sich gelenkt hat, fehlt noch immer. Die Forschungen Montesquieus, Gibbons und Guizots sind bisher kaum überholt worden. In populären Werken findet man meist noch die Auffassung vertreten, Rom sei an der Sklaverei, an dem Fehlen einer naturwissenschaftlich fundierten Technologie und einer wissenschaftlichen Nationalökonomie, die der Neuordnung des Wirtschaftslebens als Grundlage hätte dienen können, zugrunde gegangen. Diese Auslegung geht auf die Symptome, nicht auf die Ursache. Das Fehlen eines technischen Industrialismus im alteuropäischen Kapitalismus ist übrigens nicht die Ursache der Sklaverei-Wirtschaft, sondern ist seinerseits durch sie bedingt. Jede Wissenschaft nimmt ihren Ursprung von praktischen, lebensnahen Bedürfnissen; das haben schon Turgot und Comte gewußt. Sie entfernt sich jedoch immer mehr von diesem ihren Ursprung, verselbständigt sich und wird dem Forscher Selbstzweck. Wer mit der Psychologie der Forschung vertraut ist, weiß, daß im Stadium verselbständigter theoretischer Wissenschaft nur rein theoretische, rein wissenschaftliche Fragestellungen die Wissenschaft weiterführen können. In diesem Sinne kann man sagen, daß unsere gesamte Technik samt der sie begründenden Technologie ein Nebenprodukt der klassischen Physik und der höheren Analysis ist. Da der antiken Sklaverei-Wirtschaft billige Arbeitskräfte ausreichend zur Verfügung standen, der ökonomische Antrieb mithin fehlt, kann es nicht Wunder nehmen, daß die alteuropäischen Völker keine angewandte Naturwissenschaft — die reine Mechanik und Chemie sind ja in alexandrinischer Zeit (Hero u. u.) mit Erfolg gepflegt worden — ausgebildet haben. — Das Problem des Untergangs der Antike ist ein biologisches und muß von dieser Seite her gelöst werden. Die Lebenskraft dieser Völker war so stark erlahmt, daß es ihnen nicht mehr möglich war, die durch die bisherige Entwicklung geforderten neuen Lebensformen — wie sie, in ähnlicher Lage, unsere Völker jetzt zu suchen beginnen und, wenn nicht alles täuscht, finden werden — auszubilden. Sie mußten daher zu den alten abgelegten und abgelebten mittelalterlichen Lebensformen zurückkehren, zu Formen, deren starrer Zwang und deren Gebundenheit entwicklungsspäten Menschen, Menschen stärkerer Bewußtheit und schwächeren Affektlebens, aber größerer seelisch-geistiger Differenziertheit, einfach unerträglich gewesen sein müssen. An diesem Zwang und an dieser Spannung, nicht an den Germaneneinfällen, ist Rom zugrunde gegangen. Die Ursachen dieses Versagens der Lebenskraft werden ohne Beihilfe seitens der Biologie kaum zu klären sein; daß aber von dieser Seite die Lösung erwartet werden muß, geht u. a. auch aus der Bedeutung hervor, die die bevölkerungspolitische Frage für dieses Problem gehabt hat, ebenso auch aus der dem antiken Menschen ganz natürlichen Perversion des Sexuallebens. Daß die gleichgeschlechtliche Liebe, die für das Gefühl des modernen Menschen mit dem Makel, wenn nicht des Lasterhaften, so doch mindestens des äußerst Widerwärtigen behaftet ist, einem

Plato als die einzig mögliche Form seelisch gesteigerten Trieblebens erscheinen konnte, spricht deutlicher als ganze Bände es vermöchten. Dies sowie die bevölkerungspolitischen Verfallserscheinungen (Ehe- und Kinderlosigkeit, die mit der Sklaverei verbundene, uns nahezu unvorstellbare, Verbreitung der Prostitution), die die von an sich gesunden Erwägungen getragene kaiserliche Gesetzgebung Roms vergeblich zu bekämpfen gesucht hat, weisen letztthin auf ein Zentralproblem hin: auf die unwürdige Stellung, die der Frau bei den alteuropäischen Völkern zukam. (Einzig die beweglicheren Griechen haben in Perikleischer Zeit erste, wenn auch schwache Versuche zu ihrer Überwindung gemacht.) Hierin haben die Alteuropäer ihre geistig-seelische Unterlegenheit gegenüber unseren Völkern bewiesen.

36. Hintze, Sitz.-Ber. XX 330. Man vgl. jedoch über den Ursprung des byzantinischen Adels Heinrich Gelzer, *Byzantinische Kulturgeschichte*, Tübingen 1909, Charles Diehl, *Histoire de l'Empire Byzantin*, Paris 1920, und Byzance, Grandeur et Décandence, Paris 1919. Über den Ursprung des Adels bei den Südslaven (und die Ansätze zu einer zweikammerartigen Repräsentativverfassung [Magnum Consilium] bei ihnen) vgl. Constantin Jiriček, *Staat und Gesellschaft im mittelalterlichen Serbien*. Studien zur Kulturgeschichte des 13. bis 15. Jahrhunderts, Denkschriften der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Kl. Bd. 56, Wien 1913, Bd. 64, Wien 1920. Über das Lehnswesen der Islamstaaten nach dem iktaa-System vgl. Carl Heinrich Becker, *Steuerpacht und Lehnswesen* (1914), abgedr. *Vom Werden und Wesen der islamischen Welt*. Islamstudien, Bd. I, Leipzig 1924, Nr. 9.

37. Am klarsten hat diesen Vorgang Diehl geschildert; vgl. jedoch auch Heinrich Gelzer, *Die Genesis der byzantinischen Themenverfassung*, Abhandlungen der Königl. Sächsischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Kl., Bd. 18, Leipzig 1899.

38. Das vollfeudalistische Japan ist zwar kein flächengroßer Staat; hier hat jedoch die Zersplitterung in zahlreiche kleinere Inseln die gleiche auflösende Wirkung wie sonst die Flächengröße gehabt. Entsprechendes gilt für das langgestreckte Stromland Ägypten.

39. In Rußland steht die Ausbildung der kommunalen Selbstregierungsverbände deutlich im Zusammenhang mit der „Sammlung der russischen Erde“: die Gubenverwaltung ist, ebenso wie der zemskij Sobor, ein Werk Ivans IV. Wenn die Selbstverwaltung auch von dem neuen Despotismus bald wieder überrannt worden ist: in bescheidenen Grenzen hat sie sich doch durch alle Epochen des zaristischen Rußland gehalten: die Selbstverwaltung des Kreisadels in den sogen. Semstvos ist selbst unter Alexander III. nicht völlig unterdrückt worden. Sie hat vielfach den Ausgangs- und Sammlungspunkt der liberalen Opposition abgegeben.

40. Kurt Breysig, *Die sociale Entwicklung der führenden Völker Europas in der neueren und neuesten Zeit*. Ein Versuch. Schmollers Jahrbuch, Neue Folge, Bd. 20 (1896) bis 23 (1899) (V.: Socialgeschichtliche und sociologische Würdigung der Epoche von 1500), Bd. 21, S. 1336.

41. So mußten (Robertson I 17 Anm.) noch 1561 zum Schutze eines königlichen Richters und zur Durchführung seiner Entscheidungen die Einwohner von nicht weniger als 11 Grafschaften aufgeboten werden.

42. Poynings Law entzog dem irischen Parlament die Initiative, das fortan die Vorschläge des Londoner Privy Council nur en bloc annehmen oder verwerfen konnte.

43. Infolge der Bürgerkriege und der allgemeinen Rechtsunsicherheit kam diesen Einungen eine ganz andere Bedeutung als den in Aragon gleichfalls vorhandenen Hermandades der Städte zu. Ernsthafte Konflikte zwischen Adel und Bürgertum hat es in Aragonien nicht gegeben. — Von diesen älteren kastilischen Hermandades ist die Santa Hermandad von 1475 zu unterscheiden. Sie wurde 1498 im Sinne des neu heraufkommenden absoluten Staates in eine staatliche Zwangseinung umgebildet, die der Krone im Kampf gegen den Adel umfassende Machtmittel an die Hand gab. Ihre Polizei-Organisation ist die Vorläuferin der späteren Guardia Civil, die ja bis in die jüngste Zeit nicht ohne politischen Einfluß geblieben ist.

44. Zetweise bestanden die Cortes nur aus den Städteprokuratoren und den Mitgliedern des königlichen Rates. So waren 1299 und 1301 keine Prälaten, 1370, 1373, 1480 und 1505 überhaupt keine Angehörigen der beiden bevorrechtigten Stände berufen. Henry Hallam, *View of the State of Europe during the middle ages*, 2 vol., London 1818, 10. ed. 3 vol., London 1853, stellt diese Fälle im einzelnen zusammen. — Eine ähnliche Abbiegung ursprünglicher Kurientendenzen (bäuerlicher Vierkurientendenzen) zu einem unvollständigen oberhauslosen Zweikammersystem zeigt Vorarlberg; doch kann auf die Sonderbedingungen dieses Zwergterritoriums im Rahmen dieser Untersuchung nicht eingegangen werden.

45. Man vgl. hierzu die abweichende Erklärung Hintzes (*Histor.-Zeitschr.* Bd. 143, S. 37) für die geringe Bedeutung der ungarischen und polnischen Städte im Unterhaus. Er verweist darauf, daß die Städte im Osten nicht bodenständig, sondern durch Fremdkolonisation übertragen sind. Man muß diesem Umstand zur Erklärung dieser Abweichung weitgehend Rechnung tragen, wird aber die obige Erklärung gleichfalls heranziehen dürfen. Zwei Wirkungen in gleicher Richtung haben sich hier eben verstärkt. Weniger Gewicht wird man auf die von Hintze im gleichen Zusammenhang berufene Bedeutung der Immunitäten für die städtische Entwicklung legen dürfen, denn die Selbständigkeit der Städte war ja im Osten sehr viel größer als in England.

46. Beispiele für das Gesagte enthalten Palgraves *Parliamentary Writs* zur Genüge.

47. Der u. a. auch darin zum Ausdruck kommt, daß Eduard III. seinen zahlreichen Söhnen keine Apanagen, sondern nur den für sie neu geschaffenen Herzogstitel verlieh, von denen der eines Herzogs von Clarence nicht einmal nach einer englischen Landschaft benannt ist.

48. Mit Ausnahme der Geistlichkeit und ihrer vergeblich bekämpften Sonderprivilegien und Sondervertretung. Auf konkurrierende Gewalten im System des mittelalterlichen Parlamentarismus wird in späterem Zusammenhang ausführlich einzugehen sein.

49. Die Entfeudalisierung der Gerichtsverfassung vollzieht sich teils durch die Gesetzgebung (*Statute of quo warranto* 1278), vor allem aber durch kräftige Geltendmachung des königlichen Evokationsrechtes. Aus dem königlichen Recht, jeden Prozeß vor das Forum der Krone zu ziehen oder an einen Spezialrichter zu delegieren, das zunächst in fiskalischer Willkür geübt wurde, entwickelte sich ein richtiger Instanzenzug, dessen Rechtsmittel (*Writ of error*) sowohl der Appellation wie der Revision entspricht. Das feudale Recht kennt nur die Berufung wegen Rechtsverweigerung oder wegen Rechtsverletzung, aber, bezeichnend genug, ist das Rechtsmittel der Berufung etwas Außergewöhnliches; die erfolgreiche Berufung des Vasallen an den Lehnsherrn seines Lehnsherrn hat die Lösung des Lehnverhältnisses zur Folge.

50. *Observantias IX fol 41 b*: „et etiam si opus erat illos occidere fame ac siti ac captionibus“, während das Feudalrecht sonst allgemein die genannten Rekursmöglichkeiten kennt.

51. Vgl. Kurt Breysig, *Die sociale Entwicklung der führenden Völker Europas* (Staat und Stände Frankreichs in dem Jahrhundert der Bürgerkriege), *Schmollers Jahrbuch*, N.F., Bd. 23 (1899), S. 227.

52. So fügte er sich ohne weiteres, als das Unterhaus 1532 einen Gesetzesvorschlag der Krone verwarf. Im vierten Jahr seiner Regierung wurde, in dem berühmten Fall Strode, auf Antrag des Unterhauses mit königlicher Sanktion die Immunität der Parlamentsmitglieder gesetzlich festgelegt, vgl. *Statutes of the Realm*, Bd. III, S. 53.

53. Thomas Babington Macaulay, *Burleigh and his times* (Apr. 1832).

54. Leopold von Ranke, *Über die Epochen, der neueren Geschichte*. 19 Vorträge, gehalten vor König Maximilian von Bayern, herausg. von Alfred Dove †, 8. Aufl., München, Leipzig 1921, S. 113.

55. Von den geistlichen oder weltlichen Körperschaften hatten das Recht zu ungerufenem Erscheinen alle diejenigen, die nachweisen konnten, früher irgendwann einmal zu den Cortes berufen worden zu sein.

56. So in den Kriegen mit Kastilien während der Abwesenheit Alfonsos V. (1416—1458) in Neapel.

57. Neben dem *Justicia mayor* steht der Regente *la governacion general* oder kurzweg *Governador*, der die dem König persönlich zustehende Gerichtsbarkeit — welche aus staatspädagogischen Gründen gewöhnlich dem Kronprinzen übertragen wurde — ausübt. Gleichermassen finden wir in Ungarn neben dem Palatin, *comes palatii*, den *personalis regis presentiae locumtenens* oder *Personal*.

58. Das ist der Ursprung der ungarischen Grafenwürde, die nicht etwa auf die Komitatsverfassung, sondern auf den Blutbann, das *jus liberi comitatus*, *jus gladii* zurückgeht.

59. Die vier adligen Grundrechte sind nach Werböczy (Trip. tit. 9, p. 1, daher *primae nonus*) außer dem Widerstandsrecht, das erst 1687 formell beseitigt worden ist, das Recht der persönlichen Freiheit, das der unmittelbaren Abhängigkeit von der Heiligen Krone und die Freiheit von den Untertanenlasten. Eigenartigerweise vergißt das Tripartitum das jedem Adligen zustehende Recht der grundherrlichen Gewalt bei der Aufzählung der den Adel auszeichnenden Rechte.

60. Um einem naheliegenden Irrtum vorzubeugen, sei nochmals betont, daß die Adelsbildung als solche in Ungarn wie anderwärts ein Vorgang sozialer Arbeitsteilung ist. Daß diese mit dem hier als „Überschüttung“ bezeichneten Vorgang zusammengeht und weitgehend mit ihm sich deckt, ändert nichts an der grundsätzlichen Mechanik der Adelsbildung, die für Ungarn ebenso wie für andere Länder gilt. Wohl aber war jene Verknüpfung zweier an sich auseinander zu haltender Vorgänge entscheidend für die Ausbildung der massenindividualistischen Tendenz im ungarischen Verfassungsleben.

61. Das polnische Parlament übte Rechte, die über die des englischen Parlaments und der aragonischen Cortes weit hinausgehen. Ihm stand nicht nur Gesetzgebung und Steuerbewilligung im vollen Umfang zu, sondern seit 1573 war die Krone vollständig an die Mitwirkung eines vom jeweiligen Reichstag zu wählenden Senats-Ausschusses der sogen. Residenten gebunden. — Das ungarische Parlament hätte anscheinend ebenso volle Kontrolle der Staatsfinanzen erreichen können, wenn die Türkenzeit die konstitutionelle Entwicklung nicht unterbrochen hätte. Vermutlich wäre jedoch der Habsburgische Absolutismus auch über diese Schranke ohne entscheidende Schwierigkeit hinweggekommen.

C. Die Entwicklungsgeschichte der ständischen Repräsentativverfassung.

1. Histor. Zeitschr. Bd. 143, S. 7 f. In dem Unterschied zwischen den naturrechtlich modernen, abstrakten Grundrechten und den mehr auf die jeweilig gegebenen Umstände gerichteten Privilegienrechte kommt der Gegensatz zwischen mittelalterlichen und neuzeitlichen, bewußtseinsstärkeren und affektschwächeren Menschen recht zur Geltung.

2. Die diesbezüglichen Untersuchungen Georges Picots für Frankreich sind bereits im ersten Kapitel erwähnt worden. Auch die russische Forschung hat den weitgehenden Einfluß der Sobor-Petitionen und -Instruktionen für die großen mit Hilfe der Stände durchgeführten Gesetzgebungen, wie die von 1648/49 festgestellt. 1649 haben diejenigen Abgeordneten, deren Petitionen nicht berücksichtigt worden waren, Schutzbriefe gegenüber ihren Wählern erbeten und erhalten. Das schottische Parlament hat sich gleichfalls in der Gesetzgebung betätigt. Das große Gesetzbuch Alfons' X. von Kastilien ist zwar nicht ständischer Initiative entsprungen, aber den Cortes vorgelegt und von ihnen gebilligt worden.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. — Aber es darf natürlich auch nicht übersehen werden, daß gegen die Aufhebung der unter Mitwirkung der Stände getroffenen Maßnahmen unter anderen Umständen durch Dekret eine wirksame Garantie nur der Unterschied der verschiedenen Begründungsformen bot, wie es das Beispiel der alsbald wieder kassierten großen Reform-Ordonnanz der *Etats Généraux* aus der Zeit der *Armagnacen-Unruhen*, der *Ordonnance Cabochienne* von 1413, lehrt.

3. Die französischen Notabeln z. B. besaßen zum Unterschied von den Ständen das Steuerbewilligungsrecht nicht. Das schottische *General Council* hinwiederum war nicht nur für die Gesetzgebung, sondern selbst für Steuerbewilligungen zuständig, besaß aber nicht die Stellung eines obersten Gerichtes.

4. Es haben die Regenten in Irland in den Anfängen der parlamentarischen Institutionen noch häufig mit den Landschaften gesondert verhandelt, so der *Justiciar* Sir John Wogan (1295—1307; 1309—1312), der Begründer des irischen Parlamentarismus; ja, 1300 verwies ihn das Parlament selbst auf diesen Weg.

5. Vgl. z. B. die klaren und auf exakteste Quellenuntersuchungen gestützten Ausführungen von Henri Hervieu, *Recherches sur les premiers états généraux et les assemblées représentatives pendant la première moitié du XIV. siècle*, Paris 1879.

6. Während der sogen. Freiheitszeit hat die Partei der Mützen (grob gesprochen die schwedische Whigpartei) das sogen. Prinzipalat, d. h. das imperative Mandat (Bindung der Abgeordneten an die Aufträge ihrer „Prinzipale“, der Wähler) auf ihr Programm gesetzt, ist aber damit nicht durchgedrungen.

7. Wenn der Grundherr über die Leistungen seiner Hörigen verfügt, so könnte man hierin die Ausübung eines Herrschaftsrechts, nicht einer Vertretungsbefugnis erblicken. Diese Konstruktion würde jedoch fehlerhaft sein. Mag bei dieser Form der Repräsentation auch mitgesprochen haben, daß der Grundherr über die wirtschaftliche Leistungskraft seiner Hörigen als über sein Eigentum zu verfügen hat, Repräsentation und nicht Ausübung eines Herrschaftsrechts liegt doch dann vor, wenn die Leistungen des Hörigen an den Grundherrn normiert sind, von den Bewilligungen also unabhängig bleiben, und ebenso bei den zahlreichen halb- oder auch ganzfreien Bevölkerungskreisen, die keine eigene Landtagsfähigkeit haben. Der Versuch Wilhelms Schiefers (*Der Repräsentantencharakter der deutschen Landstände*. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung, vornehmlich für das Mittelalter. Bonner Dissertation 1913, abgedr.: *Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst*, Heft 32) den Landständen den Repräsentativcharakter abzusprechen und in ihnen lediglich Mitherrn des Landesherrn zu sehen, ist eingehend von Felix Rachfahl (*Waren die Landstände eine Landesvertretung?* Schmollers Jahrbuch, Neue Folge Bd. 40, Heft 3, 1916) widerlegt worden, der Schiefer sowohl Ungenauigkeiten in der staatsrechtlichen Begriffsbildung wie in der Interpretation von Urkunden nachweist. Vgl. auch Belows Be-

sprechung der Schieferschen Dissertation in der Historischen Zeitschrift, Bd. 114, Heft 2, 1915. — Für die Formenlehre der mittelalterlichen Repräsentation ist auf Rachfahls Aufsätze: Der dualistische Ständestaat in Deutschland und Alte und Neue Landesvertretung in Deutschland (Schmollers Jahrbuch Neue Folge, Bd. 26, Heft 3, 1902 und Bd. 33, Heft 1, 1909) zu verweisen, die von allgemeiner Bedeutung sind.

8. Schon im Mittelalter setzt sich die Wahl der Etats Généraux durch die provinziellen Stände durch. Für diese letzteren galt meistens das Virilprinzip unbeschränkt.

9. So erscheinen z. B. in Jülich nur die Burgenbesitzer, in Geldern die Bannerherren, in Welschflandern die seigneurs justiciers.

10. In Rußland galt auch hier zunächst die Berufung durch den Landesherrn, im 17. Jahrhundert setzt sich das Wahlprinzip durch.

11. Ein Mittel für die Regierung, den Kleinadel (dem es daher nur erwünscht sein konnte, wenn er an anderen Ständen Rückhalt fand) gefügig zu machen, falls kein Virilprinzip besteht. Ausdrückliche Berufung verpflichtet zum Erscheinen, ihr Nichtbefolgen ist unter Umständen Felonie. Die Abwesenden waren daher zufrieden, wenn ihre Zustimmung fingiert wurde, da sie sonst bußfällig geworden wären.

12. Auch das Eindringen der Zünfte in die Stadtverwaltungen auf Kosten des Patriziats kann an dieser Tendenz nicht irre machen; denn die Zünfte bezeigten eine plutokratische Exklusivität und gerieten sehr bald in den gleichen Gegensatz zu den ärmeren Schichten der gewerblichen Bevölkerung (Gesellen usw.), den sie mit dem Patriziat ausgefochten hatten oder noch ausfochten. — Im übrigen ist die Bedeutung der Zünfte für die Stadtverfassungen sehr verschieden gewesen; in England, Schottland, Skandinavien haben sie nie großen Einfluß genommen, ebenso waren sie in Aragon von städtischen Ämtern ausgeschlossen. Für Mitteleuropa haben die jüngsten Forschungen von Rörig keinen Zweifel daran gelassen, daß die Bedeutung der Zünfte für das Stadtleben überschätzt worden ist und daß der wirtschaftliche Schwerpunkt wenigstens der größeren Städte im Fernhandel zu suchen war. Das wirtschaftsgeschichtliche Bild, das Below u. a. vom mittelalterlichen Stadtleben entworfen haben und das mit dem Schlagwort „geschlossene Stadtwirtschaft“ gekennzeichnet werden kann, muß seit den Veröffentlichungen Rörigs aufgegeben oder mindestens stark modifiziert werden.

13. Die übliche Formel in den Wahlprotokollen ist hier „le maire et les échevins“. Auch der Kreis derer, auf die die Wahl fiel, war eng begrenzt, Hervieu, a. a. O., S. 51: „C'est à peine, si l'on rencontre parfois un marchand élu procureur“. Hervieu hat in dem genannten Werk, das quellenmäßig bestfundierte, Beispiele recht oligarchischer Städtewahlen zusammengestellt, bei denen oft nur 20 oder noch sehr viel weniger Bürger mitwirkten. In Excideuil war es 1308 gar nur ein einziger Bürger, der dann seinen eigenen Bruder delegierte. — Für die Ernennung von Abgeordneten englischer Städte durch die Balliven enthalten die Parliamentary Writs zwei Protokolle für Nottingham (II, II, 272 und 305: „bal-

livi... qui... ipsi eligerunt“). In Lynne wurden von 1375 bis 1394, also innerhalb von 19 Jahren, 13 Wahlen durch ein Komitee von 12 Stadt-oligarchen vollzogen. Hatschek Englische Verfassungsgeschichte bis zum Regierungsantritt der Königin Victoria, München, Berlin 1913, Meineckes und Belows Handbuch III, 4, führt (S. 267 ff.) noch weitere Beispiele an.

14. F. W. Maitland, The Constitutional History of England, Cambridge 1908, S. 90.

15. Gneist, Englische Verfassungsgeschichte und Rieß in der berufenen Abhandlung (Geschichte des Wahlrechts zum englischen Parlament im Mittelalter, Leipzig 1885) stellen zahlreiche Beispiele zusammen. Das Verdienst der Rieß'schen Abhandlung darf man wohl hauptsächlich in der Untersuchung der städtischen Wahlen erblicken; daneben hat er auch die Vorgänge bei den Grafschaftswahlen aufgehehlt. Dagegen wird man ihm nicht beipflichten dürfen, wenn er die Bedeutung des mittelalterlichen englischen parlamentarischen Systems zu verkleinern sucht. Auch seine Ansicht über das County Court erscheint durch Maitland und Hatschek zugunsten der älteren Gneistschen Auffassung widerlegt. — Betreffs der Städtewahlen hatte Gneist (Verfassungsgeschichte, S. 385 f.) angenommen, die formelle Wahl sei im County Court erfolgt, gestützt auf die Tatsache, daß der Sheriff der Kanzlei im selben Return die Namen der Grafschaftsritter und der Städteabgeordneten einberichtet. Er nahm jedoch ebenso wie Stubbs an, daß in den Städten mit geordneter Stadtverfassung eine eigentliche Wahl vorangegangen sei. Demgegenüber verweist Rieß auf den Wortlaut der Returns („ballivi [scil. civitatis] responderunt“ u. ä.). Gneist hat sich in der 2. Auflage des „Englischen Parlaments in tausendjährigen Wandlungen“, Berlin 1887, Rieß hierin angeschlossen. — Die großen Städte, zunächst London, dann auch Bristol und York, später Newcastle, Norwich, Lincoln, Hull, Southampton, Nottingham, Coventry und Canterbury bildeten eine eigene Grafschaft und erhielten direkte Ladungen ohne Vermittlung selbst des Sheriffs. Hier war ein Nichtbefolgen der Ladung weder möglich noch vermutlich je beabsichtigt.

16. Von den Beschränkungen des Wahlgesetzes blieb für die Konventswahlen nur diejenige in Geltung, die die Hausbediensteten vom Wahlrecht ausschloß. Aber das Dienstverhältnis beruhte ja auf freiem Arbeitsvertrag, mithin war, rein juristisch gesehen, der Dienstvertrag mit einem freiwilligen Verzicht auf das Wahlrecht verbunden.

17. Otto Hintze, Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes, Histor. Zeitschr. Bd. 141, Heft 2 (1929), S. 230.

18 und 18a. Ebenda, Bd. 141, S. 232.

19. Hatschek, a. a. O. S. 209 ff.

20. Histor. Zeitschr. -Bd. 143, S. 18.

21. Ebenda, Bd. 143, S. 8 f.

22. Gegenüber der Ableitung des Ständestaates nach Kasers historischem Gesetz — besser hieße es hier soziologisches Gesetz —, „daß wirtschaftliche und soziale Bedeutung sich immer und überall bei passender

Gelegenheit (sic!) in politische Kraft umsetzen“ (Kurt Kaser, *Der deutsche Ständestaat, Zeitfragen aus dem Gebiete der Soziologie*, 2. Reihe, 2. Heft, Graz, Wien, Leipzig 1923, S. 23) wäre zu fragen: warum dann keine ständische Verfassung etwa in Japan, der Türkei? Vor allem aber: Umsetzung in politische Kraft bedingt noch nicht verfassungsrechtliche Ausdrucksformen, wie etwa das Beispiel großkapitalistischer Unternehmer lehrt.

23. Typisch für diese Entwicklung ist die jahrhunderte alte Geschichte des nordischen Reichsrats, auf die für diesen Zusammenhang hier bereits verwiesen worden ist.

24. Zahlreiche Beispiele hierfür bieten die deutschen Territorien, Bayern, Tirol und viele andere. Die ständische Verfassung Mecklenburgs beruhte auf der Union der Stände von 1523. Die von Gierke aufgebaute Einungstheorie, die von Rachfahl, Spangenberg und namentlich von Below bekämpft worden ist, wird von Hintze im wesentlichen anerkannt, vgl. *Histor. Zeitschr.*, Bd. 143, S. 38. Den schlagendsten Beweis für sie scheint Luschin von Ebengreuth zu liefern. Dieser verwahrt sich in dem bereits angeführten „Handbuch“ gegen die Gleichsetzung von Landständen und Einungen (S. 210) mit Berufung auf die drei genannten Gegner der Einungstheorie, erblickt jedoch im Einungswesen den Ursprung der späteren fest organisierten landständischen Verfassung. Weist er doch nach, daß in den österreichischen Territorien die Ritterschaft die Landtagsfähigkeit durch Ritterbündnisse erzwungen habe (S. 216). In England und in Ungarn ist das Unterhaus zwar nicht eigentlich durch die durch ständisches Einvernehmen erreichten Grundgesetze, die Magna Charta bzw. die Goldene Bulle, geschaffen worden, seine Entstehung hängt jedoch mit den Bestrebungen zusammen, das in jenen Gesetzen zugestandene Steuerbewilligungsrecht wirksam zu organisieren. Gewillkürte Einungen der Stände fehlen in Kastilien, in Schottland und auch in Skandinavien, dessen Ständetum vom reichsrätlichen Hochadel getragen wird. Die französischen *Etats Généraux* sind zwar ein Werk der Krone, haben aber im Hundertjährigen Krieg wenigstens vorübergehend geradezu revolutionäre Einungen geschlossen. Dem russischen *zemskij Sobor* ist das Einungswesen so gut wie völlig fremd. Höchstens in der Zeit der Wirren kann man schwache Ansätze zu ihm finden. Von der russischen Entwicklung dürfen wir jedoch absehen, da die russische Geschichte eine fortlaufende Kette von Beeinflussungen und Störungen ist, die letzthin wiederum mit dem Tatareneinbruch zusammenhängen. Durch diesen wurde das russische Altertum, das gerade erst begonnen hatte, überwunden zu werden (Teilfürstenzeit!) künstlich erneuert und verlängert. Als Rußland das Tatarenjoch abschüttelte, geriet es sofort wieder unter den Einfluß des entwicklungsreiferen Westeuropas (Ivan IV.: Renaissance; Peter der Gr. und Katharina die Gr.: Absolutismus). In dem zaristischen Absolutismus, dessen Beginn eigenartigerweise infolge dieser Konstellationen mit der ständischen Periode zusammenfällt, kann man Nachwirkungen sowohl des Tatarismus wie des in Rußland barbarisierten neuzeitlichen Absolutismus erblicken.

25. Die Gegner der Einungstheorie (Spangenberg, Rachfahl und vor allem Below) gehen anscheinend zu weit, wenn sie, wie Spangenberg, diese in der Neuzeit erfolgte Umbildung der älteren gewillkürten zu staatlichen Einungen dahin umdeuten, daß die landständische Verfassung überhaupt ein Werk der landesherrlichen Gewalt sei. In seinem Werk, *Vom Lehnstaat zum Ständestaat*, sagt Spangenberg S. 116: „Die Entstehung der landständischen Verfassung setzt ein Erstarken des Fürstentums voraus“ und S. 147: „Die landständische Korporation als rechtlich anerkannte Korporation des Landes ist somit... nicht ein Werk der in freier Einung verbundenen Stände, sondern eine Schöpfung der Landesobrigkeit gewesen“. Aber hier ist der Ton auf „rechtlich anerkannt“ zu legen; gewiß, ihre rechtliche Grundlage erhält die ständische Verfassung durch Willenserklärungen des Landesherrn (Privilegien usw.), aber die tatsächlichen Machtverhältnisse haben diese Privilegierungen erzwungen. Auf Grund der Gesamtheit der ständegeschichtlichen Beobachtungen kann man unbedenklich verallgemeinern, was Felix Rachfahl (*Die Organisation der Gesamtstaatsverwaltung Schlesiens vor dem dreißigjährigen Kriege*, Staats- u. socialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von Gustav Schmoller, Bd. 13, Heft 1, Leipzig 1894, S. 95, Anm. 2) über die Entstehung des schlesischen Generallandtags sagt: „Hervorgegangen ist... der schlesische Fürstentag aus den gewillkürten... Genossenschaften der „Fürsten und Stände“; seine Schöpfung als eines Instituts der Verfassung verdankt er jedoch dem Königtum“. Spangenberg macht aus einer Periodisierung der landständischen Verfassung (mittelalterliches, mehr genossenschaftliches und neuzeitlich-rationales Zwangseinungs-Ständetum) eine verengernde Definition, für welche Verengerung kein sachlicher Grund vorliegt. Es ist nicht dasselbe, zu behaupten, die landständische Verfassung der neueren Zeit sei ein Produkt des Fürstentums und ihre Entstehung — wohlgemerkt, nicht etwa ihre erneute Rückbildung in Zwangseinungen — sei ein Erfolg des Fürstentums gewesen (a. a. O. S. 191 f.) oder einfach festzustellen, daß Landeshoheit und landständische Verfassung sich gleichzeitig entwickelt haben (a. a. O. 116). Gewiß, vielfach hat das neu erstarkte Fürstentum den Sondergeist der Stände, auch den territorialen, durch Zwangseinungen erst überwinden müssen. Viele deutsche Territorien etwa sind erst gegen 1500 zu einheitlichen Landschaften verschmolzen, die Landtage der Teilgebiete oft gegen den Willen der Stände, durch Generallandtage ersetzt worden und auch darin wird man Spangenberg im großen ganzen beipflichten dürfen, daß der neuzeitliche Ständestaat, da er den Staatsgedanken und den Begriff des allgemeinen Landesinteresses den ständischen Sonderinteressen entgegensetzt, im Sinne modernen Staatsdenkens erzieherisch gewirkt hat (a. a. O. S. 192). Man darf aber ebensowenig vergessen, daß häufig genug auch die Stände dynastischen Sonderbestrebungen gegenüber den Staatsgedanken und die Einheit des Landes vertreten haben. Spangenberg gerät mit sich selbst in Widerspruch, wenn er etwa bei der Schilderung der bayrischen Ständeentwicklung ausführt, daß „die Bildung ständischer Verfassungsformen in den

Teilfürstentümern längst vor Entstehung einer Generallandschaft“ eingesetzt habe (a. a. O. S. 176). Ebenso hat er, seiner Konstruktion zuliebe, die Union der Mecklenburger Stände von 1523, die zugleich die territoriale Einheit und die ständische Verfassung sichern sollte und gesichert hat, als einen Rückfall in älteren Formen und als eine Unterbrechung der landständischen Entwicklung betrachtet (a. a. O. S. 165).

26. Die Unveräußerlichkeit der Domänen galt geradezu als ein Grundrecht der Nation. Die Ordonnance Cabochienne (26. März 1413) legte diesen Grundsatz von neuem fest und kassierte alle bisherigen Veräußerungen mit Ausnahme der Apanagen, vgl. auch Picot, a. a. O. S. 284.

27. Der entscheidende Art. 6 der Confirmatio Chartarum (The Statutes of the Realm I 123) gewährt das Steuerbewilligungsrecht „as Ercevesques, Evesques, Abbes, Priurs e as autres gentz de seinte eglise, e as Contes e Barons e a tote la communauté de la terre“.

28. Die Berufung des Klerus ins Unterhaus wurde pro forma noch bis ins 15. Jahrhundert fortgesetzt, noch länger hat sie sich in Irland gehalten. Da jedoch die Vertreter des Klerus überhaupt nur gelegentlich, und auch dann nur ohne an der Debatte teilzunehmen, erschienen sind, wird die Ladungsformel „ad faciendum et consentiendum“ seit 1377 in „ad consentiendum“ abgeändert. Immerhin zählt noch der Modus tenendi Parlamentum — eine staatsrechtliche Schrift aus der Kanzlei Richards II. auch mit programmatischen Absichten — unter den Bestandteilen des Unterhauses an erster Stelle die „procuratores cleri“, danach die „milites comitatum“ und die „cives atque burgenses“ auf.

29. So wurde in Frankreich 1215 den Bürgerlichen die Wahl zwischen persönlichem Heeresdienst oder Loskauf (aide de l'ost) gestellt. Aber diese steuerliche Bevorzugung des im Heere dienenden Bürgerlichen galt diesem nur einmalig und persönlich, während der Adel als Stand eximiert war.

30. Vgl. außer Gneist und Hatschek Kurt Breysig, Die sociale Entwicklung der führenden Völker Europas, Schmollers Jahrbuch, N.F. Bd. 21 (1897), S. 1290 ff.

31. Die Taille war eine Grundsteuer, die nur auf den bürgerlichen und hörigen Laien lastete. Adel und Geistlichkeit waren nicht „taillables“. Man unterschied jedoch von der Taille personnelle die in einigen Landschaften erhobene weniger gehässige Taille réelle, welche auf dem Grundstück, nicht auf der Person lastete und daher auch von einem Adligen für ein etwa ihm gehörendes bürgerliches Grundstück (und umgekehrt nicht) erhoben wurde. — Da die Besteuerung auch die Lehnfürstentümer erfaßte (außerordentliche Einnahme!), konnte sich die steuerliche Bezirkseinteilung nicht an die königlichen Amtsbezirke (Bailliages und Prévôtés) anlehnen, sondern schloß sich der kirchlichen Einteilung (Pfarreien, Diözesen) an.

32. Die letzte gesonderte Bewilligung erfolgte in England 18 Ed. III. (1344). Bewilligungen des Adels für seine Aftervasallen und Mediatstädte kommen nur ganz gelegentlich vor (zuletzt bewilligt 14 Ed. III., c. 6 (1340)

das Oberhaus eine Auflage für seine Mitglieder und deren Vasallen), diese haben vielmehr im Unterhaus ihre eigene Vertretung. — An Fällen von ständischem Egoismus hat es auch in der parlamentarischen Gesetzgebung Englands, namentlich zur Zeit Richards II. nicht gefehlt und es ist wohl nicht zuviel gesagt, daß die unsoziale Gesetzgebung des Parlaments den Aufstand Wat Tylors mit verursacht hat.

33. Um nur wenige Beispiele zu nennen: In Brandenburg wurde durch das Kreditwerk von 1550, das bis 1820 bestanden hat, die Erhebung der Steuern und die Tilgung der landesherrlichen Schulden den Ständen übertragen, in Preußen waren es die vom Landtag gewählten und ihm verantwortlichen Kassenherren, die die untere Etage der Finanzverwaltung bilden, in Steiermark und Kärnten wurden 1495 5 Mitglieder der Landschaft mit der Erhebung des gemeinen Pfennigs betraut. Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich anführen. — Der Dualismus des Kassenwesens besteht in der Gedoppeltheit der Kassen: neben der landesherrlichen Kasse, die die Einkünfte des Domaniums in sich aufnimmt, steht mit gesondertem Verwaltungsapparat die Landeskasse, in welche die von den Ständen bewilligten außerordentlichen Steuern fließen.

34. Das hat Rieß in der genannten Abhandlung zu der These geführt, das Wesen des mittelalterlichen englischen Parlamentarismus nicht in der Steuerbewilligung, sondern in der Erhebung der Steuern und in der Unterstützung der staatlichen Verwaltung auf Grund staatlichen Auftrags zu sehen, eine Annahme, für die keine weiteren Gründe sprechen, gegen die vielmehr so ziemlich alles angeführt werden kann, was wir vom mittelalterlichen England wissen.

35. Vgl. für Kastilien im einzelnen Francisco Martinez Marina, *Teoria de las Cortes etc.* 3 vol., Madrid 1813, II 4.

36. Vor allem Maßnahmen gegen die Fuggerei, gegen Beamtenbestechungen, Regelung der Frondienste usf. Vgl. zu den Vorgängen von 1514: *Württembergische Landtagsakten*, Reihe I, Bd. I (1498—1515), bearbeitet von Dr. Wilhelm Ohr und Dr. Erich Kober, Stuttgart 1913, Nr. 59, 72, 73.

37. Ebenda, Nr. 1 und 5.

38. Kurt Breysig, *Kulturgeschichte der Neuzeit*, 2 vol. Berlin 1900/01, II, II, S. 1180: „Es vollzog sich hier eine schlechthin konstitutionelle Staatsgründung: diese erste Reichsversammlung setzte nicht nur den König aus eigener Machtvollkommenheit ein, sondern regelte auch Thronfolge, Adelsvorrechte und Gerichtswesen“.

39. Die Thronvakanz von 1410—1412, bei der drei Bewerber auftraten, wurde schließlich durch einen Ausschuß von je drei Vertretern der drei Landschaften geregelt, die vom *Justicia mayor* ernannt und von den Cortes bestätigt worden waren.

D. Wesen und Bedeutung der ständischen Repräsentativverfassung.

1. Während „die einen sich auf die Seite des Staates, die anderen auf die Seite der Kirche, wieder andere auf die Seite der persönlichen Berechtigungen (d. i. für das Ranke das „germanische“, aristokratische und erbmonarchische Prinzip) stellen“, behauptet Ranke, „daß alle diese Elemente notwendig sind, daß auf dem Gegensatz des Besonderen (d. i. das germanische, persönliche Prinzip) und des Allgemeinen (d. i. das römische Prinzip des abstrakten Staates, dem in moderner Zeit nach Ranke Republikanismus und Sozialismus entsprechen) die ganze europäische Geschichte beruht und daß die Kirche ein Drittes ist, welches zwischen den persönlichen Berechtigungen und den allgemeinen Tendenzen des Staates in der Mitte stehend, sich für sich selbst entwickelt“ (Über die Epochen, S. 43 f.). „Der Fürst,“ so führt Ranke im gleichen Zusammenhang übereinstimmend mit der Hegelschen Staatslehre aus, „der das Allgemeine des Landes repräsentiert, soll, ohne die Gegensätze hervorzurufen, sich ihrer bedienen.“ — Es ist hier nicht der Ort, auszuführen, wie aus dem Liberalismus später der Demokratismus und dann der Sozialismus hervorgegangen sind. Derjenige Staatsdenker, in dem sich der Übergang deutlich vollzieht, ist John Stuart Mill. Aus einem klassischen Liberalen wurde er zu einem Demokraten und später selbst zu einem Sozialisten, ohne darum aufzuhören, Liberaler zu sein.

2. Unter Umständen übrigens selbst der historischen Wirklichkeit nach. Wir verweisen hier auf die norwegische Eidsvold-Verfassung von 1814, welche auf dem liberalen Prinzip der Gewaltentrennung beruhte und, von den erst später beseitigten konfessionellen Engherzigkeiten abgesehen, wohl die zugleich liberalste und demokratischste Verfassung des damaligen Europa war. Indem Norwegen es durchsetzen konnte, daß der ihm von den Mächten gesetzte König erst nach vorheriger Anerkennung der vom souveränen Volk sich selbst gegebenen Verfassung zur Krone gelangte, wurde hier tatsächlich zwischen dem norwegischen Volk und dem Königshause ein Vertrag geschlossen, ein Gesichtspunkt, der in den späteren Verfassungskämpfen zwischen Storting und Krone noch mehrfach hervorgekehrt worden ist.

3. Darin eben besteht ein Unterschied zur ständischen Verfassung: Volksvertretung und Staatsvolk, nicht Landesvertretung und Stände!

4. Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 vol. Bd. I: Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Berlin 1868, S. 537.

5. Ebenda, S. 566.

6. In seinem bereits angeführten Aufsatz: Alte und neue Landesvertretung in Deutschland, sagt Felix Rachfahl, übrigens Anhänger der Gierkeschen Dualismus-Theorie, mit Recht: „Die landständische Verfassung ist, was das rechtliche Prinzip ihres Ursprungs anbelangt, eine Schöpfung des Landesherrn. Denn niemals war doch die Idee ganz er-

loschen, daß der Herrscher die Quelle alles Rechtes sei; auf seiner Autorität beruhte im letzten Grunde alles Recht, auch das der Stände“. Schmolters Jahrbuch Bd. 33, S. 125. — Tatsächlich haben die ständischen Privilegien ja ihren Rechtsgrund in Willenserklärungen des Landesherrn und das gleiche gilt von der konstitutionellen Verfassung, wir erinnern nur an die Charte octroyée von 1814, durch die sich Ludwig XVIII. — rechtlich gesehen, freiwillig — absoluter Herrscherrechte begab, an die auf dem Wege üblicher Gesetzgebung durch Konsens der Krone zustande gekommene *Petition of Right*, die *Declaration of Rights* usf. In der geschichtlichen Wirklichkeit aber, von staatsrechtlichen Konstruktionen absehend, sind sie alle, konstitutionelle wie ständische Verfassungen, der Krone durch die Macht der Umstände abgerungen.

7. Das u. U. sogar einem einzigen Stand zusteht, in Schottland z. B. der *Convention of the Royal Burghs*.

8. Hintze, dessen Typologie der ständischen Verfassung mit dem Dreikuriensystem die Tendenz zum Absolutismus verbindet, hat eingewandt, daß diese stolzen Worte die aragonischen Cortes nicht gehindert hätten, „sich unter den katholischen Königen und ihren Nachfolgern jedem monarchischen Machtgebot weitgehend zu beugen, zuletzt noch unter Philipp II.“, *Histor. Zeitschr.*, Bd. 141, S. 241. Man wird ihm entgegen dürfen, daß, was für die Cortes des 16. Jahrhunderts (unter den veränderten Verhältnissen der gesamtspanischen Konstellation) gilt, nicht auf die früheren Zeiten übertragen werden darf. Daß die aragonischen Cortes kein verächtlicher Gegner waren, hat sowohl die Kurie erfahren, als sie, im Einvernehmen mit der Krone, ähnlich wie in England und ebenso erfolglos, ihre Oberlehnsherrlichkeit auf Aragonien ausdehnen wollte, wie die aragonischen Herrscher selbst. Dem Versuche Alfons III., sich in einem Schreiben an die Cortes vor geleisteter Verfassungseid und Entgegennahme der Huldigung als König zu bezeichnen, sind die Stände energisch entgegengetreten (1286). Der Monarch riet es für geraten, sich ihrem Willen zu beugen. Ebenso erging es König Martin (1395—1410).

9. a. a. O., S. 537.

10. Um Mißverständnissen zu begegnen: auch dieses Selbstversammlungsrecht begründet keinen staatsrechtlichen Dualismus, denn es beruht dem Rechte nach gleichfalls auf fürstlichen Willenserklärungen und ist gegebenenfalls auch dem konstitutionellen Staat nicht unbekannt.

11. Vgl. *Histor. Zeitschr.*, Bd. 141, S. 231 f. Man vgl. zum letzten Punkte auch Guizot, *Cours d'histoire moderne*, Paris 1828, IX. Lec., S. 29: „Le nom du roi, porté par l'un des seigneurs féodaux, exprime moins un fait qu'un souvenir“.

12. Dies betont namentlich Kurt Breysig, *Die sociale Entwicklung der führenden Völker Europas* (Die älteste Form des europäischen Parlamentarismus), *Schmolters Jahrbuch*, N.F., Bd. 21 (1897), S. 66, 91.

13. Man hat berechnet, daß Ende des 18. Jahrhunderts von 658 Unterhaus-Abgeordneten 485 praktisch von den Lords ernannt waren.

14. In Ungarn hatte sich, wie bereits erwähnt, die Repräsentation für den Kleinadel nur allmählich und zunächst nur als Recht und nicht als Pflicht durchgesetzt, erst 1608 fand die Entwicklung ihren gesetzlichen Abschluß. Ein Versuch, gegen Ende des 15. Jahrhunderts, die Verpflichtung zur persönlichen Teilnahme am Unterhaus für jeden Adligen wieder durchzusetzen, wurde, und zwar (Gesetz-Art. XVI: 1526) unter ausdrücklichem Hinweis auf die ruinösen Kosten ausgegeben, die, wie wir aus zeitgenössischen Quellen wissen, geradezu zu Bestechungen des Kleinadels durch die Magnaten geführt hatten.

15. D. h. für Schweden bis 1682. Der klassische nachständische Parlamentarismus der schwedischen Freiheitszeits, der vom niederen Adel getragen wird, bleibt aus den bereits geschilderten und noch zu schildern den Gründen außer Betracht.

16. In Pommern waren die Städte die Träger der parlamentarischen Opposition, da der Kleinadel von der Regierung durch zahlreiche persönliche Ladungen, die ungern befolgt wurden, aber an sich verpflichtend waren, leicht beeinflusst werden konnte. Es war daher ein Zeichen sinkender Macht der Stände und ein Erfolg des Fürstentums, als im 17. Jahrhundert der Modus durchdrang, daß Fürst und Oberstände gemeinsam die Städte überstimmen könnten.

17. Eine Tatsache, die Charles Seignobos (*Histoire politique de l'Europe contemporaine*, 7. éd., 2 vol., Paris 1924—26) auf den im Vergleich mit Spanien stärkeren Einfluß der Freimaurer zurückleitet, die man jedoch in Anbetracht des Gesamtverlaufs der portugiesischen Geschichte, ebenso wie die nie gelungene Einverleibung durch Spanien, auf geopolitische Zusammenhänge zurückführen dürfen: der klimatische und sonstige Einfluß der südwesteuropäischen Küstenlage scheint die friedliche und gegensatzarme, aber produktionsschwache Entwicklung Portugals (nur vorübergehende, ganz kurze gesamteuropäische Bedeutung im Zeitalter der Entdeckungen!) gleichermaßen bedingt zu haben.

18. Um nur ein Beispiel zu nennen: von den englischen Grafschaften, die jede 2 Abgeordnete stellten, hatte (Rieß, a. a. O. S. 16) die Grafschaft Rutland 7 m², Lincoln 132 m² Flächeninhalt.

19. Auf die Bedeutung der durchstrichenen Returns verwiesen zu haben, ist das Verdienst der genannten Abhandlung von Rieß (S. 50 ff.).

20. Aus diesen Unterschriften geht der oligarchische Charakter der Grafschaftswahlen deutlich hervor. Sie betragen, selbst in größeren Grafschaften, etwa 12 bis 30, selten über 40, bisweilen auch nur 6.—. Die Annahme von Rieß (a. a. O.), daß das County Court, das von den „*milites et libere tenentes*“ gebildet wurde, zahlreich besucht gewesen sei, ist nach den Untersuchungen von Maitland und Hatschek nicht mehr zu halten. Die Freeholders waren zwar zum Erscheinen berechtigt, aber nur die größeren Besitzer zum Erscheinen verpflichtet und die Nichtverpflichteten haben sich, da die Beteiligung an der Selbstverwaltung, wie ja vielfach auch noch heutzutage, eher als Last denn als Vorzug empfunden wurde, im allgemeinen auch nicht beteiligt. Damit ist die ältere Ansicht von

Gneist, Stubbs u. a. wieder aufgenommen worden. An dem oligarchischen Charakter der Wahlen, möge das County Court wie immer besucht gewesen zu sein, ist nach Lage der Quellen in keinem Fall zu zweifeln.

21. Die rechtliche Grundlage der mittelalterlichen Stände ist, wie Hintze (Histor. Zeitschr. Bd. 141, S. 231 f.) ausführt, die rechtliche Ungleichheit, das Privilegienrecht, ihre tatsächliche Grundlage die wirtschaftlich-soziale Ungleichheit. — Ranke verweist in den bereits mehrfach zitierten Vorträgen auf die innere Verwandtschaft zwischen monarchischem und ständischem Prinzip, die beide auf dem Erbrecht beruhen, während die modernen Repräsentativkörperschaften auf naturrechtlich-demokratisch-liberalen Prinzipien begründet sind. Vgl. Über die Epochen, S. 131.

22. Die Organisation sei, welche sie wolle: persönliche Gefolgschaft oder fester bureaukratischer Zusammenhang.

23. Es sind dies die sogen. übrigen in eigenen Klubs und fester bureaukratisch als die alten englischen Parteien organisierten Hüte (mit Vorbehalt = Tories) und Mützen (Whigs). Selbstverständlich bestehen zwischen dem ältesten englischen und schwedischen Parteisystem nur Teilanalogien. Den Ausgangspunkt der schwedischen Parteibildung geben, anders als in England, außenpolitische Fragen, die jedoch eines innenpolitischen Einschlags (mehr aristokratische und profranzösische, bzw. mehr demokratische und prorussische Tendenzen) nicht entbehren. Beide Parteien, die, sehr zu Unrecht, im allgemeinen als reine Adelscliquen betrachtet werden, vertraten bestimmte innenstaatliche Grundsätze: die Hüte als Partei des Adels, der Großbürger und des Beamtentums traten für eine merkantilistische Wirtschaftspolitik ein, später wandten sich beide Parteien einer gemäßigt merkantilistischen Partei zu. Die Mützen als Partei der Bauern, eines Teiles der Geistlichkeit und später auch des Bürgertums waren demokratischer als die Hüte: sie wünschten Zurückdrängung der Reichstagsausschüsse zugunsten des Plenums und wünschten selbst das imperative Mandat. — Von den späteren Parteibildungen unterscheiden sich die frühen (in England wie in Schweden und auch noch im französischen Nationalkonvent) dadurch, daß nicht der Wähler die Partei wählt (in Schweden wählten ja eigentlich nur die Bauern), sondern daß der Abgeordnete sich entschließt, welcher Gruppe er Gefolgschaft leisten will, so daß er ohne viel Bedenken die Fahne wechseln kann (wie in Schweden etwa Pechlin, das aus Strindbergs Gustav III. bekannte Enfant terrible der Parteien). — Die naturrechtlichen Neubegründer des Parlamentarismus haben zweifellos an unmittelbare Volksvertretungen gedacht. In Frankreich hat man sogar während des Directoire auf ganz naive Weise (durch allmonatliches Neuauslosen der Abgeordnetenplätze) die Parteibildung zu unterbinden getrachtet, aber auch hier galt die Heterogonie der Zwecke: nicht unmittelbare Volksvertretung, sondern Vertretung des in Parteien (nicht mehr in Ständen) organisierten Volkes ist entstanden.

24. Wie in Spanien, dessen Krone durch die reichen Schätze der Kolonien von den Cortes-Bewilligungen weitgehend unabhängig wurde.

25. Anders ausgedrückt: der mit (sozialer, politischer, wirtschaftlicher) Macht ausgestattete Einzelne verfolgt seine eigenen Zwecke, aber das diesen Zwecken dienende, ihm zur Verfügung stehende System von Mitteln wird ihm allmählich zum Selbstzweck, zur Sache, der er zu dienen hat; das gleiche Überwältigtwerden von der Sache, das etwa den frühkapitalistischen Unternehmer, dem der Erwerb im wesentlichen meist immer noch nur Mittel zur (gesteigerten und aufhöhenden) Lebensführung ist, vom neustzeitlichen unterscheidet, der zum Sklaven des „Betriebes“ geworden ist.

26. Gegen die Überschätzung der englischen Selbstverwaltung durch die „administrative Romantik“ des 19. Jahrhunderts wendet sich Hintze, *Histor. Zeitschr.*, Bd. 141, S. 246, eine Argumentation, die vom Standpunkt der Hintzeschen Stände-Typologie aus einleuchtet, gegen die jedoch all das eingewandt werden muß, was hier vorgebracht worden ist, um die (durch eine Verkettung günstiger Umstände bedingte) Einzigartigkeit der englischen Verfassungsentwicklung zu beleuchten.

E. Die geschichtlichen Bedingungen der ständischen Repräsentativverfassung und ihrer Sonderformen.

1. Hintze (*Histor. Zeitschr.* Bd. 143, S. 33 f.) betrachtet die Sklaverei als Hindernis der Repräsentativverfassung: „denn man kann nur Personen repräsentieren, nicht Sachen“. Soweit wird man angesichts der amerikanischen Entwicklung nicht gehen dürfen. Natürlich haben die Sklaven keine subjektiven öffentlichen Rechte, aber das schließt doch nicht Repräsentation der freien Bevölkerung aus.

2. Dagegen zeigt das wiedervermittelalterliche Rom, das als flächen-großes Gebilde zu feudalistischen Formen neigt, Ansätze der Repräsentation, die durch die spätrömische Trennung von Schuld und Haftung (z. B. der Decurionen im Steuerrecht), anders als im klassischen römischen Recht, juridisch möglich geworden war. Die Concilia der römischen Provinzen, denen in der Hauptsache zwar nur die Pflege des Kaiserkultes oblag, haben doch auch allmählich Neigung zur Entwicklung in repräsentativer Richtung gezeigt.

3. Ansätze der ständischen Verfassung zeigen selbst die Südslaven: der altserbische Sbor ist ein Magnum Consilium. Auch die Südslaven sind, und zwar durch Übertragung von Byzanz, feudalisiert worden: das System der Soldgüter entspricht den byzantinischen (Vgl. Jiriček, a. a. O.). Selbst in Byzanz gibt es Ansätze eines Magnum Consilium, das sogen. oder, wie es bezeichnenderweise auch heißt, „silentium“, weil es in der Hauptsache kaiserlichen Erlassen durch Akklamation eine besonders feierliche Bekräftigung zu geben, nicht aber die Maßnahmen der Regierung zu diskutieren hat. Dieses Magnum Consilium bestand aus Angehörigen der hohen Geistlichkeit sowie den höchsten Militär- und Zivilbeamten, soweit sie in Byzanz selbst ihren Amtssitz

hatten. Mehr als allererste Ansätze einer solchen Institution sind in Byzanz aber nicht vorhanden. Gelzer hat in den beiden genannten Werken auf diesen Keimparlamentarismus großen, wie es scheint allzu großen, Wert gelegt. Er betont, daß „auch in Byzanz alle Elemente gegeben“ waren, „aus denen sich im Verlaufe der Zeit ähnlich wie in Westeuropa ein wirkliches parlamentarisches Leben hätte entwickeln können“. (Byzant. Kulturgesch. S. 47). Aber, und das ist eben das Entscheidende, der überkommene neustzeitliche Absolutismus war noch viel zu stark, um diese Entwicklung zuzulassen. „In Byzanz“, sagt Gelzer (ebda. S. 48) vergleichsweise, „war die Suspension der Habeas-Corpus-Akte und die Proklamation des Standrechts sozusagen chronisch“. — Die Entfeudalisierung des ursprünglich zum Feudalismus entwickelten England im Zusammenhang gegebener Sonderbedingungen ist bereits ausführlich behandelt worden.

4. Histor. Zeitschr. Bd. 143, pass.

5. Dieser theokratische Dualismus verbindet sich im feudalistischen Mittelalter nun auch seinerseits mit dem feudalen, was eine Verstärkung der Gegensätze von Staat und Kirche bedeutet. Grundsätzlich muß man aber natürlich den rein geistigen Gegensatz eines kirchlichen Universalismus zu staatlichen Ansprüchen von demjenigen auseinanderhalten, der zwischen der staatlichen Zentralgewalt und den kirchlichen Funktionären, soweit sie als Träger des Großgrundbesitzes im Feudalstaat zugleich auch Inhaber lokaler Gewalt sind, besteht.

6. Wie z. B. der Brahmanismus oder der tibetische Buddhismus.

7. Daß der Begriff „Cäsaropapismus“ hier nicht zutrifft, hat Carl Heinrich Becker ausführlich dargelegt, vgl. Der türkische Staatsgedanke (1916), abgedr. Islamstudien, Bd. II, Leipzig 1932, Nr. 37. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Beckers Untersuchung.

8. Becker, a. a. O., S. 338.

9. ebda., S. 339. Beide Gewalten wurden schließlich wieder zusammengefaßt, sodaß der islamische Dualismus weniger tief begründet und mehr vorübergehend ist. Während das Emirats ursprünglich eine Delegation des Chalifats ist, wird, wie Becker ausführt, das Chalifat schließlich zu einem Ehrenanspruch des Sultanats.

10. In dem wiedervermittelalterlichen Byzanz waren die überkommenen neustzeitlichen absolutistischen Tendenzen stark genug, um den Staat-Kirche-Dualismus nicht aufkommen zu lassen, obgleich es an Ansätzen zu ihm in Bestrebungen der Geistlichkeit nicht gefehlt hat. In Rußland setzt sich der Cäsaropapismus, auf den Hintze großes Gewicht legt (vgl. Histor. Zeitschr., Bd. 143, S. 36 f.) erst unter Peter d. Gr., also unter dem Einfluß des neuzeitlichen westeuropäischen Absolutismus, endgültig durch.

11. Sitz.-Ber. XX 347.

12 und 12a. Histor. Zeitschr. Bd. 143, S. 40. 25. 9.

13. Tokuzo Fukuda, a. a. O. S. 116.

14. Ihre Zahl betrug angeblich anfangs 2000, um 1800 über 5000 (vgl. Rathgen, a. a. O. S. 42). — Der Shogun ist kraft seines Amtes als erster Vasall des Mikado Vorgesetzter aller Daimyos, da sie als vom Kaiser be-

lehnt gelten. Der größere Teil von ihnen, die sogen. Fudai-Daimyos, aber waren außerdem direkte Vasallen der Tokugawa. Die Zahl der Daimyos wird mit 270 angegeben, von denen aber nur etwa 100 wirkliche Territorialherren waren, während der Rest eigentlich nur aus Schloßherren bestand, vgl. Rathgen, a. a. O. S. 32.

15. Es bestanden ein Tempelamt, ein Rechnungsamt, dem zugleich die Aufsicht über die Provinzverwaltung oblag, und das Bugyo der beiden Stadthauptleute von Yedo, die gleichzeitig Mitglieder des obersten Gerichtes und Ortsbehörde für die Hauptstadt Yedo waren. Gegen Ende der Tokugawazeit wurde noch ein viertes Amt für auswärtige Angelegenheiten errichtet.

16 und 16a. Vgl. Tokuzo Fukuda, a. a. O., S. 117 ff. Derselbe Forscher stellt die Expedition gegen Korea und China (1592—1598) in berechnete Parallele zu den Kreuzzügen. Den Krieg der Ojin-Aera (1467—1478) vergleicht er recht passend mit den Rosenkriegen.

17. Ähnlich war die Organisation der Stadtverwaltung mit Ausnahme der Hauptstadt Yedo. Es sei hierbei bemerkt, daß die feudale Gesetzgebung die Städte nicht betroffen hatte, in denen das alte Taihoryo der Taikwazeit weiter galt (wie in den italienischen Städten das römische Recht, vgl. Tokuzo Fukuda, a. a. O. S. 106). — Zwischen dem Daikwan und den Ortsbehörden stand, ursprünglich wohl allgemein, ein erblicher Beamter über mehrere Dorfgemeinden. Dieses Amt wurde im Tokugawa-Gebiet von dem Shogun Yoshimune (1716—1745) abgeschafft, blieb aber in einigen Daimyaten erhalten.

18. Histor. Zeitschr. Bd. 143, S. 10 ff.

19. Es sei daran erinnert, daß noch 1689 in England daran gedacht wurde, den staatsrechtlichen Schwierigkeiten der gewünschten Legitimierung der Glorious Revolution durch Berufung auf das Recht der Eroberung aus dem Wege zu gehen.

20. „Der unvergleichliche Glanz“, sagt Kurt Breysig (Kulturgesch. der Neuzeit, II, II, 731 f.) „der auf der römischen Kaiserwürde auch jetzt noch ... ruhte, muß diesen gewaltigen Herrscher, der sich doch auch schon auf eine primitive Psychologie der Politik verstand, aufs stärkste gelockt haben“.

21 und 21a. Histor. Zeitschr. Bd. 143, S. 12 f.

22. Nicht wie man meistens ungenau sagt, der Kampf zwischen Papsttum und Kaisertum. Dieser Kampf ist nur eine Sonderform des allgemeinen Kampfes Kirche-Staat, eine Sonderform, die durch eine „Collocation“ bedingt ist. Der Konflikt nahm hier andere Formen an und spitzte sich dadurch besonders zu, daß, das deutsch-italienische Kaisertum nun einmal gegeben, der Papst selbst sozusagen deutscher Reichsbischof war.

23. Bezeichnend ist es, daß Gregor VII. Ungarn gegenüber nur oberlehnsrechtliche Ansprüche geltend gemacht, aber nicht die Frage der Investitur angeschnitten hat, da Stephan der Heilige seinerzeit das Recht der päpstlichen Legation erhalten hatte. Für den Altertumsstaat, der Ungarn damals noch war, war die Investiturfraße bedeutungslos. Das

mittelalterlich-feudalistische Ungarn jedoch, für das die Frage der Verwaltung des kirchlichen Grundbesitzes nicht mehr ohne Bedeutung war, hat ebenfalls um die Investitur kämpfen müssen.

24. Sitz.-Ber., XX 346 f.

25. *Hist. Zeitschr.*, Bd. 143, S. 7 ff. Man wird Hintze entgegen dürfen, daß auch anderwärts die primitive Rechtsstaatsidee über die ersten Ansätze hinweggekommen ist; unzweifelhaft war dies z. B. der Fall in China. Unabsetzbare Zensoren (Ko-tao) kontrollierten die Verwaltung und hatten das Recht und die Pflicht, den Herrscher selbst gegebenenfalls zu ermahnen und zu tadeln.

26. Kurt Breysig, *Kulturgeschichte der Neuzeit*, II, II, 661. — In der Abhandlung über die weltgeschichtlichen Bedingungen der Repräsentativverfassung verweist Hintze auf die Bedeutung, die etwa die Konvokationen für die Entstehung des englischen Parlamentes gehabt haben usw. Nur wird man in keinem Falle mehr feststellen können, ob derartige Vorbilder die frühesten Parlamentsbildungen nur erleichternd oder entscheidend beeinflussen haben.

27. Über den Begriff und zur Geschichte des europäischen Staatssystems vgl. Kurt Breysig, *Kulturgesch. der Neuzeit*, II, II, S. 868—885. Von einem Staatensystem, welches von Breysig durch die Dauerhaftigkeit und Regularität der (feindlichen oder freundlichen) zwischenstaatlichen Beziehungen definiert wird, kann erst seit der Neuzeit die Rede sein, aber dieses System wurde durch die neueuropäische Staatenbildung entscheidend vorbereitet und tritt seit dem Spätmittelalter allmählich in Erscheinung.

28 und 28a. *Hist. Zeitschr.* Bd. 143, pass., insbesondere S. 41.

29. Für die logische Rechtfertigung solcher singulärer konkreter Geschichtsgesetze muß auf Wilhelm Wundt und John Stuart Mill verwiesen werden.

30. Als Weltreichstendenz wird hier jene Form des Imperialismus bezeichnet, die auf die Zusammenfassung der gesamten oder mindestens fast der gesamten derzeitigen „Kulturmenschheit“ — d. h. der Völker jeweils höchster Entwicklungsstufe — zu einem Gesamtstaat abzielt.

31. *Hist. Zeitschr.*, Bd. 141, S. 237. — Diese Fehlkonstruktion — Hintze selbst macht die seine Konstruktion wieder aufhebende Einschränkung, daß die kastilistischen Städte nicht das gleiche Maß von Selbständigkeit, das den Staatsverband fast auflöst, wie die deutschen haben erreichen können — wird man darauf zurückführen dürfen, daß Kastilien in Wirklichkeit sich dem Hintzeschen verwaltungsgeschichtlichen Schema nicht anpaßt, vielmehr in eine dritte Gruppe dieser Typologie (die des vasallitischen roh-individualistischen Unabhängigkeitstriebes) gehört.

32. In der vorstaufischen Zeit war die Zahl der Teilnehmer gering; sie hat die 40 wohl nur selten erreicht oder überschritten. — In der Reihe der ausführlichen und gut fundierten Untersuchungen, die in Arndts *Historischen Studien der Geschichte des deutschen Reichstags von 911 bis 1378* gewidmet sind, hat Carl Wacker (*Der Reichstag unter den Hohen-*

stauen, Arndts Studien Heft 6, Leipzig 1882) Teilnehmerlisten für die Reichstage dieser Zeit zusammengestellt, die eine lebhaftete Teilnahme der Ministerialität erkennen lassen. Der Wert dieser Listen ist jedoch recht zweifelhaft. Da aktenmäßige Quellen, etwa Verhandlungsberichte, für die frühen Reichstage fehlen, läßt sich den zeitgenössischen Darstellungen nicht ohne weiteres entnehmen, welche der zahlreichen als anwesend genannten Ritter nun auch tatsächlich am Reichstag teilgenommen haben und welche nur im Gefolge des Kaisers erschienen sind.

33. Erstmals 1255. Einen ziemlich regelmäßigen Bestandteil des Reichstags bilden sie seit Ludwig dem Bayern. Mit dem Ausgang des Mittelalters erlangen sie volle Gleichberechtigung.

34. Ende des 15. Jahrhunderts, d. h. seit deutlich erkennbarer Kurienbildung, bestand die Kurie der Fürsten und Herren, gesondert von der Kurfürsten-Kurie, aus 94 Virilstimmen und 3 (später 6) Kuriatstimmen der Grafen und Äbte.

35. Bereits am 9. August 1281 ergeht ein Reichsspruch „contra alienationes bonorum imperii“, wonach alle Vergebungen von Reichsgut, rückwirkend seit 1241, „nullius habere debeant roboris firmitatem, nisi consensu maioris partis principum in electione Romani regis vocem habentium fuerint approbata“. Mon. Germ. Hist., Legum Sectio IV, tom. 3, Nr. 284. Wie man sieht, zugleich der Anfang der Bildung eines ausgesprochenen Kurfürstenkollegs auch außerhalb der Wahlen.

36. Otto Harnack in seiner vorzüglichen im wesentlichen noch immer nicht veralteten Preisschrift „Das Kurfürstenkollegium bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts“, Gießen 1883, S. 155.

37. Als Terminus a quo der Dreiteilung galt früher das Jahr 1489. Die Quellen für die frühen Reichstage sind Berichte reichsstädtischer Abgeordneter, die sich um die Organisation ihrer fürstlichen Gegenspieler wenig kümmern. Gestützt auf einen Bericht fürstlichen Ursprungs hat Rudolf Bemmman (Zur Geschichte des Reichstages im 15. Jahrhundert, Leipziger Historische Abhandlungen, herausg. von E. Brandenburg u. a., Heft 7, Leipzig 1907) die Dreiteilung bis 1471 zurückführen können. Heinrich Wendt, Der deutsche Reichstag und König Sigmund bis zum Ende der Hussitenkriege 1410—1431 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausg. von Otto Gierke, Heft 30, Breslau 1889) und Brandenburg, Der Binger Kurverein in seiner verfassungsgeschichtlichen Bedeutung (Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, herausg. von L. Quidde, Bd. 11, Freiburg i. B., Leipzig 1894) haben dann nachgewiesen, daß gelegentliche Ansätze zu einer besonderen Kurfürstenkurie bereits seit 1424, also im Zusammenhang mit dem Kurverein von Bingen, erkennbar sind.

38. Die Länder des roh-vasallitischen Unabhängigkeitstriebes müssen demzufolge, wie es auch den Tatsachen entspricht (denn das unvollständige Zweikammersystem Kastiliens ist nur eine Abbiegung ursprünglicher Dreikurientendenzen) zum Kurientyp neigen. — Hintzes These, daß der Adel in den Lehnsherrntümern nicht zahlreich genug gewesen sei, um

einen Hochadel auszusondern, ist zweifellos zutreffend. Sie erklärt ohne weiteres, warum solche Kleingebiete bei Erweiterung der Curia regis sogleich zur Berufung von Notabeln und von Vollständen nach dem Virilprinzip ohne Zwischenschaltung eines unter dem Gesamtadel eine Auswahl treffenden Magnum Consilium übergehen, widerspricht aber ersichtlich Hintzes entwicklungsgeschichtlicher Umdeutung der Typologie der ständischen Verfassungen.

